

Das Ende des Ersten Weltkrieges und seine Folgen im Donauraum

Herausgegeben von Márta Fata und Olivia Spiridon

idgl

Europa um 1913 (ohne Kleinstaaten)



Europa nach 1920 (ohne Kleinstaaten)



Das Ende des Ersten Weltkrieges und seine Folgen im Donaauraum

Herausgegeben von Márta Fata und Olivia Spiridon

Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde
Tübingen
2022

Text- und Bildgestaltung: Renate Orendi
Kartengestaltung: Richard Szydlak

Inhalt

Einleitung	3
GÁBOR EGRY Katastrophe ohne katastrophale Folgen?	6
<i>Ungarns Stabilisierungsprogramm nach 1920</i>	
BOGDAN MURGESCU Gesellschaftliche Herausforderungen in Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg	16
BALÁZS ABLONCZY Bleiben oder gehen?	26
<i>Lehrer im Komitat Hunyad 1918/19</i>	
MÁRTA FATA Der Untergang eines Großgrundbetriebs nach 1918	41
<i>Der für Ungarn optierende Aristokrat Endre Csekonics und sein Hatzfelder Gut an der serbisch-rumänischen Grenze</i>	
LÁSZLÓ OROSZ Orientierungssuche der Deutschen in den von Ungarn abgetrennten Gebieten 1918/19	58
ZSOLT VITÁRI Ethnic revival der Donauschwaben in Ungarn zwischen Selbstorganisation und Neuorientierung (1920–1944)	66
ZORAN JANJETOVIĆ Die Donauschwaben im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen/Jugoslawien 1918–1941	75
MIROSLAV MICHELA Die „nationale Unterdrückung“ als geschichts- und identitätspolitisches Argument	85
<i>Slowaken, Tschechen und Ungarn in der Zwischenkriegszeit</i>	
OLIVIA SPIRIDON Erinnerungskultur der Banater Schwaben aus Rumänien am Ende des Ersten Weltkriegs: Die „Zweihundertfeier“ in Temeswar	96
DANIELA SIMON Regionale versus nationale Erinnerungen	107
<i>Der Anschluss der Vojvodina an das Königreich Serbien im Jahre 1918 in der serbischen Erinnerungspolitik</i>	

STEPHAN LEHNSTAEDT	
Das Ende des Ersten Weltkriegs und seine Folgen im östlichen Europa	125
<i>Konkurrierende Erinnerungen in Polen</i>	
OLIVIA SPIRIDON	
Lemberg – die Stadt als Palimpsest	132
MAGDOLNA OROSZ	
Wahrnehmung und Deutung des Ersten Weltkriegs in der Literatur (Ostmittel-)Europas	139
GEORG AESCHT	
„Der Wald der Gehenkten“ von Liviu Rebreanu	148
<i>Einblicke in Kriegserfahrung und rumänische Erinnerungskultur</i>	

Katastrophe ohne katastrophale Folgen?

Ungarns Stabilisierungsprogramm nach 1920

GÁBOR EGRY

Die Zeit des Dualismus wird in der Regel als eine Periode äußerst dynamischer wirtschaftlicher Transformation interpretiert, in der Ungarn in vielen Bereichen zu Westeuropa aufschloss. Dagegen wird die wirtschaftliche Entwicklung nach 1920 häufig als eine Periode der Inflation, der Weltwirtschaftskrise und schließlich der Integration in die deutsche Interessensphäre und somit als die Phase des wirtschaftlichen Niedergangs dargestellt. Die ökonomisch-finanziellen Voraussetzungen zum Neuanfang nach dem Ersten Weltkrieg waren in Ungarn in der Tat äußerst ungünstig: 61 Prozent des Ackerlandes, 88 Prozent der Wälder, 64 Prozent des Eisenbahnnetzes, 55 Prozent der Industrieanlagen und 67 Prozent der Kreditinstitute und Banken gingen an die Nachfolgestaaten verloren. Fast alle Salz-, Gold-, Silber-, Kupfer-, Zink- und Manganerzgruben blieben außerhalb der neuen Staatsgrenzen. Der neu entstandene ungarische Staat übernahm im Vergleich zum Vorkriegs-Ungarn nur 38 Prozent der alten nationalen Vermögenswerte und musste nicht nur Gebiete mit wichtigen natürlichen Ressourcen an die Nachfolgestaaten abgeben, sondern zugleich hohe Kriegsreparationen an diese zahlen.

In vielen älteren, aber auch jüngeren Darstellungen wird aufgrund dieser Tatsachen deshalb die These vertreten, dass die territorialen Verluste die wirtschaftliche Leistung Trianon-Ungarns negativ beeinflussten. Dieses Bild über Trianon-Ungarn muss jedoch revidiert werden. Das Wirtschaftswachstum in den Jahren des Dualismus erscheint nämlich nur dann hoch, wenn man auch die Kriegsjahre in den Vergleich einbezieht. Doch selbst dann lässt sich der Unterschied nicht als dramatisch bezeichnen: Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf betrug zwischen 1890 und 1913 1,6 Prozent, während sie zwischen 1913 und 1939 bei 1,2 Prozent lag. Betrachtet man allerdings den Zeitraum von 1920 bis 1939, so ist die Wachstumsrate mit durchschnittlich 2,7 Prozent pro Jahr deutlich höher. Die im Vergleich zur Vorkriegsperiode etwas geringeren Wachstumsraten wurden auch anderswo in Europa erreicht, und zwar auch in solchen Ländern, in denen es keine Gebietsverluste gab. Dies deutet darauf hin, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Zeit in erster Linie nicht auf die Reparationszahlungen und die territorialen Verluste und deren negative Auswirkungen zurückzuführen waren, sondern auf die allgemeine Entwicklung in Europa.

Als 1918 die Waffen an den Fronten gestreckt wurden, war Österreich-Ungarn bereits zerfallen. Die Menschen sehnten sich auch in Ungarn nach Frieden und Normalität. Die Ziele der Asterrevolution am 31. Oktober zeigten sehr deutlich, was sie unzufrieden und der alten Verhältnisse überdrüssig machte: Lebensmittelknappheit in den Städten, Requirierungen in den Dörfern, allgemeine Wohnungsnot, Verlust des sozialen Status der Mittelklasse oder außerordentliche Polizeimaßnahmen, die die individuelle Freiheit begrenzten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie, einschließlich Ungarns, waren enorm: der Verlust von Humankapital,

die durch die Kriegsanleihen der Regierungen ausgelöste Inflation und der Zusammenbruch der Wirtschaftsbeziehungen in ganz Mitteleuropa. Der Krieg brachte auch in Ungarn nicht nur die ethnischen Konflikte, sondern ebenso die schon seit langer Zeit bestehenden schwerwiegenden sozialen und politischen Konflikte zum Vorschein. Die Menschen wünschten 1918 somit nicht die Rückkehr zur alten Normalität, sondern eine neue, gerechtere Ordnung, darunter Neuverteilung des Landbesitzes, staatliche Kontrolle über die Großindustrie, ein besseres Sozial- und Wohlfahrtssystem mit Kranken- und Rentenversicherung und ein erweitertes Wahlrecht.

Die Unruhen, die im November 1918 in den Dörfern landesweit ausbrachen, waren durch die Spannungen wegen der wiederholten Beschlagnahmung der Ernte und deren Abgabe zu einem festen Niedrigpreis verursacht. Doch die „Revolution“ der Dörfer, die sich u. a. in Angriffen auf Großgrundbesitzer, in der Rebellion gegen die Verwaltung sowie die Reichen und Spekulanten ausdrückte, verwies auf den Wunsch, das Eigentum an Grund und Boden neu zu verteilen. Die Umverteilung wurde von allen Parteien gutgeheißen, allerdings gingen die Pläne auseinander. Die Sozialdemokraten, die bis März 1919 an der Regierung waren und die Neudistribution von Landbesitz und Kapital planten, waren selbst nicht einig darin, wie weit sie mit der Bodenverteilung gehen sollten. Während der eine Flügel das Privateigentum abschaffen und Produktionsgenossenschaften errichten wollte, setzte sich der andere Flügel nur die Abschaffung der Latifundien zum Ziel. Die Agrarparteien, die hauptsächlich die Klein- und Mittelbesitzer vertraten, waren für radikale Agrarreformen. Die radikalsten Ideen vertraten allerdings die Kommunisten. Von der ungarischen Räterepublik (sie existierte gut vier Monate lang zwischen dem 21. März und dem 31. Juli 1919) wurde das Privateigentum an Grund und Boden abgeschafft und somit die Landverteilung abgelehnt. Die Sozialdemokraten, die das Volkskommissariat für Landwirtschaft während der Räterepublik leiteten, wandelten den Großgrundbesitz in staatliche Genossenschaften um, was jedoch die Unterstützung für die proletarische Diktatur unter der auf die Landverteilung wartenden Bauernschaft verminderte.

Bereits im Januar 1919 überschwemmten Briefe aus den Dörfern die Regierungsbehörden, in denen eine Landverteilung gefordert wurde. Nach dem Ende der Räterepublik sahen alle Verantwortlichen eine Landverteilung als dringend an, allerdings stellte sich die Frage, wie man den Bedürfnissen der armen Bauernschaft gerecht werden konnte, ohne die Interessen der Großgrundbesitzer wesentlich zu beeinträchtigen. Die national-konservative Regierung unter Graf Pál Teleki (sie regierte vom 19. Juli 1920 bis zum 14. April 1921) wollte keine radikale Änderung der Landbesitzstruktur. Deshalb wurden 1920 lediglich 1,1 Millionen Katastraljoch, also 8,5 Prozent der Agrarfläche des Landes, unter 300.000 Bauern verteilt. Die Landreform brachte somit eine Milderung der Lage, aber keine grundlegenden Veränderungen. Diese erfolgten auch später nicht, denn auch die unter Graf István Bethlen am 14. April 1921 gebildete Regierung, die das Land in allen Bereichen des Lebens zu konsolidieren versuchte, unterstützte die Fortführung einer allgemeinen Landreform durch ihren Agrarminister István Nagyatádi Szabó nicht.

Dagegen war für die Bethlen-Regierung die Ernährungspolitik einer der sozialen und politischen Brennpunkte. Während des Krieges getroffene Maßnahmen, die für Bauern besonders unangenehm waren, wie Lebensmittelrequisierung und Preisbegrenzung, sollten so schnell wie möglich abgeschafft und der freie Handel mit landwirtschaftlichen Produkten ohne Preisbindung eingeführt werden. Allerdings verlangten Konsumenten wie auch Vertreter der Industriellen die Beibehaltung der Lebensmittelverteilung und fester Preise, solange die Lebensmittelversorgung in den Städten nicht gesichert war. Für Industriearbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst stellte deshalb die Regierung bis zur Stabilisierung des

Systems im Jahre 1924 weiterhin Mehrlationen zur Verfügung, um fortan in der Lebensmittelversorgung schließlich zum freien Markt zurückzukehren.

Gefordert wurde nach 1918 auch eine Neuverteilung des Kapitals, nach dem Ende der Räterepublik auf Kosten von jüdischen Besitzern und zugunsten des sogenannten christlichen Kapitals. Es kam zwar gelegentlich zu Versuchen, Betriebe in jüdischem Besitz unter Druck zu setzen – so im Fall der Herender Porzellanfabrik, deren Inhaber sich plötzlich mit einer neuen Fabrik unter demselben Namen in ihrer Nachbarschaft konfrontiert sahen, die von Personen geleitet wurde, die der radikal-antisemitischen Rassenschützer-Bewegung sehr nahestanden. Doch die Bethlen-Regierung verdrängte die rassistische Gruppe um Gyula Gömbös aus der politischen Mitte. Nationalisierungsmaßnahmen, mit denen man eine neue, ethnische Hierarchie innerhalb der Wirtschaft errichten wollte, waren bis zum Zweiten Weltkrieg nicht erfolgreich.

Die Bethlen-Regierung konnte in den folgenden zehn Jahren das Land nicht nur innenpolitisch stabilisieren, so etwa durch einen Kompromiss mit den Sozialdemokraten, sondern auch ökonomisch konsolidieren. Ab Anfang 1922 wählte die Regierung eine Form der Krisenbewältigung, die aus zwei wesentlichen Elementen bestand: die Aufnahme mehrerer großer Kredite aus dem Ausland und die Einführung einer strengen Zollpolitik. Aufgrund des Widerstands Frankreichs und der Nachbarstaaten, insbesondere der Tschechoslowakei, konnte die Ausgabe eines internationalen Kredits in Höhe von 250 Millionen Goldkronen erst relativ spät, am 26. Juni 1924, in Angriff genommen werden. In der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre flossen weitere Kredite ins Land. In deren Folge konnte man zum ersten Mal nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu dem durch die Gesetzgebung beschlossenen ordentlichen Staatshaushalt zurückkehren. Wegen der traditionell geringen inländischen Kapitalbildung waren die ausländischen Kredite für die Erholung der ungarischen Wirtschaft unerlässlich. Gleichzeitig setzte ihre Rückzahlung eine bedeutende Exporttätigkeit und größere Außenhandelsaktiva voraus. Das gleichzeitig eingeführte neue Zollsystem bezweckte den Schutz der zunächst schwachen Industrie, wobei es hauptsächlich um die Interessen der Leichtindustrie wie etwa die Textilindustrie mit einer unterentwickelten inländischen Rohstoffbasis handelte. Die Folge dieser Maßnahmen war, dass der Aufschwung vor allem in der Industrie stattfand. Zwischen 1924 und 1929 stieg die Industrieproduktion um mehr als 70 Prozent, und am Vorabend der Großen Depression 1929–1931 lag sie um etwa 12 Prozentpunkte höher als vor dem Krieg.

Die Reorganisation der Wirtschaft und deren Aufschwung sowie die anschließende Verbesserung der Lebensbedingungen hatten einen großen Einfluss auf das politische Leben und schufen die Grundlagen und Bedingungen für die politische Stabilisierung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Sie schufen auch bessere Voraussetzungen für die Entwicklung einer umfassenden Sozial- und Kulturpolitik und einer aktiveren Außenpolitik. Sozialpolitische Reformen wurden mit der Neuordnung der Sozialversicherung eingeleitet, bevor 1927 der Geltungsbereich der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung erweitert sowie die Sozialleistungen der Versicherten erhöht wurden. Ein Jahr später kam es zur Einführung der obligatorischen Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung. Diese beiden großen Versicherungsformen deckten hauptsächlich städtische, nicht aber landwirtschaftliche Arbeiter ab. Auch in den Bereichen Wohnungsbau und öffentliche Gesundheit wurden erhebliche Fortschritte erzielt.

Ungarns Wirtschaft war bis 1918 Teil eines größeren, mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes. Deshalb wirkten sich die Erhebung neuer Schutzzölle und der Rückgang der Handelsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg besonders negativ aus. Allerdings befand sich Ungarn bereits vor dem Krieg in einem Transformationsprozess, der nach 1918 weitergeführt wurde. Außerdem setzten transnational wirkende Firmen in Budapest, das vor wie nach dem Krieg als ein Finanzzentrum in Ostmitteleuropa galt, ihre Tätigkeit fort. Überall blieb – wie die jüngsten Forschungen von Gábor Demeter und Béla Tomka bestätigt haben – die wirtschaftliche Hierarchie der ost- und mitteleuropäischen Regionen weitgehend unverändert erhalten. Nur einige, früher zentrale Regionen, wie etwa das Banat in Großrumänien, wurden zu Verlierern der Neugestaltung.

Die Stabilität der wirtschaftlichen Hierarchie hing auch damit zusammen, dass österreichische und ungarische Aktieninhaber und Unternehmer, die vor 1918 sehr intensiv in den Ländern Südosteuropas investiert, Banken und Industriefirmen gegründet oder erworben hatten (etwa Textilfabriken in Rumänien, Zuckerfabriken in Bulgarien, Forst- und Holzindustrie in Bosnien, Rumänien, Albanien oder Eisenbahnlinien und Hafenanlagen), feste Kontakte zu den lokalen Wirtschaftseliten aufbauten. Obwohl zur offiziellen Politik der Nachfolgestaaten Rumänien, Tschechoslowakei und Jugoslawien nach 1918 die Enteignung ungarischer und österreichischer Besitzer gehörte, ermöglichten die weiterhin bestehenden Geschäftsnetzwerke die Kapitalbeteiligungen ungarischer und österreichischer Besitzer an dortigen Industrieanlagen, Fabriken etc. Die Verhältnisse veränderten sich freilich dahingehend, dass lokale Wirtschaftseliten – die auch ihren ungarischen oder österreichischen Partnern halfen – eine größere Teilhaberschaft und mehr Einfluss auf die Geschäftsführung bekamen. Doch blieben wichtige Industrieunternehmen wie die Kohlen- und Eisenwerke in Reschitz (rum. Reșița, ung. Resica) sowie die Kohlenwerke im Schiltal (rum. Valea Jiului, ung. Zsil-völgy) auch nach 1918 unter der Leitung ihrer ungarischen Besitzer, und ein beachtlicher Teil ihres Profits floss nach Budapest und nach Wien.

Aus den neueren Untersuchungen von Béla Tomka wissen wir auch, dass Ende des 19. Jahrhunderts das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP) in Ungarn – bezogen auf das Trianon-Gebiet – um etwa die Hälfte geringer als der westeuropäische Durchschnitt war. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich Ungarn leicht an Westeuropa angenähert und erreichte einen Höhepunkt in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, als das ungarische Niveau 60,4 Prozent des westeuropäischen Durchschnitts betrug. Der Erste Weltkrieg und vor allem die Jahre danach hatten für Ungarn schwerwiegende wirtschaftliche Folgen, aber nach 1920 begann ein Aufschwung und am Vorabend der Weltwirtschaftskrise hatte das BIP bereits 57,1 Prozent des westeuropäischen Durchschnitts erreicht, was der relativen Wirtschaftsentwicklung vor dem Ersten Weltkrieg sehr nahekam. Vor dem Zweiten Weltkrieg übertraf Ungarn dieses Niveau sogar leicht.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Geary-Khmanis-Dollar

	1890	1900	1910	1913	1920	1929	1930	1938	1939
Ungarn	1.473	1.682	2.000	2.098	1.709	2.476	2.404	2.655	2.838
Westeuropa	2.535	2.910	3.269	3.474	3.247	4.336	4301	4.667	4.867
Durchschnittswert									
Verhältnis zwischen Ungarn und Westeuropa in Prozent	57,1	57,8	61,2	60,4	52,56	57,1	55,9	56,9	58,3

Quelle: Tomka 2018, 78

Tabelle 2: Zusammensetzung des BIP zwischen 1911 und 1932 in Prozent

	Landw.	Bergbau	Industrie	Klein- und Bauindustrie	Handel	Transport	Wohnen	Dienstleistungen
1911–1913	48,8	1,2	13,8	8,2	4	5,1	6,1	11,8
1924–1925	46,3	2	16,7	10,7	4,9	3,8	5,8	9,9
1929–1930	36,6	1,2	16,8	11,3	7,5	6,5	7,2	13,3
1931–1932	29,9	1,3	15,3	12,6	8,6	6,7	9,3	16,2
1911–1932	60,04	108,33	110,86	153,65	215	131,37	152,46	137,29

Quelle: Tomka 2018, 77

Anstelle der Industriezweige, die infolge der Veränderungen stark zurückgingen (wie z. B. die Mühlenindustrie), förderte die Regierung kapital- und technologieintensive Industriezweige, die eine höhere Wertschöpfung besaßen als die Landwirtschaft, deren Anteil an der Produktion des Volkseinkommens im Verhältnis zu Industrie und Dienstleistungen allmählich zurückging. Rasantes Wachstum und eine schnelle Produktionsausweitung gab es im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und in der chemischen Industrie. Diese Zweige modernisierten ihre Produktion und legten besonderen Wert auf die technische Entwicklung und die Herstellung international wettbewerbsfähiger Produkte, zum Großteil durch den Einsatz ungarischer Erfindungen. Dadurch wurden ganze Branchen und Produktgruppen in Pharmazie, Funk- und Elektrotechnik – so etwa die Tungstram Glühlampenfabrik, die Ganz Elektrizitätswerke, die ungarische Tochtergesellschaft von Siemens, die Standard Elektrizitätswerke für Telefone und Telefonzentralen, die Orion-Werke für Rundfunk und elektrische Geräte oder der Gedeon Richter Pharmakonzern – zu Weltmarktführern und begründeten den guten Ruf der ungarischen Industrie.



Abb. 1: Werbeplakate für die 1924 gegründete Orion Aktiengesellschaft und die Tungsram Werke, die ihr Profil nach 1921 weiter ausbauten

Quelle: Országos Széchényi Könyvtár Budapest, Kleindrucksammlung PGK 1928_119 und PGKÉN 153

Auch die ungarische Textilindustrie, die während der Monarchie noch kaum existierte, da Ungarn bis dahin hauptsächlich aus Böhmen und Österreich Textilwaren einfuhrte, etablierte sich in den 1920er-Jahren. Fast ein Drittel der Investitionen floss in die Textilindustrie, die durch Zölle etwa vor dem Wettbewerb mit der Tschechoslowakei geschützt wurde. Die ungarische Wirtschaftspolitik unternahm außerordentliche Anstrengungen zur Entwicklung der Baumwoll- und Wollindustrie, und die Textilindustrie steigerte ihre Produktion mit großer Dynamik. Mit Exporten im Wert von 60 Millionen Pengő im Jahr 1928 gehörte sie bereits zu den exportstärksten Industriezweigen.

Allerdings war die räumliche Verteilung der ungarischen Industrie äußerst ungleichmäßig. Die Hauptstadt wurde zum überragenden Zentrum. 1938 waren mehr als 50 Prozent der Industriearbeiter in Budapest und ihrer unmittelbaren Umgebung beschäftigt. Entlang der Donau zwischen Budapest und Raab (ung. Győr) entwickelte sich eine zweite kleine Industrieachse, eine dritte in den Komitaten Borsod und Nógrád.

Zur Umstrukturierung der Wirtschaft gehörte auch die Förderung des Wohnungsbaus. Die Kriegsjahre bedeuteten das Ende des freien Mietmarktes, und nach Kriegsende wurde das System der öffentlichen Wohnungsvergabe eingeführt, während die Wohnungen im Prinzip in Privatbesitz blieben. Wohnungsbedarf, Wohnungszuweisung und vorübergehende Wohnungsbeschlagnahme führten zu ständigen Konflikten und politischen Auseinandersetzungen. Die Wohnungskrise wurde durch die Ankunft von Flüchtlingen ab 1918 verschärft. Ihre Milderung und Lösung wurde vor allem deshalb erschwert, weil der marktwirtschaftliche Wohnungsbau auch nach dem Krieg nicht in Gang kam, auch nicht nach

der Einführung der Mietpreisbindung. Die Regierung versuchte deshalb, mit verschiedenen Bauprogrammen Abhilfe zu leisten, einschließlich subventionierter Wohnungsbaudarlehen für Beamte und in ländlichen Gebieten mittels großangelegter Wohnungsbauprogramme. Nur die Freigabe der Mieten und die Investition eines Teils der Sozialversicherungsfonds in Immobilien zeitigten schließlich Erfolg.

Große Investitionen erfolgten auch in die Infrastruktur. Die Länge der gebauten Straßen stieg von 16.500 km im Jahr 1920 auf 35.000 km Ende der 1930er-Jahre. In den 1920er-Jahren kam der Straßenverkehr in Schwung, sodass 1937 16.400 Autos, 4.800 Lastwagen und etwa 10.000 Motorräder auf den Straßen unterwegs waren. Im Gegensatz zur rasanten Entwicklung des Straßenverkehrs stagnierte der Schienenverkehr. Die Leistungsfähigkeit der Schifffahrt, insbesondere des Wassertransports, war auf einen Bruchteil des Vorkriegsniveaus gesunken. Der Verlust des Zugangs zum Meer durch das bis 1918 ungarische Fiume (kroat. Rijeka) war dabei ein entscheidender Faktor. Nur die Donauschifffahrt erlebte einen nennenswerten Aufschwung. Die Entwicklung des Luftverkehrs wurde durch die Bedingungen des Friedensvertrags lange behindert, doch allmählich entwickelte sich ein regelmäßiger Flugverkehr vor allem ins Ausland. Der Aufbau eines grundlegenden Elektrifizierungs- und Kommunikationsnetzes war für die Verbesserung der Infrastruktur des Landes von großer Bedeutung. Auch wenn der Stromverbrauch weit hinter dem Österreichs oder der Tschechoslowakei blieb, kam es zu einer nennenswerten Entwicklung. 1920 lebten etwa 40 Prozent der Bevölkerung des Landes in elektrifizierten Siedlungen. Bis 1938 war dieser Anteil auf 70 Prozent angestiegen.

Tabelle 3: Investitionen nach Sektoren zwischen 1924 und 1932 in Prozent

	Landwirtschaft	Bergbau	Industrie	Handel, Transport	Wohnbau	Regierung
1924–1925	22,2	0,5	37,6	12,8	23,5	4,5
1929–1930	15,7	0,9	23,1	11,0	42,6	6,6
1931–1932	11,3	1,7	26,0	16,9	38,6	5,4

Quelle: Tomka 2018, 78

Der Außenhandel unterlag zwischen den beiden Weltkriegen nicht nur einer allgemeinen Stagnation in Europa im Vergleich zur Vorkriegszeit, sondern auch starken Schwankungen. In den 1920er-Jahren gingen mehr als 50 Prozent des ungarischen Außenhandels nach Österreich, ein Anteil, der allmählich abnahm; dennoch blieb Österreich bis zum „Anschluss“ 1938 Ungarns wichtigster Wirtschaftspartner. Danach übernahm Deutschland den ersten Platz. Umfang und Zusammensetzung der Handelsbeziehungen spiegelten die schrittweise Unterordnung der ungarischen Wirtschaft unter die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft wider. In kurzer Zeit wurde Ungarn in die deutsche wirtschaftliche Arbeitsteilung und nach 1939 in die deutsche „Lebensraumpolitik“ integriert.

Ein nicht zu vernachlässigender Faktor der Stabilisierung und Entwicklung war das Humankapital. Die Anpassung von Spitzentechnologien und Wissen hängt zwar entscheidend von der Qualität des Humankapitals ab, doch für das Wirtschaftswachstum war ebenso die allgemeine Schulbildung grundlegend. Graf Kuno Klebelsberg, Kultusminister der Bethlen-Regierung, entwarf eine neue und umfassende Kulturpolitik. Für die Verbesserung des öffentlichen Schulwesens wurden nach der Sanierung der Wirtschaft beträchtliche staatliche

Mittel ausgegeben. Es kam zum Bau neuer Schulen, Lehrerwohnungen, zur Ausweitung des Schulnetzes mit der Eröffnung von Volks- und Mittelschulen sowie einer Förderung der Lehrerbildung und schließlich zur Gründung neuer Universitäten. In den letzten Jahrzehnten des Dualismus wurden große Anstrengungen unternommen, um die Randgebiete zu entwickeln und den Rückstand aufzuholen. Diese Gebiete, die überwiegend von verschiedenen ethnischen Gruppen bewohnt waren, lagen nun nach 1920 außerhalb der Landesgrenzen. Während in den annektierten Gebieten etwa zwei Drittel der Volksschulen blieben, war in Trianon-Ungarn eine beträchtliche Anzahl von Menschen ungebildet und besonders auf der Großen Tiefebene fehlte es an Schulen. Bei der Entwicklung des Volksschulnetzes und bei der Bekämpfung des damit verbundenen Analphabetismus konnten gute Fortschritte erzielt werden.

Nach dem neo-nationalistischen Programm der Regierung war jedoch die Schule nicht nur Mittel zur Bildung der Volksmassen, sondern diente auch ihrer politischen Erziehung. So sollte der Unterricht einen neuen, ethnischen Begriff der Nation und die neue Identitätsstrategie festigen, zu deren zentralen Elementen auch der Revisionismus gehörte.

Konnten im Wirtschaftsleben antijüdische Aktionen und Ressentiments zurückgedrängt werden, so begrenzte die Regierung an den Universitäten die Zahl jüdischer Studenten. Junge christliche Männer aus der Mittelschicht, die 1918 aus dem Krieg zurückkehrten, mussten mit einer großen Zahl gut vorbereiteter jüdischer junger Männer um einen Studienplatz konkurrieren. Hinzu kamen die Bewerberinnen, die während des Krieges studieren konnten. Erschwerend war außerdem, dass die Zahl der Studienplätze an den Universitäten plötzlich abnahm, weil die Universitäten in Pressburg (slowak. Bratislava, ung. Pozsony) und Klausenburg (rum. Cluj-Napoca, ung. Kolozsvár) außerhalb der neuen Grenzen blieben. Die Regierung versuchte deshalb, sowohl die Zahl der Studentinnen durch die Abschaffung des Dekrets der Károlyi-Regierung zu begrenzen, das die unbegrenzte Zulassung von Frauen erlaubte, als auch die Zahl der jüdischen Studenten durch das Numerus-Clausus-Gesetz zu verringern.

Bereits in den frühen 1920er-Jahren zeichnete sich eine gesellschaftspolitische Entwicklung ab, bei der die Interessen der mit dem Staat verbundenen Berufsgruppen und der städtischen Mittelschichten ins Zentrum rückten. Beide Gruppen dominierten mit ihren Denkweisen das gesellschaftliche Selbstbild der Ungarn. Geprägt war dieses Bild von den negativen Erfahrungen, die beide Gruppen in den Nachkriegsjahren gemacht hatten: In den Inflationsjahren setzte sich der bereits in den Kriegsjahren zu beobachtende Rückgang der Realeinkommen der Beamten fort, und das Angebot an Beamtenstellen wurde reduziert. Immer wieder wurden von den Regierungen Sparmaßnahmen, Gehaltskürzungen und Entlassungen im öffentlichen Sektor verordnet und durchgeführt. Die Mittelschicht interpretierte ihren Status als gesellschaftliches Absinken. Hinzu kam der Zustrom von Flüchtlingen, deren Erfahrungen ebenfalls das Bild des Zerfalls verstärkten. In dieser Erfahrung des Auseinanderbrechens der äußeren und inneren Welt ist wahrscheinlich die Hauptursache dafür zu suchen, warum die Mittelschicht sich als christlich-nationale Gesellschaft neu zu organisieren suchte.

Das ganze gesellschaftliche Reformprogramm der Bethlen-Regierung war stark christlich-konservativ geprägt, nur in der Finanz- und Geldpolitik blieben Ziele und Methoden des klassischen Liberalismus erhalten. Die 1918 begonnene Demokratisierung blieb in Ungarn eingeschränkt und wurde bald zurückgedreht. Aber die Demokratie scheiterte fast überall im Mittel- und Osteuropa der Zwischenkriegszeit.

Das Entwicklungspotenzial der europäischen Volkswirtschaften wurde in der Zwischenkriegszeit grundsätzlich nicht von den natürlichen Ressourcen bestimmt, sondern durch die technologische Entwicklung, die Kapitalintensität oder das Humankapital. So wirkten sich die durch die Kriegsanleihen der Regierungen ausgelöste Inflation und der allgemeine Zusammenbruch der Wirtschaftsbeziehungen negativ aus. Doch gleichzeitig hatte die Nachkriegszeit eine Reihe von technischen oder institutionellen Veränderungen mit sich gebracht, die eine neue Entwicklungsrichtung in Gang setzten. Dies erklärt, warum die Wachstumsrate der ungarischen Wirtschaft durch den Krieg und den Verlust an Territorien und Ressourcen infolge des Vertrags von Trianon nicht unterbrochen wurde. Regional waren allerdings signifikante Unterschiede feststellbar. Die Entwicklung bestimmter Städte oder Kleinregionen waren durch die Aufteilung des Landes bzw. durch ihre neue Abgeschnittenheit von ihren natürlichen Absatzmärkten und Handelsbeziehungen längerfristig unterbrochen.

Verwendete Literatur

Bódy, Zsombor: Élelmiszerellátás, piac és kötött gazdálkodás között a háború és az összeomlás idején [Nahrungsmittelversorgung zwischen Markt- und Subsistenzlandwirtschaft während des Krieges und des Zusammenbruchs]. In: Ders. (Hg.): Háborúból békébe. A magyar társadalom 1918 után. Konfliktusok, kihívások, változások a háború és az összeomlás nyomán. Budapest 2018, 150–194.

Ders.: A magyar társadalom az első világháború és Trianon után [Die ungarische Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg und Trianon]. In: Magyar Tudomány 181 (2020), Nr. 6, 761–773. DOI: 10.1556/2065.181.2020.6.5.

Crețu, Anca D.: Humanitarian Aid in the „Bulwark Against Bolshevism“. The American Relief Administration and the Quest for Sovereignty in Post-World War I Romania. In: Journal of Romanian Studies 1 (2019), H. 1/2, 65–88.

Demeter, Gábor/Szulovszky, István (Hg.): Területi egyenlőtlenségek nyomában a történeti Magyarországon. Módszerek és megközelítések [Auf den Spuren territorialer Ungleichheiten im historischen Ungarn. Methoden und Ansätze]. Budapest/Debrecen 2018.

Egry, Gábor/Ábrahám, Barna (Hg.): Összeomlás, uralomváltás, nemzetállam-építés. Dokumentumválogatás. 1. kötet: Románia [Zusammenbruch, Machtwechsel, Aufbau eines Nationalstaates. Dokumentenauswahl. Bd. 1: Rumänien]. Budapest 2019.

Egry, Gábor: Etnicitás, identitás, politika. Magyar kisebbségek nacionalizmus és regionalizmus között Romániában és Csehszlovákiában 1918–1944 [Ethnizität, Identität, Politik. Ungarische Minderheiten zwischen Nationalismus und Regionalismus in Rumänien und der Tschechoslowakei 1918–1944]. Budapest 2015.

Ders.: Háborús nacionalizmusok, versengő imperializmusok. Nemzet, állam, birodalom az első világháború idején [Sich bekriegende Nationalismen, konkurrierende Imperialismen. Nation, Staat, Imperium während des Ersten Weltkrieges]. In: Ders./Kaba, Eszter (Hg.): 1916 – a fordulat éve? Tanulmányok a Nagy Háborúról. Budapest 2018, 49–71.

Hatos, Pál: Az elátkozott köztársaság: Az 1918-as összeomlás és forradalom története [Die verdammte Republik: Die Geschichte des Zusammenbruchs und der Revolution von 1918]. Budapest 2018.

Juhász, Balázs/Ablonczy, Balázs/Glant, Tibor: Nemzetközi segély- és segítőakciók a volt Osztrák–Magyar Monarchia területén (1918–1923) [Internationale Hilfs- und Rettungsmaßnahmen in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie (1918–1923)]. In: Századok 152 (2018), H. 6, 1321–1352.

Péteri, György: A társadalmasítás korlátai 1919-ben [Die Grenzen der Vergesellschaftung im Jahr 1919]. In: Történelmi Szemle 20 (1977), H. 3/4, 593–610.

Rigó, Máté: The Long First World War and the survival of business elites in East-Central Europe: Transylvania's industrial boom and the enrichment of economic elites. In: European Review of History 24 (2017), H. 2, 250–272.

Ders.: A „hosszú“ első világháború magyarországi nyertesei. Erdélyi iparmágnások 1914 és 1920 között [Die Sieger des „langen“ Ersten Weltkrieges in Ungarn. Siebenbürgische Industrielle zwischen 1914 und 1920]. In: Egry, Gábor/Kaba, Eszter (Hg.): 1916 – a fordulat éve? Tanulmányok a Nagy Háborúról. Budapest 2018, 75–106.

Szűts, István Gergely: „A szükséglakások felét menekültek kapják ...“. Érdekkonfliktusok és előítéletek az 1920-as évek első felének lakásügyeiben Miskolcon [„Die Hälfte der Notunterkünfte bekommen Flüchtlinge ...“. Interessenkonflikte und Vorurteile im Wohnungswesen in Miskolc in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre]. In: Korall 11 (2010), H. 40, 114–133.

Ders.: Sikerek, kompromisszumok és kudarcok a felvidéki menekültek integrációs folyamataiban [Erfolge, Kompromisse und Misserfolge bei der Integration von Flüchtlingen aus Oberungarn]. In: Fórum. Társadalomtudományi Szemle 12 (2010), H. 4, 3–24.

Tomka, Béla: Az első világháború és a trianoni béke gazdasági hatásai Magyarországon [Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges und des Vertrags von Trianon in Ungarn]. In: Bódy, Zsombor (Hg.): Háborúból békébe. A magyar társadalom 1918 után. Konfliktusok, kihívások, változások a háború és az összeomlás nyomán. Budapest 2018, 47–81.

Gábor Egry, Dr. habil. DSc

Historiker, Direktor des Instituts für Politikgeschichte in Budapest. Seine Forschungsschwerpunkte sind Minderheiten und Nationalismus in Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert mit besonderem Augenmerk auf Siebenbürgen zwischen den beiden Weltkriegen. Er leitet das Forschungsprojekt des Europäischen Forschungsrats zum Thema: Negotiating post-imperial transitions: from remobilization to nation-state consolidation. A comparative study of local and regional transitions in post-Habsburg East and Central Europe.

Gesellschaftliche Herausforderungen in Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg

BOGDAN MURGESCU

Am Ende des Ersten Weltkrieges erlebte das Königreich Rumänien Veränderungen, die es grundlegend umformten. Durch den Zusammenschluss mit Territorien wie Bessarabien (Basrabia), Bukowina (Bucovina), Siebenbürgen (Transilvania), Banat, dem Kreischgebiet (Crişana) und Marmarosch (Maramureş) vergrößerte sich seine Fläche von 137.000 km² auf 295.000 km² und die Bevölkerung von 7,7 Millionen auf 15,7 Millionen Einwohner. Diese territoriale Expansion bedeutete auch die Eingliederung zahlreicher Minderheiten (Ungarn, Deutsche, Juden, Ukrainer etc.), sodass innerhalb von „Großrumänien“ (România Mare) die Rumänen nur noch knapp über 70 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.

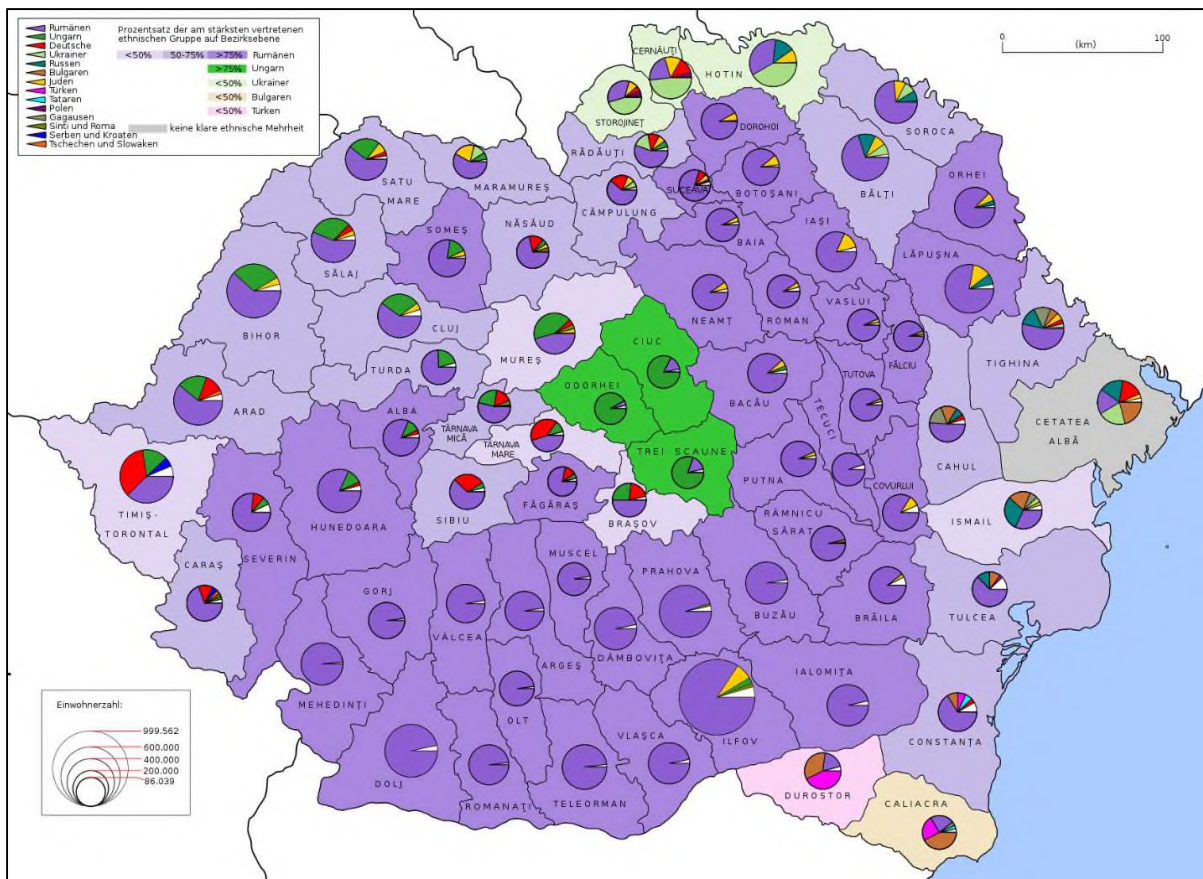


Abb. 1: Ethno-linguistische Karte von Rumänien 1930

Quelle: <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=6417528>

Auch das wirtschaftliche Potenzial hatte sich vergrößert, obwohl das Gewicht der neuen Provinzen ungleich war. So hatten Siebenbürgen und das Banat vor allem in der verarbeitenden Industrie ein etwas höheres Wirtschaftsniveau als das Altreich, während Bessarabien wirtschaftlich deutlich weniger entwickelt war. Insgesamt führte die Vereinigung von 1918 nicht nur zu einer quantitativen Steigerung des wirtschaftlichen Potenzials des

rumänischen Staates, sondern auch zu dessen Diversifizierung und zur Vertiefung der inneren Arbeitsteilung. Andererseits behinderten die neuen Grenzen die bisherigen Wirtschaftsströme und beeinträchtigten vor allem die westlichen Regionen des Landes, die bis dahin wirtschaftlich nach Budapest und Wien orientiert waren. Zudem hatte der Krieg die Wirtschaftstätigkeit stark belastet. Die durch den Krieg und Epidemien – Typhus und die Spanische Grippe – verursachten demografischen Verluste betrafen mehr als zehn Prozent der Vorkriegsbevölkerung. Außerdem war die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kriegsverwundeten und -versehrten eingeschränkt.

Auch die materiellen Schäden waren beträchtlich: Sie wurden nach dem Krieg auf 31 Milliarden Goldlei geschätzt. Der Betrag ist enorm, weil er u. a. den Wert der künftig zu entrichtenden Militärrenten einschließt. Aber selbst wenn wir uns auf die unmittelbaren Zerstörungen und Schäden beschränken, kommen wir nicht umhin festzustellen, dass sie den Wert des Volksvermögens im rumänischen Altreich vor dem Krieg (18,3 Milliarden Goldlei) überstiegen. Abgesehen von diesen quantitativen Ungenauigkeiten waren die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und der Umwälzungen der frühen Nachkriegszeit verheerend. Die gesamte Getreideproduktion sank auf etwa 75 Prozent im Vergleich zum Vorkriegsniveau. So betrug der Durchschnittsertrag im Zeitraum 1919–1923 8,8 Millionen Tonnen Getreide gegenüber den durchschnittlich 11,7 Millionen Tonnen, die bei gleichem Flächenbezug von 1911 bis 1915 erzielt wurden. Auch der Tierbestand erlitt erhebliche Einbußen. Besonders gravierend waren die Schäden des Eisenbahnnetzes, und auch die Industrieproduktion ging auf weniger als die Hälfte jener im Jahr 1913 zurück. Diese negativen Entwicklungen spiegeln sich ebenso in der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf, das 1919 um 31 Prozent geringer war als 1914 – einem Jahr, in dem es im Vergleich zu den Kennziffern der Jahre 1910 bis 1913 ebenfalls rückläufig war –, und im Rückgang des Volksvermögens pro Kopf um 36 Prozent.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren keine abstrakten statistischen Daten, sondern hatten direkte Auswirkungen auf den Alltag großer Teile der Bevölkerung. Mängel aller Art waren bereits in den letzten Kriegsjahren zu spüren, und die Umwälzungen der Jahre 1918/19 verstärkten die sich abzeichnenden Zerwürfnisse weiter. Ein zentrales Thema war die Forderung der Bauern, in den Genuß des aufgeteilten Großgrundbesitzes der Gutsbesitzer zu kommen. Die Bauern bildeten sowohl im Altreich als auch in den nach Kriegsende hinzugekommenen Provinzen die größte soziale Schicht. Die Reform von König Ferdinand I. vom März 1917 wurde ab 1918 umgesetzt, ohne in den Katasterämtern festgehalten worden zu sein. Zur Unsicherheit der Eigentumsverhältnisse gesellten sich der unwiderbringliche Verlust eines Teils der männlichen Arbeitskraft und das fehlende Saatgut, sodass 1919 nur etwa zwei Drittel der Vorkriegsfläche bestellt wurden, was 1919/20 die Ernten beeinträchtigte. Da die Mittel, über die die Bauern verfügten, für die Vermarktung eines erheblichen Teils der Produktion ihrer Haushalte nicht ausreichten, musste Rumänien, ein traditioneller Getreideexporteur, in den Jahren 1919/20 für die Versorgung der Städte Weizen einführen. Die Knappheit von Nahrungsmitteln wie auch einiger Industrieprodukte verschärfte den Inflationsdruck, der 1918/19 aufgrund ungedeckter Geldausgaben während des Krieges und der empfindlichen Kosten der Währungsvereinheitlichung (Rückkauf der österreichisch-ungarischen Kronen und der russischen Rubel durch den rumänischen Staat in den hinzugekommenen Gebieten) hoch war. 1920 betrug der Wert des rumänischen Lei weniger als ein Zehntel seines Wertes im Jahr 1913.

Wirtschaftliche Engpässe waren jedoch nicht die einzigen Probleme, die die rumänische Gesellschaft beunruhigten. Der Erste Weltkrieg hatte die gesamte Gesellschaft auf die Probe gestellt. Weder die Nachbarreiche (Russland, Österreich-Ungarn) noch das

Königreich Rumänien waren den Anforderungen eines solchen Konflikts wirklich gewachsen. Im speziellen Fall Rumäniens spiegelten sich diese Unzulänglichkeiten in der Ausbildung der Armee und dem Kriegspotenzial des Landes in der langen Serie von Niederlagen im Herbst 1916 wider, die nach dem Angriff auf Ungarn zur Besetzung eines großen Teils des Landes durch die Mittelmächte und zum Rückzug der Armee und wesentlicher Teile der staatlichen Institutionen und politischen Eliten in die Moldau (Moldova) führten. Daher rührten auch die vielen Diskussionen, die die öffentliche Agenda des Altreichs 1918 beherrschten, über die „Verantwortung“ für die entstandene Lage, die hauptsächlich bei der liberalen Regierung unter der Führung von Ionel Brătianu gesehen wurde. Andererseits waren viele von denen, die nach der Demobilisierung in ihre Heimat zurückgekehrt waren, entschlossen, eine Wende herbeizuführen, die Exponenten der alten Eliten zu entfernen, sich Grund und Boden zu besorgen und sich in der Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Die Agrarreform und die Gewährung des Wahlrechts für volljährige Männer entsprachen einigen Forderungen, befriedigten aber den Gerechtigkeitsanspruch vieler Akteure nicht völlig. Obwohl die Forderungen nach Gleichberechtigung von Frauen und Männern in einige der wichtigsten Gesetze Großrumäniens aufgenommen wurden, lehnten viele Entscheidungsträger diese Forderungen ab und forderten, die Diskriminierung der weiblichen Hälfte der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die Frage der Rechte der nationalen Minderheiten, deren Anteil an der Bevölkerung im erweiterten Rumänien zugenommen hatte, war in den ersten Zwischenkriegsjahren ein wichtiges Thema und spaltete die öffentliche Meinung. Einige Minderheiten wiederum spürten den schmerzlichen Verlust ihrer privilegierten Situation vor 1918, andere hatten mit den diskriminierenden Einstellungen und Praktiken des rumänischen Staates zu kämpfen, die durch die nationalistisch-chauvinistischen Einstellungen wichtiger Teile der Gesellschaft vergiftet waren.

Die Situation wurde durch die Gefahr einer revolutionären Ansteckung zusätzlich kompliziert. Viele der an der Front Mobilisierten, die ständig in Gefahr waren, ihr Leben zu verlieren oder verstümmelt zu werden, brachte der Krieg dazu, ihre Forderungen zu äußern und sich entsprechend ihrer Ziele zu organisieren. In einigen Staaten (Russland, Deutschland, Österreich und Ungarn) führte diese Radikalisierung der Soldaten zu gewaltsamen Revolutionen. Auch in Rumänien fehlte dieses Risiko nicht, da es durch wirtschaftliche Engpässe und bereits bestehende soziale Spannungen verstärkt wurde. Im Dezember 1918 und dann 1919 kam es in Bukarest, aber auch in anderen Städten zu Streiks und Demonstrationen, mit Opfern unter den Demonstranten, während der Bevölkerung weiterhin ein menschenwürdiges Leben vorenthalten wurde. Vielerorts neigten die Bauern dazu, den Boden selbst in Besitz zu nehmen. Die Macht des Staates, sie daran zu hindern, war sehr unterschiedlich vorhanden, obwohl die liberale Regierung eine erhöhte Zahl von Gendarmen in den Dörfern stationiert hielt, was den Dorfbewohnern missfiel. In Bessarabien und der Bukowina war die Lage durch die Nähe zur Ukraine und zu Russland, wo Bürgerkrieg herrschte, besonders kompliziert. Es wurde der Versuch unternommen, die bolschewistische Revolution zu „exportieren“; zudem wurde die Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien von der neuen bolschewistischen Regierung Russlands nicht anerkannt. Es gab auch Ausschreitungen wie die Hotin-Revolte (revolta de la Hotin) vom Januar 1919, auf die die rumänischen Behörden mit repressiven Maßnahmen reagierten. Dabei unterschieden sie nicht allzu sehr zwischen jenen, die gegen die Armee gekämpft hatten, und jenen, die in diesen Konflikt hineingezogen wurden, und hielten den Belagerungszustand lange aufrecht. Dies konnte wiederholte bewaffnete Vorfälle nicht verhindern, sodass die Spannungen auch während des größten Teils des Jahres 1919 hoch blieben.

Im März 1919 verschärfte sich die Gefahr einer revolutionären Infizierung durch die Ausrufung der ungarischen Räterepublik sowie durch Béla Kuns Pläne, die kommunistischen Kräfte in Ungarn und Russland zu bündeln, was die Invasion Rumäniens vorausgesetzt hätte. Komplikationen infolge des russischen Bürgerkrieges und Auseinandersetzungen zwischen nationalistischen und kommunistischen Kräften in der Ukraine verhinderten eine massive Aktion der Roten Armee gegen Rumänien, und die ungarischen Truppen erwiesen sich als unzureichend, um Siebenbürgen zurückzuerobern. Nach den Kämpfen, die im April 1919 einsetzten, führte die Gegenoffensive der rumänischen Armee am 30. Juli 1919 zur Überquerung der Theiß und zur Besetzung von Budapest am 4. August. Setzte der Zusammenbruch der Räterepublik dem Versuch, Ungarn zu einer Keimzelle der kommunistischen Revolution in Ostmitteleuropa zu verwandeln, ein Ende, so führten die wirtschaftlichen Engpässe, die sich durch den dramatischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion 1919 vertieften, weiterhin zu Spannungen, die sich in Streiks und wiederkehrenden sozialen Unruhen 1920/21 entluden. Unter diesen Bedingungen war es selbstverständlich, dass sich das politische Kräftefeld stark veränderte.

Das Altreich war 1914 eine konstitutionelle Monarchie gewesen, in der fünf größere politische Parteien agierten. Von diesen hatten sich nur zwei ständig an der Macht abgewechselt, die Nationalliberale und die Konservative Partei (Partidul Conservator). 1908 bildete eine von Take Ionescu geförderte Abspaltung die Konservativ-Demokratische Partei (Partidul Conservator Democrat), die 1912–1914 und 1916–1918 an der Regierung mitwirkte. 1910 war die Nationalistisch-Demokratische Partei (Partidul Naționalist-Democrat) gegründet worden, während auf der sozialpolitischen Bühne auch die Sozialdemokratie durch die Sozialdemokratische Partei (Partidul Social-Democrat) wieder auftrat. Während und vor allem am Ende des Ersten Weltkrieges entstanden neue Parteien, von denen die wichtigsten die Volksliga (Liga Poporului, April 1918) und die Bauernpartei (Partidul Țărănesc, Dezember 1918) waren. Während es der Nationalliberalen Partei (Partidul Național-Liberal) weitgehend gelungen war, ihren Zusammenhalt und ihre Organisationsstärke zu bewahren, erlebten andere Parteien große Turbulenzen und stellten sich neu auf. Die Konservativen befanden sich einerseits wegen ihrer eigenen Spaltung und andererseits wegen der wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, die ihre Machtgrundlagen bedrohten, in einer Krise. Unter diesen Umständen traten einige der Volksliga (Liga Poporului) bei, andere blieben Alexandru Marghiloman in der Konservativ-Progressiven Partei (Partidul Conservator-Progressist) treu, und andere wiederum schlossen sich unter der Führung Take Ionescus zusammen. Besonders heftig waren die Unruhen im sozialistischen Bereich: einerseits aufgrund der Auswirkungen der Russischen Revolution, die einige der rumänischen Sozialisten dazu bewogen, sich in Richtung einer kommunistischen Revolution zu orientieren; und andererseits, weil die Sozialisten die erste politische Partei waren, die ihre Strömungen in den verschiedenen Provinzen, die sich 1918 Rumänien angeschlossen hatten, zusammenlegte. Das stärkte die reformistischen Kräfte, die der mitteleuropäischen Sozialdemokratie näher als den Kommunisten standen.

Hinzu kamen die Parteien aus Bessarabien, der Bukowina und Siebenbürgen. Auch in diesen Provinzen war die politische Situation dynamisch, denn neben den Parteien, die 1918 den nationalen Kampf angeführt hatten – die Moldauische Nationalpartei (Partidul Național Moldovenesc), die sich in Bauernpartei Bessarabiens (Partidul Țărănesc din Basarabia) umwandelte, die Demokratische Partei der Union (Partidul Democrat al Unirii) in der Bukowina, die Rumänische Nationalpartei (Partidul Național Român) in Siebenbürgen und die Sozialdemokratische Partei –, entstanden in rascher Abfolge neue politische Zusammenschlüsse sowie politische Organisationen einiger nationaler Minderheiten. In ganz

Großrumänien fand in den Jahren 1918/19 eine beachtliche Diversifizierung des politischen Kräftefeldes statt. Einige politische Kräfte forderten tiefgreifende Veränderungen der sozialen und politischen Ordnung. So sind in der am 1. Dezember 1918 verabschiedeten Resolution der Nationalversammlung von Karlsburg (rum. Alba Iulia, ung. Gyulafehérvár) die folgenden Grundprinzipien enthalten, die dem „neuen rumänischen Staat“ zugrunde liegen sollten:

(1) Volle nationale Freiheit für alle zusammenlebenden Völker. Jedes Volk soll in seiner eigenen Sprache von Personen seiner Herkunft unterrichtet, verwaltet und abgeurteilt werden, und jedes Volk erhält das Vertretungsrecht in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung des Landes im Verhältnis zur Zahl seiner Zugehörigen.

(2) Gleiche Rechte und volle autonome Bekenntnisfreiheit für alle Konfessionen im Staat.

(3) Die Verwirklichung eines rein demokratischen Regimes in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht nach Gemeinden und proportionale Vertretung für beide Geschlechter im Alter von 21 Jahren in Gemeinden, Kreisen oder Parlament.

(4) Vollkommene Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, freie Verbreitung aller menschlichen Gedanken.

(5) Eine radikale Agrarreform. Sämtlicher Grundbesitz wird zusammengefasst, insbesondere der Großgrundbesitz. Aufgrund dieser Konskription, der Abschaffung der Fideikomisse und auf der Grundlage des Rechts ist der Großgrundbesitz nach Bedarf zu verkleinern, und es wird dem Bauern möglich sein, sich einen Besitz (Ackergrund, Weide und Wald) zu schaffen, den er und seine Familie bearbeiten kann. Leitgedanke dieser Agrarpolitik ist einerseits die Förderung des sozialen Ausgleichs, andererseits die Steigerung der Produktion.

(6) Industriearbeitern werden die gleichen Rechte und Vorteile garantiert, die in den fortschrittlichsten westlichen Industriestaaten gesetzlich verankert sind.

Der führende bessarabische Politiker Pantelimon Halippa verleiht seinerseits dem gleichen Wunsch nach radikalen Veränderungen Ausdruck, indem er schrieb: „Die staatlichen Akteure müssen sich an den Gedanken gewöhnen, dass die Bauern nicht nur ein Element darstellen, das von staatlichen Stellen gesteuert wird, sondern von diesen bedient wird. Nur so können wir ein starker Staat werden, nur so kommt die Einheit der Seelen zustande, die uns heute so fehlt (Bucur 2017, 248).“ Der Wunsch nach Veränderung wurde bei den ersten Parlamentswahlen im vereinten Rumänien nach dem Ende des Ersten Weltkrieges stark zum Ausdruck gebracht. Mehrfach verschoben, fanden diese Wahlen am 2.–4. November 1919 für die Abgeordnetenversammlung und am 7.–9. November 1919 für den Senat statt. Weil der Prozess der Vereinheitlichung von Justiz und Verwaltung noch ausstand, fanden diese Wahlen nach unterschiedlichen Wahlbestimmungen statt, die den unterschiedlichen Wahltraditionen des Altreichs und der ehemals zu Österreich-Ungarn gehörenden Gebiete Rechnung trugen. Konkret heißt dies, dass im Altreich und in Bessarabien die Wahlen auf Kreisebene nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt wurden, was bedeutet, dass Kreislisten von Parteien und/oder unabhängigen Kandidaten gewählt wurden und die Sitze nach einem Proporzsystem für die Abgeordnetenkammer und nach einem relativen Mehrheitssystem für den Senat vergeben wurden. Demgegenüber wurde in der Bukowina und in Siebenbürgen auf der Ebene einiger Unterbezirkswahlkreise, mit Ausnahme der Städte Czernowitz (ukr. Чернівці, rum. Cernăuți), Klausenburg (rum. Cluj-Napoca, ung. Kolozsvár), Großwardein (rum. Oradea, ung. Nagyvárad), Arad und Temeswar (rum. Timișoara, ung. Temesvár), in denen proportional abgestimmt wurde, das Mehrheitswahlrecht angewandt.

Trotz dieser Vielfalt hatten die Parlamentswahlen vom November 1919 im Großen und Ganzen auch eine wichtige Gemeinsamkeit: Auf gesamtrumänischer Ebene hatten männliche Staatsbürger im Alter von 21 Jahren das Wahlrecht für die Abgeordnetenkammer, für den Senat lag das untere Alterslimit hingegen bei 40 Jahren. Zuvor war das allgemeine Männerwahlrecht nur in der Bukowina aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den im österreichischen Reichsrat vertretenen Länder eingeführt worden, während in Siebenbürgen, Bessarabien und im Altreich das Zensuswahlrecht zur Anwendung kam. Die landesweite Einführung des allgemeinen männlichen Wahlrechts sollte eine konsequente Ausweitung des Wahlrechts und die Beteiligung der Bevölkerung an der politischen Willensbildung des Landes ermöglichen. Nicht zuletzt griff die Regierung im Gegensatz zur „Tradition“ des Altreichs (aber auch Österreich-Ungarns) nicht systematisch ein, um den Wahlsieger zu ermitteln. Natürlich gab es einige „Schönheitsfehler“: Das Ausbleiben von Druck durch die Zentralregierung bedeutet nicht, dass es an Einmischung der Kreis- und/oder Provinzbehörden gefehlt hat, weshalb mehrere Parteien beschlossen, die Wahl zu boykottieren. Unter Berücksichtigung aller Aspekte können wir jedoch festhalten, dass die Ergebnisse der Wahlen vom November 1919 die Optionen der Wähler in stärkerem Maße widerspiegeln als je zuvor in der Geschichte des Königreichs Rumänien.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen von November 1919 auf Landesebene

Parteien	Abgeordnetenhaus		Senat		Mandate insgesamt
	Mandate	Prozentanteil	Mandate	Prozentanteil	
Rumänische Nationalpartei	165	29,05	73	31,06	238
Nationalliberale Partei	103	18,13	56	23,83	159
Bauernpartei Bessarabiens	72	12,68	35	14,89	107
Bauernpartei Nationalistisch-Demokratische Partei	63	11,09	24	10,21	87
Demokratische Partei der Union	28	4,93	13	5,53	41
Deutsche Partei	20	3,52	7	2,98	27
Konservativ-Progressive Partei	17	2,99	6	2,55	23
Ungarnpartei	13	2,29	4	1,70	17
Volksliga	8	1,41	4	1,70	12
Liberaldemokratische Partei	7	1,23	2	0,85	9
Sonstige Minderheiten	9	1,58		0,00	9
Sozialistische Partei	5	0,88	3	1,28	8
Partidul Independent Popular	7	1,23	–	–	7
Bauernpartei-Siebenbürgen und Banat	6	1,06	–	–	6
Nationale Union Liga Poporului	4	0,70	–	–	4
Basarabeian	4	0,70	–	–	4
Partidul Democrat Muncitor	4	0,70	2	0,85	6
	3	0,53	–	–	3

Partidul Democrat Independent	2	0,35	–	–	2
Partidul Conservator Unionist	1	0,18	–	–	1
Unabhängige Abgeordnete	27	4,75	6	2,55	33
Insgesamt in den Wahlkreisen gewählte Abgeordnete	568	100	235	100	803
Von den Universitäten gewählte Senatoren			4		4
Zu Recht vertretene Senatoren			19		19
Insgesamt	568		258		826

Quelle: Murgescu/Sora 2019, 372

Es ergeben sich hieraus einige Schlussfolgerungen: Zum ersten Mal in der Geschichte des Königreichs Rumänien hatte keine politische Partei eine Mehrheit im Parlament erhalten. Die Sitzverteilung zeigte, dass für eine solche Mehrheit rechnerisch eine Koalition von mindestens drei Parteien erforderlich war. Für die meisten Zeitgenossen war das wichtigste Ergebnis der Wahl die unerwartet hohe Stimmenanzahl, die von der Bauernpartei – den Tzaranisten – in der Konfrontation mit der Nationalliberalen Partei erzielt wurde, dies auch, weil die politischen Kräfte im Altreich gewohnt waren, die Wahlen mühelos für sich zu entscheiden. Der liberale Politiker Ion G. Duca fasst das Ergebnis der Wahlen wie folgt zusammen: „In einigen Landkreisen war es eine echte Katastrophe, die Tzaranisten nahmen die meisten Sitze ein, und obwohl wir [die Nationalliberalen] im Allgemeinen die zahlreichste in der Kammer vertretene Partei waren [hier bezieht sich Duca eigentlich nur auf das Altreich; Anm. d. Verf.], hatten wir dennoch keine absolute Mehrheit und [...] es bestehen keine Zweifel, dass das Wahlergebnis eine große Niederlage für uns war (Duca 1982, Bd. 3, 191f).“

Zugleich war das wichtigste politische Thema auf nationaler Ebene, jenseits der lokalen, Kreis- und Provinzbesonderheiten, der Gegensatz zwischen Alt und Neu in der politischen Verfasstheit Rumäniens nach dem Weltkrieg. Diese Ablehnung der alten Eliten wurde von den Tzaranisten, die in ihrem Parteiprogramm Wert auf die Feststellung legten, dass sie sich „gegen alle alten, von den Wenigen und den Reichen gebildeten Parteien, um die Vielen zu regieren“ (Doctrina 1994, 87), erheben, nachdrücklich vertreten und von anderen politischen Kräften, insbesondere von den Parteien in Bessarabien und Siebenbürgen, geteilt. Der Präsident der Nationalliberalen Partei, der ehemalige Premierminister Ionel Brătianu, räumte unmissverständlich ein, dass die Wähler „in irgendeiner Weise etwas Neues wollten“ (Duca 1982, Bd. 3, 192). Für die Exponenten der Parteien, die den Wahlsieg davongetragen hatten, hatte dieses „Neue“ jedoch konkrete Merkmale, die dem Wandel der Funktionsweise des Altreiches Ausdruck verliehen:

Die in Siebenbürgen, Banat, Bukowina und Bessarabien gewählten Abgeordneten waren zur Eröffnung der Kammern mit der Illusion gekommen, an der Schaffung einer neuen und demokratischen Verfassung mitzuwirken. Wir hatten einen ganzen Plan legislativer, großzügiger und fortschrittlicher Errungenschaften. Diese sollten unsere Nation auf das Niveau von Ländern heben, denen dank der Institutionen der Fortschritt in Richtung Zivilisation gewährleistet war durch Verwaltung, Justiz [und] Kultur auf der Grundlage einer verfassungsmäßigen, von frei gewählten Parlamentskammern garantierten Kontrolle (Vaida-Voevod 1995, 15).

Würden wir eine Metapher verwenden, die heute von der Terminologie der digitalisierten Zivilisation inspiriert ist, wären die Befürworter von „Rumänien.Anderswie“ aus dem Streit mit den Anhängern der Idee des „Altreichs 2.0“ als Sieger hervorgegangen.

Obwohl die Wahlergebnisse die politische Szene zersplittert hatten und es offenkundig schwierig zu sein schien, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden, die eine stabile Regierung gewährleisten konnte, handelten die Vertreter von Parteien, die eine politische Erneuerung anstrebten, vorschnell: Sie schlossen sich in einer als Parlamentarischer Block (Blocul Parlamentar) bekannt gewordenen Koalition zusammen und bildeten eine Regierung, die von dem Siebenbürger Alexandru Vaida-Voevod angeführt wurde. Darüber hinaus erzielte die Regierung Vaida-Voevod trotz des offensichtlichen Mangels an politischer Erfahrung der meisten Minister und Mitglieder der parlamentarischen Mehrheit einige bemerkenswerte politische Erfolge – sie hat die Beziehungen zu den alliierten Mächten vertieft, die Friedensverträge unterzeichnet, die internationale Anerkennung der Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien erreicht, die Vereinigungsgesetze verabschiedet, die Versorgung der Städte sichergestellt, den Belagerungs- und Zensurzustand beendet, die Eskalation sozialer Spannungen vermieden und mehrere moderne, effektive Reformprojekte vorangetrieben, von denen das wichtigste (und umstrittenste) die Agrarreform war.

Diese Projekte provozierten die Reaktion der etablierten Eliten aus dem Altreich, die entscheidend von König Ferdinand I. unterstützt wurden. Am 12. März 1920, zu einem Zeitpunkt, als der Premierminister in London mit den Alliierten verhandelte, erzwang der König den Rücktritt der Regierung Vaida-Voevod und ernannte General Alexandru Averescu zum neuen Regierungschef. Einige Tage später, als das Parlament sich weigerte, die neue Regierung zu unterstützen, löste der König das Parlament auf und ebnete den Weg für Parlamentswahlen im Geiste der interventionistischen Tradition der Regierungen aus dem Altreich. Die vorgezogenen Wahlen wurden von der von Premierminister Alexandru Averescu geführten Volkspartei (Partidul Poporului) gewonnen. Obwohl sich also bei den ersten Parlamentswahlen nach 1918 die deutliche Mehrheit der Wähler für einen sozialen und politischen Wandel entschied, gelang es den politisch-gesellschaftlichen Eliten des Altreichs, die Macht zurückzugewinnen und ein Regime der ‚nachgeahmten Demokratie‘ (wieder) einzurichten. Es ermöglichte den verschiedenen Regierungen der Zwischenkriegszeit, die Wahlen regelmäßig und unabhängig von der Stimme und den Wünschen der Bürger zu gewinnen. Die Historikerin Victoria Brown fasst die Situation wie folgt zusammen:

By clinging to the Liberals and large landowners, resolutely turning away from the political newcomers, and refusing to consider the merits of any reform measure until events forced it upon him, Ferdinand proved quite incapable of becoming the king of all the people. He chose to defend the old elite and to maintain the political system of Rumania's past at the expense of her future. [...] in the long run, universal suffrage and the distribution of two million hectares of land could neither satisfy the populace nor regenerate Rumanian society. Ironically, although the old-line politicians, aided by the king, maintained supremacy for a number of years by stifling the growth of peasant democracy and by encouraging chauvinism and demagoguery in its place, it was they who were primarily responsible for the political climate in which, in the feverish atmosphere of the late 1930s, King Carol II would be able to dispense entirely with the services of conventional political parties. Thus, by side-stepping real reform, the ruling elite, was, in the end, hoist by its own petard. Unfortunately, the rest of Rumanian society was hoist along with it (Brown 1979: 471f.).

Übersetzt von Josef Wolf

Verwendete Literatur

Axenciuc, Victor: Evoluția economică a României. Cercetări statistico-istorice 1859–1947. Vol. I. Industrie și transporturi [Die Wirtschaftsentwicklung Rumäniens. Historisch-statistische Forschungen 1859–1947. Bd. 1: Industrie und Transportwesen]. Bukarest 1992.

Ders.: Introducere în istoria economică a României. Epoca modernă [Einführung in die Wirtschaftsgeschichte Rumäniens. Die Neuzeit]. Bukarest 1997.

Ders.: Avuția națională a României. Cercetări istorice comparate 1860–1939 [Das Nationalvermögen Rumäniens. Vergleichsgeschichtliche Forschungen]. Bukarest 2000.

Brown, Victoria F.: The Movement for Reform in Rumania after World War I: The Parliamentary Bloc Government of 1919–1920. In: Slavic Review 38 (1979), Nr. 3, 456–472.

Bolt, Jutta u. a.: Rebasings „Maddison“: new income comparisons and the shape of long-run economic development. 2018. www.ggdc.net/maddison (letzter Abruf: 10.9.2021).

Bucur, Bogdan (Hg.): Cartea de aur a Centenarului Marii Uniri, cuvânt-înainte de Bogdan Murgescu [Das Goldene Buch der Jahrhundertfeier der Großen Vereinigung, mit einem Vorwort von Bogdan Murgescu]. Bukarest 2017.

Diaconescu, Marius/Sora, Andrei Florin/Avram, Oana (Hg.): Ziarele românești despre Unirea Basarabiei, Bucovinei și Transilvaniei. Articole selectate și editate de [Die rumänischen Zeitungen über die Vereinigung Bessarabiens, der Bukowina und Siebenbürgens]. 3 Bde. Bukarest 2018–2020.

Dogan, Matei: Analiză statistică a democrației parlamentare din România [Statistische Analyse der parlamentarischen Demokratie in Rumänien]. Bukarest 1946.

Ders.: Dansul electoral în România interbelică [Der Wahlenreigen im Rumänien der Zwischenkriegszeit]. In: Revista de cercetări sociale 4 (1995), 3–23.

Duca, I. G.: Amintiri politice [Politische Erinnerungen]. 3 Bde. München 1981/82.

Hitchins, Keith: România 1866–1947 [Rumänien 1867–1947]. Bukarest 1996.

Livezeanu, Irina: Cultural Politics in Greater Romania: Regionalism, Nation Building, and Ethnic Struggle, 1918–1930. Ithaca 1995.

Murgescu, Bogdan/Sora, Andrei Florin (Hg.): România Mare votează. Alegerile parlamentare din 1919 „la firul ierbii“ [Großrumänien wählt. Die Parlamentswahlen Rumäniens von 1919 „auf dem Rasen“]. Iași 2019.

Murgescu, Bogdan: Istoricii și Marea Unire din 1918. Complexitate, valori, sens [Die Historiker und die Große Vereinigung 1918. Komplexität, Werte, Sinndeutung]. In: Studii și articole de istorie LXXXV (2018), 7–17.

Ders.: România și Europa. Acumularea decalajelor economice (1500–2010) [Rumänien und Europa. Die Akkumulation der Wirtschaftsgefällen (1500–2010)]. Iași 2010.

Niculae, Vasile/Ilicioiu, Ion/Neagoe, Stelian (Hg.): Doctrina țărănistă în România. Antologie de texte [Die tsaranistische Doktrin in Rumänien. Eine Textanthologie]. Bukarest 1994.

Svennilson, Ingvar: Growth and Stagnation in the European Economy. Genf 1954.

Știrban, Marcel: Din istoria României, 1918–1921. Probleme ale vieții politice, economice și sociale [Aus der Geschichte Rumäniens, 1918–1921. Fragen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens]. Cluj-Napoca 1987.

Vaida-Voevod, Alexandru: Memorii. Prefață, ediție îngrijită, note și comentarii de Alexandru Șerban [Memoiren. Vorwort, Anmerkungen, Kommentare und hg. von Alexandru Șerban]. Bd. 2. Cluj-Napoca 1995.

Voinea, Liviu u. a. (Hg.): Un veac de sinceritate. Recuperarea memoriei pierdute a economiei românești 1918–2018 [Ein Jahrhundert der Aufrichtigkeit. Die Wiederherstellung der geschichtlichen Erinnerung der rumänischen Wirtschaft 1918–2018]. Bukarest 2018.

Bogdan Murgescu, Prof. Dr.

Historiker, Prorektor und Professor an der Fakultät für Geschichte der Universität Bukarest, Ehrenvorsitzender der Rumänischen Gesellschaft für Geschichtswissenschaften. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören wirtschafts- und sozialgeschichtliche Themen, darunter die Geschichte der Hochschulbildung und ihre Rolle bei der Akkumulation von Humankapital sowie die Geschichte kommunistischer Regimes und des postkommunistischen Übergangs.

Bleiben oder gehen? *Lehrer im Komitat Hunyad 1918/19*

BALÁZS ABLONCZY

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, den darauffolgenden Revolutionen, dem Fall großer Teile des Königreichs Ungarn unter Fremdherrschaft und dem Vertrag von Trianon standen mehrere Millionen Menschen vor der Frage, sollen sie im neuen fremden Staat bleiben oder ihr Leben im verkleinerten Trianon-Ungarn fortsetzen. Viele machten sich schließlich auf den Weg. Obwohl es immer noch keine genauen, statistisch gesicherten Daten über die Zahl der Flüchtlinge gibt, kann die Größe des Flüchtlingsstroms zwischen den offiziellen Zahlen (350.000), den Schätzungen der Historiker (420.000–425.000) und den mündlich tradierten Größenordnungen (500.000) eingeordnet werden. Statistische Angaben eignen sich allerdings nicht dazu, Entscheidungen von Einzelpersonen und deren Motive zu ergründen. Im Folgenden wird deshalb eine Gruppe von Mittelschullehrern in einer Region im südöstlichsten Siebenbürgen untersucht, die in den verschiedenen ungarischen und rumänischen digitalen Datenbanken mittlerweile gut erfasst ist und die hier ausgewertet wurde.

Die Auswahl fiel auf die Mittelschullehrer, die Anfang des 20. Jahrhunderts als eine einheitliche soziale Gruppe zu charakterisieren sind. Der Lehrerberuf an den Mittelschulen – Oberrealschulen und Obergymnasien – erfuhr durch eine Reihe von Bildungsreformen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine rasche Professionalisierung. Der Lehrerberuf in den Mittelschulen setzte einen Universitätsabschluss voraus, unabhängig davon, ob der Inhaber an einer kirchlichen oder staatlichen Mittelschule unterrichtete. Die Schulbezirke, die ab 1883 überall eingerichtet wurden, übten eine strenge fachliche Aufsicht über das Lehrpersonal aus. Neu ausgebildete Lehrer wurden vom Kultusministerium je nach Bedarf und freien Stellen im Lande verteilt, wodurch sie in den meisten Fällen weit entfernt von ihrem Elternhaus tätig wurden. Ein Mittelschullehrer vor allem in den Kleinstädten bekleidete als Angehöriger des Bürgertums auch Ämter in Vereinen, war mitunter Mitglied der örtlichen Gerichtsbarkeit und eine wichtige Figur im gesellschaftlichen Leben. Nach dem Gesetz IV von 1893 über die Besoldung der Staatsbeamten wurden die meisten Mittelschullehrer (damals hauptsächlich Männer) in die Gehaltsgruppen VIII bis IX mit einem Gehalt von 3.000–4.000 Kronen pro Jahr eingestuft, das ihnen einen respektablen Lebensunterhalt, relativ große Mietwohnungen und Dienstboten (vor allem in ländlichen Gebieten) ermöglichte. Diese Vergütung entsprach ungefähr dem Jahresgehalt eines Oberstuhlrichters, der für einen Verwaltungsbezirk innerhalb des Komitats zuständig war. Außerdem konnten die Mittelschullehrer in der Gewissheit tätig werden, dass sie die 1,4 Prozent der Bevölkerung mit Abitur, d. h. die künftige Elite des Landes, unterrichten konnten. Auch im Komitat Hunyad war das nicht anders.

Das hier ausgewählte Komitat Hunyad gehörte bis 1918 zum Königreich Ungarn und grenzte an das 1861 proklamierte unabhängige Fürstentum Rumänien. Seit 1920 ist das Gebiet des Komitates Bestandteil von Rumänien und in etwa mit dem Gebiet des heutigen Kreises Hunedoara identisch. Die Region spielte ab dem 11. Jahrhundert eine wichtige Rolle bei der Etablierung der ungarischen Herrschaft, wobei das Komitat als Verwaltungseinheit erst im 13.

Jahrhundert entstand. Laut der ungarischen Geschichtsschreibung tauchte nach der Mongolen-Invasion von 1241/42 eine große rumänische Bevölkerung hier auf. Die rumänische Geschichtsschreibung geht hingegen davon aus, dass die rumänische Bevölkerung in diesem Gebiet eine Kontinuität seit dem römischen Imperium aufweist. Die Grundlage dafür bildet die Tatsache, dass es in der Region bedeutende römische und dakische Überreste gibt. Das Komitat Hunyad hatte nachweislich seit dem Mittelalter eine ungarische Bevölkerung hauptsächlich in den Dörfern des Marosch-Tals und bestand neben Bauern aus einer kleinen adligen Schicht. Im Laufe der Jahrhunderte – vor allem durch den Türkenbekämpfer Johann Hunyadi, Gouverneur Ungarns im 15. Jahrhundert – wurden die den rumänischen Gemeinschaften vorstehenden Knezen durch die ungarischen Könige häufig geadelt, sodass es im Gegensatz zu anderen Gebieten Siebenbürgens im Komitat Hunyad bis ins 19. Jahrhundert eine beträchtliche Anzahl rumänischer Kleinadliger gab, deren kulturelles Erbe bis ins nächste Jahrhundert überlebte. Nicht selten fanden sich unter ihnen solche Adelsfamilien, die sogar in den ungarischen Hochadel aufstiegen. Im Mittelalter gab es ebenso eine bedeutende deutsche Einwanderung in die Region, hauptsächlich in die Städte, und auch eine längere bulgarische ethnische Präsenz in Diemrich (rum. Deva, ung. Déva), dem späteren administrativen Zentrum des Komitats, ist belegt.

Die osmanischen Feldzüge in der Zeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, die Einwanderungen sowie Bauernaufstände (wie etwa die Aufstände von Horea und Cloșca im Jahre 1784) und Bürgerkriege (wie derjenige von 1848/49) führten zu einem starken Rückgang der ungarischen Bevölkerung in der Region. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts beschränkte sich die ungarische Bevölkerung hauptsächlich auf die kleinen regionalen Zentren und Städte wie etwa Diemrich, Broos (rum. Orăștie, ung. Szászváros), Eisenmarkt (rum. Hunedoara, ung. Vajdahunyad) und Hatzeg (rum. Hațeg, ung. Hátszeg). Auf dem Land lebten ungarische Grundbesitzerfamilien häufig in einem geschlossenen rumänischen ethnischen Umfeld, die in Zeiten sozialer Unzufriedenheit – wie 1848/49 oder auch im Herbst 1918 – oft als Erste den ethnischen Unruhen zum Opfer fielen. Zu den Besonderheiten der Region gehörte u. a. die Verbreitung der evangelisch-reformierten Konfession unter den Ungarn und stellenweise auch unter den Rumänen wie etwa in Rákosd (rum. Răcăștia), die auch mit der Verbreitung und Kenntnis der ungarischen Sprache verbunden war. Die Aufgabe der eigenen ethnisch-sprachlichen Identität bedeutete dies jedoch keineswegs. So bezeichneten sich rumänische Reformierte bei den ungarischen Volkszählungen als Rumänen. Die relative Stärke des rumänischen Nationalbewusstseins in der Region war auch darauf zurückzuführen, dass innerhalb der habsburgischen Militärgrenze hier das Erste Walachische Infanteriegrenz-Regiment im 18. Jahrhundert organisiert wurde, das einen gewissen Spielraum für die Selbstverwaltung der lokalen rumänischen Gemeinschaft eröffnete. Der rumänische Charakter des Komitats wurde durch die Eingliederung der überwiegend von Rumänen bewohnten Bergregion des ehemaligen Komitats Zaránd im Zuge der Verwaltungsreform von 1876 weiter verstärkt. Zu diesem Zeitpunkt erreichte das Komitat Hunyad seine endgültige Ausdehnung von etwa 7.000 km².

Ein Wandel in den ethnischen Verhältnissen setzte nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 ein, als die Bevölkerung durch die Industrialisierung zwischen 1880 und 1910 um fast 100.000 Personen von 248.000 auf 340.000 wuchs, wobei sich der Anteil der ungarischen Bevölkerung auf 15,5 Prozent fast vervierfachte. Für dieses spektakuläre Wachstum gibt es mehrere Gründe: zunächst die zunehmende Industrialisierung im Petroschener Becken (rum. Depresiunea Petrosani, ung. Petrozsényi-medence) und in Eisenmarkt, der Ausbau der Eisenbahn (mit dem Eisenbahnknotenpunkt Pischk (rum. Simeria, ung. Piski), der Zustrom ungarischer Beamter sowie die gezielte Umsiedlungspolitik der

ungarischen Regierung, in deren Rahmen ab den 1880er-Jahren in mehreren Wellen ungarische Siedler kamen, darunter 2.000 ungarischsprachige Szekler aus der Bukowina, die in Diemrich, Eisenmarkt, Csernakeresztúr (rum. Cristur) und Sztrigyszentgyörgy (rum. Streisângeorgiu) angesiedelt wurden.

Diese komplexen ethnischen Verhältnisse kennzeichneten das Komitat im Jahre 1918. Dessen schwerste Bewährungsprobe stellte der rumänische Einmarsch bereits im August 1916 dar, als Rumänien in die österreichisch-ungarische Monarchie einfiel und seine Truppen bedeutende Gebiete im Süden und Osten Siebenbürgens besetzten. Die damaligen Ereignisse stellten gewissermaßen eine Generalprobe für das dar, was zwei Jahre später folgen sollte.

Im Folgenden sollen die Auswirkungen des Imperienwechsels am Beispiel der Lehrer in drei weiterführenden ungarischen Schulen der Städte Diemrich, Broos und Petroschen (rum. Petroșani, ung. Petroszény) untersucht werden; das griechisch-orthodoxe Gymnasium in Breda war im Wesentlichen eine rumänische Einrichtung und bleibt daher bei der Betrachtung außen vor.

Die Oberrealschule mit Abiturabschluss wurde in Ungarn 1875 zur Zeit der Mittelschulreform etabliert. Ziel dieser Bildungsanstalt war es, die Schüler auf eine Laufbahn in naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen vorzubereiten, indem sie vorrangig „Realien“, d. h. moderne Fremdsprachen sowie Mathematik und Naturwissenschaften, unterrichtete. Das dort erworbene Abitur ermöglichte den Zugang zu naturwissenschaftlichen, bergbaulichen und forstwirtschaftlichen, später auch landwirtschaftlichen Fachhochschulen und Universitäten. Realschulen waren in der Regel staatliche Einrichtungen, und wo sie an der Peripherie des historischen Ungarn entstanden sind, waren sie eine natürliche Erweiterung der ungarischen nationalen Hegemonie und des damit verbundenen Modernisierungsversprechens. Nach der ungarischen Volkszählung von 1910 wies Diemrich, das Zentrum des überwiegend von Rumänen bewohnten Komitats Hunyad, eine leichte ungarische Mehrheit und eine starke rumänische Minderheit auf. Somit war die Oberrealschule berufen, auch die ungarische Staatsidee zu fördern.



Abb. 1:
Die staatliche
Oberrealschule in Diemrich
vor 1918
Quelle: Sammlungen des
Instituts für
donauschwäbische
Geschichte und
Landeskunde

Die staatliche Realschule von Diemrich wurde 1871 eingerichtet. 1887 und 1888 wurden ein neues Schulgebäude errichtet und die Schule zu einer achtklassigen Bildungseinrichtung

ausgebaut. Bald kamen ein Internat und eine moderne Turnhalle hinzu. Im letzten Schuljahr vor dem Ersten Weltkrieg waren 330 Schüler in den acht Klassen eingeschrieben, von denen die überwiegende Mehrheit (288) aus der Stadt und dem Komitat stammte. 252 der Schüler hatten Ungarisch als Muttersprache und nur 58 Rumänisch angegeben. Die Berufe der Eltern wurden von Staatsbediensteten, Beamten, Handwerkern und Händlern dominiert. Obwohl es keine ausführlichen Angaben über das letzte Schuljahr gibt, berichtete die „Dévaer Tageszeitung“, dass 447 Schüler das Schuljahr 1918/19 begannen, aber lediglich 397 es beendeten.

Mitte Dezember 1918 marschierten die rumänischen Truppen in die Stadt ein. Die sich etablierende rumänische Verwaltung begann bald auch die Bildungseinrichtungen zu übernehmen, auch wenn die Umstellung des Unterrichts nach Angaben der lokalen Presse lange dauerte. Wie entwickelte sich nun das Schicksal der Lehrer in der Oberrealschule während dieser turbulenten Jahre? Mittelschullehrer zu sein, bedeutete in Ungarn – wie bereits festgestellt –, zur Mittelschicht zu gehören und Teil der lokalen Elite zu sein. Fünf Lehrer von Diemrich waren nachweislich auch Mitglieder der Komitatsversammlung, mehrere von ihnen gehörten dem Stadtrat an und andere waren in der angesehenen Historischen und Archäologischen Gesellschaft des Komitats Hunyad aktiv. Ihre Entscheidungen zwischen Weggehen und Bleiben in der von Rumänien annektierten Stadt spiegeln deshalb auch die Handlungsoptionen der Mittelschicht in einer Kleinstadt mit einer schwachen ungarischen Mehrheit.

Im Sommer 1918 hatte die Oberrealschule 19 Aushilfs- und reguläre Lehrer (ohne die Religionslehrer), von denen fünf zum Zeitpunkt der Erfassung der Daten gar nicht anwesend waren, weil sie noch ihren Militärdienst leisteten. Von den jüngeren Lehrern, die einberufen wurden, kehrte Antal Ander (ein Geschichts- und Geografielehrer) als Militärintalide in den Schuldienst zurück (sein rechtes Bein wurde amputiert). Von den 19 Lehrern starb einer bereits im Herbst 1918 in Diemrich: Oszkár Hackmüller, Lehrer für Ungarisch und Deutsch. Seine Frau, eine Bürgerschullehrerin, floh nach dem Tod ihres Mannes nach Budapest. Von den verbliebenen 18 Personen übersiedelten nur sechs nach Trianon-Ungarn, einer der Naturkundefahrer János Volkó (1880–1977) kehrte in seine oberungarische Heimatstadt Liptau (slowak. Liptovský Mikuláš, ung. Liptó) zurück, zu jener Zeit bereits in der neugegründeten Slowakei bzw. Tschechoslowakei. Er wurde als Ján Volko-Starohorský zu einer legendären Figur der slowakischen Höhlenforschung. Von denjenigen elf Lehrern, die in Rumänien blieben, waren die meisten zumindest bis Mitte der zwanziger Jahre als Lehrer an der Oberrealschule tätig, die nun nach dem König von Dakien Decebal umbenannt wurde.

Als Direktor der Schule fungierte der aus Dédács (rum. Biscaria) bei Pischk stammende József Bottyán (1875–1948) seit dem 5. Juli 1919 bis 1938; er rumänisierte seinen Namen 1919 in Iosif Boteanu. Zu diesem Namens- und Identitätswechsel stellte die in Budapest erscheinende prominente Zeitschrift „Új Nemzedék“ im Mai 1920 fest: „Seine Verwandtschaft mit dem blinden Bottyán [General im ungarischen Unabhängigkeitskrieg gegen die Habsburger im 18. Jahrhundert; Anm. d. Verf.], auf den er während der ungarischen Herrschaft so stolz war und von dem er so oft sprach, war ein Fehler“ (Új Nemzedék, 15. Mai 1920, 1). Ende Juni 1919 leistete Bottyán zusammen mit sieben seiner Schulkollegen den Treueeid auf den rumänischen König und den neuen rumänischen Staat. Fünf weitere Lehrer weigerten sich, zumindest laut einem Bericht der Zeitung „Szászváros és Vidéke“, den Treueid abzulegen. Im Schul-Jahresbericht von 1923/24 sind noch weitere fünf Personen aufgeführt, die bereits vor 1918 an der Schule tätig waren, darunter Ferenc Tóth Turnlehrer, der mehr als 40 Jahre lang an der Schule tätig war und Ende 1923 in den Ruhestand geschickt wurde. Von einer weiteren Person ist bekannt, dass sie nach 1920 weiterhin an der Schule unterrichtete,

aber schon ein Jahr nach seiner Pensionierung, im Jahre 1923, verstarb: Es handelte sich um den aus Gergesdorf (rum. Geoagiu, ung. Algyógy) im Komitat Hunyad stammenden Oszkár Mailand (1858–1924), der sowohl in der ungarischen als auch in der rumänischen Ethnografie für seine Volkskundesammlungen in Siebenbürgen bis heute bekannt ist. Bei seiner Beerdigung wurde er von Direktor Boteanu gewürdigt. Auch der letzte ungarische Schuldirektor, Károly Göllner (geb. 1860), tat das Gleiche. Göllner gehörte mit den Fächern Mathematik und Naturkunde und als Autor zahlreicher bildungspolitischer Artikel nicht zu den Bevorzugten des neuen Staates. Er wurde Leiter der nach 1920 gegründeten ungarischsprachigen katholischen Realschule, leitete nach deren Schließung eine Lehrlingsschule und war einer der Organisatoren der ungarisch-katholischen Gemeinde in Diemrich.

Bis Mitte der dreißiger Jahre war der neue Staat noch oft auf die Eliten aus ungarischer Zeit angewiesen, aber nach der Stabilisierung der politischen Lage hatten es Lehrer mit ungarischer Identität und Sympathie immer schwieriger. Einige von ihnen kamen sogar ins Gefängnis wie der Chemielehrer József Schneider, der im März 1920 wegen angeblicher Verschwörung gegen den Staat verhaftet wurde. Im Februar 1935 berichtete die Klausenburger Tageszeitung „Ellenzék“, dass Elemér Mihályi, Lehrer für Mathematik und Physik, wegen seiner mangelhaften rumänischen Sprachprüfung auf die Reserveliste der arbeitssuchenden Lehrer gesetzt worden war. Nach den Erinnerungen seines Sohnes, ein Forschungsarzt, der nach Amerika ausgewandert war, hatte sein Vater danach mit verschiedenen Unternehmen experimentiert, um seine Familie ernähren zu können: Er hatte versucht, eine Tintenfabrik und eine Hühnerfarm zu betreiben. Die anderen in Rumänien verbliebenen Lehrer zerstreuten sich mit der Zeit und versuchten, in ungarischsprachigen Bildungseinrichtungen in Rumänien, so etwa in Temeswar (rum. Timișoara, ung. Temesvár) oder in Großwardein (rum. Oradea, ung. Nagyvárad), eine Anstellung zu erhalten. Der Geschichtslehrer Kristóf Tarján unterrichtete ununterbrochen an der Schule, aber 1940 – nach dem Zweiten Wiener Schiedsspruch, als Nordsiebenbürgen wieder Ungarn angeschlossen wurde – zog er dorthin, um zunächst in Niklasmarkt (rum. Gheorgheni, ung. Gyergyószentmiklós), dann in Großwardein zu unterrichten.

Diejenigen, die nach Trianon-Ungarn übersiedelten, erscheinen wie Schauspieler in einer Schicksalstragödie. Einige von ihnen starben, so Elek Pais (1856–1922), Lehrer für Ungarisch und Französisch, in Budapest. Gusztáv Nemes, Lehrer für Deutsch und Französisch, verbrachte nur kurze Zeit in Diemrich und kehrte Anfang 1919 nach Kecskemét in Ungarn zurück, wo er bereits zuvor unterrichtet hatte. Da er verdächtigt wurde, linker Gesinnung zu sein, wurde er in der Nacht zum 21. November 1919 von Iván Héjjas, einem Mitglied der extremen Rechten in Ungarn, aus dem Personenzug Kecskemét–Lajosmizse entführt und auf einem Bauernhof in der Nähe der Stadt mit einer Axt zu Tode geschlagen. Zwei weitere ehemalige Lehrer aus Diemrich ereilte Jahrzehnte später ein ähnlich gewaltsamer Tod: Henrik Szeles (1880–1945), Lehrer für Mathematik und Physik, der jüdischer Abstammung war, starb am 31. Januar 1945 an den Folgen der Torturen, die er im Budapester Ghetto erlitt. Davor war er fast zwei Jahrzehnte lang Lehrer an der jüdischen Gemeinschaftsschule in Budapest. Der Zeichenlehrer Henrik Szirtes (1876–1944), der nach der Übersiedlung in Kaposvár lebte, wurde 1944 nach Auschwitz deportiert. Schon zwei Jahre zuvor wurde dem damals pensionierten Lehrer im Zuge eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens sein Rundfunkgerät abgenommen, weil er feindliche Auslandssender gehört hatte. Olivér Klacskó (1890–1979), Lehrer für Ungarisch, Deutsch und Französisch, war 1918 schon seit Längerem beim Militär und blieb in der militärischen Laufbahn stecken. Er wurde Lehrer an der Kadettenschule im ungarischen Pécs, änderte seinen Namen in Kárpáthy und starb 1979. Zuvor musste er jedoch die Erfahrung

machen, was es heißt, ein pensionierter „Horthy-Oberst“ im staatssozialistischen Ungarn zu sein: Seine Pension wurde nach 1945 gestrichen und sein Haus verstaatlicht. Der 1889 in Nyíregyháza geborene István Valent, Lehrer für Ungarisch und Latein, nahm nach der Übersiedlung einen verschlungenen Weg nach Szolnok: Vor Diemrich war er in Rosenau (slowak. Rožňava, ung. Rozsnyó), Aszód und Klausenburg (rum. Cluj-Napoca, ung. Kolozsvár) tätig. 1964 konnte Valent noch sein Goldenes Diplom an der Eötvös Loránd Universität in Budapest entgegennehmen. Aus den Unterlagen geht hervor, dass er der Einzige unter jenen war, die Diemrich nach 1918 verließen und deren Laufbahn mehr oder weniger geradlinig verlief: 1947 ging er als Direktor des Obergymnasiums von Szolnok in den Ruhestand.

Auch die Religionslehrer, die 1918 in Diemrich unterrichteten, wären einer Messe würdig: Der griechisch-katholische Religionslehrer Valeriu Munteanu wurde einer der Delegierten der Nationalversammlung von Karlsburg (rum. Alba Iulia, ung. Gyulafehérvár) – einer von jenen 1.228 Deputierten, die am 1. Dezember 1918 den Anschluss Siebenbürgens an Rumänien erklärten. Der katholische Religionslehrer Albert Kasszián blieb ebenfalls in Siebenbürgen und war als Franziskanerpater bis zu seinem Tod 1954 zahlreichen Verfolgungen ausgesetzt. Der jüdische Religionslehrer József Neumann war wiederum von 1927 bis 1944 Rabbiner in Altofen (Óbuda/Budapest) und überlebte die Schoah. Er starb 1964 in Budapest.

Die Jahre 1918/19 stellten die Lehrer vor radikale Entscheidungen auf nationaler, sozialer und politischer Ebene. Ihre Reaktionen waren sehr unterschiedlich, aber man kann wohl mit Sicherheit sagen, dass mehr von ihnen in Diemrich geblieben sind, als man auf den ersten Blick vermuten würde, vor allem diejenigen mit einer gewissen lokalen Bindung. In einer Zeit verschärfter nationaler Gegensätze hatten nicht wenige unter ihnen das Gefühl, dass sie die Identität, die sie mehr oder minder gut angenommen hatten, überprüfen und ablegen und eine neue Richtung einschlagen mussten. Der Weggang verweist fast immer auch auf ein persönliches Trauma, und das Schicksal derer, die weggingen, ist ein Abbild dessen, was in Ungarn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschah.

Das 25 Kilometer östlich von Diemrich im Marosch-Tal gelegene Broos war der westlichste Zipfel des sogenannten Königsbodens, des autonomen Siedlungsgebietes der Siebenbürger Sachsen, und lange Zeit Sitz der Verwaltungseinheit, des Brooser Stuhles. Nach der ungarischen Verwaltungsreform von 1876, als die siebenbürgisch-sächsische Verwaltungsautonomie aufgehoben wurde, wurde das von Deutschen, Rumänen und Ungarn bewohnte Broos als unmittelbar einem Komitat unterstehende Stadt Teil des Komitats Hunyad. Broos war neben der siebenbürgisch-sächsischen auch eine Bastion der siebenbürgisch-rumänischen Kultur: 1582 wurde hier auf Kosten des siebenbürgisch-ungarischen Generalkapitäns Ferenc Geszti das Alte Testament in rumänischer Sprache gedruckt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Stadt Sitz mehrerer wichtiger rumänischer Kulturinstitutionen. Hier erschienen auch die Wochenzeitung „Revista Orăștiei“ (1895–1899), die Zeitung „Libertatea“ (1902–1912) und die angesehene Literaturzeitschrift „Cosânzeana“ (1911–1915). Die Buchhandlung Bornemisa zählte wiederum zu den Organisatoren des lokalen rumänischen Kulturlebens.



Abb. 2: Das Reformierte Kun-Kolleg in Broos

Quelle: Országos Széchényi Könyvtár Budapest, Kleindrucksammlung hu_b1_sz_506

Ebenso spielte die Stadt für die ungarische Kultur eine wichtige Rolle, obwohl es dort nie eine ungarische Mehrheit gab. Auch noch 1910 bezeichneten sich lediglich 28 Prozent der Bewohner als Ungarn. Neben Diemrich war Broos dennoch das zweite Zentrum des ungarischen Gesellschaftslebens im Komitat Hunyad. Diese Bedeutung ist vor allem auf das evangelisch-reformierte Kollegium zurückzuführen. 1663 gewährte der siebenbürgische Fürst Mihály Apafi der bereits um die Mitte des 16. Jahrhunderts gegründeten reformierten Schule Privilegien, die sich dadurch sowie durch Schenkungen des örtlichen ungarischen Adels und der Bürgerschaft im Laufe des 18. Jahrhunderts rasch zu einer höheren Schule entwickelte. Einer der größten Mäzene, Obergespan Graf Kocsárd Kuun, der ab 1834 60 Jahre lang als Hauptkurator des Kollegiums fungierte, widmete einen großen Teil seines Vermögens der Entwicklung der Bildungseinrichtung und ließ den Unterricht um Mitte der 1860er-Jahre auf acht Klassen erweitern, um den Anforderungen der Zeit wie der Entwicklung der Naturwissenschaften gerecht zu werden. Das Kollegium, das ständig modernisiert wurde, zog auch zahlreiche rumänische Studenten an, darunter Petru Groza, den späteren rumänischen Ministerpräsidenten, den rumänischen Politiker und Finanzminister Aurel Vlad und den Ingenieur Aurel Vlaicu, Pionier der rumänischen Luftfahrt. Grozas Klassenkameraden waren Vilmos Nagybaczoni Nagy, der spätere ungarische Kriegsminister, und Otto Roth, Rechtsanwalt und Präsident der Banater Republik, eines kurzlebigen Staatsgebildes, das zwischen dem 1. November 1918 und dem 21. Juni 1919 bestand.

Der rumänische Einmarsch in Siebenbürgen im August 1916 veranlasste mehrere Mitglieder des Lehrkörpers des reformierten Kollegiums zur Flucht, doch wurde der Unterricht Anfang November 1916 wiederaufgenommen. Nach dem erneuten Einmarsch der rumänischen Armee 1918 wurde in der alten Schule ein Militärlazarett eingerichtet – ein Missstand, der auch in den Notizen der ungarischen Friedensdelegation in Paris erwähnt wurde. (Das Gebäude wurde allerdings bereits 1916 von der österreichisch-ungarischen

Armee genutzt.) Das Militär zog ab, aber die Schule erhielt nur ihr 1910/11 erbautes Hauptgebäude zurück, während das Internat und die Turnhalle an die örtliche rumänische Schule zu übergeben waren. 1923 wurde der ungarischen Schule der Charakter als öffentlich-rechtliche Körperschaft entzogen, was neben einer drastischen Kürzung der staatlichen Zuschüsse auch zur Folge hatte, dass das Abitur an der Schule nicht abgelegt werden durfte. Trotz ständiger Bedrohung wurde der Schulbetrieb bis 1925 aufrechterhalten, als das rumänische Kultusministerium noch vor Ende des Schuljahres die Schließung der Bildungseinrichtung ankündigte. Obwohl der Unterricht eingestellt wurde, setzten sich die Reformierte Kirche und die Ungarische Landespartei (Országos Magyar Párt) für den Erhalt der Schule ein. Dieser Kampf hatte insofern Erfolg, als das Kollegium sein Hauptgebäude zurückerhielt, jedoch ohne das Recht, dort eine Mittelschule weiterzuführen. 1928 erwarb schließlich das Kultusministerium das Gebäude von der Reformierten Kirche und übergab es dem örtlichen rumänischen Aurel-Vlaicu-Lyzeum. Die reformierten Ungarn erhielten zugleich die Genehmigung, ein reformiertes Grundschulinternat und ein Waisenhaus in dem Gebäude des sogenannten Alt-Kollegiums einzurichten. An der Spitze der reformierten Einrichtung als Direktor stand Pál Csűrös, Lehrer für Ungarisch und Deutsch, der 1934 im Alter von 73 Jahren in der Stadt verstarb.

Wie für die Oberrealschule in Diemrich sind auch für das Kollegium in Broos 18 Lehrer für das Schuljahr 1917/18 aufgeführt. Unter den Lehrern, die damals dort unterrichteten, gibt es einige, die zu bedeutenden Persönlichkeiten der ungarischen Kulturgeschichte in Rumänien wurden: Ferenc Görög (1881–1970), ehemaliger Schüler am Kollegium, war eine Zeitlang auch Direktor der Schule. 1925 verließ er die Stadt und wurde geschäftsführender Direktor des Klausenburger ungarischen Literatur- und Druckinstituts Minerva. Oder György Kristóf (1878–1965) ist zu nennen, Literaturhistoriker und ab 1922 Dozent, später Professor für ungarische Sprache und Literatur an der rumänisierten Universität in Klausenburg und einer der Organisatoren des nach dem Ersten Weltkrieg entstehenden ungarischen literarischen Lebens in Rumänien.

Im Gegensatz zu Diemrich ist festzustellen, dass die Mehrheit der Lehrer (mindestens 12 von 18) auch in den Jahren nach 1918 nicht nur in Siebenbürgen, sondern auch in der Stadt blieb. Zu denen, die die Stadt verließen, gehörte auch Károly Bartha (1888–1956), Ethnograf und Aushilfslehrer für Ungarisch und Deutsch. Er wurde schon im Herbst 1918 an die Lehrerbildungsanstalt in Debrecen versetzt, während Béla Bujk (1890–1935), Mathematiklehrer und Nachkomme einer angesehenen Lehrerfamilie aus Karcag, zunächst nach Großwardein zog, wo er als Lehrer und später als Journalist tätig wurde. Erst Anfang der 1930er-Jahre übersiedelte er mit seiner Familie nach Ungarn, wo er relativ jung als Direktor der Lehrlingsschule von Pestszentlőrinc starb.

Der einzige Lehrer, der den klassischen Weg der Trianon-Flüchtlinge repräsentierte, war János Mayer, Lehrer für Ungarisch und Deutsch. Bereits zu Beginn der 1920er-Jahre unterrichtete er am Lehrerseminar von Kecskemét, dann erhielt er eine Stelle am Reformierten Lónyay Gymnasium in Budapest, von wo er 1935 in den Ruhestand ging. In der Zwischenzeit änderte er seinen Namen in Dósa und war ab 1925 Vorsitzender des Kuun-Kocsárd-Kreises der Flüchtlinge des Komitats Hunyad in Budapest. 1941 wurde er wegen Lehrermangels infolge der Einberufung der männlichen Lehrkräfte wieder auf die Kathedra zurückberufen. Er starb Anfang 1946 in Budapest.

Der große Einschnitt im Leben der Lehrer von Broos war nicht der Imperienwechsel, sondern die Schließung ihrer Schule. Der letzte Direktor Sándor Nagy (1877–1963), Monograf der Beziehungen zwischen Jókai und Siebenbürgen und Biograf des Orientalisten Graf Géza Kuun, war gezwungen, nach Budapest umzuziehen, wo er im Alter von 50 Jahren

Universitätsprüfungen in Französisch ablegen musste, um an der dortigen Handelshochschule angestellt zu werden. Nach der Auflösung des Reformierten Kollegiums 1925 wurde das Lehrpersonal zerstreut: Ágoston Roth, Lehrer für Mathematik und Physik, wurde zunächst dem Gymnasium in Neuschloss (rum. Gherla, ung. Szamosújvár) zugewiesen und kurz darauf Assistent am Physikalischen Institut der Universität in Klausenburg, wo er auch nach der Wiedereingliederung der Stadt in das ungarische Staatsterritorium im Jahre 1940 bestätigt wurde und weiterarbeiten konnte. Samu Konsza, Internatsleiter und Lehrer für Ungarisch und Latein, kam nach Sankt Georgen (rum. Sfântu Gheorghe, ung. Sepsiszentgyörgy), Ödön Nagy, Lehrer für Naturkunde und Geografie, nach Neumarkt am Mieresch (rum. Târgu Mureș, ung. Marosvásárhely). Mihály Mester, Lehrer für Mathematik und Naturkunde, erhielt im Zentralapparat der Ungarischen Reformierten Kirche in Siebenbürgen eine Anstellung. Béla Alföldy (geb. 1881), Gesangs- und Musiklehrer, wiederum war in einen Rechtsstreit mit seinem Arbeitgeber, der Reformierten Kirche, verwickelt, weil er mit seiner Versetzung nicht einverstanden war. Auch der rumänische Staat schaltete sich in das Gerichtsverfahren ein, wogegen die Reformierte Kirche Rechtsmittel einlegte. Der Konflikt eskalierte, als das Kirchengeschicht 1925 Alföldy, der damals bereits am rumänischen Lyzeum unterrichtete, zur Entlassung und zum Verlust seiner Stelle verurteilte. Dass der Konflikt schließlich gelöst wurde, beweist die Tatsache, dass Alföldy beim Besuch des siebenbürgisch-reformierten Bischofs in der Stadt 1936 an der Orgel der reformierten Kirche spielte.

Über das weitere Leben von zwei Lehrern gibt es keine sicheren Angaben: Laut einigen Nachrichten der Zeitung „Szászváros és Vidéke“ ist das Schicksal von Imre Vecseri (geb. 1874), einem Zeichenlehrer, der bis zur Schließung der Schule in Broos lebte, nicht ganz klar. Es gibt zwar Aufzeichnungen über einen pensionierten Lehrer aus Szentes in Trianon-Ungarn aus der Mitte der 1930er-Jahre, aber der Name Vecseri war in der Stadt recht verbreitet, sodass sich die Angaben auch auf eine andere Person beziehen könnten. Der Turnlehrer Ferenc Firtos bot wiederum 1927 seine Möbel zum Verkauf an, also blieb auch er wahrscheinlich nicht in der Stadt.

Fünf Lehrer sind unzweifelhaft in Broos gestorben (Dr. József Dózsa und Béla Jánó, Lehrer für Latein und Griechisch, Béla Alföldy und Pál Csűrös) bzw. wurden dort begraben (Lajos Orbán, Lehrer für Geschichte und Geografie). Vier, möglicherweise fünf übersiedelten nach Ungarn, aber nur zwei von ihnen (Mayer/Dósa und Bartha) unmittelbar nach dem Friedensvertrag von Trianon, die anderen zwei oder drei (Dr. Nagy, Bujk, möglicherweise auch Vecseri) erst nach der Auflösung der Schule. Die anderen blieben in Siebenbürgen und wurden Organisatoren des ungarischen Kulturlebens oder angesehene Gymnasial- bzw. Universitätslehrer.

Zwei Tatsachen scheinen in Bezug auf Broos auf der Hand zu liegen: Zum einen führte die staatliche Neuordnung 1918/19 nicht dazu, dass die meisten Lehrer die Stadt verließen. Erst die Auflösung des Kollegiums 1925 brachte eine deutliche Veränderung in das Leben der Lehrer, aber auch danach blieb mindestens ein Drittel von ihnen in der Stadt. Während in Diemrich die Abwanderung möglicherweise dadurch erleichtert wurde, dass in einer relativ neuen Schulform (der Oberrealschule) das Lehrpersonal, das viel stärker der staatlichen Verwaltung untergeordnet war als das Lehrpersonal einer kirchlichen Schule, empfindlicher auf die veränderten Machtverhältnisse reagierte. So lange ermöglichten der kirchliche Rahmen und der verzögerte Ausbau des rumänischen Staatsapparats den Lehrern in Broos vielmehr das Bleiben. Für diejenigen, die in Siebenbürgen blieben, boten die ungarischen (und reformierten) Institutionen in Rumänien, die trotz der Eingriffe durch den Staat bis Mitte der zwanziger Jahre ausgebaut werden konnten, Arbeit und Auskommen.

Vor 1918 konkurrierten in der ungarischen Bergbau- und Hüttenliteratur mehrere Bergbauregionen um den Titel des „ungarischen Ruhrgebietes“, wie etwa die Gegend um Salgótarján, Ózd, diejenige im Banater Bergland oder die Bergbauregion des Schiltals (rum. Valea Jiului, ung. Zsil-völgy) mit Petroschen (rum. Petroșani, ung. Petrozsény), das häufig als „Klein-Amerika“ bezeichnet wurde. Die Bezeichnung verbreitete sich wegen der explosiven Entwicklung der Region und ihres multiethnischen Charakters um die Jahrhundertwende. In einer neueren ethnografischen Arbeit heißt es: „Wenn ein Mann das Geld für ein Schiffsticket hatte, ging er nach Amerika; wenn nicht, nahm er den Zug und kam hierher, um zu arbeiten (Vass 2012, 148)“.

Als 1895 die Salgótarjáner Steinkohlenbergbaugesellschaft die Möglichkeit erhielt, Kohle abzubauen, begann für ungarische Verhältnisse eine atemberaubende industrielle Entwicklung, die durch die Errichtung von Bergbausiedlungen und die Eröffnung der Bahnlinie Pischk–Petroschen begleitet war. Petroschen, das Mitte des 19. Jahrhunderts nur einige hundert Einwohner zählte und dessen Gemarkung bis dahin größtenteils als Weideland diente, hatte bei der Volkszählung von 1910 bereits mehr als 12.000 Einwohner, deren Zahl bis 1914 auf 17.600 anstieg. Auch andere Siedlungen wie Schylwolfsbach (rum. Lupeni, ung. Lupény), Petrilla (rum. Petrila) und Wolkersdorf (rum. Vulcan, ung. Vulkán) entwickelten sich rasant, sodass die Bevölkerung des Beckens vor dem Ersten Weltkrieg bei fast 50.000 Menschen lag. Die Siedlungen waren ethnisch gemischt, da Bergleute und Ingenieure aus der ganzen Monarchie und aus dem Ausland zugewandert waren. So gab es neben Ungarn, Rumänen und Deutschen auch Slowaken, Polen, Tschechen und Italiener. Im zentralen Ort der Bergbauregion Petroschen, das zwar immer noch ein großes Dorf war, wurden Kirchen, ein Finanz- und Postamt, ein Kasino (Leseverein), öffentliche Bäder, ein Krankenhaus und mehrere Schulen errichtet.

Vor dem Krieg hatte Petroschen einen ungarischen Bevölkerungsanteil von mehr als 60 Prozent, und drei Viertel der Bevölkerung gaben bei der Volkszählung von 1910 an, Ungarisch zu können. Die Notwendigkeit, eine weiterführende Schule in ungarischer Sprache einzurichten, wurde deshalb immer dringender. Das Untergymnasium, das 1894 eröffnet wurde, war zunächst eine Privatschule der Salgótarjáner Steinkohlenbergbaugesellschaft, dann eine in städtischer, um ab 1907 schließlich in staatlicher Verwaltung zu existieren. Das Bestehen des Gymnasiums hatte in der Nähe zur rumänischen Grenze nicht nur einen erzieherischen, sondern auch einen nationsbildenden Aspekt. Dies wurde 1897 in einem Memorandum des Trägervereins an das Kultusministerium in Budapest deutlich zum Ausdruck gebracht: „Der lokale Verkehr mit der nächstgelegenen rumänischen Stadt Tirgu-Jiu, etwa 50 Kilometer entfernt, ist recht lebhaft, und in diesem Ort, trotz seiner Unbedeutendheit, verkündet das imposante, im letzten Jahr errichtete Turnhallegebäude das selbstbewusste Gefühl der rumänischen Regierung für kulturelle Verantwortung (Schul-Jahresbericht 1897, 27).“ Petroschen gewährte der kommunalen Schule, die 1904 in ein neues Gebäude umzog, eine ständige Förderung, sodass 1905 mit der Bildung der 5. Klasse auch das Obergymnasium eröffnet werden konnte. Allerdings wurde dem Gymnasium die öffentlich-rechtliche Genehmigung fast ein Jahrzehnt lang nicht erteilt, weil die Lehrkräfte nicht ausreichend qualifiziert waren. Die erste Lehrkraft mit einem Universitätsdiplom erschien erst im Schuljahr 1898/99 im Lehrerkollegium.



Abb. 3: Das ungarisch-königliche staatliche Obergymnasium in Petroschen
Quelle: Országos Széchényi Könyvtár Budapest, Kleindrucksammlung hu_b1_p_1329

Im letzten Friedensjahr vor dem Ersten Weltkrieg zählte die Schule 183 Schüler, von denen sich 144 als Ungarn, 23 als Rumänen, 14 als Deutsche und jeweils einer als Italiener und Slowake bezeichneten. Die meisten Schüler (173) kamen aus dem Komitat Hunyad. Die Mehrheit der Eltern arbeitete im Bergbau- und Industriesektor (36), im Handels- und Transportwesen (23) oder gab an, private Bergleute (18), Pastoren, Lehrer und Erzieher (13) zu sein. Dank der Verstaatlichung der Schule verbesserte sich die Qualität des Unterrichts, indem der Lehrkörper nun ausschließlich aus diplomierten Lehrern bestand. Gleichzeitig war der Lehrkörper durch eine enorme Fluktuation gekennzeichnet: So gab es im Schuljahr 1917/18 keinen einzigen Lehrer, der von Anfang an an der Schule unterrichtet hatte.

Als im August 1916 die rumänische Armee das Bergbaurevier vorübergehend besetzte, wurden die Schüler und Lehrer in verschiedenen Schulen im Landesinneren untergebracht. Der Unterricht konnte erst im Herbst 1917 wiederaufgenommen werden, nachdem die von den rumänischen und deutschen Truppen verursachten Schäden beseitigt worden waren. Bei der Besetzung Siebenbürgens Ende 1918 befand sich die rumänische Armee in einem seltsamen Machtvakuum. Denn während die rumänischen Truppen weiter nördlich bereits Klausenburg erobert hatten und im Westen vor der Ungarischen Tiefebene standen, widerstand das Schiltal der Besetzung und richtete sich auf ein unabhängiges Leben ein: Die Pläne der Bergleute sahen sogar die Gründung einer autonomen Republik vor. Im Januar 1919 schlug die rumänische Armee die Bewegung brutal nieder, und die Repressalien richteten sich nicht nur gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern auch gegen die Priester und Lehrer, die sich mit den Arbeitern solidarisierten.

Die Lage der ungarischen Bevölkerung des Schiltals war zwischen den beiden Weltkriegen von mehreren Faktoren geprägt: Einerseits blieben die größten Bergbauunternehmen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in ungarischer Hand, trotz aller

Namensänderungen und trotz der Einführung rumänischen Kapitals. Das Bergbauunternehmen zählte zu den größten Investoren ungarischen Kapitals im Ausland. Auch unter den Beamten und Arbeitern des Unternehmens gab es in den 1920er-Jahren einen bedeutenden Anteil an Ungarn, in einigen Fällen stellten die Ungarn sogar die Mehrheit, deren Zahl erst in den 1930er-Jahren allmählich zurückging. Andererseits wurden die ungarischen Einrichtungen nach 1919 nicht vollständig aufgelöst: In der Region wirkten von Nonnen geleitete Mädchenschulen, ungarischsprachige Volksschulen, Pfarreien, Gemeinden und ungarische Vereine. Mitte der zwanziger Jahre konnte auch eine ungarischsprachige unitarische Kirche in Petroschen gebaut werden, und die ungarischsprachige Presse erlebte in der kleinen Region eine unvorstellbare Blütezeit.

Umso überraschend ist die Tatsache, dass dem Lehrkörper des Gymnasiums in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre nur noch ein einziger Lehrer von den elf – mit den beiden bereits pensionierten Lehrern 13 – angehörte, die im Schuljahr 1917/18 hier unterrichtet hatten und der in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre noch im Kohlerevier lebte. Es war der Geschichtslehrer Kálmán Fülöp, der 1919 die ungarische Zeitung „Zsilvölgyi Katholikus Tudósító“ gründete und – als er 1926 mit der hohen rumänischen königlichen Medaille ausgezeichnet wurde – das nahliegende Wolkersdorf als seinen Wohnort bezeichnete. Alle anderen hatten die Stadt verlassen und nur zwei Lehrer versuchten, überhaupt in Rumänien zu bleiben: Nándor Sztéhlo (ab 1933 Lándori) und Jenő Adorján (1886–1956). Sie unterrichteten nach 1919 am unitarischen Gymnasium in Thorenburg (rum. Turda, ung. Torda), doch als das rumänische Kultusministerium der Einrichtung ihren Charakter als öffentlich-rechtliche Körperschaft entzog und die Schule geschlossen wurde, verließ Sztéhlo das Land und unterrichtete ab September 1924 am evangelischen Gymnasium im ungarischen Békéscsaba. Adorján nahm das Angebot des rumänischen Kultusministeriums an und zog als Deutschlehrer nach Bârlad in der Moldau, um dort am Gymnasium zu unterrichten. Später kehrte er nach Siebenbürgen zurück, lehrte an der Handelsakademie in Klausenburg und wurde auch als literarischer Übersetzer bekannt.

Die anderen Lehrer des Petroschener Gymnasiums, die sehr früh, in vielen Fällen schon im Frühjahr 1919 geflohen waren, waren über das ganze Trianon-Ungarn verstreut: In den Schulen von Sümeg, Cegléd, Kisújszállás, Miskolc, Kecskemét, Gyöngyös und Budapest fanden sie Anstellung. So wurde der Zeichenlehrer Gyula Félegyházy (1879–1966), ehemaliger Sekretär der örtlichen Freimaurerloge und erfolgreicher Jagdmaler, Lehrer an der reformierten Mittelschule in Mezőtúr. Der Direktor, Lajos Gáspárics junior, war bereits seit dem 25. November 1919 an der Oberrealschule in Kecskemét tätig, wo er 1934 in den Ruhestand ging. 1935 änderte er seinen Namen in den ungarisch klingenden Namen Gáspári. Nicht unwahrscheinlich, dass er dies seinem Sohn zuliebe tat, der gerade seine Karriere als Polizeibeamter begann. Er starb am Ende der Belagerung von Budapest im Februar 1945. Béla Gold (ab 1936 Gács), der nach 1919 mit Begeisterung die Flieger-AG am Gyöngyöser Gymnasium organisierte, konnte 1980 sein anlässlich des 65. Jahrestages der bestandenen Prüfung verliehenes „Eisernes Diplom“ an der Eötvös Loránd Universität in Budapest entgegennehmen; in Anerkennung seiner Verdienste als Lehrer wurde in Gyöngyös der städtische Mathematik- und Modellbauwettbewerb in den 1990er-Jahren nach ihm benannt. Nach den uns vorliegenden Informationen hat der Krieg nur das Leben eines Lehrers gefordert: Pál Vargha, Lehrer für Latein, Griechisch und Ungarisch, der gelegentlich auch Musik komponierte. Ende 1918 starb er in einem sibirischen Kriegsgefangenenlager.

Aus den untersuchten Lebensläufen geht hervor, dass die Bergbauregion des Schiltals, die im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert eine explosionsartige Entwicklung erlebte, auf diese zumeist jungen Lehrer wenig Anziehungskraft ausübte. Sie verließen die Region nach

1918/19 sehr schnell, sei es wegen der Fremdherrschaft, der fehlenden Verwurzelung in der lokalen ungarischen Gesellschaft oder vielleicht wegen der spezifisch ethnischen und sozialen Verhältnisse in der Region. Im Gegensatz zu Diemrich, das vielleicht eine stärkere Tradition hatte, und Broos, das in das Netz der reformierten Schulen integriert war, sollte das dritte ungarischsprachige Gymnasium im Komitat schnell verschwinden, ebenso wie Petroschens multiethnische Welt in den 1930er-Jahren.

Welche Schlussfolgerungen können aus diesen fast einem halben Hundert Lebenswegen gezogen werden? Selbstverständlich ist es schwierig, aus den Einzelschicksalen der Lehrer zu verallgemeinern, dennoch kann man davon ausgehen, dass das Hauptmotiv für ihren Weggang aus den drei Städten die Schließung der ungarischen Schulen war. Das war der Moment, als die meisten von ihnen beschlossen hatten, die Stadt zu verlassen. Allerdings blieben die meisten von ihnen in Rumänien, genauer in Siebenbürgen. Die ungarische Reformierte Kirche in Siebenbürgen, die weiterhin Schulen betreiben durfte, bot den Lehrern nach Schließung ihrer Schule in anderen Bildungseinrichtungen der Kirche Arbeit an, wie der Fall von Broos zeigt. Und hier spielt vielleicht auch die tiefe Verwurzelung der Schule in der ländlichen Gesellschaft eine Rolle. Ganz anders im Fall der Schule von Petroschen, deren Lehrer nicht aus der Region und nicht einmal aus Siebenbürgen stammten und die 1918/19 im Handumdrehen nach Trianon-Ungarn übersiedelten, wobei der Einrichtung selbst nur wenig Zeit blieb, um sich in der Region zu etablieren. Eine Zwischensituation erlebte die Schule von Diemrich: Nur ein Drittel ihrer Lehrer ging nach Ungarn, ein Drittel blieb in Siebenbürgen und ein weiteres Drittel in der Stadt und in der Region. Die verbleibenden Institutionen in der Stadt und vielleicht auch die Übernahme der Lehrer in den rumänischen öffentlichen Dienst hatten in Diemrich eine größere Bindungskraft ausüben können als anderswo, während sich das System und die Prioritäten der Oberrealschule nur schwer in die bildungs- und staatspolitischen Ziele der neuen, rumänischen Behörden einfügen ließen. (Der Schultyp wurde auch in Ungarn nach der Mittelschulreform 1924 abgeschafft.) Wir treffen auch auf eine kleine Anzahl von Lehrern – wie Boteanu und Volko-Starohorský –, die die staatliche Neurechnung nutzten, um ihre nationale Identität neu zu definieren und dadurch vielleicht auch einen sozialen Aufstieg als Schulleiter (Boteanu) zu erreichen. In einem politisch exponierten Beruf wie dem des Mittelschullehrers gab es im 20. Jahrhundert nur sehr wenige Personen, die durch die Machtwechsel hindurch die klassische Laufbahn eines Gymnasiallehrers durchliefen, die mit der Pensionierung und z. B. mit dem Titel eines Titular- oder tatsächlichen Schulleiters endete. Die große Zahl der Kriegsoffer, der frühen Todesfälle, der Berufswechsler und der Migranten zeigen auch, dass ein Neuanfang nach dem Weggang weder einfach noch selbstverständlich war.

Übersetzt von Márta Fata

Verwendete Literatur

Dobrei, Florin: For Unity and Nation. The People of Hunedoara in the Great War. In: *Astra Sabesiensis* 3 (2017), Nr. 3, 173–187.

Dósa, Dénes: A szászvárosi ev. ref. Kún-kollegium története [Die Geschichte des evangelisch-reformierten Kún-kollegiums in Broos]. Szászváros 1897.

Gasparics ifj., Lajos (Hg.): A petrozsényi m. kir. állami főgimnázium XXIII. évi értesítője az 1917–1918 iskolai évről [Der XXIII. Schul-Jahresbericht des Königlichen Staatlichen Obergymnasiums in Petroschen über das Schuljahr 1917/18]. Nagyszeben 1918.

Göllner, Károly (Hg.): A dévai m. kir. állami főreáliskola XLVII. évi értesítője az 1917–18. iskolai évről [Der XLVII. Schul-Jahresbericht der Königlichen Staatlichen Oberrealschule von Diemrich über das Schuljahr 1917/18. Déva 1918.

Görög, Ferenc (Hg.): A szászvárosi államilag segélyezett ref. Kún-collegium értesítője az 1917–18-ik tanévről [Das staatlich geförderte Ref. Kún-Kollegium des Schuljahres 1917/18 in Broos]. Szászváros 1918.

Lévai, Lajos: Petrozsény települése [Die Siedlung Petroschen]. Odorheiu–Székelyudvarhely 1927.

Mazsu, János: A magyar értelmiség társadalomtörténete, 1825–1914 [Die Sozialgeschichte der ungarischen Intellektuellen, 1825–1914]. Budapest 2012.

Nagy, Róbert: Iparosodás és migráció: a kolozsvári és a Zsil-völgyi munkásság etnikai és felekezeti összetétele, valamint születési hely szerinti származása (1896–1939) [Industrialisierung und Migration: ethnische und religiöse Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Klausenburg und dem Schiltal und ihre Herkunft nach Geburtsort (1896–1939)]. In: Rüszt-Fogarasi, Enikő/Nagy, Róbert (Hg.): Ablakok a múltba. Kolozsvár 2012, 204–234.

Simon, Gyula (Hg.): A petrozsényi községi algymnasium értesítője az 1897–8 iskolai évre [Schul-Jahresbericht des Städtischen Untergymnasiums in Petroschen für das Schuljahr 1897/98]. Petrozsény 1898.

Vass, Emese: A Hunyad megyei református szórványmagyarság [Die reformierte ungarische Diaspora des Komitats Hunyad]. Szentendre 2012.

Digitale Datenbanken

Arcanum DigiTheca: <https://adt.arcanum.com/en/>

Biblioteca Digitală Hunedoara: <http://www.bibliotecadeva.eu/bdh.html>

Biblioteca Digitală Națională: digital.bibnat.ro

Die digitale Bibliothek der „Lucian Blaga“ Zentralen Universitätsbibliothek Cluj: dspace.bcucuj.ro

Hungaricana. Hungarian Cultural Heritage Portal: <https://hungaricana.hu/en/>

Hungarian Electronic Library: <https://mek.oszk.hu/indexeng.phtml>

Országos Széchényi Könyvtár, Budapest, Gyászjelentések [Sammlung von Nachrufen]: <https://dspace.oszk.hu/handle/20.500.12346/663648>

Balázs Ablonczy, Dr. habil.

Historiker, Leiter der Forschungsabteilung „Horthy-Zeit“ am Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest. Seit 2009 Dozent am Lehrstuhl für Kulturgeschichte an der Eötvös Loránd Universität. 2011-2015 war er Direktor des

Ungarischen Instituts in Paris. Sein Forschungsinteresse gilt der Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert, insbesondere der Diplomatie und Kulturgeschichte. Er leitet die von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften finanzierte Forschungsgruppe „Trianon 100“, die sich zum Ziel setzt, die politischen, ökonomischen und kulturellen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs in Ungarn im internationalen und regionalen Kontext zu untersuchen.

Der Untergang eines Großgrundbetriebs nach 1918
*Der für Ungarn optierende Aristokrat Endre Csekonic und sein
Hatzfelder Gut an der serbisch-rumänischen Grenze*

MÁRTA FATA

Die territorial-staatliche Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg brachte für die Menschen in jenen Gebieten des Königreichs Ungarn, die durch die neugezogenen Grenzen abgetrennt und einem anderen Staat angegliedert wurden, grundlegende soziale Veränderungen mit sich. Wie diese aus Sicht des Einzelnen zu bewerten waren, hing nicht zuletzt davon ab, ob er der ethnisch-sprachlichen Gemeinschaft der alten oder der neuen Titulnation angehörte. Für Mitglieder der ungarischen Elite außerhalb der neuen Grenzen Ungarns war die Neuordnung mit einschneidenden ökonomischen und sozialen Verlusten verbunden. Besonders traf dies auf die Gruppe der Großgrundbesitzer zu, die in den stark agrarisch geprägten Nachfolgestaaten von Anfang an als eine auszuschaltende Gruppe im Blickfeld der gesellschaftlich-sozialen Umstrukturierungsprozesse stand.

Im Folgenden soll der Fall von Endre Csekonic – nach Erzherzog Friedrich von Österreich-Teschen der größte Grundbesitzer in dem durch Serbien okkupierten südungarischen Gebiet – stellvertretend für jene ungarischen Großgrundbesitzer geschildert werden, deren Landbesitz außerhalb der neuen Grenzen Ungarns geblieben war, den sie aber aufgrund der Friedensverträge auch nach ihrer Option für Ungarn behalten konnten. Durch die grundbesitzenden Optanten sahen sich die Nachfolgestaaten herausgefordert: Einerseits waren sie bestrebt, sich den Großgrundbesitz in den besetzten Gebieten anzueignen, andererseits waren sie durch die völkerrechtlich garantierten Friedensverträge, die die Unverletzlichkeit des Eigentums der Optanten garantierten, in ihrem Handlungsspielraum begrenzt. Am Beispiel des Gutes Hatzfeld der Familie Csekonic sollen die daraus resultierenden Konflikte, die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Grundbesitzern und der zähe Prozess der serbischen Agrarreform dargestellt und erläutert werden. Die teilweise sehr lückenhaften Dokumente spiegeln zwar in erster Linie die Sichtweise von Endre Csekonic und der ungarischen Grundbesitzer im Banat wider. Aber auch wenn sie die von serbischer Seite vorgebrachten Argumente für eine Landumverteilung weitgehend ausklammern, geben sie einen tieferen Einblick in den Konflikt der Jahre zwischen 1918 und 1923/24.

Ausgewertet werden jene Dokumente, die in den Beständen des Ungarischen Nationalarchivs, des Archivs der Hauptstadt Budapest und im Bestand „Schriften der Csekonic-Familie 1695–1942“ des Komitatsarchivs Fejér des Ungarischen Nationalarchivs überliefert sind. (Zitate, wenn nicht anders gekennzeichnet, stammen aus diesem Bestand des Komitatsarchivs Fejér mit der Signatur MNL-FML XIII. 5. 11, 8. doboz, weshalb darauf verzichtet wird, im Text jedes Mal auf die nicht paginierten Akten hinzuweisen.)

Die von Serbien 1918 besetzten Gebiete der Baranya, der Batschka und des Banats gehörten zu den ertragreichsten Agrargebieten Europas. Seit dem 19. Jahrhundert wurde dort hauptsächlich Getreide (Weizen und Mais) in großer Menge angebaut, das neben dem einheimischen Markt vor allem in der österreichischen Reichshälfte der Monarchie und im

Ausland Absatz fand. Die Einnahmen sicherten adligen und bäuerlichen Landbesitzern gleichermaßen Vermögen und Wohlstand. Doch zugleich war auch die Zahl der Kleinstbesitzer und Landarbeiter hoch, die seit der Jahrhundertwende in immer größerer Zahl in die USA ausgewandert waren. Diese von serbischen Agrarfachleuten wie Slavko Šećerov schon 1918 als besonders nachteilig kritisierte Besitzstruktur in Südungarn sollte ähnlich der Eigentumsverteilung in Serbien zugunsten der Kleinbesitzer verändert werden. Dort befanden sich 42,55 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen von Privatpersonen und der Zadruga, und Eigentümer mit über 20 Hektar Landfläche machten nur 4 Prozent aus. Den Großteil des Agrargebietes besaß der Staat, der die Umsetzung der Agrarreformen nach 1918 nicht mit der Verteilung seines Eigentums im altserbischen Gebiet, sondern mit dem zu enteignenden Landbesitz in den besetzten Gebieten wie in der Baranya, der Batschka oder im Banat in die Hand nehmen wollte.

Im Banat und in der Batschka besaßen neben einigen traditionsreichen ungarischen Adelsfamilien vor allem jene Familien große Landgüter, die seit dem 18. Jahrhundert innerhalb von nur einer oder zwei Generationen zu Reichtum gelangt waren. In Romanen und Novellen von Sándor Bródy oder Gyula Krúdy wurden diese, in der Regel aus bürgerlichen Verhältnissen stammenden Großgrundbesitzer unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit – darunter Armenier, Deutsche, Griechen und Südslawen – oft mit dem Begriff „Nabob“ beschrieben. Die Bedeutung des Wortes bezog sich nicht allein auf Reichtum und politischen Einfluss, sondern auch auf den Unternehmergeist der Familien und ihr in mancher ökonomischen Hinsicht modernes Denken, das eine Reihe von auf Getreide- und Großviehzüchtung spezialisierte Musterwirtschaften hervorbrachte. Diese vorbildlich geführten Großbetriebe spielten in der Lebensmittelversorgung wie auch bei der Belieferung der verarbeitenden Industrie eine unerlässliche Rolle. Die Schweizereien des Csekonics-Gutes beispielsweise versorgten nicht nur Szeged und Temeswar (rum. Timișoara, ung. Temesvár) täglich mit Milch, sondern auch die Märkte von Budapest; auch die Produktion der Zuckerfabrik in Großbetschkerek (serb. Zrenjanin, ung. Nagybecskerek) beruhte größtenteils auf dem Zuckerrübenanbau des Csekonics-Gutes.

Unter den südungarischen Großgrundbesitzern waren die Csekonics' sicherlich am bekanntesten, denn wie in der Zeitung „Délmagyarország“ rückblickend festgehalten wurde: „Bei uns [in Südungarn; Anm. d. Verf.] sprach man nicht von Rotschild, sondern von Csekonics, und Hatzfeld war ein Musterbeispiel für konservativen Reichtum, der niemals schwindet, sondern nur wächst. Es war genug für alle da, für die öffentliche Bildung, für die Wohltätigkeit, aber nie mit einer ostentativen Demonstration, sondern eher mit vorsichtiger Bescheidenheit. Eine Generation hat die Gewohnheit der anderen übernommen und den gleichen Stil fortgesetzt (Délmagyarország, 10. Januar 1937, 11).“ Vermögen und gesellschaftliche Stellung der Familie wurden von General József Csekonics (1857–1824) geschaffen, der sich früh der lukrativen Pferdezucht widmete. Die Gründung des kaiserlich-königlichen Gestüts von Mezőhegyes im Jahre 1784 bescherte ihm hohe gesellschaftliche Anerkennung, zu Reichtum gelangte er allerdings vor allem durch die Ochsenviehzucht auf seiner Banater Herrschaft Hatzfeld (rum. Jimbolia, ung. Zombolya) im Komitat Torontál. Neben der Armee belieferte er auch Wien mit Lebendvieh, um den immer höheren Fleischbedarf der Kaiserstadt zu decken. Die zunächst von der Ungarischen Königlichen Hofkammer für 20 Jahre gepachtete, 1800 dann auch erworbene Herrschaft verwandelte er rasch in eine Musterwirtschaft. János Csekonics (1809–1880) konnte Ansehen und Vermögen des Vaters vermehren – 1829 wurde auch die Herrschaft Janova im Komitat Temes gekauft –, was 1864 mit der Verleihung des Grafentitels durch Kaiser Franz Joseph anerkannt wurde.

Titel, Vermögen und Traditionen wurden an Endre Csekonics (1846–1929) weitervererbt. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften und der Landwirtschaft bereiste er halb Europa, bevor er mit der Bewirtschaftung des Gutes Hatzfeld begann. Das Familienvermögen vermehrte er mit großem Erfolg weiter. Seine Getreidepreise wurden inoffiziell, aber separat an der Getreidebörse notiert, da er sein Getreide immer mit viel Glück und großem Spekulationsgeschick verkaufte. Die Gewinne investierte er in die Modernisierung seines Gutes und den Kauf des Gutes Enying-Siómaros mit 5.177 Katastraljoch im Komitat Veszprém.

Im öffentlichen Leben Ungarns spielte Endre Csekonics vor allem vor dem Ersten Weltkrieg eine bedeutende Rolle: Er war Direktor der Großkikinda-Großbetschkereker Eisenbahngesellschaft, Präsident des etwa 10.000 Mitglieder zählenden Torontáler Wirtschaftsvereins, der Ersten Ungarischen Allgemeinen Versicherungsgesellschaft und nicht zuletzt des Ungarischen Roten Kreuzes. Er trug außerdem den Titel eines königlichen Truchsesses. Im politischen Leben war er als Abgeordneter seines Komitates und Mitglied des Magnatenhauses im ungarischen Parlament aktiv. Auch in Trianon-Ungarn gehörte er dem Oberhaus des Parlaments an und stand von 1921 bis 1923 nochmals an der Spitze des Ungarischen Roten Kreuzes.



Abb. 1:
Oszkár Kallós: Endre Csekonics, 1920er-
Jahre
Quelle: Ungarisches Nationalmuseum
Budapest 621/1958 fk

Die serbische Regierung begann bereits Anfang 1919 mit der Durchführung der Agrarreform im besetzten Südungarn, wodurch sie diesbezügliche vertragliche Vereinbarungen und

Beschlüsse missachtete – einerseits des Belgrader Waffenstillstandsabkommens vom 13. November 1918, andererseits der am 10. September 1919 in Saint Germain-en-Laye unterzeichneten Friedensverträge. Nach dem Belgrader Waffenstillstandsabkommen sollte die zivile Verwaltung im besetzten Südungarn bis zum Friedensvertrag mit Ungarn in Trianon am 4. Juni 1920 in den Händen der ungarischen Regierung bleiben, doch die serbische Regierung begann schon ab November 1918 die Ämter mit eigenem Personal zu besetzen. Ignoriert wurden auch die betreffenden Artikel des Friedensvertrags von 1919, darunter die mit der Optierung verbundenen Rechte. Nach dem Friedensvertrag zwischen den Alliierten und dem südslawischen Staat konnte sich nicht nur jeder Einwohner binnen einer Frist entscheiden, ob er seine alte Staatsbürgerschaft beibehalten oder die des neuen Staates annehmen wollte. Für das Land zu optieren, in welchem man früher das Zuständigkeitsrecht (Heimatrecht) besaß, war auch mit der Pflicht verbunden, den Wohnsitz dorthin zu verlegen. Doch waren die Optanten berechtigt, ihr unbewegliches Vermögen auf dem Gebiet jenes Staates zu behalten, auf dessen Gebiet sie vor der Optierung gewohnt hatten. Auch waren die Optanten berechtigt, ihr bewegliches Eigentum jeder Art frei mitzunehmen. Ohne Rücksicht auf diese rechtlichen Vorgaben richtete der südslawische Staat das Regierungskommissariat für die Durchführung der Agrarreform in der Batschka und im Banat unter der Leitung von Slavko Šćerov ein, um sich den Großgrundbesitz anzueignen. Dabei kamen zwei Mittel zum Einsatz: die Sequestration der Güter und die Landverteilung, die in ihren Zielen miteinander eng verbunden waren und deren Abwicklung Hand in Hand verlief.

Die Sequestration, wonach das Eigentum von Ausländern so lange unter Verschluss gehalten wurde, bis deren Staatsbürgerschaft nicht geklärt war, wurde von den serbischen Regierungsbehörden so ausgelegt, dass der Besitz auch derjenigen Personen unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, die im besetzten Gebiet das Zuständigkeitsrecht (Heimatrecht) besaßen, aber sich außerhalb dieses Gebietes befanden. Wie die Sequestration, so diente auch die am 25. Februar 1919 per Dekret angeordnete Agrarreform, die nur jene Gebiete betraf, die bis 1912 nicht zu Serbien gehörten, einer Nationalisierung (Serbisierung) von Besitz und Vermögen. In einem Rundschreiben des Ministeriums für Agrarreform vom 29. Februar 1920 an die Kreisagrarkommissare hieß es: „Der Grundbesitz, der sich in nationaler Hand befindet, ist besonders zu schützen, und bei der Durchführung der Agrarreform darf der nationale Gesichtspunkt nicht aus den Augen verloren werden (zit. nach Etédi 1929, 37).“ Die Kategorie des Nationalen in der Batschka und im Banat konnte die Regierung allerdings in Verlegenheit bringen, wenn die Enteignung des Großgrundbesitzes auch auf die Besitzer südslawischer ethnischer Zugehörigkeit angewandt werden sollte. Mitglieder der überaus reichen serbischen Dunderski-Familie in der Batschka etwa waren von den Maßnahmen zwar ebenfalls betroffen, doch verstanden sie es mithilfe der Agrarbeamten, deren Tätigkeit von willkürlichen Entscheidungen und Korruption begleitet war, die Behörden gegeneinander auszuspielen.

Die 1919 begonnene Agrarreform wurde, ohne dass ein ökonomisches Programm und entsprechende Rechtsvorschriften ausgearbeitet worden wären, lediglich per Dekrete begonnen. Die sich fast zwei Jahrzehnte lang hinziehenden Maßnahmen wurden deshalb immer wieder verändert, bis sie schließlich am 19. Juni 1931 mit dem Gesetz über die Liquidierung der auf dem Großgrundbesitz durchgeführten Agrarreform ihr Ende fanden. 1919 wurde zwar die Enteignung des Großgrundbesitzes angeordnet, doch was unter einem Großgrundbesitz zu verstehen war, wurde in den einzelnen Gebieten des neuen Staates unterschiedlich definiert. Im Banat (wie auch in der Batschka, der Baranya und zwei slawonischen Komitaten) umfasste er nach einem weiteren Erlass vom 21. Juli 1919 mindestens 300 Hektar, also 521 Katastraljoch Ackerland, das wiederum die Größe von 500

Hektar (869 Katastraljoch) nicht übersteigen durfte. Im Ministerialerlass vom 16. September 1920 wurde allerdings festgelegt, dass diejenigen Eigentümer, die ihr Gut nicht selbst bewirtschafteten, bis zur Durchführung der Agrarreform lediglich 100 Hektar behalten durften.

Die Landumverteilung nahm in Form von Zwangsverpachtungen auf den sequestrierten Gütern ihren Anfang. Daran sollte die landlose und arme bäuerliche Landbevölkerung beteiligt sein: Wenn auch nicht ausschließlich, sollte sie doch hauptsächlich südslawischer Zugehörigkeit sein. Landarme ungarischer Zugehörigkeit blieben dagegen ausgeschlossen. Unter den Begünstigten befanden sich an erster Stelle die Kriegsveteranen und deren Familien, die sogenannten Dobrovoljci, die für die Befreiung der Serben, Kroaten und Slowenen von Österreich-Ungarn gekämpft hatten.

Dobrovoljci und landlose Siedler von nah und fern wurden seit Anfang 1919 gezielt auf den sequestrierten Gütern als Pächter angesiedelt. Ihre Pachtzeit betrug zunächst ein Jahr, 1920 wurde sie auf vier Jahre verlängert. Die zur Zwangsverpachtung ausgewiesenen Äcker, Wiesen, Weiden etc. wurden von dem in Eigenbewirtschaftung verbliebenen Teil des sequestrierten Grundbesitzes abgetrennt. Zur Bewirtschaftung der Pachtfelder wurden auch das sequestrierte Vieh und die ebenfalls beschlagnahmten landwirtschaftlichen Maschinen und Arbeitsgeräte – nach der von einem Ausschuss vorgenommenen Bestandsaufnahme und Feststellung der „überschüssigen“ Vermögenswerte der Grundbesitzer – den Pächtern zum Verkauf zugewiesen. Die Pacht erfolgte weit unter dem eigentlichen Wert des landwirtschaftlichen Bodens – etwa ein Zehntel oder gar nur ein Zwanzigstel des Tagesumsatzpreises – und ohne Angabe einer Zahlungsfrist. Die Grundbesitzer sollten zwei Drittel des Pachtzinses erhalten, allerdings nicht von den Pächtern direkt, sondern durch die zuständige Belgrader Bank. In der Praxis bedeutete dies, dass die Eigentümer aus den Pachtzinsen kaum oder gar nichts zurückbekamen, weil dies mit den von ihnen zu entrichtenden Grundsteuern verrechnet wurde. Allerdings wurden die Grundsteuer und andere öffentliche Abgaben, die die Grundeigentümer zu zahlen hatten, radikal erhöht.

Die ins Banat kommenden Dobrovoljci und Siedler, die aus zumeist bergigen, für den Ackerbau nur wenig geeigneten Gebieten, wie etwa aus der Lika, der Herzegowina oder Montenegro, kamen, verfügten häufig weder über die notwendigen Kenntnisse noch über den Willen, das ihnen überlassene Land zu bewirtschaften, zumal sie nicht Eigentümer, sondern nur Pächter wurden. Daher zwangen die Behörden die Grundbesitzer, das ihnen entzogene Land für die Pächter zu bewirtschaften. Nicht wenige Pächter veräußerten bald das ihnen vom Staat überlassene Land und zogen weiter, um entweder in ihre Heimatregionen zurückzukehren oder sich in einer anderen Gemeinde erneut um Land zu bewerben. Mit mehr Einnahmen aus den Verpachtungen konnten die zuständigen Agrarstellen erst dann rechnen, als ab 1920 die Sequestrierung mit der Enteignung zugunsten der Bewohner jener Dörfer weitergeführt wurde, deren Gemarkungen an die Güter der Großgrundbesitzer angrenzten.

Als Hatzfeld im November 1918 von der serbischen Armee besetzt wurde, hielt sich Endre Csekonics in Ungarn auf und kehrte zu Lebzeiten nicht mehr auf sein Gut zurück. Obwohl er in Anbetracht des von ihm angegebenen „vorangeschrittenen Alters“ und seiner „schweren Krankheit“ seinen ältesten, im Banat lebenden Sohn Sándor (1872–1941) mit der Leitung der Herrschaft Hatzfeld offiziell bevollmächtigte, blieb die Abwesenheit des Besitzers, wie wir später sehen werden, nicht ohne Folgen. Das Hatzfelder Gut wurde am 12. Mai 1919 sequestriert und die finanzielle Verwaltung in die Hände von serbischen Kommissaren gelegt,

„die seither nicht nur die Wirtschaftsverwaltung kontrollieren, sondern auch für alle finanziellen Manipulationen zuständig sind und mit Hilfe ihrer Buchung die Einnahmen und Ausgaben unter Kontrolle halten“, so Csekonics in seinen Aufzeichnungen vom Juni 1920. Bis September 1921 sollten die Kommissare, so weiter in den Aufzeichnungen, etwa drei Millionen Kronen aus den Verpachtungen sowie weitere zwei Millionen aus den verkauften Erträgen an die Königlich Serbische Staats-Hypothekenbank Uprava Fondova in Belgrad abgeführt haben. Ebenfalls aus den Einnahmen der Herrschaft wurden die sich auf 1,8 Millionen Kronen belaufenden Verwaltungskosten der Sequestration bestritten, darunter die Gehaltszahlungen und die volle Verpflegung der zunächst zwei, dann sechs und schließlich sieben Kommissare und der ihnen zugeteilten serbischen Angestellten. Nach der erhalten gebliebenen Liste über die Verwaltungskosten gehörten nicht nur die Versorgung der serbischen Beamten mit Lebensmitteln dazu, sondern etwa auch Übersetzungskosten oder Zeitungsabonnements.

Aus den Einnahmen seines sequestrierten Besitzes erhielt Endre Csekonics nach eigener Aussage kein Geld. Er und seine Familie – die erwachsenen Söhne Pál, Gyula und Iván und die von Endre Csekonics unterstützten halbwaisen Kinder seiner Tochter – lebten seit der Sequestration aus dem „geringen Vermögen“ im Trianon-Ungarn, was „unserem sozialen Status nicht angemessen ist“, wie er dazu festhielt. Der älteste Sohn Sándor bewirtschaftete bis Sommer 1918 das 1891 erworbene, 5.400 Joch große Landgut in Roggendorf (serb. Banatski Dvor, ung. Szőlősudvarnok). Als es verkauft wurde, um die sechs Millionen Kronen Schulden des leidenschaftlichen Kartenspielers Gyula zu begleichen, erhielt Sándor am 10. Juli 1918 ein 2.756 Joch großes, zur Herrschaft Hatzfeld gehörendes Gebiet bei Deutschzerne (serb. Srpska Crnja, ung. Németszernye), das er in eigener Regie bewirtschaftete. Aber nachdem auch sein Gut sequestriert wurde, war er ebenfalls auf Geldüberweisungen seines Vaters angewiesen. Das im Schreiben von Endre Csekonics an die serbischen Behörden als gering angegebene Vermögen in Trianon-Ungarn – was im Vergleich zu den Einnahmen im Banat in der Tat klein ausfiel – reichte zunächst aus, um die ausbleibenden Einnahmen mehr oder weniger zu kompensieren. Doch Csekonics war auch Arbeitgeber von 12 Verwaltern, 73 Maschinisten und Handwerkern sowie 458 Arbeitern auf dem Hatzfelder Gut, zu denen sich zur Erntezeit eine Großzahl an Erntehelfern gesellte. Seine Angestellten (darunter auch Ärzte und Lehrer) und Arbeiter konnte er nach der Sequestration und Enteignung nur noch zum Teil beschäftigen, musste sie aber zunächst halten und ihnen auch Renten zahlen.

Endre Csekonics vertrat wie alle betroffenen Grundeigentümer den allgemein gültigen Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums und bezeichnete die „vorübergehenden Landumverteilungen als illegal, rechtswidrig und ethisch nicht vertretbar“, weil sie nicht auf der Basis einer einvernehmlichen Vereinbarung zwischen den Grundbesitzern und dem Staat erfolgten. Doch während er die Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse von der Regierung in Belgrad einforderte, brachte er in seinen Eingaben an die Regierung und die zuständigen Agrarbehörden im Banat auch ökonomische Argumente gegen die Zerschlagung der landwirtschaftlichen Großbetriebe vor. Als überzeugter Vertreter der großflächigen Landwirtschaft wies er immer wieder darauf hin, dass das 33.541 Katastraljoch große bewirtschaftete Gebiet, das bis Herbst 1919 von seinem Besitz abgetrennt wurde, „ohne jede Raison und jegliches Wirtschaftsprogramm“ an kleine, meist ökonomisch schwache Menschen billig verpachtet wurde, die es entweder auf die „primitivste Art und Weise“ bearbeiteten oder an wohlhabendere Bauern weiterverpachten oder aber brachliegen lassen würden: „Dadurch haben sie nicht nur die Einnahmen der Herrschaft stark verringert, aber auch der öffentlichen Produktion überaus großen Schaden zugefügt, weil sie auf diesem Land nicht einmal die Hälfte jener Menge an Getreide produzierten, was die intensive Hausproduktion in der Regel

hervorbringt.“ Die Landverteilung an Menschen, die entweder über keine ausreichenden Kenntnisse und nicht über das erforderliche Kapital verfügten, werde die Quantität der landwirtschaftlichen Produktion stark beeinträchtigen, was schließlich in der öffentlichen Lebensmittelversorgung zu großen Schwierigkeiten führen werde.

Als Besitzer einer auf höchstem Niveau seiner Zeit stehenden, über die Landesgrenzen hinaus bekannten und zu Studienzwecken von dort regelmäßig aufgesuchten Musterwirtschaft musste Csekonics die durchgeführten Maßnahmen als Zerstörung der Arbeit seiner und die der vorangegangenen Generationen betrachten. Er blickte „ohne Hoffnung in die Zukunft, sehend, wie das mehrere hundert Millionen Vermögen seiner Familie an Wert verliert und verschwindet“, notierte József Babics, Csekonics' Rechtsberater und rechte Hand (MNL-FML XIII. 5. 11, 6. doboz). Mit dieser Meinung war er keineswegs allein. Der Artikel der die serbischen Ereignisse stets kritisch beobachtenden ungarischen Zeitung „Szegedi Híradó“ vom 20. August 1922 sah sogar die Gefahr heraufziehen, dass die Herrschaft in die Zeit vor den Csekonics' zurückfallen könnte: „[B]ald wird Hatzfeld wieder die Form annehmen, die es zur Zeit Maria Theresias hatte, als die Csekonics' das Land als mixta donatio erhielten, um das nur mit Reihern bevölkerte Morast in ein modernes Gut zu verwandeln (Szegedi Híradó, 26. August 1922, 3).“

Dass der Verfasser des Artikels sich nicht einfach eines im Banat verbreiteten Topos des *ex nihilo* – aus dem Nichts, d. h. aus einer versumpften Landschaft eine blühende zu schaffen – bediente, geht aus den historischen Aufzeichnungen hervor. Jahrhundertlang kämpften Grundbesitzer und deutsche Kolonisten im Banat gegen die regelmäßigen Überschwemmungen durch die stark mäandrierenden Flüsse und für die Trockenlegung der zahlreichen Moraste, um neue Ackerbauflächen zu gewinnen und die bestehenden zu erweitern. Der 1805 durch das Land reisende Dominik Teleki konnte über die Erfolge dieses Eingriffs in die Natur gerade am Beispiel der Csekonics-Herrschaft berichten: „Sobald wir in sein [József Csekonics', Anm. d. Verf.] Gebiet kamen, bemerkten wir mit Wunder überall die Spuren wahrer Ökonomie und Industrie. Er schuf aus einem weit ausgedehntem Moraste und See, durch Abzapfungen und Dämme, die schönste Weide und nutzbares Ackerfeld (Teleki 1805, 133).“

Zur Melioration der Felder gründeten die Banater Grundbesitzer mehrere Entwässerungsgesellschaften, in denen sie über die Grenzen ihrer Herrschaften und Komitate hinweg eng zusammenarbeiteten. Ihre Tätigkeit wurde in den Jahren nach 1918 erheblich behindert, da bei der Festlegung der Grenzen zwischen Rumänien und Serbien keine Rücksicht auf die Hydrologie der wasserreichen Region genommen wurde. Obwohl sich mit den lokalen Verhältnissen bestens auskennende banat-serbische Intellektuelle wie der aus Serbisch-Klari (serb. Radojevo, ung. Szerb-Klári) stammende Theologe, Publizist und Politiker Milutin Jakšić und Mladen Ćosić am 25. Juli 1919 ein diesbezügliches Memorandum der Friedensdelegation in Paris vorlegten, blieben ihre Argumente unbeachtet. Die Regierungen von Serbien und Rumänien verfolgten im Banat territoriale Maximalziele, und ihre Behörden nutzten bis zur endgültigen Grenzziehung die vorhandenen Wasserbaueinrichtungen nicht selten als Druckmittel, indem sie kein Wasser oder im Gegenteil besonders viel Wasser dem Gebiet jenseits der Demarkationslinien bzw. der Grenze zufließen ließen.

Ähnlich wie Jakšić und Ćosić war auch Csekonics für eine wirtschaftsfördernde Regelung der Verhältnisse. Doch anders als Jakšić und Ćosić, die die Fortsetzung der Wasserschutzarbeiten zur Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens und der wirtschaftlichen Produktivität des Banats nur unter serbischer Flagge gewährleistet sahen, argumentierte Csekonics ausschließlich mit seinen Erfahrungen aus der Praxis: „Diese unüberlegte Aufteilung schließt den einheitlichen, rationalen Hochwasserschutz aus und wird unvermeidlich zu den

größten Wasserkatastrophen führen! Mehrere hunderttausend Katastraljoch Land wird in den Zustand vor 100–150 Jahren zurückfallen, was die Ruinierung der Besitzer wie auch der Produktion, des Anbaus von Industriepflanzen wie Zuckerrübe, Hanf, Tabak etc. auf diesem am meisten fruchtbaren Gebiet des Banats zur Folge haben wird.“ Die serbischen Behörden, die die Verwaltung der Wasserregulierungsgesellschaften übernahmen und die Beiträge für die Mitglieder um das Zehn- bis Zwanzigfache erhöhten, kümmerten sich nicht um die Instandhaltung der Dämme und Kanäle und ließen die Binnengewässer auf den verteilten Feldern durch die Pächter nicht abpumpen. Auf dem Hatzfelder Gut machten sich deshalb bald die negativen Folgen bemerkbar, die zusätzlich dadurch verschärft wurden, dass die mit den wasserbaulichen Arbeiten nicht vertrauten Pächter die Entwässerungsanlagen auf ihren Feldern umpflügten.

Endre Csekonic lehnte die Notwendigkeit einer Agrarreform als Rechtfertigung für die 1919 eingeführten Maßnahmen gegen den Großgrundbesitz entschieden ab. In seinen Schreiben an die Belgrader Regierung betonte er, dass vor 1914 etwa 100.000 Katastraljoch Land für Interessierte in Südungarn zum Kauf angeboten worden waren. Etwa 6.000 Katastraljoch davon parzellierte er selbst unter den Bewohnern der an sein Gut angrenzenden drei Dörfer Deutscherne, Ungarischzerne (serb. Nova Crnja, ung. Magyarcsernye) und Neuhatzfeld (serb. Čestereg, ung. Csöztelek). Dass die Vertreter der serbischen Regierung diese Parzellierung bei weitem nicht für ausreichend hielten, geht u. a. aus der Begründung des Agrarkommissars in einem Schreiben vom 27. September 1919 hervor. Er betonte, dass die Gemeinden, die zwischen den Maierhöfen des Csekonic-Gutes liegen, „arm sind und einen sehr kleinen eigenen Hotter haben, weil dieser grosse Besitz alles verschlungen hat“. Nach Ansicht des Kommissars hat „besonders der slawische resp. serbische Bauer viel gelitten, weil er keinen Grund hatte und sich seinen Verdienst nur am ob[en]erwähnten Besitz suchen musste unter solchen Bedingungen, welche ihm der Grossgrundbesitz geboten hat“. Nach dieser Darstellung schmachteten die an das Csekonic-Gut angrenzenden Dorfbewohner nicht nur wegen der ungerechten Verteilung des Landbesitzes, sondern auch infolge der niedrigen Tageslöhne, die ihnen die Gutsverwaltung zahlte. Bezeichnend für die Einstellung der Agrarbehörden war das Argument des Kommissars, dass in dem von mehreren ethnischen Gruppen bewohnten Gebiet vor allem die südslawisch-serbische Bevölkerung durch den Großgrundbesitz unterdrückt war.

In seinem Antwortschreiben wies Csekonic diese Darstellung der Verhältnisse entschieden zurück. Eine dringende Notwendigkeit der Verteilung von Ackerland sah er schon deshalb nicht, weil, wie er schrieb, die meisten der an sein Gut angrenzenden Dörfer selbst über ausreichend unbebautes Land (Überland) verfügten, das sie unter den interessierten Dorfbewohnern verteilen könnten. Zugleich wies er darauf hin, dass von den über 3.000 Menschen in den angrenzenden Dörfern, die sich für eine Pacht gemeldet hatten, viele dies nur unter dem Druck der lokalen Agitatoren der serbischen Behörden getan hätten. Denn sie hätten es vorgezogen, die altbewährte Form der Teilpacht mit dem Gut Csekonic beizubehalten, wonach sie die Pacht mit ihren Erträgen und nicht wie jetzt in bar bezahlen mussten.

Csekonic ließ auch nicht unerwähnt, dass die Ackerflächen, die er zwischen 1905 und 1909 parzellierte, fast ausnahmslos von schwäbischen und ungarischen Bauern gepachtet oder gekauft wurden, während die serbischen nicht nur nichts pachteten, sondern obendrein ihre eigenen Ackerfelder an diese Bauern verkauften. In Anlehnung an alte stereotype

Vorstellungen bemerkte er sogar, dass die Banater Serben gegenüber den „Söhnen der serbischen Nation im Mutterland“ nicht nur „leichtsinnig“ und „streitsüchtig“ seien, sondern auch „die Arbeit scheuten“. Auch den Vorwurf der Ausbeutung von Landarbeitern wies Csekonic als Verleumdung zurück und argumentierte, dass er vor 1918 gerade wegen der angemessenen Bezahlung der Tagelöhner in der Lage war, auf seinem Gut Saisonarbeiter auch aus den entfernten Regionen Ungarns zu beschäftigen.

Csekonic und die Großgrundbesitzer, die ihre Erfahrungen niedergeschrieben hatten, um von König Petar Karađorđević I. und dem Ministerpräsidenten Nicola Pašić im Namen des Torontáler Wirtschaftsvereins eine Änderung der Maßnahmen zu erwirken, waren sich der Absichten des serbischen Staates durchaus bewusst: „In kurzer Zeit werden die Grundbesitzer ihres Besitzes beraubt, ihre Höfe werden vollständig zerstört, und sie werden durch die ihnen auferlegten überaus große Steuern erdrückt, sodass ihnen ihr gesamtes Eigentum unter dem Vorwand der Legalität zur Deckung ihrer künstlich aufgeblähten Schulden weggenommen werden kann.“ In der Tat sah die Belgrader Regierung in den Großgrundbesitzern das größte Hindernis für die Verwirklichung der von ihr verfolgten nationalen Ziele. Slavko Šećerov hielt 1927 fest: „Die Großgrundbesitzer waren die Grundpfeiler, die am meisten entschlossenen Vertreter der Bestrebungen, die auf die Bewahrung und Aufrechterhaltung des alten Systems gerichtet waren (zit. nach Mák 2010, 43, Anm. 63).“

Nur 41 ungarische Großgrundbesitzer im Banat, in der Batschka und in der Baranya (darunter auch Csekonic) optierten für Ungarn und hätten ihren Besitz auf der Grundlage internationaler Verträge weiterhin im südslawischen Staat behalten. Für Belgrad bedeutete dies das Risiko, dass sie als Eigentümer und Arbeitgeber die ungarische Staatsidee propagieren, gegen die Bildung des neuen Staates aktiv werden und somit die Staatssicherheit gefährden könnten. Dass dieses Risiko durchaus real war, belegen die Aufzeichnungen von László Daniel, einem Nachkommen einer angesehenen armenischen Familie und Mitglied des Budapester Parlaments. Über die Ereignisse auf seinem Gut in Kanak (serb. Konak) und Tolvád (serb. Dolat) schrieb er u. a.: „Soll ich hier bleiben mit meiner Familie als Bettler? Nein, mein lieber Freund, wir leiden hier tagtäglich, unsere Nerven versagen wegen der vielen Sektur, Misshandlung, Bedrohung und des Requirierens, und für unsere Leiden und deswegen, weil wir hier als Grundbesitzer jahrhundertlang die ungarische Staatsidee am Leben erhielten und die ungarische Sprache verbreiteten, will jetzt unser Mutterland unsere Verdienste damit honorieren, dass wir Flüchtlinge werden.“ Als Verfechter der ungarischen Staatsidee in einem ethnisch gemischtem Gebiet war Daniel vom ungarischen Staat enttäuscht, der nicht in der Lage war, die Eigentumsrechte seiner Bürger zu verteidigen.

Aus den Berichten der Mitglieder des Torontáler Wirtschaftsvereins, des Komitees der Grundbesitzer der Batschka, des Banats und Syrmiens, aber auch aus den Analysen der Lage durch Šećerov, wonach „die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Landverteilung eine erstrangige nationale Bedeutung haben [...] und erst danach folgen soziale und ökonomische Gesichtspunkte“ (zit. nach Mák 2010, 43, Anm. 63), geht hervor, dass die Regierung in Belgrad bereit war, auch große materielle Verluste in Kauf zu nehmen, um die Gruppe der ungarischen Großgrundbesitzer aufzureiben. Um dieses Ziel zu erreichen, griff die Regierung neben politischen und ökonomischen Zwangsmitteln auch zu geschichtspolitischen Argumenten.

In diesem Zusammenhang verdient Artikel 12 der Agrarreform vom 25. Februar 1919 Aufmerksamkeit. Die Reform beruhte auf dem Grundsatz der Entschädigung für das enteignete Land. Artikel 12 bestimmte jedoch, dass dem Besitzer keine Entschädigung

zukommen sollte, wenn die Familie das Land einst als Gegenleistung für Verdienste um das Haus Habsburg als *donatio* erhalten hatte und es seitdem nicht in dritte Hände gekommen war. Die Bestimmung, die erklärtermaßen den angestammten Familienbesitz ohne Entschädigung entziehen wollte, betraf allerdings nur die wenigsten Großgrundbesitzer im Banat. Bis 1778 befand sich nämlich das Gebiet im staatlichen (kameralen) Besitz und wurde seit den 1780er-Jahren bis in das 19. Jahrhundert in mehreren Etappen reprivatisiert, d. h. an Interessenten verkauft. Der von Maria Theresia mit der Abwicklung beauftragte Rat der Ungarischen Königlichen Hofkammer Kristóf Niczky erwartete vor allem Käufer aus den ungarischen Komitaten, die Ökonomie und Verwaltung nach ungarischem Muster voranbringen sollten. Doch es gab kaum Interessenten von dort, weshalb zunächst wohlhabendere armenische, mazedonische oder serbische Kaufleute die neuen Grundbesitzer des Banats wurden. Mit dem Erwerb von Grundbesitz erhielten sie zugleich das ungarische Indigenat und den Adelsbrief. József Csekonics – selbst ein Nachfahre einer im 16. Jahrhundert im Komitat Vas angesiedelten südslawischen Familie, die von Maria Theresia 1753 geadelt wurde – gehörte zu den wenigen Interessenten aus den ungarischen Komitaten. Doch nahm er die Herrschaft mit den dazugehörigen Dörfern Hatzfeld und Zerne (serb. Srpska Crnja, ung. Csernye) sowie den beiden Prädien Bositova (serb. Aleksandrovo) und Neuhatzfeld zunächst in Pacht, bevor er sich 1800 schließlich zu deren Kauf entschloss. Er war so vorsichtig – wie József Babics erläuterte –, weil die schon Anfang der 1780er-Jahre zur Lizitation ausgeschriebene Herrschaft wegen ihrer überwiegend morastigen Felder niemand erwerben wollte.

Um einer Enteignung ohne Entschädigung zuvorzukommen, erhielt Babics den Auftrag, die historischen Dokumente zum Erwerb der Herrschaft zusammentragen und in Form eines Memorandums auswerten zu lassen. Mit dieser Aufgabe wurde im November 1919 der spätere renommierte Rechtshistoriker Ferenc Eckhart, 1919 noch als ungarischer Archivar am Hofkammerarchiv in Wien tätig, beauftragt. Babics bat Eckhart darum, bei der historischen Beweisführung besonders diejenigen Tatsachen auszuarbeiten, dass die Banater Güter nicht königliches, sondern kamerales Eigentum und als solche zur Lizitation ausgeschrieben worden waren. Beim Erwerb der Banater Güter handelte es sich damit nicht um königliche Schenkungen etwa für Verdienste, sondern eindeutig um Verkaufstransaktionen. Babics bat auch darum, mit Dokumenten zu belegen, warum diese Form des Erwerbs von Adelsgütern nicht als *donatio mixta* gelten könne. Als gemischte Schenkung galt eine *donatio*, die zusätzlich zu den Verdiensten für einen bestimmten Geldbetrag ausgereicht wurde. Im 18. und 19. Jahrhundert war diese Form der *donatio* häufig, die faktisch einen Kaufvertrag ersetzte und auch deshalb mit Vorliebe praktiziert wurde, weil dadurch die Ausübung der grundherrlichen Rechte als besser abgesichert galt. Doch im Fall der Banater Güter und so auch beim Hatzfelder Gut spielte Verdienst in der Regel keine Rolle, und somit handelte es sich auch nicht um eine *donatio mixta*.

Eckhart wollte das Memorandum anhand der im Hofkammerarchiv Wien und im Ungarischen Landesarchiv auffindbaren historischen Quellen verfassen und dabei neben den Umständen des Verkaufs der Banater Güter auch den konkreten Fall des Erwerbs der Hatzfelder Herrschaft durch József Csekonics darlegen. Ein Memorandum ist im Bestand des Familienarchivs der Csekonics' nicht überliefert, anders als die von Eckhart zusammengestellten zahlreichen Dokumente über die Umstände der Pacht und des Erwerbs der Herrschaft aus dem 18. und frühen 19. Jahrhundert. Ob ein Memorandum und die historischen Belege überhaupt eine Rolle hätten spielen können, muss unbeantwortet bleiben. In Anbetracht der Größe des Csekonics-Besitzes ist jedoch anzunehmen, dass sein Gut

von Anfang an auf der Liste der von der serbischen Regierung zur Enteignung vorgesehenen Güter stand.

Das Bezirkskommissariat des Ministeriums für Agrarreform fasste am 27. September 1919 den Beschluss, im nördlichen Teil des Guts zunächst 9.000 Katastraljoch und am 27. Oktober im südlichen Teil 10.000 Katastraljoch Land von der Eigenwirtschaft abzutrennen und an Landarbeiter und Ackerbauern mit unter 10 Joch zu verpachten. Im Rahmen der Agrarreform wurde laut Beschluss des „Komitats-Agrar-Amtes“ in Großbetschkerek vom 27. September 1921 schließlich alles aus dem Besitz von Endre und Sándor Csekonicis enteignet, mit Ausnahme von jeweils 521 Katastraljoch (300 Hektar).

Das Amt beließ Endre Csekonicis wenige Joch Land beim Gyula-Meierhof und bei Neuhatzfeld, weitere 171 Joch bei Ungarischzerne und 343 Joch bei Deutschzerne. Sándor Csekonicis erhielt die gleich große Fläche hauptsächlich um den Konstancia-Meierhof. Zum Zweck der „Kolonisierung“ wurde bei Deutsch- und Ungarischzerne, Neuhatzfeld und Großtorak (serb. Begejci, ung. Nagytorák) Land enteignet. Bei Hatzfeld, Deutschzerne und in Júlia-Meierhof kam es zu einer Enteignung mit dem Ziel, den Siedlern Bauland zuzuteilen. An der Landverteilung waren serbische und wenige rumänische Landarbeiter aus den Dörfern Serbischzerne (serb. Srpska Crnja, ung. Szerbcsernye), Kroatisch-Klari (serb. Radojevo, ung. Horvát-Klári), Serbisch-Klari (serb. Radojevo, ung. Szerb-Klári) und Hatzfeld sowie aus anderen Banater Dörfern – Basahíd (serb. Bašaid) und Ittabé (serb. Žitište) – beteiligt. Ebenso wirkten Bewohner aus den Dörfern Kumana (serb. Kumane) und Melence (serb. Melenci) daran mit, die vom Gut in einer Entfernung von 20–30 Kilometern lagen und für die die Bewirtschaftung der zugeteilten Ackerfelder zunächst mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war.

Ein Jahr später berichtete die in Budapest erscheinende „Uj Barázda“, die Zeitung der Kleinlandwirte und Ackerbauern: „Die Herrschaft Csekonicis, die eine der wertvollsten Musterwirtschaften im alten Ungarn war und wo man mit Reisanbau, mit neuen Weizensorten experimentierte, englische Pferde und Schweine, Schweizer Kühe und Merinoschafe züchtete“, ist jetzt ruiniert. „Ein Teil der Äcker liegt brach, die teuren landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte sind vernichtet, Rassenpferde spannte man vor Pflug, Zuchtvieh wurde geschlachtet (Uj Barázda, 12. Oktober 1922, 3).“ Der Verfasser des Artikels hob hervor, dass Vermögenswerte tagtäglich verschwendet oder zerstört würden. So erfolge ein Ausverkauf von besonders wertvollen Rassenpferden und Zuchtkühen. Käufer kämen sogar aus Palästina, die die Erfolge des Csekonicis-Gutes in der Großviehzucht zu schätzen wüssten und sogar beabsichtigten, weitere Käufe in Hatzfeld und in den ehemals südungarischen Gebieten zu tätigen.

Dem Enteignungsprotokoll des „Komitats-Agrar-Amtes“ ist zu entnehmen, dass Endre Csekonicis um die Belassung von mindestens 5.000 Joch „für die Erhaltung der Musterökonomie, besonders für die Pferde- und Viehzucht“, bat, die laut mehrerer Dekrete im Fall besonders wichtiger Musterbetriebe möglich war. Doch lag dies im Ermessen der Kommissare, die Csekonicis – anders als im Fall von Großgrundbesitzern südslawischer Zugehörigkeit – die Genehmigung schließlich nicht erteilten. Dagegen wurden ihm laut Beschluss des Agraramtes vom 26. Oktober 1923 200 Hektar von den belassenen 300 Hektar mit der Begründung abgenommen, dass er „nicht auf unserem Territorium lebt und nicht selbst seinen Besitz in eigener Regie bebaut“.

Csekonics legte immer wieder Protest gegen die Sequestrierung, Zwangsverpachtung und Enteignung bei der Belgrader Regierung und den Lokalbehörden des Agrarministeriums ein, ohne das kleinste Zugeständnis von ihnen zu erhalten. Auch noch im Juni und Juli 1921, kurz vor der Ratifizierung des Friedensvertrags mit Ungarn am 31. Juli 1921, wurden auf seinem Gut landwirtschaftliche Geräte und Maschinen im Wert von 4.956.475 Kronen und 4.193 Stück Großvieh im Wert von 15.568.200 Kronen enteignet. Unmittelbar nach der Ratifizierung des Friedensvertrags verlangte Csekonics in seiner Eingabe an Ministerpräsidenten Pašić die Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse und die Wiedergutmachung der erlittenen Verluste und Schäden. Er berief sich auf die Artikel 63 und 250 des Friedensvertrags, wonach das Eigentum ungarischer Optanten weder veräußert noch beschlagnahmt oder eingezogen werden durfte. War das Eigentum des Optanten seit dem 3. November 1918 durch solche Maßnahmen dennoch betroffen, so sollte es dem Eigentümer in seinem ursprünglichen Zustand zurückgegeben werden.

Csekonics stellte eine siebenseitige Liste seiner finanziellen Forderungen an den südslawischen Staat für die zwischen Mai 1919 und September 1921 erlittenen Verluste und Schäden zusammen: die requirierten oder unter dem tatsächlichen Wert verpachteten und enteigneten Ackerfelder, Wiesen und Wirtschaftsgebäude sowie die nach Alt-Serbien abtransportierten landwirtschaftlichen Maschinen, das ohne Bezahlung oder nur zum Bruchteil des tatsächlichen Preises requirierte Großvieh, Viehfutter und mehrere hundert Waggons Getreide. Aufgeführt wurden auch die Ernteverluste, die durch nachlässige Bewirtschaftung entstanden waren, ebenso die Verluste durch die Aufhebung der bis 1918 erfolgreich praktizierten Teilpacht- und Teilanbauverträge oder die Schäden, die in den beiden Schlössern der Familie in Hatzfeld und Csitó durch mutwillige Zerstörung und Einquartierung entstanden waren. Auf der Liste standen auch die zwangsweise übernommenen Verpflegungskosten der russischen Flüchtlingskolonie oder jene der „zum Zweck der Ausbildung auf dem Gut einquartierten serbischen Lehrlinge“. Hinzu kamen die regelmäßigen Requirierungen seit Sommer 1919 u. a. zugunsten des „serbisch-amerikanischen Waisenhauses“ oder einer ohne Ortsangabe aufgeführten Staatsdruckerei. Der Endbetrag der Schäden und Verluste wuchs nach Rechnung der Gutsverwaltung bis September 1921 auf 107 Millionen Kronen an.

Die Ratifizierung des Friedensvertrags von Trianon änderte zunächst nichts an der Situation der für Ungarn optierenden Großgrundbesitzer; weil das Optierungsverfahren in dem südslawischen Staat noch bis zum 26. Januar 1922 lief, waren weder die Frage der Sequestrierung noch die des Eigentums im Sinne des Friedensvertrags geklärt. Der Enkel, Endre Csekonics junior (1901–1992), hat in seinen Erinnerungen festgehalten, dass, während sein Vater Sándor, der die jugoslawische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, mit Hilfe eines Anwalts in Belgrad gegen die Sequestration und für die Wiederherstellung der Rechtsverhältnisse gemäß dem Friedensvertrag arbeitete, die Familie mit Unterstützung von Iván Csekonics (1876–1951) 1921 die Zsombolya Estate Ltd. gründete. Iván, der als Diplomat tätig war und zwischen 1919 und 1922 die neu eingerichtete ungarische Botschaft in Warschau leitete, gelang es durch die Vermittlung von Lord William Cozens-Hardy, die Immobiliengesellschaft in Großbritannien registrieren zu lassen und einen ehemaligen englischen Militärattaché in Hatzfeld einzusetzen. Ob die Gesellschaft während ihres offenbar kurzen Bestehens überhaupt eine bedeutende Rolle spielen konnte, lässt sich nicht beantworten. Auf jeden Fall wurde die Sequestration am 1. Oktober 1923 aufgehoben.

Bereits 1921 bat Endre Csekonicus seinen Sohn Iván mehrmals darum, den Beruf als Diplomat aufzugeben und sich ganz den Angelegenheiten des Gutes zu widmen, um diese bei der ersten sich bietenden Gelegenheit vor den internationalen Wiedergutmachungsausschuss zu bringen. Auch József Babics wandte sich in mehreren Briefen an Iván und schilderte die allgemeine Desinformation in Ungarn über die Frage des Großgrundbesitzes im südslawischen Staat und die allmähliche Resignation seines Arbeitgebers. Zugleich lässt sich aus diesen Berichten das allmähliche Auseinanderdriften der Familie ablesen: Die Söhne Pál und Gyula zeigten kein besonderes Interesse an der Rettung des Familienbesitzes, Iván war sehr mit seiner Karriere als Diplomat beschäftigt, und mit Sándor, der in Jugoslawien die Interessen der Familie vertrat, war die Kommunikation wegen der fast hermetisch abgeschlossenen Grenzen erschwert.

Als Iván 1923 als Diplomat pensioniert wurde, wahrscheinlich weniger aus eigenem Antrieb als vielmehr wegen seiner legitimistischen Ansichten zu den Versuchen Kaiser Karls I., auf den ungarischen Thron zurückzukehren, kam er dem Wunsch seines Vaters endlich nach. Endre Csekonicus junior erinnerte sich: „A string of lawsuits started and our case was one of the weightiest of all. A Dutch lawyer, Debrau, took on our case and I accompanied my uncle Iván to The Hague for the preparation of our case (Csekonicus 1986, 73).“ Der Internationale Gerichtshof in Den Haag, der 1922 seine Arbeit aufnahm, war nur eines von den insgesamt 36 Gerichten, die nach dem Ersten Weltkrieg eingerichtet wurden, um zwischenstaatliche Konflikte zu lösen und Ansprüche von Privatpersonen zu befriedigen. Ungarn hatte solche bilateralen Gerichte mit Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei eingerichtet, um u. a. die Eigentumsfrage der Optanten zu klären. Als die Frage der Optanten Ende der 1920er-Jahre auf die Tagesordnung kam, entschieden die Gerichte in Übereinstimmung mit den Friedensverträgen zugunsten der Optanten. Im Fall der beiden südungarischen Familien Vojnits und Csekonicus hatte der Internationale Gerichtshof im Sommer 1932 ein positives Urteil gefällt, das Endre Csekonicus jedoch nicht mehr erlebte, da er bereits 1929 starb.

Obwohl die Optanten ihr Eigentum zurückerhalten sollten, waren die Nachfolgestaaten in den meisten Fällen nicht in der Lage und nicht willens, die ursprünglichen Eigentumsverhältnisse wiederherzustellen. Die Antragsteller sollten daher mit gerichtlich festgesetzten Geldbeträgen entschädigt werden. Der Gesamtbetrag der ungarischen Optanten belief sich auf 211 Millionen Goldkronen. Die Zahlung sollte nicht direkt aus den Staatskassen der beklagten Staaten erfolgen, sondern aus einem in Basel eingerichteten Agrarfonds. In diesen hatten nicht nur die Siegermächte und die Nachfolgestaaten jährlich einen Betrag zum Zwecke der Entschädigung einzuzahlen, sondern auch Ungarn sollte seine Reparationszahlungen an die Nachfolgestaaten über diesen Fonds leisten. Die betroffenen Familien waren jedoch wenig optimistisch, was die zu leistenden Entschädigungen anging, da die vereinbarten Beträge nur sehr langsam in den Agrarfonds eingezahlt wurden. Aber auch in anderer Hinsicht gab es wenig Grund zur Zuversicht. Denn wenn die Zahlungen vereinbarungsgemäß erfolgt wären, wäre der vereinbarte Betrag erst 1966 vollständig in den Agrarfonds eingezahlt worden.

Um ihren Interessen eine gemeinsame Stimme zu geben, gründeten die Optanten einen Verband der enteigneten ungarischen Grundbesitzer unter dem Vorsitz von Iván Csekonicus, der 200 Mitglieder zählte. Die Tatsache, dass es 1935 zu einer Teilauszahlung kam, war jedoch nicht dem Wirken des Verbandes zuzuschreiben. Mit dieser ersten und einzigen Teilauszahlung erhielten die insgesamt rund 400 Antragsteller, darunter auch die Familie Csekonicus, nur einen Bruchteil der ihnen zugesprochenen Summe. Endre Csekonicus junior gab an, ohne den Betrag zu benennen: „[T]he meagre hand out we received was a trifling 0,4 % of the sum awarded to us (Csekonicus 1986, 81).“

Kurz vor seinem Tod fertigte Endre Csekonics sein Testament an, in dem er sein ganzes Vermögen unter seinen Erben aufteilte. Und obwohl Sándor – der neben seinem ihm belassenen 520 Katastraljoch großen Gut in Jugoslawien auch das Gut in Enying bewirtschaftete – als Oberhaupt der Familie galt, mussten die Erben alle Entscheidungen gemeinsam treffen. So haben sie auch über das weitere Schicksal der noch vorhandenen Immobilien in Hatzfeld gemeinsam entschieden. Der Sitz der Familie und das Verwaltungszentrum des Gutes wurden verkauft. Zum Verkauf angeboten wurden die beiden Schlösser mit dem dazugehörigen 80 Hektar großen Park, die seit 1924 nicht mehr in Jugoslawien, sondern in Rumänien lagen. Im November 1918 besetzten serbische Truppen fast das gesamte Banat, doch Ende Juli 1919 musste der südslawische Staat bis auf ein Drittel das Banat an Rumänien abtreten. Somit lagen die Güter von Endre Csekonics im Grenzgebiet zu Rumänien. Infolge einer weiteren Grenzkorrektur vom 24. November 1923 kam schließlich der Ort Hatzfeld zu Rumänien, während der Großteil des Landbesitzes im südslawischen Staat verblieb. Der Verkauf der beiden Schlösser mitsamt den Wirtschaftsgebäuden und dem Park wurde noch von Endre Csekonics eingeleitet. Die Einrichtungen der beiden Schlösser wurden zum größten Teil verkauft. Während das Winterschloss in Hatzfeld an die Gemeinde veräußert werden konnte, fand das von Miklós Ybl, einem der führenden ungarischen Architekten seiner Zeit, geplante Sommerschloss in Csitó, das den Reichtum der Familie repräsentieren sollte, jahrelang keinen Käufer. Daher ließ die Familie das Schloss 1937 abreißen und seine Überreste als Baumaterial verkaufen. Der innere Park wurde von Endre Csekonics der griechisch-katholischen Kirche von Hatzfeld geschenkt, während der größte Teil des Parks, 60 Hektar, parzelliert und verkauft wurde.

Zwischen 1918 und 1921 ging einer der über 100 Jahre lang dynamisch wachsenden Großgrundbetriebe im Banat unter, der mit seiner Größe und seinen modernen Bewirtschaftungsformen zur Spitzengruppe der ungarischen landwirtschaftlichen Betriebe gehörte. Mit dem Verlust des Gutes Hatzfeld gingen der enorme Reichtum der Familie und damit auch ihr hohes soziales Ansehen in der ungarischen Gesellschaft verloren. Erzsébet Csekonics (1900–1974), die Tochter von Sándor, die auch als Buchautorin tätig war, beschrieb in der renommierten Zeitschrift „Magyar Szemle“ die Krise der ungarischen Aristokratie außerhalb der neugezogenen Grenzen: „Die Aristokratie sieht nicht nur ihre finanzielle Situation zusammenbrechen, sondern verliert tatsächlich den Boden unter den Füßen, den Besitz, von dem ihre Macht ausgeht, die historische Heimat, die den moralischen Hintergrund der Familien bildet und an die sie sich mit ihrem ganzen Wesen klammert (Magyar Szemle 1929, 164).“

Die Einkünfte aus dem Gut Enying in Ungarn verschafften der Familie Csekonics weiterhin eine solide finanzielle Basis, sodass die Familie nicht wie die allermeisten nach Ungarn optierten Aristokraten auf das Niveau der Mittelschichten absank. Auch im politischen und gesellschaftlichen Leben waren die Familienmitglieder präsent. Während Sándor die Güter von Enying aus verwaltete, war Iván in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine der führenden Persönlichkeiten der überparteilichen Legitimationsbewegung in Budapest und gleichzeitig Abgeordneter, Präsident der ungarisch-polnischen Handelskammer und Mitvorsitzender der Ungarischen Gesellschaft für Auswärtige Angelegenheiten. Gyula, der ein kleines Landgut in Alag bei Budapest bewirtschaftete, gehörte auch nach 1918 zu den prägenden Figuren des ungarischen Reitsports und war Pächter der Budapester Rennbahn. Pál lebte dauerhaft in Nizza und verschuldete sich so sehr, dass er zur Begleichung seiner

Schulden den auf ihn entfallenden Teil des Optantenanspruchs seiner Familie veräußerte. Neben einigen internationalen Betrügern witterten vor allem Wiener und belgische Bankhäuser ein lukratives Geschäft in den ausstehenden hohen Summen der Magnatoptanten und kauften die zu erwartenden Entschädigungssummen für ein paar Prozent auf. Für die Optantenfamilien, die alles verloren hatten, war dies eine willkommene Gelegenheit, zu Geld zu gelangen.

Die jüngsten Mitglieder der Csekonics-Familie, Erzsébet und Endre, versuchten eigene Wege zu gehen. Endre, nach seiner Ausbildung Agraringenieur, war in verschiedenen Anstellungen berufstätig und engagierte sich für die ungarische Jagdkultur, Jagdausbildung und Forstwirtschaft. Erzsébet, die in den Frauenzeitschriften ihrer Zeit nicht minder überschwänglich als neuer Typus der berufstätigen Aristokratin gefeiert wurde, gründete mit und für künstlerisch tätige adlige Frauen ein Atelier und einen Laden.

Verwendete Literatur

A. Sajti, Enikő: „... ezt a háborút elvesztettük.“ Hatalomátvétel a Délvidéken 1918–1920 [„... diesen Krieg haben wir verloren.“ Machtübernahme in Südungarn 1918–1920]. In: Ferwagner, Péter Ákos (Hg.): „Uralkodjék köztünk ész, érdem, igazság“. Köszöntő tanulmánykötet Kövér Lajos 65. születésnapjára. Szeged 2019, 175–181.

Dies.: Az impériumváltás hatása a délvidéki magyarok társadalomszerkezetére [Die Auswirkung des Imperienwechsels auf die Gesellschaftsstruktur der südungarischen Ungarn]. In: Limes 15 (2002), H. 2, 41–50.

Dies.: Hungarians in the Voivodina 1918–1947. Highland Lakes (New Jersey) 2003.

Botlik, József: A félelem évei (1918–1920) [Die Jahre der Furcht (1918–1920)]. In: Ders./Csorba, Béla/Dudás, Károly: Eltévedt mezsgyekövek. Adalékok a délvidéki magyarság történetéhez 1918–1993. Budapest 1994, 72–89.

Császár, Károly: A jugoszláv agrárreform [Die jugoslawische Agrarreform]. In: Békejog és békegazdaság 1 (1922), H. 9, 253–257.

Csekonics, Endre: A Hungarian on the run ... A Report of a Lifetime. Lissabon 1986.

Csekonics, Erzsébet: A magyar arisztokrácia válsága [Die Krise der ungarischen Aristokratie]. In: Magyar Szemle 5 (1929), 161–164.

Csuka, János: A délvidéki magyarság története 1918–1941 [Die Geschichte der Ungarn in Jugoslawien 1918–1941]. Budapest 1995.

Csuka, János: Akiktől elvették a földet, és akiknek odaadták [Diejenigen, denen der Boden enteignet wurde, und die, denen er gegeben wurde]. In: Hornyák, Árpád (Hg.): Források a Kárpát-medencei magyar kisebbségek történetéhez I.: A Délvidék 1918–1944. Pécs 2020, 91–102.

Egyed, István: Békeszerződés és állampolgárság [Friedensvertrag und Staatsbürgerschaft]. In: Békejog és békegazdaság 1 (1922), H. 2, 38–43.

Etédi (Gagyi, Jenő): A földbirtokreform a megszállt magyar területeken. Budapest 1929.

Fata, Márta: Meliorationen im Temeswarer Banat im Kontext der Kolonisierung der Natur und Ökonomisierung der Gesellschaft (1718–1778). In: Dies. (Hg.): Melioration und Migration. Wasser und Gesellschaft in Mittel- und Ostmitteleuropa vom 17. bis Mitte des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 2022, 179–226.

Gratz, Gustav: Die Regelung der Reparationen und die Lösung der Optantenfrage. In: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 2 (1931), 208–225.

Herceg, János: Zombor és szellemi vidéke [Sombor und seine geistige Umgebung]. In: Honismeret 22 (1994), H. 2, 40–43.

Jakšić, Milutin/Ćosić, Mladen: A temesvári küldöttek memoranduma a Bánát hidrologiájáról (Párizs, 1919. július 22.) [Das Memorandum der Temeswarer Abgesandten über die Hydrologie des Banats (Paris, 22. Juli 1919)]. In: Papp, Árpád (Hg.): Délszlávok Párizsban. Egy határszakasz megrajzolásának krónikája és dokumentumai. Zenta 2021, 667–671.

Kurze Beschreibung der zum Besitzthum Sr. Excellenz des Herrn Grafen Endre v. Csekonocs wirkli. geh. Rath gehörigen, im Torontáler Komitat (Ungarn) gelegenen Zsombolyaer Herrschaft [...]. Budapest 1897.

Mák, Ferenc: A délvidéki kolonizáció és az agrárreform (1918–1941) [Die Kolonisation und Agrarreform in Jugoslawien (1918–1941)]. In: Aracs 10 (2010), H. 1, 15–53.

Ders.: Magyarok a Vajdaságban 1918–1945. Kronológia [Ungarn in der Voivodina 1918–1945. Chronologie]. Zenta 2013.

Ruttkay László: Az optánsügy mai képe [Die Optantenfrage heute]. In: Magyar Szemle 9 (1930), 220–226.

Szilágyi, Mária/Draganic, Anica: Domeniul de la Jimbola – Das Landgut von Hatzfeld – A zombolyai uradalom. Székesfehérvár 2016.

Szűts, István Gergely: Flüchtlingsfrage und Staatsbürgerschaft in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg bis 1924. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 70 (2021), 31–54.

Ders.: Optálási jegyzőkönyvek mint a trianoni menekültkérdés forrásai [Optantenprotokolle als Quellen der Flüchtlingsfrage nach Trianon]. In: Századok 152 (2018), H. 6, 1237–1260.

Teleki, Dominik: Reisen durch Ungern und einige angränzende Länder. Pesth 1805.

Archivquellen

Magyar Nemzeti Levéltár – Fejér megyei Levéltára, XIII. 5: Csekonics család iratai 1695–1942 [Ungarisches Nationalarchiv – Archiv des Komitats Fejér, XIII. 5: Die Akten der Csekonics-Familie 1695–1942].

Budapest Főváros Levéltára HU BLF VII 214a 1926 und HU BLF VII 12b-1935: Testament des Endre Csekonics.

Márta Fata, apl. Prof. Dr.

Historikerin, apl. Professorin am Seminar für Neuere Geschichte an der Universität Tübingen, Leiterin des Forschungsbereichs Neuere Geschichte am Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Migrationsgeschichte der Frühen Neuzeit, Geschichte der Konfessionalisierung im Donauraum, Geschichte und Erinnerungskultur der Deutschen in Ungarn.

Orientierungssuche der Deutschen in den von Ungarn abgetrennten Gebieten 1918/19

LÁSZLÓ OROSZ

Im folgenden Beitrag wird die Suche der einzelnen Regionalgruppen der deutschen Minderheit in den von Ungarn abgetrennten Gebieten 1918/19 nach Neuorientierung dargestellt. In dieser sehr kurzen Zeitspanne verloren die Deutschen durch die Grenzveränderungen den sicheren Boden unter den Füßen und mussten unter dem Druck rasch wechselnder Ereignisse den Weg zur Selbstbehauptung suchen und finden.

Durch die Auflösung des historischen Ungarns 1918 sahen sich die Deutschen im Vergleich zu den anderen ethnischen Gruppen viel stärker herausgefordert, lebten sie doch in größerer Harmonie mit den Ungarn als die anderen Nationalitäten, was auch das Ausmaß ihrer Assimilation belegt. Die Deutschen waren auch die einzigen unter den Nationalitäten, die 1918 zunächst kein Interesse daran haben konnten, ihr Zusammenleben mit den Ungarn aufzukündigen. Denn während die Mehrheit der Nationalitäten 1918 die Lösung für ihre nationalen Probleme im Separatismus sah, war für die Deutschen die Zerstückelung Ungarns eine Quelle ernsthafter Unsicherheit. Wem hätten sie sich anschließen sollen? In Ermangelung eines benachbarten Mutterlandes konnten sie kaum separatistische Ambitionen gehabt haben. Wenn es Gruppen außer den Ungarn gab, die daran interessiert waren, den historischen Staatsrahmen zu erhalten, dann waren es die Deutschen. Nur so konnten sie hoffen, dass ihre Minderheitenbewegung – trotz der auch von ihnen oft und mit Recht angeprangerten Magyarisierungstendenzen – die deutschsprachige Gemeinschaft zu einigen vermochte und ihnen ein wirksamer Schutz vor der ethnischen Assimilation geboten wurde. Sie sahen auch die Gefahr, dass sie voneinander getrennt und einem verstärkten Nationalismus der neu entstandenen Nachfolgestaaten ausgesetzt werden würden.

Entgegen der ungarischerseits oft betonten „Treuebruch-Theorie“, die den Versuch unternimmt, das Verhalten der Nationalitäten in einen Topf zu werfen, haben die Deutschen es verdient, dass die Fakten festgehalten werden: Der Situation, die sich schließlich aus der Entscheidung der Großmächte ergab, widersetzten sie sich bis zuletzt, und nur der Pragmatismus und der Druck, den die Besatzungsmächte auf sie ausübten, bestimmten, ob sie das sinkende Schiff frühzeitig oder später verließen und sich auf die Seite des neu etablierten Staates auf ihrem Siedlungsgebiet stellten.

Das Schicksal der deutschen Bevölkerung in den einzelnen abgetrennten Gebieten war im Wesentlichen bereits 1918/19 entschieden, obwohl ihre Besetzung erst im Trianoner Vertrag juristisch bestätigt wurde. Eine Ausnahme bildet der Fall Westungarns, des späteren Burgenlands, der sich noch einige Zeit hinzog, weshalb wir darauf hier nicht eingehen. Niemand kümmerte sich wirklich um die spezifischen Bedürfnisse und eigenen Überlegungen der Deutschen in diesen Gebieten. Weder zählte die Meinung der pragmatisch-opportunistisch Denkenden unter ihnen noch diejenige der von der traditionellen Ungarnfreundschaft durchdrungenen Gruppen wie auch der zögerlichen, d. h. in ihrer Haltung gegenüber den Ungarn polarisierten Gruppen, die Ungarn und ihr eigenes Siedlungsgebiet durch die Grenzziehungen als zerrissen ansahen. So gehörten die Deutschen neben den Ungarn zu jenen Gruppen, denen das Recht auf nationale Selbstbestimmung verwehrt wurde.

Die Siebenbürger Sachsen nahmen zwar die Tatsache der Union Ungarns mit Siebenbürgen infolge des österreichisch-ungarischen Ausgleichs von 1867 vor allem wegen der 1876 erfolgten Abschaffung ihrer mittelalterlichen Privilegien mit unverhohlenem Groll hin. Sie passten sich aber mit ihrem üblichen Pragmatismus den veränderten Verhältnissen an. Innerhalb der Sächsischen Volkspartei, die sie im ungarischen Parlament vertrat, dominierte die konservative und regierungsfreundliche Fraktion unter dem Namen „Die Schwarzen“, die durch die Zusammenarbeit mit Budapest zu prosperieren hoffte – im Gegensatz zu der von Rudolf Brandsch angeführten Gruppe radikaler junger Leute unter dem Namen „Die Grünen“, die diese „opportunistische“ Ausrichtung scharf anprangerte. Der Zusammenbruch im Herbst 1918 und die zu erwartende Neuordnung brachten jedoch den Durchbruch für die Brandsch-Linie. Am letzten Tag der letzten Parlamentsitzung der ausklingenden Ära, am 23. Oktober 1918, verlas Brandsch ein Manifest, in dem zwar keine separatistischen Bestrebungen zum Ausdruck kamen, wohl aber die Forderung nach (kultureller) Autonomie erhoben wurde.

Die pazifistische Politik der Károlyi-Regierung (darunter die Zersetzung der Armee) und ihre spektakuläre Machtlosigkeit, die sogar die bloße Polizeiarbeit unmöglich machte, führten nur wenige Tage später zu einer schnellen Destabilisierung Siebenbürgens. So auch im Sachsenland: Bereits am 2. November 1918 brachen in Hermannstadt (rum. Sibiu, ung. Nagyszeben) blutige Unruhen aus, und am 4. November hatten die Rumänen bereits eine eigene bewaffnete Organisation gegründet. Die Illusion, die Lage sei kontrollierbar, verschwand rasch. Zwei Wochen später war die rumänische Armee in großen Teilen Siebenbürgens stationiert. Das Kräfteverhältnis änderte sich dahingehend, dass für die Siebenbürger Sachsen die Aufrechterhaltung der guten oder zumindest nicht feindlichen Beziehungen zu den Rumänen zum wichtigsten Anliegen wurde.

Die begrenzten Möglichkeiten für die Siebenbürger Sachsen wurden jedoch dadurch deutlich, dass – als Oszkár Jászi, der Nationalitätenminister der Károlyi-Regierung, am 13. November in Arad eintraf, um mit dem Rumänischen Nationalrat zu verhandeln – die Rumänen gegen die Anwesenheit von Emil Neugeboren protestierten, der Jászi begleitete, um die Interessen der Siebenbürger Sachsen zu vertreten. Mit anderen Worten: Die Rumänen machten deutlich, dass sie ihre Ziele nicht mit den Prioritäten des dritten siebenbürgischen Volkes, der Sachsen, in Einklang bringen wollten, sondern bedingungslose Nachgiebigkeit von ihnen erwarteten. Der am 11. November gebildete Deutsch-sächsische Nationalrat wurde bereits am 15. November von dem Noch-Parlamentsabgeordneten Brandsch in Budapest in einem Brief darüber informiert, dass „von dem bisherigen Ungarn [...] voraussichtlich nur ein kleiner Teil übrigbleiben [wird]. [...] Es kann wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß Siebenbürgen und [das] Banat unter rumänische Herrschaft“ kommen (Roth 1993, 35). Damals ging Brandsch noch davon aus, dass sich die Ereignisse langsamer abspielen würden und eine Einigung Siebenbürgens mit Rumänien nur durch die Verhandlungen auf der Friedenskonferenz und nicht durch eine aus eigener Kraft erfolgte territoriale Eroberung durch die Rumänen erreicht werde. Der in Budapest mit dem Rumänischen Nationalrat verhandelnde Brandsch berichtete in seinem Brief vom 21. November, dass die Rumänen von den Siebenbürger Sachsen erwarteten, dass sie sich endlich entschieden, an wen sie sich in der Zukunft wenden wollten. Bei diesen Gesprächen erfuhr Brandsch auch, dass in der ersten Dezemberhälfte eine große rumänische Nationalversammlung einberufen werden sollte, um den Volkswillen zu demonstrieren. Und wenn die Entscheidung, die diese rumänische Versammlung vorwegnahm, tatsächlich eintrat, sollten die Siebenbürger Sachsen die ersten

sein, die sich auf die Seite der Rumänen stellen und sich den neuen Gegebenheiten anpassen würden.

Ende November begannen die Sachsen mit den Rumänen zu verhandeln: Der sich taktisch verhaltende und unverbindlich entgegenkommende Iuliu Maniu hielt die politischen Forderungen der Siebenbürger Sachsen im Allgemeinen für legitim und bat sie darum, ihre Wünsche zu konkretisieren, damit er dazu Stellung beziehen könne. Seit dem Beschluss der rumänischen Nationalversammlung in Karlsburg (rum. Alba Iulia, ung. Gyulafehérvár) am 1. Dezember 1918, sich mit Rumänien zu vereinigen, befand sich die sächsische Politik allerdings auf einem Zwangskurs, zumal sich am nächsten Tag der siebenbürgisch-rumänische Regierungsrat unter der Leitung von Maniu im Zentrum der Sachsen, in Hermannstadt, konstituiert hatte. Im Dezember 1918 arbeitete der Nationalrat fleißig an einer gründlichen und voluminösen – rund 100 Seiten umfassenden – politischen Willenserklärung der Siebenbürger Sachsen. Dies geschah jedoch schon unter einem zunehmenden zeitlichen Druck durch die Rumänen. Da die Rumänen auf der Friedenskonferenz in Paris im Januar 1919 eine konsensuale und demokratisch legitimierte Position der Bevölkerung der von ihnen beanspruchten (und bereits besetzten) Landesteile präsentieren wollten, machte Maniu deutlich, dass die Siebenbürger Sachsen nur dann mit einem günstigen Ausgang ihrer Forderungen rechnen könnten, wenn sie sich demonstrativ auf die Seite der Rumänen stellten und dies noch vor der Friedenskonferenz taten.

Damit war eine klare Situation geschaffen. Am 8. Januar 1919 fand in Mediasch (rum. Mediaş ung. Medgyes) die Sächsische Nationalversammlung statt, die die Sezession von Ungarn beschloss und dadurch legitimierte. In der dort verabschiedeten Erklärung wurden die zuvor geäußerten Forderungen jedoch nicht mehr erwähnt. Stattdessen konnten die Siebenbürger Sachsen nur ihre Hoffnung zum Ausdruck bringen: „Das sächsische Volk Siebenbürgens [...] spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß sich das rumänische Volk und der rumänische Staat, dem das sächsische Volk seine altererbte Tüchtigkeit zur Verfügung stellt, ihm gegenüber immer durch vornehme und gerechte Gesinnung leiten lassen wird (Wagner 1976, 266–268).“

In Oberungarn wartete eine deutschsprachige Bevölkerung, die vom politischen Bewusstsein und natürlich auch von der Einwohnerzahl her viel weniger massiv war als die der Siebenbürger Sachsen, auf die Folgen des Zusammenbruchs. Der Anteil der Zipser Sachsen, die während des Ausgleichs mehr als ein Drittel der Bevölkerung des Komitats Zips ausmachten, war bis 1910 auf weniger als ein Viertel, auf etwa 40.000 Personen, geschrumpft. Ihr Zentrum war Käsmark (slowak. Kežmarok, ung. Késmárk), das noch eine deutsche Mehrheit hatte, während in Leutschau (slowak. Levoca, ung. Lőcse) bereits die Slowaken die relative Mehrheit stellten. Die Einstellung der Zipser zu den Ungarn war grundlegend positiv und frei von den Interessenkonflikten der Siebenbürger Sachsen. Die Zips hatte einen ungarischen Einschlag mit starkem Hungarus-Bewusstsein, und auch die anderen deutschen Siedlungen in Oberungarn um Pressburg (slowak. Bratislava, ung. Pozsony) und entlang des Flusses Gran (slowak. Hron, ung. Garam) waren nicht für ethnische Auseinandersetzungen bekannt.

Ende Oktober 1918 jedoch warfen die territorialen Ambitionen der Tschechen, ihre Ansprüche auf ein territorial unbestimmtes „Slovensko“, genau dieses Gefühl der Sicherheit über den Haufen. Am 23. Oktober bezog der Stadtmagistrat von Käsmark bei einer außerordentlichen Sitzung „sofort und energisch“ Stellung gegen die „tschechisch-slowakischen Ambitionen“. Die größeren Städte des Komitats – Leutschau, Deutschendorf

(slowak. Poprad, ung. Poprád), Zipser Neudorf (slowak. Spišská Nová Ves, ung. Igló) – folgten diesem Beispiel. Das Komitat Zips selbst hat bei seiner außerordentlichen Generalversammlung am 16. November eine Protestresolution verabschiedet, in der es hieß: „[...] jeder Versuch, unser Komitat vom Mutterland abzuspalten, kann als ungerechtfertigte Gewalt betrachtet werden“ (Szepesi Hírnök, 20. November 1918, 1). Auch die deutschsprachige Wochenzeitung „Karpathen-Post“ unterstützte die Integritätskampagne.

Die Zipser Sachsen versuchten, ihrer prekären Situation durch die Beschleunigung ihrer Selbstorganisation abzuweichen. Am 18. November wurde in Käsmark der Oberungarische Volksrat der Deutschungarn gegründet, der, wie der Name schon sagt, einen „deutsch-ungarischen“ Geist vertrat und eine Gruppierung jener Zipser Sachsen war, die sich als deutschsprachige Ungarn fühlten und die Integrität Ungarns bewahren wollten. Laut der bei der Gründung verabschiedeten Resolution war ihr Ziel die „unbedingte Bindung an den ungarischen Staat“, weshalb „sie sich gegen die Losreißung vom ungarischen Staate auf das entschiedenste verwahren“ und „gegen eine jede diesbezügliche fremde Macht und die Einmischung derselben den weitgehendsten Widerstand entfalten werden“ (Karpathen-Post, 21. November 1918, 2f.).

Die Verhandlungen zwischen Oszkár Jászi und Milan Hodža, die noch im November begannen, haben bereits ein ungünstiges Echo unter den Zipser Sachsen hervorgerufen. Das Abkommen von Bartha-Hodža, das am 6. Dezember 1918 geschlossen wurde, fixierte dann die Demarkationslinie und damit die Zugehörigkeit der Zips. Viele Zipser fühlten sich vom ungarischen Staat, von der Károlyi-Regierung, im Stich gelassen und hatten das Gefühl, dass hinter ihrem Rücken eine Vereinbarung getroffen wurde, die ihr Recht auf Selbstbestimmung ignorierte. Bereits am 2. Dezember schickte der Oberungarische Volksrat der Deutschungarn ein Telegramm an Ministerpräsident Károlyi, in dem er ihm seine Empörung darüber mitteilte, dass „die Frage der Unterstellung der Zips unter das Imperium der Slowaken“ aufgeworfen werden konnte. Zugleich erklärten darin die Zipser Sachsen: Wenn „die Regierung die Zips nicht gegen diese Bestrebungen verteidigen könne, wir gleichzeitig Schritte unternehmen werden, um eine von jedem Imperium unabhängige Zipser Republik auszurufen“ (MNL OL, K 40–VII–601, Protestschrift des Oberungarischen Volksrates der Deutschungarn).

Der territoriale Vormarsch der Tschechen in Oberungarn, wie auch die Expansion der Rumänen und Serben in den anderen Landesteilen, führte zwangsläufig dazu, dass in den Augen der einzelnen Gruppen der Deutschen anstelle der aussichtslosen Verteidigung der territorialen Integrität der Gedanke der Autonomie aufgewertet wurde. Es war bezeichnend, dass von den beiden rivalisierenden nationalen deutschen Volksräten, die nach der Asterrevolution in Budapest mit dem Ziel organisiert worden waren, die lokalen deutschen Volksräte zentral zu koordinieren, die die Integrität schützende Gruppierung unter der Leitung von Jakob Bleyer von immer mehr deutschen Siedlungen zugunsten der anderen, von Rudolf Brandsch geleiteten Organisation fallengelassen wurde, die sich für Autonomie einsetzte. Seitens der Zipser Sachsen wurde diese erzwungene Umorientierung am 9. Dezember 1918 bekanntgegeben.

Am selben Tag wurde in Käsmark die Selbständige Zipser Republik proklamiert. Das faktisch nicht lebensfähige Gebilde bestand nur acht Tage und brach beim Einmarsch der tschechischen Truppen in Käsmark am 17. Dezember zusammen. Nach slowakischer Lesart ist sie gar nicht entstanden, sodass die tschechoslowakische Besatzungsmacht nichts zu beseitigen hatte. Die traditionell ungarfreundliche Haltung der Zipser Sachsen änderte sich allerdings auch danach nicht: Sie kooperierten in der Zwischenkriegszeit weiterhin mit der ungarischen Interessenvertretung in der Tschechoslowakei, als klarer Kontrapunkt zur eigennützigen deutschen Politik in Rumänien.

Für die Deutschen in Südungarn (im Banat und in der Batschka) war die Aussicht auf die Durchsetzung der eigenen Belange, wenn überhaupt, noch aussichtsloser. Im ethnisch vielfältigen Banat – wo mehr als ein Drittel der Bevölkerung rumänisch, ein Viertel deutsch, ein Fünftel serbisch und ein Sechstel ungarisch waren – mobilisierte sich die Bevölkerung im Geiste des kaiserlichen Manifests vom 16. Oktober 1918, indem sie zur Bildung von Volksräten aufrief und das österreichische Kaiserreich nach föderalem Vorbild neu organisieren wollte. Am 31. Oktober wurde der Banater Volksrat gegründet, in dessen Vorstand alle Nationen vertreten waren: Rumänen, Serben, Deutsche, Ungarn und auch Juden. Rumänen und Serben beanspruchten, jedes Volk nach seinem eigenen Argumentationssystem, das ganze Banat als ungeteiltes Gebiet für sich, sodass ihre halbherzige Teilnahme am Volksrat eher ein taktisches Handeln war, um Zeit zu gewinnen. Die anderen Völker jedoch, die nicht durch das Bestreben nach territorialem Erwerb motiviert waren, hielten die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die Vermeidung von bewaffneten Auseinandersetzungen und vor allem den Zusammenhalt der Region als Ganzes für vorrangig. Am 1. November wurde vom Balkon des Temeswarer Rathauses die Banater Republik ausgerufen, mit einem örtlichen Sozialdemokraten (Otto Roth) als Vorsitzender. Das Ziel war auch unausgesprochen klar: Es sollte unbedingt verhindert werden, dass das Gebiet auseinandergerissen werde – wenn es sein musste, auch mithilfe der Wiederbelebung einer supranationalen regionalen Identität.

Die serbischen Truppen begannen schon im November 1918 mit der Besetzung des Banats (die Rumänen etwas später), aber die ungarischen Zivilbehörden wurden gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens noch nicht entfernt. In dem Gebiet wurde eine „Doppelherrschaft“ etabliert: Neben der militärischen Kontrolle durch die Besatzungstruppen blieb die zivile Verwaltung für einige Zeit nominell unter der Kontrolle des ephemeren Staates, dessen Einfluss jedoch kaum über Temeswar (rum. Timișoara, ung. Temesvár) hinausreichte. Tatsächlich versuchten die kommunalen Volksräte und die inzwischen gebildeten Nationalräte der einzelnen Völker im Zuge des Zerfalls der ungarischen Verwaltung, die Geschehnisse selbst zu kontrollieren und eine möglichst gute Verhandlungsposition bei der künftigen Teilung zu erlangen. Damit wurde auch die Rolle der Deutschen aufgewertet. Die serbische und die rumänische Besatzungsmacht, die ihren Einflussbereich ausweiten wollten, konkurrierten miteinander in ihren Versprechungen, um die Gunst der schwäbischen Bevölkerung zu gewinnen. Abgesehen von einer dünnen Schicht „deutschnationaler“ Gesinnung waren sie jedoch kaum anfällig für antiungarische Manifestationen.

Dies illustriert auch die Politik des Schwäbischen Nationalrats, einer Organisation von Ortsdeutschen, die am 3. November in Temeswar gegründet wurde. Der Schwabenrat mit Kaspar Muth an der Spitze berief – sich damit dem von Jakob Bleyer angeführten Deutschungarischen Volksrat in Budapest anschließend – eine großschwäbische „Nationalversammlung“, ähnlich der Nationalversammlung der Serben in Neusatz (serb. Novi Sad, ung. Újvidék) und der Rumänen in Karlsburg, für den 8. Dezember 1918 in Temeswar ein. Muth verlas ein von ihm verfasstes Manifest (Schwäbisches Manifest), das den Grundsatz der Unteilbarkeit der deutschen Siedlungen in der Batschka und im Banat festschrieb und eine Volksabstimmung über die Frage der Zugehörigkeit forderte. Mit diesem letzten Versuch sollte das Gebiet als Ganzes für Ungarn gerettet werden, da eine Angliederung an Rumänien oder an den südslawischen Staat unter Einhaltung des Prinzips der Unteilbarkeit kaum realisierbar war und auch eine mögliche Volksabstimmung Ungarns Chancen auf Integrität hätte erhöhen können.

Zum Schwabenrat gehörte aber auch eine Gruppe, bestehend aus selbstbewussten deutschen Intellektuellen um Johann Röser und Reinhold Heegn, die im Kampf gegen die Magyarisierung groß geworden waren. Gegenüber der Muth-Linie wurde diese Gruppe mit dem Vorrücken der Besatzungstruppen und deren Versprechungen einerseits und der mit beängstigender Geschwindigkeit schwindenden Budapester Lokalpräsenz andererseits immer stärker. Dieser Flügel verfolgte die pragmatische Politik des siebenbürgisch-sächsischen Brandsch: Er hütete sich vor integrationsfreundlichen Äußerungen, versuchte die deutsche Bevölkerung auf die der Realität entsprechende, unvermeidliche Abtrennung des Gebietes von Ungarn und die Teilung des Gebietes vorzubereiten. Deshalb suchte er auch den Kontakt zu den serbischen und rumänischen Nationalräten und deren Mutterstaaten.

Zwischen den beiden deutschen Flügeln begann in den eigenen Presseorganen ein erbitterter Kampf, der nach außen hin vereinfacht immer mehr als „ungarnfreundlich contra ungarnefeindlich“ dargestellt wurde. Die Sympathie der Ungarn galt verständlicherweise stets dem Muth-Flügel, der noch im Frühjahr 1919 bei den Pariser Expertengesprächen über die Trennung der rumänischen und serbischen Interessensphären die ungarische Alternative, also den Verbleib im Rahmen eines (nicht-bolschewistischen) Ungarn, als optimale Lösung bezeichnete. Darüber wurden französische, britische und amerikanische Zeitungskorrespondenten in Temeswar informiert. Inzwischen hatte sich aber auch die innere Opposition organisiert und bildete im März 1919 die Deutsch-schwäbische Volkspartei, die gegen die weitere ungarische Kontrolle des Banats Stellung bezog. Anfang August 1919, als Temeswar unter rumänische Besatzung kam, forderte die in die Stadt einberufene große rumänische Volksabstimmung, dass das gesamte Banat unter die rumänische Krone gebracht werden solle. Dies vor Augen, erklärte am 10. August auch die Deutsch-schwäbische Volkspartei ihre Entscheidung im Namen der Gesamtheit der Schwaben des Banats, dasselbe zu tun. Die damalige rumänische Politik (und später die rumänische Geschichtsschreibung) bezog sich mit großer Vorliebe auf diesen Akt und ignorierte die ungarische Orientierung der breiten schwäbischen Bevölkerung und des anderen schwäbischen politischen Lagers. Muth weigerte sich sogar, einen Eid auf die rumänische Verfassung abzulegen, und wurde im September 1919 zusammen mit seinen „magyarischen“ Gefährten verhaftet und in Fogarasch (rum. Făgăraș, ung. Fogaras) interniert. Nach seiner Entlassung schlug er unter den neuen Umständen einen autonomistischen Kurs ein, gewann mit seiner Schwäbischen Autonomiepartei sogar drei Mandate im rumänischen Parlament – während seine politischen Gegner bei den Wahlen scheiterten! – und blieb bis Mitte der 1930er-Jahre eine führende Persönlichkeit der deutschen Gemeinschaft in Rumänien. In der Zwischenzeit organisierten sich auch die deutschen Siedlungen in der Batschka unter Führung von Stephan Kraft, die dem südslawischen Staat angegliedert wurden. Sie gaben mit einer parlamentarischen Vertretung schließlich ihre früheren ungarischen Positionen auf und nahmen eine loyale Haltung gegenüber ihrem neuen Staat ein.

Von allen deutschen Siedlungen im Karpatenbecken erlitt der südliche Teil der Region den größten Schlag, weil die ethnische Einheit der Deutschen in der Region nicht respektiert wurde. Trotz der lautstark vertretenen Wilson'schen Prinzipien und der Petitionen um Selbstbestimmung wurde sie durch Grenzen in zwei (oder sogar drei) Teile zerschnitten.

In ihren neuen Staaten haben die Deutschen begonnen, eine eigenständige, den veränderten Verhältnissen angepasste deutsche Interessenvertretung aufzubauen, deren einziges Mittel die Wiederbelebung eines starken Gemeinschaftsgefühls war. Doch dies, also die künstliche

Schürung des deutschen Selbstbewusstseins – die in der expansionistischen Volkstumspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands ab den 1930er-Jahren einen Partner fand –, nahm die politische Ausbeutung der deutschen Minderheiten in der Region und ihr tragisches Schicksal nach dem Zweiten Weltkrieg vorweg.

Übersetzt von Márta Fata

Verwendete Literatur

Bleyer, Jakob: Das ungarländische Deutschtum. In: Deutsche Rundschau [Berlin], Januar–März 1917, 350–357.

Böhm, Johann: Die Deutschen in Rumänien und die Weimarer Republik 1919–1933. Ippesheim 1993.

Brandsch, Rudolf: Das Deutschtum des Südostens in den Tagen des Zusammenbruchs (Herbst 1918). In: Volk im Osten [Hermannstadt] 3 (1942), 7–33.

Brosz, Paul: Die Karpathendeutschen in der Slowakei 1918–1945. Stuttgart 1972.

Csáky, Moritz: Die Hungarus-Konzeption. Eine „realpolitische“ Alternative zur Magyarischen Nationalstaats-Idee? In: Drabek, Anna M./Plaschka, Richard G./Wandruszka, Adam (Hg.): Ungarn und Österreich unter Maria Theresia und Joseph II. Neue Aspekte im Verhältnis der beiden Länder. Wien 1982, 71–89.

Eisenburger, Eduard: Rudolf Brandsch. Zeit- und Lebensbild eines Siebenbürger Sachsen. Cluj-Napoca 1983.

Fata, Marta: Jakob Bleyer, politischer Vertreter der deutschen Minderheit in Ungarn 1917–1933. Freiburg i. Br. 1991.

Hausleitner, Mariana: Die Donauschwaben 1868–1948. Ihre Rolle im rumänischen und serbischen Banat. Stuttgart 2014.

Orosz, László: A hazai svábok és a magyar integritás viszonyának kérdéséhez. Bleyer Jakob megnyilatkozásai a Neue Post című napilapban az I. világháború idején [Die Beziehung zwischen den Schwaben in Trianon-Ungarn und der ungarischen Integrität. Aussagen von Jakob Bleyer in der Neuen Post während des Ersten Weltkriegs]. In: VERITAS Évkönyv 2015. Budapest 2016, 123–145.

Ders.: Adalékok a két világháború közötti erdélyi szász politikai gondolkodáshoz [Beiträge zum siebenbürgisch-sächsischen politischen Denken zwischen den beiden Weltkriegen]. In: Ujváry, Gábor u. a. (Hg.): Historia est lux veritatis. Szakály Sándor köszöntése 60. születésnapján. 2 Bde. Budapest 2016, hier Bd. 2, 123–137

Ders.: Egy centripetális nemzetiség az impériumváltások korában: a hazai németek magatartása 1918–1919 fordulóján [Eine zentripetale Nationalität im Zeitalter des imperialen Wandels: das Verhalten der Deutschen in Ungarn an der Jahreswende 1918/19]. In: Anka, László (Hg.) „Valami fáj, ami nincs“. A Trianoni békekötés előzményei és következményei. Budapest 2020, 362–394.

Rasimus, Hans: Als Fremde im Vaterland. Der Schwäbisch-Deutsche Kulturbund und die ehemalige deutsche Volksgruppe in Jugoslawien im Spiegel der Presse. München 1989.

Rieß, Josef (Red.): Deutsches Volkswerden im Banat. Reden und Aufsätze Dr. Kaspar Muths. Timisoara 1935.

Roth, Harald: Der „Deutsch-sächsische Nationalrat für Siebenbürgen“ 1918/1919. München 1993.

Schlereth, Ludmilla: Die politische Entwicklung des ungarländischen Deutschtums während der Revolution 1918/19. München 1939.

Schwind, Hedwig: Jakob Bleyer. Ein Vorkämpfer und Erwecker des ungarländischen Deutschtums. München 1960.

Seewann, Gerhard: Geschichte der Deutschen in Ungarn. 2 Bde. Marburg 2012.

Senz, Ingomar: Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg. München 1977.

Senz, Josef Volkmar: Geschichte der Donauschwaben. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München/Sindelfingen 1990.

Sztancs, Gábor: „Selbständige Zipser Republik“. A szepességi németiség parciális mozgalma 1918 őszén [Die Teilbewegung der Zipser Sachsen im Herbst 1918]. In: Fórum. Társadalomtudományi Szemle 14 (2018), H. 4, 21–41.

Wagner, Ernst: Quellen zur Geschichte der Siebenbürger Sachsen 1191–1975. Köln/Wien 1976.

Winter, Eduard: Die Deutschen in der Slowakei und in Karpathorussland. Münster 1926.

Archivquelle

Magyar Nemzeti Levéltár – Országos Levéltár [MNL OL] Budapest, K 40–VII–601.

László Orosz, Dr.

Historiker, Mitarbeiter an der Forschungsabteilung für die „Horthy-Zeit“ am VERITAS. Institut für Geschichtsforschung und Archiv, Budapest. Seine Forschungsgebiete sind Deutschlands Südostpolitik und die deutsche „Südostforschung“ in der Zwischenkriegszeit, die Geschichte und Kultur der Deutschen im Donau- und Karpatenraum.

Ethnic revival der Donauschwaben in Ungarn zwischen Selbstorganisation und Neuorientierung (1920–1944)

ZSOLT VITÁRI

Mitteleuropa war schon immer eine ethnisch gemischte Region, in der eine Vielzahl von Völkern zusammenlebte – lange Zeit in Frieden. Das historische Ungarn war für diesen multiethnischen Charakter ein Beispiel par excellence. Unter seinen Völkern spielte die in vielen Etappen einwandernde deutsche Bevölkerung schon seit dem frühen Mittelalter eine wichtige Rolle. Die Deutschen stellten zahlenmäßig eine der größten nicht-ungarischen Volksgruppen dar und galten zudem angesichts der allgemeinen Entwicklung als eine der progressivsten Nationalitäten.

Durch den Friedensvertrag nach dem Ersten Weltkrieg wurde Ungarn infolge der gewaltigen Gebietsverluste jedoch eines der homogensten Länder (ca. 89 Prozent betrug die Zahl der ethnischen Ungarn), in dem die deutsche Bevölkerung mit einem Anteil von 6,9 Prozent (551.211 Personen) nun zur größten Minderheit wurde. Nach wie vor war für sie eine Streulage kennzeichnend, wobei mit der „Schwäbischen Türkei“ und der Nordbatschka in Südungarn, dem Ofner Bergland um Budapest herum bis hin zum deutschen Siedlungsgebiet im ungarischen Mittelgebirge nördlich des Plattensees und dem Grenzstreifen in Westungarn größere Blöcke existierten. Damit unterschied sich Ungarn klar von den übrigen Nachfolgestaaten, weil sowohl die Tschechoslowakei als auch Rumänien und Jugoslawien einen multiethnischen Charakter (mit jeweils ca. 30 Prozent) aufwiesen.

Nach dem Krieg war die deutsche Bevölkerung Ungarns jedoch nicht mehr die gleiche wie früher. Mit dem Verlust der Südbatschka, des Banats und Siebenbürgens änderte sich nämlich die soziale und berufliche Struktur maßgeblich. Während weiterhin die Landschichten dominierten (56 Prozent), erlangten unter ihnen die Kleinbauern, Häusler und Landarbeiter bereits eine Mehrheit (58 Prozent), wobei die mittleren Bauernschichten mit 5 bis 50 Joch im Vergleich zu den anderen Nationalitäten des Landes immer noch wesentlich stärker (bis zu 40 Prozent) vertreten waren. Auch die konfessionelle Verteilung verschob sich: Es handelte sich nunmehr um eine vorwiegend katholische Bevölkerung mit einer protestantischen Enklave im Komitat Tolna.

Nach einer kurzen Übergangszeit während der Asterrevolution (Herbst 1918) und der Räterepublik (März–August 1919), die größere Freiheiten bis hin zur Autonomie für die eine oder andere Minderheit bot und in der auch die alten Regelungen aus der Zeit vor 1918 jetzt stärker in die Praxis umgesetzt wurden, kehrte man ab Herbst 1919 immer mehr zur alten ethnopolitischen Tradition zurück, die in erster Linie die Assimilierung der nicht-ungarischen Bevölkerungsteile anstrebte.

Nach dem schockierenden Friedensvertrag bürgerten sich zwei Axiome der ungarischen Politik ein: einmal die Revision, die sich während der gesamten Epoche in unterschiedlicher Form manifestierte, und zweitens die Auffassung, dass für den Verlust von zwei Dritteln des Staatsgebietes und der Bevölkerung einzig die nicht-ungarischen Völker des Landes schuldig seien und so einer ähnlichen Situation durch eine weitere Homogenisierung des Landes vorzubeugen sei.

So machte nach 1920 die deutsche Minderheit mit ihrem traditionellen geistigen und wirtschaftlichen Potenzial in der damaligen Atmosphäre der Ausgrenzung noch eher auf sich aufmerksam. Es war deswegen kein Zufall, dass stets die deutsche Minderheit im Mittelpunkt stand, wenn es um die ungarische Minderheitenpolitik und die Minderheitenfrage der Zwischenkriegszeit ging, sieht man einmal vom alles übertreffenden minderheitenpolitischen Primat der ungarischen Minderheit jenseits der neuen Grenzen Ungarns ab.

So war in Ungarn an erster Stelle die deutsche Bevölkerung diesem Homogenisierungsdruck ausgesetzt, während in den Nachbarländern dies in erster Linie dort Gültigkeit hatte, wo sie auch die stärkste Gruppe war (Gottschee, Bukowina, Bessarabien); in anderen Gebieten, wo die oft irredentistische Bestrebungen pflegenden Ungarn eine größere Gefahr für die neuen „Nationalstaaten“ bedeuteten, bekamen sie auch Begünstigungen und eine größere Bewegungsfreiheit.

Die ethnische Kollision verschärfte sich in Ungarn dadurch noch mehr, dass die Deutschen ausgehend vom bereits 1917 angekündigten Programm der führenden Persönlichkeit der Nachkriegszeit, dem Germanistikprofessor Jakob Bleyer, in dem die Grundlagen zum Erhalt des Deutschtums fixiert wurden, den Weg der Gruppenbildung betraten. Indem Bleyer im Märzheft 1917 der Zeitschrift „Budapesti Szemle“ klarmachte, dass es zwischen den Ungarn und den Deutschen keinerlei Reibungen gibt, dass die Verbundenheit der beiden historisch gewachsen ist und beide einander gegenseitig verstärkten, sprach er auch die Probleme an, die sich in den Homogenisierungsbestrebungen des Landes verbargen: Die Folge sei eine vollständige Vernachlässigung der deutschen Sprache im Unterricht und ein Rückgang der Allgemeinbildung in der deutschen Landbevölkerung gewesen, ja ihr drohendes Absinken ins Analphabetentum.

Während Bleyer den sprachlich-kulturellen Bestand der Deutschen anstrebte, bezweifelte er die führende Rolle der Ungarn nicht. Auch hielt er an der Loyalität der Deutschen zu Ungarn weiterhin fest und wollte bereits in Erfüllung gegangene Assimilationstendenzen – hauptsächlich in den Städten – nicht zurückdrehen. Zudem verzichtete er auf eine politische Tätigkeit und forderte auch keine Autonomie, ja lehnte auch eine ausländische Patronage als schädlich ab. So fokussierte dieses Programm auf die ländliche deutsche Bevölkerung und eine friedliche Koexistenz der Ungarn und Deutschen, wobei die Ersteren auf die Assimilierung der Letzteren verzichten sollten, während sich die Deutschen mit dem Erhalt ihrer Sprache und Kultur sowie der Schulen begnügten und auf politische Forderungen verzichteten.

Bleyer wurde aber auch klar, dass die Deutschen die Durchsetzung ihrer Ziele selbst in die Hand nehmen müssten und aus den größeren und kleineren deutschen Gruppen, die bis dato nur über eine lokale oder höchstens regionale Identität verfügten, eine einheitliche Gruppe der Deutschen in Ungarn zu bilden war. Für die Verwirklichung dieser Gruppenbildung sah Bleyer drei Stützpfeiler vor: eine deutschsprachige Landeszeitung, die deutsche Schule und eine landesweite Kulturorganisation.

Als Erstes wurde die Gründung des „Sonntagsblattes für das deutsche Volk in Ungarn“ angegangen, das als landesweites Presseorgan seit 1921 bis in die 1930er-Jahre – ohne größere Hindernisse seitens der Regierung – als wichtigstes Forum fungierte und die Deutschen im ganzen Land in einer verständlichen deutschen Sprache mit kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Berichten und Reportagen versah.

Dagegen gestaltete sich die Schulfrage ausgesprochen schwierig. Die deutsche Minderheit erlitt in der Zeit vor 1918 den größten Verlust an deutschsprachigen Schulen. In der Übergangszeit 1918–1920 verbesserte sich die Lage durch die neuen Regelungen, mit denen es oft möglich war, die ungarisch gewordenen Schulen wieder in deutsche

umzuwandeln. Da Ungarn seit Herbst immer mehr zur alten ethnopolitischen Praxis zurückkehrte, verschlechterte sich jedoch die Lage wieder. Erst infolge des im Friedensvertrag implementierten Minderheitenschutzvertrages und der wachsenden Unzufriedenheit unter den Minderheiten sah sich die ungarische Regierung gezwungen, die Schulfrage zu lösen. Sie führte ab 1923 drei Typen von Minderheitenschulen ein: den Typ A – als eigentliche Minderheitenschule mit Unterricht in der Muttersprache und Ungarisch als Pflichtfach; den Typ C – als Pendant vom Typ A mit einem ungarischsprachigen Unterricht und der Minderheitensprache als Pflichtfach; sowie den Typ B als eine Mischform – mit einzelnen Lehrfächern in der Sprache der Minderheit und auf Ungarisch.



Abb. 1: Kinder der Volksschule der Gemeinde Mözs im Komitat Tolna 1939
Quelle: Sammlungen des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde

Die Neuregelung der Schulfrage hätte auch der deutschen Minderheit die Möglichkeit eröffnet, die Zahl der deutschen Schulen zu erhöhen, wobei die deutsche Bevölkerung mehrheitlich den Typ B vorzog. Doch der Teufel lag – wie vor 1918 – im Detail. Im Schuljahr 1928/29 waren nur noch 11 Prozent der Schulen dem Typ A zuzuordnen, dagegen 68 Prozent dem Typ C. Dies resultierte nicht nur daraus, dass die Regierung nicht geneigt war, der Verordnung zu entsprechen, sondern auch aus der Tatsache, dass zwei Drittel der Volksschulen konfessionell waren und wegen der kirchlichen Autonomie die Regelung für sie nicht galt. Noch schlechter war die Lage im Falle der Kindergärten und der Sekundarschulen. Oft fehlte es auch an Lehrmaterial und Lehrkräften. So blieb die Schulfrage der Deutschen – anders als in den Nachfolgestaaten – bis in die 1940er-Jahre ein ungelöstes Problem.

Nicht besser erging es der landesweiten Organisation. Zwar konnte 1923 der Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein gegründet werden, doch die Regierung erreichte, dass Bleyer nur als Geschäftsführer fungieren durfte. Dagegen sprach sie den Vorsitz dem zwar deutschstämmigen, aber doch regierungstreuen Gustav Gratz, dem früheren Außenminister, zu und füllte auch den Vorstand mit eigenen Leuten auf. Zudem zögerte man

die Annahme der Satzungen über ein Jahr hinaus. Laut Satzungen durften jedoch nur Personen über 24 Jahre Mitglied sein, was einen großen Einschnitt in der Tätigkeit des Vereins bedeutete und vor allem den Zugang zur eigenen Jugend beschränkte. Oft wurden die Ortsgruppengründungen auch mit administrativen Mitteln verhindert oder rückgängig gemacht.

So wirkten von den drei Stützpfählern zwei auf nur sehr bescheidene Weise, was letztendlich dazu führte, dass das von Bleyer angestrebte Identitätsmanagement trotz finanzieller Zuwendungen aus Deutschland nicht erfolgreich werden konnte. Die diesbezügliche dramatische Erkenntnis rief das Ergebnis der Volkszählung von 1930 hervor, wonach die Zahl der Deutschen auf 478.630, also um 13 Prozent, sank. Die Verbitterung darüber wurde auch durch den Vergleich mit den Nachbarländern untermauert, wo die Deutschen in diesen wichtigen Bereichen sich in einer wesentlich besseren Lage befanden. Zwei Jahre später fasste Bleyer seine Bewertung der Lage wie folgt zusammen:

Die bittere Stimmung [...] muss einen überkommen, wenn man an die Erziehung der Jugend unseres deutschen Volkes in Ungarn denkt. Denn auch ‚aus unserem Jahr fällt der Frühling heraus‘, und auch der ‚Schoß‘ unserer deutschen Mütter wird ‚unfruchtbar‘, denn sie sollen unserem Volk keine deutschen Kinder mehr gebären. [...] Denn nach jahrelangem Bitten und Flehen, nach unermüdlicher Aufklärung und Überredung, nach unverdrossenem Kampf und scharfen Auseinandersetzungen, nach einem schier endlosen, qualvollen Wechsel zwischen Hoffnung und Enttäuschung, nach ehernem Ausharren zwischen Hangen und Bangen, immer beseelt von dem aufrichtigsten und besten Willen und den reinsten und idealsten Absichten, nie anders suchend als Wahrheit und Gerechtigkeit, aufrufend göttliches Recht und menschliche Billigkeit, zum Vaterland schwörend und die Verstockten beschwörend: Wo sind wir in der Erziehung unserer deutschen Kinder angelangt (Bleyer 1932, 1f.)?

Bleyer musste kurz vor seinem Tod in seiner letzten Parlamentsrede am 9. Mai 1933 feststellen, dass mindestens 70 Prozent der Jugendlichen mit deutscher Muttersprache, die die Grundschule besucht hatten, nicht Deutsch schreiben und lesen konnten und 90 Prozent der Jugendlichen mit deutscher Muttersprache, die eine höhere Schule besuchten, keinen deutschen Brief schreiben könnten. Sie würden nicht einmal einen deutschen Satz so formulieren können, wie es von einem gebildeten Menschen deutscher Abstammung zu erwarten wäre.

Bleyer, der schon 1931/32 die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen erkannte, sah die Annäherung an Deutschland als möglichen Weg in der Zukunft, worüber er in einem an Gustav Gratz am 6. August 1932 gerichteten Brief berichtete:

Wenn das Deutsche Reich und das Deutschtum der Welt tatsächlich die einzelnen deutschen Volksgruppen retten will, so muss es eben Ungarn gegenüber alle Mittel anwenden, die ihm zur Verfügung stehen. Es wird sich dann zeigen, ob Ungarns Widerstandskraft größer ist, als die Stoßkraft des Gesamtdeutschtums. Wenn ja, so ist das Deutschtum in Ungarn verloren. Ich glaube klar zu sehen, dass es für das ungarländische Deutschtum nur zwei Wege gibt: entweder sich den ungarischen Assimilationsbestrebungen zu fügen oder aber an das große Deutschtum zu appellieren. Dass der letztere Weg unsicher ist und dass er Schaden für beide Teile bringen wird, ist nicht zweifelhaft (zit. nach Weidlein 1999, 50).

Die Neuorientierung begann schon ab 1931 mit der informellen Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft innerhalb des Volksbildungsvereins, die unter Vorsitz von Bleyer mit den sich um ihn scharenden Jungakademikern ein neues Arbeitsprogramm und eine neue Strategie entwarf. Man wollte die Bewegung dynamisieren, d. h. die Deutschen

einerseits für kulturelle Belange mobilisieren, wobei der Jugend die Priorität zukam, andererseits sie zugleich auch politisieren. Dazu bediente man sich eines Aktivismus und rhetorisch radikaleren Tones sowie einer Intensivierung der Beziehungen zu Deutschland, wozu auch eine vermehrte reichsdeutsche Präsenz in Ungarn gehörte.

Natürlich forderte diese neue Richtung die ungarische Regierung und Verwaltung heraus, die von der anwachsenden Politisierung der bislang als apolitisch geltenden deutschen Bevölkerung schockiert waren und jetzt noch mehr als früher von einer pangermanischen Gefahr sprachen. Sie reagierten mit Repressionen, darunter mit der Inhaftierung von Franz Basch. Der Generalsekretär des Volksbildungsvereins wurde wegen einer öffentlich gehaltenen Rede, in der er gegen die Namens-Madjarisierungen Stellung nahm, verurteilt und erst später vom Reichsverweser Miklós Horthy begnadigt.

Die Regierung unterstützte den „gemäßigten“ Flügel um den Vorsitzenden Gratz innerhalb des Volksbildungsvereins, der begann, die radikale Richtung um Basch immer mehr in den Hintergrund zu drängen. Gratz konnte auch die Regierung davon überzeugen, dass einer weiteren Radikalisierung mit der Erfüllung einiger berechtigter Wünsche noch vorzubeugen wäre. So wurden die Ortsgruppengründungen des Volksbildungsvereins gebilligt, und eine neue Schulverordnung im Jahre 1935 sah die Umwandlung der Typ-C-Schulen in solche des Typs B vor. Doch die Durchsetzung scheiterte wieder in der Praxis, jetzt wegen des Widerstandes in den Komitatsverwaltungen, wo beide Richtungen der Deutschen als pangermanisch und gefährlich wahrgenommen wurden, ohne zwischen ihnen zu differenzieren.

Der „radikale“ Flügel um Basch reagierte auf die unerfüllt gebliebenen Wünsche mit der Gründung der Volksdeutschen Kameradschaft innerhalb des Volksbildungsvereins im Jahre 1935 und zudem einer neuen Wochenzeitschrift, dem „Deutschen Volksboten“, die ab 1939 unter dem Titel „Jungkamerad“ auch eine Jugendbeilage erhielt.

Die Auseinandersetzungen kulminierten in zwei Ereignissen. Bei der Parlamentswahl kandidierten drei Deutsche, darunter Basch, entgegen der früheren Gewohnheit für die Opposition. Während diese Kandidaten scheiterten, erwarb der Gratz-Flügel zwei Plätze im ungarischen Parlament. Zugleich kam ans Tageslicht, dass der Volksbildungsverein von Anfang an geheime finanzielle Unterstützung aus dem Deutschen Reich in Anspruch nahm, die über die deutschen Volkstumsverbände an der deutschen Botschaft in Budapest in Monatsraten ausgezahlt wurden. Der Skandal hatte den Rückgang der deutschen Zuwendungen zur Folge.

Gratz versuchte in Absprache mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös der Radikalisierung ein Ende zu setzen und zugleich den Zerfall des Volksbildungsvereins zu verhindern. Nachdem jedoch Basch nicht bereit war, als Generalsekretär zurückzutreten, entschloss sich Gratz zum Ausschluss der Basch-Gruppe, die zudem bald verboten wurde und ihre Tätigkeit in der Illegalität fortführen musste. So war die Spaltung innerhalb der Ungarndeutschen nicht mehr zurückzudrehen.

Die Sensibilität vieler Deutscher für kulturelle und politische Belange kam nicht plötzlich. Die Probleme aus den vergangenen Jahrzehnten waren weiterhin präsent, zu denen sich neue Regierungsmaßnahmen gesellten, so etwa der wachsende Druck durch die Namens-Madjarisierung. Verschärft wurde die Lage der deutschen Minderheit durch die Weltwirtschaftskrise, die besonders auf die unteren und mittleren sozialen Schichten der Deutschen negativ einwirkte. Wenn Bleyer und später auch Basch diese Probleme ethnisierten, also die Deutschen glauben ließen, dass ihre Probleme in erster Linie ihrer

ethnischen Andersartigkeit entspringen würden, dann wurden damit die Grundlagen für die politische Mobilisierung der Ungarndeutschen geschaffen.

Obwohl die Regierung mithilfe der Verwaltung alles daran setzte, diese neue Form der deutschen Bewegung zu unterdrücken und zu kontrollieren, so hatte die mit dem Ziel der wirtschaftlichen Genesung und der Verwirklichung der revisionspolitischen Ziele zwanghaft erfolgte Annäherung Ungarns an Deutschland eine nicht gewünschte Nebenwirkung. Für die im November 1938 erfolgte Revision der ungarischen Grenzen (in der Südslowakei) reichte die deutsche Reichsregierung noch im selben Monat die Rechnung ein. Aus der Volksdeutschen Kameradschaft um Franz Basch ging der nunmehr legale Volksbund der Deutschen in Ungarn hervor, während der Volksbildungsverein weiterhin existierte.

Im Falle des Volksbunds konnte die ungarische Regierung auf die alten Methoden zurückgreifen. Die Satzungen wurden erst im April 1939 genehmigt, aber die Gründung der Ortsgruppen verzögerte sich, da seit Kriegsbeginn die Versammlungsfreiheit eingeschränkt war. So konnten erst 1940/41 die lokalen Gruppen entstehen. Immerhin wurde das Alter für den Eintritt in den Volksbund bei Männern auf 18 Jahre und bei Frauen auf 15 Jahre gesenkt. Die Ungarndeutschen selbst wurden vorsichtig, nicht nur gegenüber der ungarischen Regierung, aber auch mit Blick auf das Deutsche Reich. Zur Vorsicht mahnte etwa das im Herbst 1939 aufgekommene Gerücht, dass die Deutschen in Ungarn im Rahmen der „Heim-ins-Reich“-Politik in die alte Heimat zurückgesiedelt werden sollten.

Obwohl der Volksbund eine Organisation aller Deutschen in Ungarn sein und alle Lebensbereiche von der wirtschaftlichen über die soziale bis zur politischen Tätigkeit umfassen wollte, beschränkten sich die Satzungen auf den Kulturbereich. Das verfolgte Programm des „ethnic revivals“, wozu der Volksbund auch reichsdeutsche Förderung in Anspruch nahm, bedeutete, dass sich die im Volksbund organisierten Deutschen nicht nur als Teil der ungarischen Staatsnation, sondern auch der deutschen „Volksgemeinschaft“ als zugehörig betrachteten. Mit der Zeit kam es zu einer klaren Verschiebung zugunsten letzterer, in dessen Folge die Loyalität gegenüber Ungarn immer schwächer wurde. Die strenge Organisationsstruktur des Volksbundes mit seinen spektakulären Massenversammlungen und seiner großen Propagandatätigkeit stellte die ungarische Regierung vor eine neue Herausforderung. Das Ergebnis war eine Radikalisierungsspirale auf beiden Seiten.



Abb.2:
Großkundgebung des
Volksbunds im August 1940
in Hidas (Postkarte des
VDA)
Quelle: Sammlungen des
Instituts für
donauschwäbische
Geschichte und
Landeskunde

Zu einer Wende in der Behandlung des Volksbundes durch die ungarische Regierung kam es im Sommer 1940. Als Gegenleistung für die Revision der Grenzen im Osten durch die

Rückgliederung Nord-Siebenbürgens an Ungarn musste die ungarische Regierung das Wiener Volksgruppenabkommen unterzeichnen. Die Vereinbarung vergrößerte den Bewegungsraum des Volksbundes. Er konnte neue Schulen gründen und erhielt die Erlaubnis, auch eigene Organisationen zu gründen, darunter eine Jugendorganisation. Doch das alles hatte seinen Preis. Der Volksbund musste sich in eine Volksgruppenorganisation umwandeln, die dem Muster der NSDAP folgte und die letztendlich der SS untergeordnet wurde. Der Volksbund konnte bzw. musste seine Tätigkeit in der Zukunft auf der Grundlage der nationalsozialistischen Ideen entfalten, während die Angehörigen der Volksgruppe das Recht erhielten, die Beziehung „zum großdeutschen Mutterland“ auf kulturellem Gebiet frei zu entfalten und zu pflegen.

Die Auslieferung der deutschen Minderheit durch die ungarische Regierung an das Deutsche Reich hatte aber auch schwerwiegende Folgen für den Kriegsverlauf. Durch die jetzt auch in Ungarn gegründeten deutschen Wirtschaftsgenossenschaften konnte das Reich die wirtschaftliche Leistung der deutschen Volksgruppe, die unter der Devise der Mehrproduktion und im Rahmen des Wirtschaftlichen Kriegshilfsdienstes der Heimat organisiert wurde, abschöpfen. In der Batschka, die infolge der Zerschlagung Jugoslawiens 1941 an Ungarn zurückgegliedert wurde, musste Ungarn per Vertrag den gesamten wirtschaftlichen Überschuss an Deutschland (und Italien) abliefern. Der Druck auf die Drosselung des eigenen Verbrauchs im Land wuchs ständig. Von den 40.000 Tonnen Ölsaaten gab Ungarn 1942 rund 25.000 Tonnen an Deutschland ab. Ebenfalls beträchtlich war der Export von Hanf, dessen Anbau bis zu 70 Prozent in der Hand der Batschka-Deutschen lag. Die für die Auslandsdeutschen zuständige Volksdeutsche Mittelstelle bezifferte den Beitrag der ungarndeutschen Wirtschaft im Jahre 1943 bei Weizen auf 19 Prozent, bei Mais auf 24 Prozent, bei Schweinen auf 70 Prozent, bei Rindern auf 73 Prozent und bei Obst auf 68 Prozent der gesamtungarischen Warenausfuhr. Die Ungarndeutschen führten außerdem zweimal so viel Butter (193 Prozent) und Wein (222 Prozent) an das Reich ab wie das restliche Ungarn.



Abb. 3:
Hilfspakete aus Ungarn für Familien im Deutschen Reich, Januar 1940
Quelle: Sammlungen des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde

Das „Dritte Reich“ nahm jedoch nicht nur die Wirtschaftskraft der Deutschen in Ungarn in Anspruch, sondern stellte auch ihre Humanressourcen in den Dienst des Krieges. Weil die menschlichen Verluste im ersten Kriegsjahr des Ostfeldzuges bereits sehr beträchtlich waren und insbesondere die schlecht ausgebildeten Waffen-SS-Truppen große Verluste erlitten hatten, unterbreitete Gottlob Berger, Leiter des SS-Hauptamtes, 1940 den Vorschlag, diese

Verluste durch systematische Werbungen im Kreis des südosteuropäischen Deutschtums auszugleichen. (Berger war über die Lage der Deutschen in Südosteuropa im Bilde, da er Schwiegervater des Volksgruppenführers Andreas Schmidt in Rumänien war.) Vereinzelt illegale Werbungen gab es schon früher, so etwa im Frühjahr 1940, die jedoch in Ungarn wegen des Widerstandes von Basch nicht ausgeführt werden konnten. Im Sommer 1941 war eine ähnliche, als Sportausbildung getarnte Werbeaktion nicht mehr zu verhindern. In den folgenden Jahren vereinbarten die beiden Regierungen legale Werbungen für das deutsche Militär, die 1944 bereits als Zwangsrekrutierungen durchgeführt wurden. So kamen bis Ende 1944 ca. 55.000 ungarndeutsche Jugendliche und Männer zwischen 18 und 50 Jahren an die Fronten.

Das „ethnic revival“ musste unter solchen Umständen angekurbelt werden: Es war von dem erhöhten Nazifizierungsdruck negativ beeinflusst und einer weiteren Radikalisierung ausgesetzt. Immerhin konnte der Volksbund ab 1940 ein vollständiges Schulnetz anbieten, das nicht nur das Ergebnis der Übernahme der deutschen Schulen in den zurückgegliederten Gebieten war. Es wurden auch neue Schulen sowohl auf dem Gebiet Trianon-Ungarns als auch in den wieder eingegliederten Gebieten eröffnet. Nicht nur Volks- und Mittelschulen kamen hinzu, sondern auch Kindergärten und Lehrerbildungsanstalten. Laut einer Regierungsverordnung von 1941 wurde der Deutschunterricht in weiteren 244 Volksschulen möglich, auch wenn die Regierung auch diesmal mit administrativen Mitteln die Ausführung der eigenen Verordnung zu verhindern suchte.

Doch diese Ergebnisse fielen in eine bereits durch die Kriegswirtschaft geprägte Zeit, die zusätzlich mit großen Unruhen unter den Deutschen in Ungarn insbesondere wegen der SS-Werbungen verbunden war. Die Spannungen zwischen Anhängern und Gegnern des Volksbundes wurden immer größer. Vielen Deutschen in Ungarn wurde es mit der Zeit klar, dass der Volksbund als Handlanger Berlins zur Ausbeutung der Volksgruppe agierte, was übrigens auch die ungarische Regierung nicht beanstandete und die dazu ebenfalls kräftig beitrug.

Dem Volksbund erwuchs neben den inneren Rissen und Entfremdung bald auch eine oppositionelle Bewegung. Von der Batschka ausgehend, verbreitete sich eine Bewegung um den Apatiner Pfarrer Adam Berenz, der mit der bereits 1935 gegründeten Zeitschrift „Donau“ ein wichtiges Forum schuf, mit dem die nationalsozialistischen Tendenzen und die Auslieferung der Ungarndeutschen an das „Dritte Reich“ scharf kritisiert wurden. Auch anderswo entstanden Bewegungen der Deutschen gegen den Volksbund, so in und um Bonyhád 1942 die Gruppe „Mit Treue zum Vaterland“, die auch von den ungarischen Behörden stark unterstützt wurde. Nach der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944 gewannen jedoch die radikalsten und am meisten nationalsozialistisch geprägten Kräfte die Oberhand im Volksbund.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Volksbund im Vergleich zum Volksbildungsverein einige Erfolge aufweisen konnte: Laut den Volkszählungsergebnissen verlangsamten sich nämlich die Assimilationstendenzen. Doch infolge des Totalitätsanspruchs und des Versuchs, eine alles umfassende Generalorganisation zu schaffen, wozu sich in den 1940er-Jahren immer mehr die Übernahme reichsdeutscher Muster und die Indienstnahme der Volksgruppe für die deutsche Kriegsführung gesellten, wurde das Erreichte rasch zunichtegemacht. Dies führte zu einer mehrfachen Desintegration der ungarndeutschen Gemeinschaften. Die ungarische Elite wiederum warf dem Volksbund und den Deutschen in Ungarn den Loyalitätsbruch gegenüber Ungarn vor. Der Versuch der Deutschen in Ungarn, eine ethnische, soziale und politische Emanzipation zu erreichen, scheiterte und hatte zugleich weitreichende negative Folgen für die Zukunft der Minderheitengruppe.

Verwendete Literatur

Bellér, Béla, Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Geschichte der Deutschen in Ungarn 1933–1938. Speyer 2000.

Bleyer, [Jakob], Rahels Klagelied. In: Sonntagsblatt. Wochenzeitung für das deutsche Volk in Ungarn, 20. November 1932, Nr. 47, 1f.

Eiler, Ferenc: Németország Duna-völgyi politikája 1920–1938 [Die deutsche Donauraumpolitik 1920–1938]. In: Fedinec, Csilla (Hg.): Társadalmi önismeret és nemzeti önazonosság Közép-Európában. Budapest 2002, 37–63.

Hillinger, Michael George: The German National Movement in Interwar Hungary. New York 1973.

Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Aussenpolitik, 1933–1938. Frankfurt a. M./Berlin (West) 1968.

Seewann, Gerhard: Ungarndeutsche und Ethnopolitik. Ausgewählte Aufsätze = A Magyarországi németek és az etnopolitika. Válogatott tanulmányok. Budapest 2000.

Senz, Ingomar: Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Alldeutschtum und ungarischer Innenpolitik. München 1977.

Spannenberger, Norbert: Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938–1944 unter Horthy und Hitler. München 2002.

Swanson, John C.: Tangible Belonging: Negotiating Germanness in Twentieth-Century Hungary. Pittsburgh 2017.

Tilkovszky, Loránt: Ez volt a Volksbund. A német népcsoport-politika és Magyarország 1938–1945 [Das war der Volksbund. Deutsche Volksgruppenpolitik und Ungarn 1938–1945]. Budapest 1978.

Weidlein, Johann: A magyarországi németség küzdelme fennmaradásáért. Dokumentáció 1930–1950 [Der Kampf des ungarländischen Deutschtums um seine Existenz. Dokumentation 1930–1950]. Heidelberg 1996.

Zsolt Vitári, Dr. habil.

Historiker, Leiter des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Universität Pécs. Seine Forschungsgebiete sind die Geschichte der deutsch-ungarischen politischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Auswirkungen des deutschen Nationalsozialismus auf Ungarn und die Ungarndeutschen, Erziehung und Politisierung der ungarndeutschen Kinder und Jugendlichen in den 1930er- und 1940er-Jahren.

Die Donauschwaben im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen/Jugoslawien 1918–1941

ZORAN JANJETOVIĆ

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (von 1929 bis 1991 Jugoslawien) wurde auf den Trümmern der ehemaligen Reiche der Osmanen und der Habsburger gegründet. Von diesen Imperien erbte das Königreich eine ethnisch, religiös und sprachlich vielfältige Bevölkerung. Unter seinen nationalen Minderheiten stellten die Deutschen mit etwa 500.000 Personen die größte Gruppe. Allerdings bildeten die Deutschen keine historische Einheit, da sie zu unterschiedlichen Zeiten in ihre Siedlungsgebiete eingewandert waren.

Die älteste deutsche Siedlungsgruppe lebte in der Untersteiermark und im Gottscheer Land (in der Krain, heute in Slowenien). Nach der letzten österreichischen Volkszählung von 1910 gab es dort 107.000 Deutsche. Laut den jugoslawischen Volkszählungen betrug ihre Zahl 1921 dagegen nur noch 41.314 und 1931 lediglich 27.786. Die Zahl der dortigen Deutschen ging durch Auswanderung nach Österreich und eine Deassimilierung der germanisierten Slowenen zurück. Deutsche und Slowenen in der Krain rangen seit Mitte des 19. Jahrhunderts miteinander um die Dominanz; als Sieger gingen nach 1918 die Slowenen aus dem Nationalitätenkampf hervor. Die Deutschen hatten dagegen ihre führende Stellung eingebüßt, nicht zuletzt durch den Abbau ihres überproportional großen Schulwesens und die Verdrängung der deutschen Sprache aus dem öffentlichen Leben. Die Deutschen verloren auch ihre Posten im Staatsdienst; nur noch in der Wirtschaft konnten sie ihre Stellung behalten.

Die neueste und zugleich kleinste deutsche Gruppe (1910 mit 22.968 und 1931 mit 14.979 Personen) lebte in Bosnien. Sie entstand nach der Okkupation von Bosnien-Herzegowina 1878 durch Österreich-Ungarn infolge der Einwanderung von Beamten und Arbeitern aus Österreich sowie von Bauern aus Süddeutschland. Die Kolonien der bäuerlichen Siedler lagen zerstreut und waren wirtschaftlich arm. Während Beamte und Arbeiter nach 1918 das Land zum Großteil wieder verließen, blieben die dörflichen Siedlungen bestehen.

Die Donauschwaben (bis zum Zweiten Weltkrieg nur Schwaben genannt) lebten in den 1920 von Ungarn an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen abzutretenden Gebieten: Laut der Volkszählung von 1931 betrug ihre Zahl in der Baranya 15.751, in der Batschka 173.058, im (West-)Banat 120.450, in Syrmien 49.345 und in Slawonien 80.519, wobei es in slawonischen Städten auch eine kleinere Anzahl von Personen gab, die sich als „Altösterreicher“ und nicht als Schwaben bezeichneten. Die Deutschen im ehemaligen Südungarn wurden nach der Befreiung Ungarns aus den Händen der Osmanen, im 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, als Kolonisten angesiedelt. Infolge der Landknappheit seit Mitte des 19. Jahrhunderts wanderten viele ihrer Nachkommen aus den Dörfern in der Batschka, dem Banat und Südtransdanubiens nach Syrmien und Slawonien aus. Allerdings blieben die Schwaben im Banat und in der Batschka wirtschaftlich stärker als ihre Verwandten in Syrmien und Slawonien. Während in Zentralungarn, der Batschka und im Banat die Schwaben häufig in geschlossenen Siedlungsgebieten und ethnisch homogenen Dörfern lebten, waren für die deutschen Siedlungen in Syrmien und besonders in Slawonien die Streusiedlung und in den meisten Fällen eine Minderheitenlage in den kroatischen Dörfern typisch. Dies, gekoppelt mit dem Mangel an eigenen Schulen und Kirchen, die sie mit den katholischen Kroaten teilten, beschleunigte ihre Assimilation.

Beherrschten im cisleithanischen Teil der Doppelmonarchie bis 1918 die Deutschen das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben, was mit Anpassung und Assimilierung der Slowenen besonders in den Städten einherging, so wurden die Slowenen im neuen südslawischen Staat eine der staatstragenden nationalen Gruppen, deren zahlenmäßige und nationale Verstärkung auch mithilfe der forcierten Deassimilierung einhergehen sollte. Demgegenüber waren im transleithanischen Teil der Monarchie die Schwaben in der Vojvodina (wie die Serben die Baranya, die Batschka und das Banat nannten) und in Slawonien sowohl vor als auch nach 1918 eine ethnische Minderheit. Im historischen Ungarn waren sie, vor allem ihre Gebildeten und die Arbeiterschaft in den Städten, der Magyarisierung ausgesetzt. Die Assimilation der Deutschen verlief schneller als bei anderen Minderheitengruppen. Weil die Deutschen im 18. Jahrhundert vor allem aus wirtschaftlichen Gründen aus ihrer alten Heimat ausgewandert waren, hielten sie das ökonomische Fortkommen in Ungarn für wichtiger als ihre nationale Identität. Etwa 80 Prozent von ihnen teilten außerdem mit der Mehrheit der staatstragenden Magyaren den gleichen katholischen Glauben. Das schwache Nationalbewusstsein, die gemeinsame Konfession, das ökonomisch orientierte Denken sowie die Industrialisierung und Urbanisierung förderten die Assimilation. In Kroatien verliefen ähnliche Prozesse in Richtung der Kroatisierung. Dort war die Assimilation sogar stärker, da die Deutschen in der Regel in Streusiedlungslage, also in ethnisch gemischten Dörfern lebten. Gab es in Ungarn wenige deutsche Schulen, so fehlten sie in Kroatien fast gänzlich. In dieser Hinsicht änderte sich bis in die zweite Hälfte der 1930er-Jahre nur wenig. So war die Kroatisierung der Deutschen in Slawonien weiter fortgeschritten als die Magyarisierung in der Batschka, geschweige denn im Banat. Es war somit kein Zufall, dass die politische Organisation der Schwaben Anfang des 20. Jahrhunderts gerade im Südbanat ihren Anfang nahm, dort, wo die Deutschen mit den nationalbewussten Serben und Rumänen zusammenlebten.

Die Gründung des südslawischen Staates war für alle Völker auf seinem Territorium eine einschneidende Wende. Wie oben angedeutet, brachte sie große Veränderungen für die Deutschen in Slowenien, aber noch größer waren die Auswirkungen auf die Schwaben. Denn 1918 wurden sie zwischen drei Staaten (Ungarn, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen) aufgeteilt, wodurch ihre Entwicklung unterschiedliche Wege einschlug. Der Erste Weltkrieg hob allerdings die traditionelle Isolierung der schwäbischen Dörfer auf, denn die schwäbischen Soldaten konnten gerade in den Schützengräben das Gefühl der sprachlich-ethnischen Zusammengehörigkeit erleben.

Laut den Bedingungen des Belgrader Waffenstillstandes vom 13. November 1918 zwischen der ungarischen Regierung und den serbisch-französischen Streitkräften wurde Südungarn durch serbische Truppen okkupiert. Die ortsansässigen Serben begannen nach Anweisungen der serbischen Regierung in Belgrad bereits vor der Friedenskonferenz, die ungarische Verwaltung durch ihre eigene zu ersetzen. Da die Serben – und die Südslawen überhaupt – in den besetzten Territorien meistens nur eine relative Mehrheit darstellten, waren sie im Vorfeld der Friedenskonferenz bemüht, die Schwaben für den neuen Staat zu gewinnen. In den meisten Fällen war dies kein einfaches Unternehmen, da die Mehrheit der südungarischen Schwaben ungarfreundliche Sympathien hegte. Die nationalbewusste Minderheit unter ihnen musste sich wiederum erst behaupten – ein Prozess, der sich bis zum Zweiten Weltkrieg hinzog. Die serbischen Behörden unterstützten anfangs die wenigen nationalbewussten und meist ungarfeindlichen Schwaben. In Temeswar (rum. Timișoara,

ung. Temesvár), wo auch ein deutscher Obergespan eingesetzt wurde, stellte die Belgrader Regierung sogar die Eröffnung einer deutschen Universität in Aussicht. Doch in den Entscheidungsprozess wurden die Vertreter der Schwaben nicht einbezogen – wie überhaupt die ethnisch-sprachlichen Minderheiten bei den diplomatischen Entscheidungen über die neuen Grenzen kein Mitspracherecht hatten bzw. dabei nicht angehört wurden.

Die neuen Siegerstaaten (darunter der südslawische), die mit der Losung einer Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker entstanden waren, konnten allerdings die Belange der alten oder neu entstandenen Minderheiten nicht ganz außer Acht lassen. Die Friedensordnung nach 1918 bedurfte der Stabilisierung auch durch die Befriedung der Minderheiten, da in den neu entstandenen Staaten die Zahl der Minderheiten in der Regel nicht weniger wurde, als sie in den Imperien vor 1918 gewesen war. Dieses Ziel sollte durch eine Minderheitenschutzkonvention als Bestandteil des Friedenssystems erreicht werden. Neben der Gleichberechtigung als bürgerliche Rechtssubjekte garantierten die Schutzverträge die Existenz von Minderheitenschulen, den freien Gebrauch der Muttersprache im Privatverkehr wie auch die Presse- und Vereinigungsfreiheit. Die 1920 gegründete internationale Organisation des Völkerbunds, der die Beilegung internationaler Konflikte, die internationale Abrüstung und ein System der kollektiven Sicherheit dauerhaft zu sichern hatte, sollte auch über die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge wachen. Dass dies notwendig war, zeigt auch das Beispiel des südslawischen Staates, der – ähnlich wie andere Länder – den Schutzvertrag Ende 1919 nur widerwillig unterschrieb und den Vertragsinhalt nur halbherzig einhielt. Eigene nationalpolitische Motive hatten nämlich im südslawischen Staat immer einen höheren Stellenwert als gesetzliche Verpflichtungen. Trotzdem, oder eben deshalb, gab es nur wenige Rechtsdokumente, die die Lage der Minderheiten regelten: Die Regierungen zogen es vor, bei der Behandlung der Minderheiten eine Politik der freien Hand anzuwenden.

Die Schwaben bekamen schon seit Anbeginn des neuen Staatswesens alle Facetten dieses Vorgehens zu spüren. Um ihre Unterstützung vor dem Friedensvertrag mit Ungarn in Trianon zu erhalten und sie von der Richtigkeit der Loslösung von Ungarn zu überzeugen, eröffneten die Behörden überall deutsche Schulen bzw. wandelten die ungarischen in deutsche Schulen um, nicht selten auch gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern, die ihre Kinder weiterhin in ungarische Schulen schicken wollten. Einige Vertreter der nationalbewussten schwäbischen Elite (Johann Keks, Georg Grassl, Stefan Kraft und Peter Heinrich) gründeten am 20. Juni 1920 in Neusatz (serb. Novi Sad, ung. Újvidék) den Schwäbisch-Deutschen Kulturbund – unterstützt durch einige Sloweniendeutsche – als Dachverband der deutschen Kulturvereine im neuen Staat. Die Aufgaben des Bundes wurden breit gefächert: Man wollte die Ausgabe deutschsprachiger Bücher, die Ausbildung deutscher Lehrer und Priester fördern, Schulen und Bibliotheken gründen und sich um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Schwaben kümmern. Diese Ziele überschritten allerdings die Möglichkeiten der dünnen deutschen Intelligenzschicht und waren mehr ein Ausdruck des Wunschdenkens, ganz im Sinne der These von Ernest Renan, wonach „eine Nation ein wunderschöner Plan für die Zukunft“ sei. Die eigentlich minderheitenfeindliche Politik der Behörden des südslawischen Staates beschränkte zusätzlich die Handlungsspielräume, um die Pläne des Kulturbundes in die Tat umzusetzen.

Wegen der unterschiedlichen Siedlungs- und Wirtschaftslage und aufgrund des durch die Behörden ausgeübten Drucks blieb der Schwerpunkt der Tätigkeit des Kulturbundes im ehemaligen Südungarn. Bis 1924 wurden 123 Ortsgruppen gegründet und nur eine außerhalb der Vojvodina. Im ehemals ungarischen Gebiet waren die Behörden aus politischem Kalkül und nicht aus Überzeugung etwas toleranter als in Kroatien oder in Slowenien. Weil die Behörden nach dem Friedensschluss gegenüber den Minderheiten allgemein viel weniger

entgegenkommend wurden, durchlebte der Kulturbund eine wechselvolle Geschichte, die politisch bedingt war. Die meisten Ortsgruppen des Kulturbundes (108) wurden bis 1922 gegründet. Dies spiegelte sowohl die Entwicklung des Nationalbewusstseins der Schwaben als auch die zunächst positive Einstellung der Behörden gegenüber den Belangen der Minderheiten wider. Dem Kulturbund gehörten nach wenigen Jahren etwa 55.000 Personen als Mitglieder an. Im April 1924 jedoch wurde der Kulturbund verboten, dessen Tätigkeit schon bis dahin von behördlichen Schikanen nicht ganz frei geblieben war. Der Grund dafür war, dass sich die Partei der Deutschen der Regierungsopposition im jugoslawischen Parlament angeschlossen hatte. Obwohl das Verbot im Oktober des gleichen Jahres wieder aufgehoben wurde, behinderten die Lokalbehörden die Tätigkeit des Bundes. Als die parlamentarische Koalition der Kroatischen Bauernpartei mit den serbischen „Radikalen“ zerbrach, wurde der Kulturbund im Januar 1927 wieder genehmigt. Nach der Einführung der Königsdiktatur 1929, als die Tätigkeit aller politischen, nationalen und ethnischen Parteien und Verbände untersagt wurden, wurde der Kulturbund erneut verboten. Die repressiven Maßnahmen haben das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in das neue Staatswesen so sehr erschüttert, dass in 64 Ortsgruppen nur 5.000 Mitglieder organisiert waren. Neue Genehmigungen zu deren Existenz wurden am 28. August 1930 bzw. am 14. April 1931 erteilt. Sie standen mit der Lockerung der Diktatur und mit dem Wunsch des königlichen Regimes in Verbindung, bessere Beziehungen zu Deutschland aufzubauen. Bis November 1933 konnte so die Zahl der Ortsgruppen 95 und die der Mitglieder 12.000 erreichen, was allerdings weit unter der Mitgliederzahl von 1924 lag.

In der Zwischenkriegszeit gingen aus dem Kulturbund weitere Fachverbände hervor, wie etwa der Landesverband der deutschen Akademiker (1926), der Sängerbund (1928) oder der Verband deutscher Volksbüchereien (1931). Der wichtigste unter den Verbänden war die bereits 1922 gegründete Vereinigung deutscher Genossenschaften, die Agraria. Sie sollte sich mit der Zeit verselbständigen und wurde der erfolgreichste Verband dieser Art im ganzen Land. Aus ihm gingen 1931 der Verband der Viehzüchtergenossenschaft Selctor und der Geflügelzüchterverband Avis hervor. Sie erhielten Unterstützung auch aus Deutschland und blieben – trotz zeitweiliger Rückschläge – feste Stützen der deutschen Bevölkerung in Jugoslawien. Sie hatten eine wirtschaftliche Bedeutung, die zwar von außenstehenden Betrachtern oft überschätzt wurde, doch spielten sie durchaus auch eine wichtige identitätsstiftende Rolle bei der Konstituierung der Deutschen in Jugoslawien als selbstbewusste nationale Minderheit.

Die enge Verflechtung von Kultur und Politik im Kulturbund wurde in den 1930er-Jahren offensichtlich. Seit den frühen 1930er-Jahren wurde der Kulturbund zu der Bühne, auf der die Auseinandersetzungen zwischen den „alten“, an Traditionen gebundenen Anführern der deutschen Minderheit und der „jungen“ – in vielen Fällen in Deutschland und Österreich ausgebildeten und mit dem NS-Gedankengut zurückgekehrten – Intelligenz ausgetragen wurde. Die Jungen bezichtigten die Alten der Korruption, der Ämterhäufung und der Ineffizienz, und die nicht zufriedenstellende Lage der deutschen Minderheit leitete zusätzlich Wasser auf ihre Mühlen. Obwohl der Kulturbund nur etwa zehn Prozent der deutschen Bevölkerung im Land umfasste, spaltete der innere Konflikt die ganze deutsche Gemeinschaft. Die Jungen organisierten sich ab Ende 1934 stärker, und nach dem Vorbild der Volksdeutschen in Rumänien bezeichneten sie sich als „Erneuerer“. Da sie im Staatsdienst keine Anstellung erhielten und von der Ämterakkumulierung in den Minderheitenorganisationen in wenigen

Händen frustriert waren, versuchten sie die Führung im Kulturbund an sich zu reißen. Dabei bedienten sie sich der NS-Parolen und vertraten nationalradikale und antisemitische Ideen. Dies führte im Oktober 1935 zu ihrem Ausschluss aus dem Kulturbund und zur Auflösung jener Jugendgruppen, die sie unterstützten. Damit wurde allerdings der Streit nicht beigelegt.

Beide Seiten, nationalkonservative „Alte“ wie radikale „Erneuerer“, suchten im Deutschen Reich Unterstützung für das Erreichen ihrer Ziele. Während die „Erneuerer“ vor allem bei der NSDAP Förderung und Hilfen erhielten, wurde die „offizielle“ Politik der Alten besonders durch das Auswärtige Amt gefördert. Diese Konstellation änderte sich erst 1938/39, als sich die Innen- und Außenpolitik des Hitler-Regimes im Vorfeld des geplanten Angriffskriegs auf Polen radikalisierte. Erst dann bekamen der NSDAP ideologisch näherstehende „Erneuerer“ die entscheidende Hilfe der Volksdeutschen Mittelstelle, die *de facto* unter Kontrolle der SS stand. Mit ihrer Unterstützung gelang es den „Erneuerern“, die Leitung des Kulturbundes zu übernehmen.

Während der Richtungskämpfe entstand im März 1936 die den „Erneuerern“ nahestehende Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung der Deutschen in Slawonien, angeführt von dem ehemaligen Kavallerieoffizier Branimir Altgeyer. Die Vereinigung entfachte einen Kampf um den bestimmenden Einfluss unter den stark kroatisierten Deutschen in Kroatien-Slawonien und spornte auf diese Weise auch den Kulturbund an, in diesem vernachlässigten Gebiet eine aktivere Tätigkeit zu entfalten. So entstand eine Reihe neuer Ortsgruppen, die der einen oder der anderen Fraktion angehörten. Das vielleicht wichtigste Ergebnis war das nationale „Erwachen“ der Deutschen in Slawonien. Doch unglücklicherweise geschah dies zu einer Zeit, als die Nationalsozialisten in Deutschland die deutschen Minderheiten in Europa zum Zweck ihrer aggressiven Machtpolitik zu instrumentalisieren suchten.

Als die „Erneuerer“ die Führung des Kulturbundes übernahmen, trachteten sie danach, die ganze deutsche Minderheit zu vereinigen und sie nach nationalsozialistischem Vorbild gleichzuschalten. Der neue Vorsitzende des Kulturbundes, Sepp Janko, nannte sich ab 1940 Volksgruppenführer, und die Organisation, die als kultureller Verband entstanden war, wurde nun – unter massiver Anwendung von Propaganda und gesellschaftlichem Druck, aber auch unter der Einwirkung der reichsdeutschen Politik sowie unter dem Eindruck der anfänglichen Siege Hitler-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg – zu einer von der NS-Politik inspirierten Volksgruppe. Der Kulturbund umfasste Anfang 1941 – wenigstens auf dem Papier – fast alle Jugoslawiendeutsche, und zwar sowohl im Zentralverband als auch in seinen zahlreichen Zweigorganisationen. Die Mitgliedschaft der Familienväter im Kulturbund bzw. in den einzelnen Zweigvereinen wurde automatisch auf die Familienmitglieder erweitert, sodass der Kulturbund eine beträchtliche Mitgliederzahl ausweisen konnte.

Je mehr die deutsche Minderheit zum Instrument von Hitlers Außenpolitik wurde, desto mehr wuchs das Misstrauen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Deutschen in Jugoslawien, was zwischen Mehrheit und Minderheit zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Märsche der uniformierten Mitglieder der deutschen Vereine, Hakenkreuze an den Fahnen und hetzerische Reden bei den Versammlungen riefen Missmut bei den Südslawen hervor. Streitigkeiten, Schlägereien und in deren Folge Verhaftungen wurden alltäglich. Die deutsche Minderheit wurde von vielen als „fünfte Kolonne“ Hitlers Deutschlands betrachtet, auch wenn sich viele Schwaben bemühten, ihre Loyalität gegenüber dem jugoslawischen Staat mit der gegenüber dem deutschen „Mutterland“ in Einklang zu bringen. Als das „Dritte Reich“ im April 1941 Jugoslawien angegriffen hatte, waren die Würfel gefallen. Die meisten Deutschen in Jugoslawien nahmen Partei für NS-Deutschland.

Ein wichtiges Medium, das das Leben und die Gesinnung der Deutschen in Jugoslawien und besonders der Schwaben widerspiegelte und wo auch ein Großteil der minderheitlichen Richtungskämpfe ausgetragen wurde, war die Presse. Sie hatte besonders in Südungarn eine lange und reiche Tradition. Neben mehreren Lokalblättern, die noch in der ungarischen Zeit gegründet worden waren, wurde 1919 in Neusatz das „Deutsche Volksblatt“ gegründet. Es wollte das Presseorgan aller Deutschen im Land sein, konnte sich aber vor allem im Hauptsiedlungsgebiet der Schwaben entfalten. Das „Volksblatt“ als Organ des Kulturbundes war bis in die 1930er-Jahren politisch neutral und staatsloyal. Da die Volksschulen in den meisten Fällen nur die rudimentäre Schreibkundigkeit in der Muttersprache erteilten, war das in 10.000–12.000 Exemplaren erscheinende Blatt bemüht, nicht nur das Nationalbewusstsein der Deutschen zu stärken, sondern ihnen auch die deutsche Hochsprache beizubringen. Ab den 1930er-Jahren machten sich jedoch auch im „Volksblatt“ allmählich nationalsozialistische und antisemitische Gedanken immer mehr bemerkbar – was teils durch die Entwicklung in Deutschland, teilweise durch die Konkurrenz zwischen „Alten“ und „Erneuerern“ verursacht wurde. 1931 bekam das Volksblatt eine „Volksvariante“ unter dem Namen „Deutsche Zeitung“. Sie erschien in einer Auflage von 3.000–3.500 Exemplaren, war in ihrem Sprachstil einfach und kostete auch zweimal weniger als das in Sprache und Gestaltung anspruchsvolle „Volksblatt“.

Das Hauptorgan der „Erneuerer“ war die 1932 in Pantschowa (serb. Pančevo, ung. Pancsova) im Südbanat vom örtlichen Zahnarzt Jakob Awender, einem Anführer der „Erneuerer“, gegründete „Pantschowaer Post“, ab 1934 unter dem Titel „Volksruf“. Das Motto der Zeitung war „Ehre, Blut und Boden“, das die Richtung des Blattes klar zum Ausdruck brachte. Im Unterschied zum „Deutschen Volksblatt“ war der in 5.000 Exemplaren erscheinende „Volksruf“ keine unabhängige, rein informative Zeitung, sondern ein regelrechtes Kampfblatt.

Ab Juni 1935 wurde auch das katholisch-ungarnfreundliche Wochenblatt „Die Donau“ in Apatin herausgegeben. Dieser Gegenpol zum „Volksruf“ erschien in 1.000 Exemplaren und wurde ab Januar 1936 vom Apatiner Pfarrer Adam Berencz herausgegeben. Unter seiner Leitung stellte das Blatt die größte Opposition gegen die nationalsozialistisch denkenden Schwaben dar und war somit ein Dorn im Auge der „Erneuerer“. Dank seiner Ungarnfreundlichkeit konnte das Blatt auch nach der Besetzung der Batschka durch Ungarn im April 1941 bis zur deutschen Okkupation Ungarns erscheinen. Beide Hauptrichtungen in der deutschen Minderheit – nationalkonservative und die nationalsozialistische – bedienten sich auch weiterer kleinerer Blätter, aber nach dem Sieg der „Erneuerer“ blieben nur die „Donau“ und das ebenfalls katholische Jugendblatt „Der Jugendruf“ die einzigen Blätter, die noch gegen die Nationalsozialisten Stellung nahmen.

Im Unterschied zur Presse, die zwar der staatlichen Zensur unterlag, aber der privaten Initiative und Förderung überlassen worden war, wurde das Schulwesen schon am 6. Juni 1920 verstaatlicht. Obwohl diese Maßnahme in erster Linie gegen die Kirchen gerichtet war, traf sie alle Minderheiten in elementarer Weise. Das offen erklärte Ziel des staatlichen Schulwesens war die staatliche und nationale Einheit des südslawischen Staates: Vor allem sollten sich die zwar stammesverwandten, aber sich kulturell und historisch getrennt entwickelten südslawischen Völker verschmelzen, um ein homogenes Staatsvolk zu bilden. Den nationalen Minderheiten im ehemals ungarischen und im kroatischen Gebiet im Norden wurde wiederum Loyalität gegenüber dem neuen Staat und dem Herrscherhaus abverlangt, beim gleichzeitigen

Versuch, ihre nationale und kulturelle Identität zu schwächen. Die Schulbildung der albanischen wie der türkischen Minderheit im Süden dagegen wollte man überhaupt nicht fördern, um nicht ihr nationales Bewusstsein zu wecken bzw. zu stärken.

Das in der Minderheitenschutzkonvention verankerte Recht auf den Muttersprachenunterricht wurde nur in den nördlichen Landesteilen angewandt, wenn auch sehr restriktiv. Das bedeutete: Nur in den vierjährigen Grundschulen sollte in der Muttersprache unterrichtet werden. Tatsächlich existierten jedoch auch einige Klassenzüge an den Gymnasien und in den Bürgerschulen, wo in der Muttersprache unterrichtet wurde. Allerdings sollten die Schülerzahlen in diesen Klassen minimiert werden. Dabei wurde die berüchtigt gewordene Namensanalyse verwendet, wonach Kinder mit slawisch klingenden Namen die Klassen für Südslawen auch gegen den Willen der Eltern besuchen mussten. Erst ab 1. September 1930 konnten deutsche Eltern die Unterrichtssprache frei wählen. Eine gewisse Verbesserung trat Anfang der 1930er-Jahre ein, als die Deutsche Schulstiftung genehmigt wurde. Sie sollte auch eine private deutsche Lehrerbildungsanstalt unterhalten, die am 11. Oktober 1931 in Groß-Betschkerek (serb. Zrenjanin, ung. Nagybecskerek) im Banat eröffnet wurde. Obwohl privaten Charakters, kam sie in den Genuss staatlicher Zuschüsse. Zwei Jahre später zog die Anstalt nach Neu-Werbaß (serb. Novi Vrbas, ung. Újverbász) in der Batschka, wo sie zu einem Zentrum zur Verbreitung der NS-Ideologie wurde. Bis zum Zweiten Weltkrieg wurden dort 170 Lehrer ausgebildet, was den Mangel an deutschem Lehrpersonal nur teilweise milderte. Im Oktober 1933 wurde auch eine deutsche private Bürgerschule in Neu-Werbaß eröffnet – was eigentlich gegen das geltende Gesetz war, aber im Sinne der Annäherung Jugoslawiens an Deutschland möglich wurde. Trotz der Förderung dieser Bildungsanstalten hofften die Behörden, die Aktivität der Anstalten durch die Tatsache begrenzen zu können, dass beide Einrichtungen für die mehrheitlich katholischen Schwaben in einer von hauptsächlich evangelischen Deutschen bewohnten Stadt errichtet wurden.

Wenn die Zugeständnisse im Schulbereich aus dem Wunsch nach einer Annäherung an Deutschland hervorgingen, erfolgten weitere Zugeständnisse ab Ende der 1930er-Jahre durch die veränderte internationale Lage. Nach Österreichs Anschluss an das „Dritte Reich“ wurden das Reich und Jugoslawien zu Nachbarstaaten. 1940 kapitulierte Jugoslawiens traditioneller Bündnispartner Frankreich, was die jugoslawische Regierung in eine weitere Zwangslage brachte und zu Konzessionen bewog. Unter anderem wurden Gymnasien in Neu-Werbaß, Belgrad und Zagreb sowie das private Untergymnasium in Apatin eröffnet. Auch wurde eine Reihe neuer Grundschulklassen, besonders in Slawonien und in Syrmien, eröffnet. Auf diese Weise wurde die Lage der deutschen Minderheit und besonders der Donauschwaben im schulischen Bereich besser als bei allen anderen nationalen Minderheiten. Das war allerdings ein Ergebnis, das die Jugoslawiendeutschen ohne die vom Hitler-Deutschland ausgeübte Schutzmacht nie hätten erreichen können.

Die politische Vertretung der Deutschen im Parlament bestand zwischen 1922 und 1929 in Gestalt der Partei der Deutschen. Sie wurde noch vor dem Auslaufen der Frist für die Option gegründet, die in den Friedensverträgen verankert worden war. Bis dahin hatten die Angehörigen einer nationalen Minderheit in den nördlichen Landesteilen das Recht, sich zu entscheiden, welche Staatsangehörigkeit sie annehmen wollen: die des neuen Staates, in dem sie lebten, oder die jenes Staates (Österreich und Ungarn), von dem sie abgetrennt wurden. Bis zum Auslaufen der Optionsfrist hatten Angehörige der nationalen Minderheiten kein Wahlrecht, sodass sie an den Wahlen für das verfassungsgebende Parlament nicht teilnehmen konnten. Ihre Vertreter konnten also nicht über die Verfassung des neuen Staates mitentscheiden. Die politisch aktiven Vertreter der Minderheiten in diesen Gebieten wollten

sich jedoch engagieren und das politische Leben zugunsten ihrer Minderheiten beeinflussen. Deshalb gründeten sie eigene Parteien.

Zum feierlichen Gründungsakt der Deutschen Partei kam es am 17. Dezember 1922 in Hatzfeld (rum. Jimbolia, ung. Zsombolya). Sie trat für allgemeine liberale Werte ein und vertrat die spezifischen Interessen der Deutschen. Wie der Kulturbund, hatte sie ihren Schwerpunkt in den donauschwäbischen Gebieten. Dies hatte nicht nur mit der Dichte der deutschen Bevölkerung dort zu tun, sondern auch mit der Wirtschaftslage der Schwaben und nicht zuletzt auch mit der Einstellung der Behörden. Obwohl das Ziel die Repräsentanz aller Deutschen war, konnte die Partei wegen der Schikanen der Behörden, des unentwickelten Nationalbewusstseins und des Opportunismus der donauschwäbischen Wähler nur einen Teil der deutschen Stimmen auf sich ziehen. Bei den Wahlen im Jahre 1923 erreichte sie acht Abgeordnetensitze, 1925 fünf und 1927 sechs Mandate. Gewöhnlich wählten die deutschen Abgeordneten Vertreter der Regierungspartei in der Hoffnung, auf diese Weise Zugeständnisse für ihre Minderheit zu erhalten. Diese Rechnung ging in der Regel nicht auf, weil ihre Stimmen kein Gewicht aus Sicht der Regierungsmehrheit hatten. Eine Alternative gab es jedoch nicht. Ein Zusammengehen mit Parteien anderer Minderheiten erwies sich als unmöglich: Die ungarische Partei stand während der ganzen Zeit unter dem Verdacht des Irredentismus, die rumänische war ewig zerstritten und zu klein und die ziemlich große albanisch-türkische Partei, die Cemiyet, wurde 1924 unter dem Druck der Behörden praktisch zerrieben. Die südslawischen oppositionellen Parteien verfolgten wiederum ganz unterschiedliche Ziele und waren außerdem ebenso minderheitenfeindlich gesinnt wie die regierenden Parteien. Solange sie in der Opposition waren, konnten sie außerdem noch weniger für die Deutschen tun als die Regierungsparteien. Und auch Letztere haben für die deutsche Minderheit sehr wenig getan: Die Erfolge der deutschen Abgeordneten resultierten nicht aus einer konsequenten Minderheitenpolitik der Regierungen, sondern lediglich aus den außenpolitischen Strategien Jugoslawiens.

Die Frage der deutschen Minderheit spielte in der jugoslawischen Außenpolitik niemals eine wichtige Rolle. Die Regierungen in Belgrad waren äußerst unwillig, bilaterale Minderheitenabkommen mit den Nachbarländern einzugehen, da sie große Angst vor Präzedenzfällen hatten. Während die Beziehungen zu den Nachbarländern nicht besonders gut waren, so entwickelten sich die Beziehungen zu Deutschland besser. Die jugoslawischen Regierungen, die ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland verbessern wollten, um neue Märkte während der Weltwirtschaftskrise zu eröffnen, machten deshalb einige Zugeständnisse für die deutsche Minderheit, besonders im Schulbereich. Doch die Zugeständnisse entsprachen nicht den Wünschen der mittlerweile selbstbewussteren Jugoslawiendeutschen. Sie blieben die ganze Zwischenkriegszeit hindurch Bürger zweiter Klasse, auch wenn ihre Lage in den einzelnen Landesteilen unterschiedlich war. So ging es den Schwaben in der Vojvodina wesentlich besser als den Deutschen in Kroatien-Slawonien und vor allem in Bosnien und Slowenien. Die berechtigte Unzufriedenheit mit den jugoslawischen Verhältnissen trieb jedoch die meisten Deutschen NS-Deutschland in die Arme, denn von dort erwarteten sie eine Verbesserung ihrer Lage. Die Tragik der Jugoslawiendeutschen besteht darin, dass sie sich gerade in einer gefährlichen Zeit zu einer selbstbewussten nationalen Minderheit entwickelten, als die demokratischen Mechanismen nicht wirkten, die Toleranz gegenüber den Minderheiten lediglich eine auf dem Papier blieb und die Deutschen europaweit zum Spielball der Außenpolitik sowohl in ihren Ländern als auch im Mutterland

selbst wurden. Dies hatte tragische Folgen für die deutsche Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Verwendete Literatur

Annabring, Matthias: Volksgeschichte der Donauschwaben in Jugoslawien. Stuttgart 1955.

Antolović, Mihael: Nemačka manjina u Vojvodini (1918–1941). Društvo i politika [Die deutsche Minderheit in der Vojvodina (1918–1941). Gesellschaft und Politik]. Sombor 2017.

Bešlin, Branko: Vesnik tragedije. Nemačka štampa u Vojvodini (1933–1941) [Ein Bote der Tragödie. Das deutsche Lager in der Vojvodina (1933–1941)]. Novi Sad/Sremski Karlovci 2001.

Bethke, Carl: Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und in der Vojvodina 1918–1941. Identitätsentwürfe und ethnopolitische Mobilisierung. Wiesbaden 2009.

Biber, Dušan: Nacizem in Nemci v Jugoslaviji 1933–1941 [Der Nationalsozialismus und die Deutschen in Jugoslawien 1933–1941]. Ljubljana 1966.

Geiger, Vladimir: Nijemci u Đakovu i Đakovštini [Deutsche in Đakovo und in der Region Đakovo]. Zagreb 2001.

Gligorijević, Branislav: O nastavi na jezicima narodnosti u Vojvodini 1919–1929 [Über die Angleichung der Sprachen der Nationalitäten in der Vojvodina 1919–1929]. In: Zbornik Matice srpske za istoriju (1972), H. 5, 55–84.

Höpfner, Hans-Paul: Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik. Frankfurt a. M./Bonn 1983.

Janjetović, Zoran: Deca careva, pastorčad kraljeva. Nacionalne manjine u Jugoslaviji 1918-1941 [Das Stiefkind des Königs. Nationale Minderheiten in Jugoslawien 1918–1941]. Belgrad 2005.

Ders.: Nemci u Vojvodini [Deutsche in der Vojvodina]. Belgrad 2009.

Ders.: The Question of the Volksdeutsche in Yugoslav-German Relations between the World Wars. In: Ciobanu, Veniamin (Hg.): East-Central Europe and the Great Power Politics (19th–20th Centuries). Iași 2004, 321–337.

Ders.: O nacifikaciji vojvođanskih Švaba [Zur Nazifizierung der Schwaben in der Vojvodina]. In: Tokovi istorije 107 (1999), H. 1–4, 240–260.

Ders.: Deutsche Parlamentarier im SHS Staat. In: Conrad, Benjamin/Maner, Hans Christian/Kusber, Jan (Hg.): Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit. Berlin 2015, 243–255.

Manz, Alfred: Adam Berenz und seine Zeitung „Die Donau“. Ein Widerstand gegen nationalsozialistische Einflüsse in der Batschka 1935–1944. Fünfkirchen 2016.

Mirnić, Josip: Nemci u Bačkoj u Drugom svetskom ratu [Die Deutschen in der Batschka im Zweiten Weltkrieg]. Novi Sad 1974.

Oberkersch, Valentin: Die Deutschen in Syrmien, Slawonien, Kroatien und Bosnien. Geschichte einer deutschen Volksgruppe. Stuttgart 1989.

Omerović, Enes: Nacionalne manjine u Bosni i Hercegovini (1918–1941) [Die nationalen Minderheiten in Bosnien und Herzegowina (1918–1941)]. Sarajevo 2019.

Plautz, Oskar: Das Werden der deutschen Volksgemeinschaft in Südslawien. Novi Sad 1940.

Rasimus, Hans: Als Fremde im Vaterland. Der Schwäbisch-Deutsche Kulturbund und die ehemalige deutsche Volksgruppe in Jugoslawien im Spiegel der Presse. München 1989.

Robionek, Bernd: Ethnische Ökonomie im politischen Spannungsfeld. Das deutsche Genossenschaftswesen in der Vojvodina (1922–1941). Hamburg 2019.

Sattler, Wilhelm: Die deutsche Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien. Ein Buch von Deutschen in Slawonien, Syrmien und Bosnien. Graz 1943.

Schieder, Theodor (Bearb.): Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Nachdruck (1961). München 2004.

Seewann, Gerhard/Portmann, Michael: Donauschwaben. Deutsche Siedler in Südosteuropa. Potsdam 2018.

Senz, Josef Volkmar: Das Schulwesen der Donauschwaben in Jugoslawien. München 1969.

Suppan, Arnold: Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld. München/Wien 1996.

Ders.: Zur Lage der Deutschen in Slowenien zwischen 1918 und 1938. In: Ders./Rumpler, Helmut (Hg.): Geschichte der Deutschen im Bereich des heutigen Slowenien 1848–1941/Zgodovina Nemcev na območju današnje Slovenije 1848–1941. Wien/München 1988, 171–240.

Wutte, Martin/Lobmeyr-Hohenleiten, Oskar: Die Lage der Minderheiten in Kärnten und Slowenien. Klagenfurt 1926.

Zoran Janjetović, Dr. habil.

Historiker, Mitarbeiter am Institut für Neuere Geschichte Serbiens in Belgrad. Zu seinem Arbeitsgebiet gehören die nationalen Minderheiten im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere die Jugoslawiendeutschen sowie die Sozial- und Diplomatiegeschichte Serbiens und Jugoslawiens während und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die „nationale Unterdrückung“ als geschichts- und
identitätspolitisches Argument
Slowaken, Tschechen und Ungarn in der Zwischenkriegszeit

MIROSLAV MICHELA

Die Instrumentalisierung der nationalen Geschichte in modernen Gesellschaften hat eine wichtige Funktion. Erzählungen über die Vergangenheit sind stark von dem sozialen Kontext beeinflusst, in dem sie entstehen, und vermitteln deshalb oft ideologische Inhalte. Nach diesem Ansatz sind historische Mythen ein besonderes Phänomen, das man nicht als künstliche, erfundene Geschichten behandeln sollte. Ich verwende den Begriff vielmehr im Sinne von György Schöpflin, der davon ausgeht, dass Mythen nationale Wahrheiten von allgemeiner Gültigkeit enthalten, die in der Regel in Form von Geschichten aufgezeichnet sind und von einer bestimmten Gemeinschaft als eine Wahrheit über sich selbst gelebt und aufrechterhalten werden. Dazu gehören etwa Mythen über das „goldene Zeitalter“, die „zivilisatorische Mission“ oder auch über „Unterdrückung“ und „Verrat“ („Dolchstoßlegende“). Mein Ziel ist es daher nicht, diese Ideen als falsch oder unbegründet zu verwerfen – auch wenn ich ihren konstruierten Charakter anerkenne –, sondern zu untersuchen, wie, warum und wann diese Geschichten „funktionieren“.

Eines der Merkmale des Nationalismus, der auf die Selbsterhaltung der Nation abzielt, ist, dass die Nation als kollektiver Akteur mit eigener Geschichte, Traditionen, Helden und Feinden dargestellt wird. Eine häufige Folge des personifizierten Charakters des Nationalbewusstseins ist jene, dass die Nation als ein handelndes Subjekt dargestellt wird. Diese Beziehung geht mit einer größeren Sensibilität für bestimmte Themen, Personen oder Kontexte einher. Die Erzählung einer nationalen Geschichte besteht aus einer Vielzahl von glorreichen und tragischen Ereignissen, die auch als verbindendes Element der Gesellschaft fungieren. Der nationalistische Diskurs projiziert die Kategorie der Nation auch in die Vergangenheit, in eine Zeit, in der es noch keine modernen nationalen Identifikationsangebote gab und die daher kein entscheidendes Kriterium für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe war. Geschichte wird so zu einem Gebilde, das auf einer Auswahl von Ereignissen aus der „nationalen“ Vergangenheit beruht, während der Horizont der Vergangenheit eng mit der Gegenwart und den Zukunftsvisionen verbunden ist.

In diesem Zusammenhang haben die Eliten der sogenannten historischen Nationen – wie die Tschechen, die Polen oder die Ungarn in Ostmitteleuropa – in der Blütezeit des Nationalismus die staatliche und dynastische Tradition aus dem Mittelalter wieder aufgegriffen und umgestaltet („nationalisiert“). Im Gegensatz dazu konstruierten die Vertreter der nicht-dominanten nationalen Bewegungen ihre eigene Vergangenheit in einer Art Gegenbild, das in Ostmitteleuropa auf ethnischem und sprachlichem Nationalismus beruhte. Was das Verhältnis zwischen Dominanz und Unterordnung der einzelnen Repräsentationssysteme angeht, so existieren in den modernen Gesellschaften trotz des staatlichen Gedächtnismonopols verschiedene alternative Konzeptionen nebeneinander. Ihr Wettbewerb ist in der Regel mit den Legitimationsbemühungen der Träger staatlicher Macht oder eben mit deren Delegitimierung verbunden. Schließlich spielt die politische Macht eine wichtige Rolle bei der Gestaltung und Durchsetzung nationaler Mythologien. Gleichzeitig sind auch die Persönlichkeit des Meinungsbildners und die bestätigende und anerkennende Rolle

bestimmter gesellschaftlicher Gruppen von Bedeutung. Bei diesem Ansatz können nationale Mythen als eine Art historisches Schaufenster für herrschende Gruppen betrachtet werden. Die wiederkehrenden Veränderungen, wie jene, die als Folge der großen politischen Umwälzungen auftreten, spiegeln sich ständig im öffentlichen Leben und auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen wider.

Diese Schlüsselerzählungen – in Form von Normen, sozialen Kategorien, Stereotypen und Symbolen – werden von der Gegenwartsgesellschaft stets legitimiert und zu gemeinsamen Werten gemacht. Das Bild des Einzelnen, der Gruppe oder der Gesellschaft wird auf verschiedenen Kommunikationsebenen innerhalb einer Gesellschaft geformt und reproduziert. Émile Durkheim vertrat die Ansicht, dass es die kollektiven Repräsentationen sind, die die soziale Realität konstituieren, also das, was die Menschen in ihrem eigenen Leben als natürliche, objektive Realität erleben.

Die Zeit des Wandels zwischen 1918 und 1920 kann als eine Art imaginärer Neubeginn in der heutigen Slowakei definiert werden, in der grundlegende, die gesamte Gesellschaft betreffende Veränderungen stattfanden und die Vergangenheit im Geiste der Gegenwart neu interpretiert wurde. Im Folgenden möchte ich einige der Kontexte untersuchen, mit denen das Bild des historischen Ungarn und der Ungarn im historischen slowakischen Nationaldiskurs verknüpft ist. Dabei konzentriere ich mich bewusst auf die Konzepte, die im sozialen und politischen Leben der Slowakei zwischen 1918 und 1945 am weitesten verbreitet waren.

Die slowakische Nationalbewegung etablierte sich im 19. Jahrhundert, als Gruppen von nationalistischen Aktivisten – mit Miroslav Hroch gesprochen: „nationale Agitatoren“ – als Reaktion auf langfristige Trends, die ganz Europa betrafen, aktiv wurden. In der Habsburger-Monarchie entstand eine Reihe wichtiger slowakischer Agitationszentren, die unter dem Schlagwort der nationalen Frage auf kulturellem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu wirken begannen. Selbst zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren diese Gruppen jedoch nicht sehr zahlreich und hatten keinen eindeutigen Rückhalt in der slowakischen Gesellschaft.

Ein gemeinsames Merkmal der Agitation aller politischen Gruppen innerhalb der slowakischen Nationalbewegung war ihre scharfe Kritik an der nationalistischen Politik des dualistischen Ungarns. Ein wichtiges Thema in den damaligen Debatten war die Frage der Assimilation, die insbesondere von nicht-ungarischen Aktivisten als gefährliche Entwicklung für das eigene Volk abgelehnt wurde. Im historischen Ungarn des 19. Jahrhunderts unterschieden sich die Darstellungen der Slowaken – die zeitgenössische ungarische Sprache verwendete den zunehmend abwertenden Begriff „Tót“ für die Slowaken – in vielerlei Hinsicht. Eine sehr kritische und negativ konnotierte Auffassung betonte den vermeintlichen „Panslawismus“ und implizierte, dass die nationalbewusste slowakische Elite dem historischen ungarischen Staat gegenüber nicht loyal sei. Vor allem jene slowakischen Intellektuellen, die die inneren Verhältnisse des Landes kritisierten, wurden als Panslawisten bezeichnet. In der Folgezeit sahen sie sich einem verstärkten gesellschaftlichen und staatlichen Druck ausgesetzt, da der politische Panslawismus in der ungarischen Öffentlichkeit seit der Reformära als Hort von Verrat und Aufwiegelung gegen die ungarische Nation angesehen wurde.

Im Gegensatz zu ihnen betrachtete der damalige ungarische Diskurs die Mehrheit der Slowaken als „konservativ“, „loyal und heimat-treu“, „gottesfürchtig“, „fleißig“, aber gleichzeitig auch als „ungebildet“ und „einfach“. Diese Darstellung diente auch dazu, die slowakische Bewegung zu neutralisieren. Bis 1918 kann man von konkreten Versuchen der

Vertreter der Slowaken nicht sprechen, die sich die Abspaltung vom historischen ungarischen Staat zum Ziel gesetzt hätten. Auch noch in den ersten Tagen des Ersten Weltkriegs erklärte die politische Elite der Slowakei, die in der Slowakischen Nationalpartei zusammengeschlossen war, ihre politische Passivität. Die inneren und äußeren Bedingungen für die bis dahin undenkbbare politische Wende entwickelten sich zwischen 1914 und 1918 allmählich, und die Möglichkeit einer slowakischen Selbstbestimmung wurde erst am Ende des Weltkriegs im Rahmen der Gründung des tschechoslowakischen Staates zur Realität. Im letzten Kriegsjahr waren die aktuellen Probleme der Monarchie, wie häufige Desertionen, Befehlsverweigerungen und Aufstände in der Armee, die sich in engem Zusammenhang mit der Radikalisierung an der Heimatfront verstärkten, ein deutliches Zeichen für den schwindenden Zusammenhalt des Vielvölkerreiches. Am 1. Mai 1918 forderten die Teilnehmer der Generalversammlung in Liptau-Sankt-Nikolaus (slowak. Liptovský Mikuláš, ung. Liptószentmiklós) unter der Leitung von Vavro Šrobár, einem Politiker, der sich von Anfang an für eine tschechisch-slowakische Zusammenarbeit eingesetzt hatte, die „bedingungslose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen“ (Klimek 1994, 26). Wenige Tage später erklärte Andrej Hlinka als prominentester Vertreter der katholischen Slowakischen Volkspartei bei einem vertraulichen Treffen slowakischer politischer Aktivisten: „Lassen Sie uns der Frage nicht ausweichen, lassen Sie uns offen sagen, dass wir für eine tschechoslowakische Orientierung sind. Wir sind für eine tschechoslowakische Ausrichtung. Die tausendjährige Ehe mit den Ungarn ist gescheitert. Wir müssen uns trennen (zit. nach Hronský 1998, 28).“ Diese Erklärung fiel mit dem Ergebnis des Treffens zusammen, bei dem die Vertreter der slowakischen politischen Elite beschlossen hatten, die Schaffung eines unabhängigen Staates aus Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei zu unterstützen.

Im Prozess der Abspaltung vom historischen ungarischen Staat spielten tschechische und slowakische Emigranten im Ausland eine wichtige Rolle, die unter der Führung von Tomáš Garrigue Masaryk ab 1915 offen für die Idee der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit warben. Im Laufe der Zeit akzeptierten die Entente-Mächte die Existenz des tschechisch-slowakischen Nationalkomitees, unterstützten die tschechisch-slowakische Politik und bestätigten sie völkerrechtlich durch Verhandlungen und Abkommen in London, Paris und schließlich Washington. In diesem Prozess spielten die Vorstellungen der Großmächte über die künftige Gestaltung der Region und die grundlegenden Veränderungen, die sich dort vollzogen, zweifellos eine wichtige Rolle. Diese Veränderungen in der Politik der britischen, französischen und amerikanischen Regierungen fanden im Sommer und Herbst 1918 statt.

Auch das von König Karl IV. am 16. Oktober 1918 herausgegebene Dokument, das berühmte Völkermanifest zur Föderalisierung der österreichischen Gebiete, konnte den raschen Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht verhindern. Auf dieses Manifest bezog sich auch der slowakische Abgeordnete Ferdinand Juriga in seiner Rede vor dem ungarischen Parlament am 19. Oktober 1918. Im Namen des Slowakischen Nationalrats forderte er das Recht auf nationale Selbstbestimmung für die Slowaken, „auf natürlicher und historischer Grundlage, um, wie König Karl es wollte, als unabhängige Nation unsere eigene und getrennte staatliche Gemeinschaft in dem Gebiet zu errichten, in dem wir uns niedergelassen haben“ (Juriga 1937, 46). In seiner Rede verwies er auf die gegenseitige Abhängigkeit von Slowaken und Ungarn, vergaß aber auch nicht, auf die „großmährische Tradition“ hinzuweisen, die mit der Idee der „kulturellen Überlegenheit“ und des „historischen Rechts“ der Slowaken und dem Mythos des „goldenen Zeitalters“ des Großmährischen Reiches in der slowakischen Nationalgeschichte zusammenfiel. Mit der Betonung des Ideals der unwiderruflich vergangenen großmährischen Zeit versuchte er,

sowohl eine historische Rechtsgrundlage für die Abspaltung zu schaffen als auch die Zukunft des Nationalstaates in der konkreten Situation der Endphase des Weltkrieges zu legitimieren.

In dieser Zeit war das politische Kalkül der slowakischen Elite im Slowakischen Nationalrat bereits von den erhofften Veränderungen geprägt. In Turz-Sankt Martin (slowak. Martin, ung. Turócszentmárton) wurde die vom Vorsitzenden des Ungarischen Nationalrats, Graf Mihály Károlyi – Ministerpräsident der neuen ungarischen Regierung, die mit der ungarischen Revolution an die Macht kam –, angebotene Zusammenarbeit als verspäteter Versuch gewertet, um die Integrität des historischen Ungarn zu bewahren. Sie hatten auch wenig Vertrauen in eine wesentliche Änderung des politischen Kurses der Budapester Regierung und verwiesen auf die ungeduldige Nationalitätenpolitik der früheren ungarischen Regierungen. In dieser Zeit der Krise nahm der Slowakische Nationalrat eine vorsichtige und zurückhaltende Haltung ein, deren Hauptziel darin bestand, keine Verhandlungen mit der ungarischen Seite aufzunehmen oder ebensolche zu beginnen. Diese Haltung kennzeichnete auch die Politik der entstehenden tschechoslowakischen Diplomatie gegenüber Ungarn. Infolge der politischen Veränderungen am Ende des Ersten Weltkrieges wurde am 28. Oktober 1918 die Tschechoslowakische Republik ausgerufen, deren Gründung von den Entente-Mächten anerkannt wurde. Sie taten dies, obwohl das neue Gebilde keine klar definierten Grenzen hatte und seine obersten Vertreter noch nicht in der Lage waren, politische Macht im ganzen Land auszuüben. Auf dem Gebiet der ehemaligen Monarchie wurden mehrere kleinere „Nationalstaaten“ gegründet. Dies besiegelte zum einen die Erosion der historischen Region, erschwerte zum anderen jedoch die Stabilisierung der neuen Staaten sowie die Konsolidierung und Planung der zwischenstaatlichen Beziehungen.

In dieser instabilen Situation wurde die propagandistische Legitimierung politischer Aktionen und Konzepte als überaus notwendig erachtet. Bereits während des Ersten Weltkrieges wurden die Propagandaaktivitäten mit dem Ziel verstärkt, einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung zu leisten. Die tschechisch-slowakische Außenpolitik während des Krieges stützte sich erfolgreich auf die Propaganda mit dem Ziel, die Meinung insbesondere der Großmächte zu beeinflussen. In den Memoranden an die Außenministerien und andere einflussreiche Institutionen der einzelnen Länder wurden neben technischen und aktuellen politischen Themen (z. B. die tschechoslowakischen Legionen) auch regelmäßig naturrechtliche und historische Argumente vorgebracht. Argumentiert wurde hauptsächlich im Sinne der Wilson'schen Selbstbestimmung und gegen eine „repressive Politik“. Der historische Kontext wurde durch das Konzept einer einheitlichen „tschechoslowakischen Nation“ ergänzt, die durch eine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte legitimiert wurde. Die Spaltung der einen Nation in „zwei Zweige“ wurde mit der seit Langem fehlenden Staatlichkeit begründet. Auch der Hinweis auf den gemeinsamen „Widerstand“ gegen die dualistische Monarchie war ein wichtiges Argument. Hingewiesen wurde auch häufig auf die „feudalen“ oder „halbfeudalen“ (d. h. undemokratischen) Verhältnisse, die im historischen Ungarn herrschten. Daraufhin wurde unter der Leitung der Budapester Regierung eine massive Gegenpropaganda in den verschiedenen Teilen des untergegangenen Landes mit dem Ziel gestartet, den Zerfall des historischen Ungarns zu verhindern und ein neues, demokratisches Ungarn aufzubauen.

Die oft diskutierte Frage, inwieweit die Erfolge der tschechoslowakischen Republik bei der Pariser Friedenskonferenz 1919/20 als Ergebnis einer erfolgreichen Propagandaarbeit anzusehen sind und inwieweit sie lediglich ein „Nebenprodukt“ der Großmachtspolitik waren,

soll hier nicht erörtert werden. Vielmehr möchte ich darauf hinweisen, dass einige der verwendeten Argumente langfristig beständig blieben und im National- und Staatsdiskurs der Zeit kanonisiert wurden. So wurde das System des historischen Ungarn oft als „feudal“, „semi-feudal“, „rückschrittlich“, „rückständig“ und „antidemokratisch“ bezeichnet. Diese Qualifikationen wurden dann auf das System in Trianon-Ungarn zwischen 1919 und 1944 ausgedehnt. In diesem Zusammenhang wurden die Ungarn als ein „fremdes“ und sogar „östliches“ Element in der Region dargestellt (das Bild eines „ungarischen Keils“, der die Slawen spaltet, war weit verbreitet). Insbesondere die ungarische politische Elite, die Aristokratie und der Adel, wurde als „grausam“, „gerissen“, „talentlos“ und „intolerant“ bezeichnet. Der Adel und die Aristokratie wurden in diesen Interpretationen zu den Hauptakteuren der nationalen und sozialen Unterdrückung, wie beispielsweise Juriga in seiner oben zitierten Rede betonte.

Nach 1918 vollzog sich in der Slowakei ein gewollter Wandel in der Wahrnehmung und Deutung der Vergangenheit, der auch weitgehend mit der Ablösung der herrschenden Eliten verbunden war. Die führenden Persönlichkeiten der tschechoslowakischen Republik waren entschlossen, sich vom „Alten“ zu distanzieren, was sich in der Konstruktion und Reproduktion ihres eigenen Bildes von der „gemeinsamen nationalen Vergangenheit“ der Tschechen und Slowaken manifestierte. Ein interessantes Beispiel für diese Distanzierung ist das Handbuch für die Schulfeierlichkeiten zur Gründung der Republik:

Ihr habt sicherlich schon den bösen Traum gehabt [...], dass ihr euch unter fremden Menschen wiederfindet, die euch Angst machen, die euch wehtun, weil ihr allein in einem dunklen Wald seid. Es war Nacht, eine schwarze, traurige Nacht, und es gab Gewitter, Blitz und Donner. Ihr irrtet umher und hattet Angst [...] und dann wachtet ihr auf [...] und vor zehn Jahren war es dasselbe, nur, dass es kein Traum war, sondern eine schreckliche Wahrheit [...]: Wir hier in Böhmen wurden von fremden Männern herumkommandiert. Die Tschechoslowaken wurden inhaftiert, gefoltert, ausgehungert. Unser schönes Land gehörte uns nicht, wir arbeiteten nicht für uns selbst, sondern für diese bösen fremden Herren in Wien, die uns dafür quälten und quälten [...]. Und doch kam der frohe Morgen (Hloušek 1937, 6)!

Auch das „historische Pantheon“ wurde in der gesamten Republik ersetzt, indem verschiedene Statuen der Vergangenheit von öffentlichen Plätzen entfernt und durch andere Denkmäler ersetzt wurden. Um den „ungarischen Charakter“ zu beseitigen, wurden Denkmäler, die sich auf die Revolution von 1848/49, den Unabhängigkeitskrieg und andere Epochen der ungarischen Geschichte bezogen, aus dem öffentlichen Raum entfernt. Diese Aktionen waren mitunter eklatant: Denkmäler und Statuen in Pressburg (slowak. Bratislava, ung. Pozsony), Theben (slowak. Devín, ung. Dévény), Neutra (slowak. Nitra, ung. Nyitra), Rosenau (slowak. Rožňava, ung. Rozsnyó), Kaschau (slowak. Košice, ung. Kassa), Zipser Neudorf (slowak. Spišská Nová Ves, ung. Igló) und anderswo fielen dieser Kette wütender Aktionen zum Opfer.

Die historische ungarische Staatlichkeit wurde in dieser Lesart als eine „überholte Entwicklungsstufe“ betrachtet. Und der Zerfall der Monarchie wurde als natürlich und notwendig auf dem Weg zum Fortschritt erklärt, der das Ende der „nationalen Unterdrückung“ und den Beginn der Modernisierung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in der gesamten Slowakei mit sich brachte. Es wurde auch die Idee kanonisiert, dass die Slowakei die Region „von der Tatra bis zur Donau“ ist und diese den Lebensraum der Slowaken darstellt – also derjenigen Slowaken, die zusammen mit dem in der Region entstandenen „neuen Element“, d. h. der tschechischen Ober- und Mittelschicht (vor allem vertreten durch Intellektuelle, Beamte, Lehrer und Angestellte des Staates, des Militärs, der Polizei und des Grenzschutzes), am Aufbau des gemeinsamen „Nationalstaates“ beteiligt waren.

Im Rahmen der „Slowakisierung“ des ehemaligen Oberungarn wurde auch eine Initiative zur Dissimilierung der vermeintlichen „magyarisierten Slowaken“ im Süden des Landes gestartet. Die Vertreter der neuen Staatsmacht waren von der Existenz von Massen magyarisierter Slowaken überzeugt. Dies war ihre Rechtfertigung für die Existenz der Slowakei als „nationales Territorium“ im Gegensatz zu den „Zwangsassimilierungs“-Praktiken des vorherigen Regimes. In den komplexen administrativen und ethnischen Verhältnissen der Zwischenkriegs-Slowakei konnte sich das Modell eines einheitlichen tschechoslowakischen Staatsgebiets nicht behaupten. Im Rahmen des Nationalstaates hat sich die Idee eines einzigen nationalen Territoriums für die Slowaken durchgesetzt und ist bis heute gültig und akzeptiert.

Die tschechoslowakische Elite sah die Notwendigkeit, ihre Position durch ein gemeinsames nationales Konzept zu stärken. Der Tschechoslowakismus wurde zur offiziellen Leitidee des Staates, die dessen Lebensfähigkeit und Fortbestand zu unterstützen hatte. Wie sich jedoch später herausstellte, führte die starre Anwendung dieses Konzepts zu schweren Konflikten.

In der Zwischenzeit wurden die Ungarn – als Rechtsnachfolger – zu „Erben“ des früheren „brutalen“ ungarischen Regimes. In der ersten Tschechoslowakischen Republik entstand das Bild von Ungarn als „ewigen Feinden“ und „Unterdrückern“ der Slowaken, die das Gebiet nach dem Tod des großmährischen Herrschers Svätopluk besetzt hatten und die wie ein Keil zwischen die Tschechen und die Slowaken getrieben worden seien. Dieses Bild wurde, neben den ständigen Reminiszenzen an die Vergangenheit, durch die Nachrichten über die Bedrohung der Republik durch den ungarischen Revisionismus und das Schicksal der in Ungarn lebenden Slowaken zusätzlich verstärkt. Diese klagten zumeist über die ungarische Minderheitenpolitik im Schulbereich und befassten sich mit den Ergebnissen der Volkszählung. Durch die Hinwendung zur Vergangenheit in Ungarn wurde die Gegenwart relativiert, die auf tschechischer Seite nicht positiv aufgenommen wurde. Dies hatte u. a. zur Folge, dass man es in der Tschechoslowakei übertrieben hatte, und viele ungarische Publikationen (Zeitungen und Bücher) nicht mehr ins Land gelassen hatte, wodurch der Import selbst ungarischer klassischer Literatur oft eingeschränkt war.

Die Schaffung und Verbreitung des Feindbildes – Ungarn als „Kriegstreiber“ und ständige „Spannungsquelle“ in der Region – führte zu einer zunehmenden Akzeptanz des Status quo. In diesem Sinne waren die Versuche der Vertreter der Tschechoslowakischen Republik (z. B. Milan Hodža und verschiedene sozialistische und liberale Gruppen), einen nationalen Konsens zu erreichen, nicht erfolgreich. Die diskursive Strategie dieser Gruppen beruhte häufig auf der Betonung der Spannungen und Widersprüche zwischen den verschiedenen Schichten in der ungarischen Gesellschaft („Herren“ und „Leibeigene“). So bemerkte István Csomor, eine führende Persönlichkeit in der ungarischen Aktivistik in der Slowakei in der Zwischenkriegszeit, zum Zerfall Ungarns: „Tausend Jahre Fesseln sind zerbrochen (Gyürky 1929, 214).“ Trotz einiger Ausnahmen galt in der Tschechoslowakischen Republik jedoch weiterhin die Vorstellung, dass sowohl die Mehrheits- als auch die Minderheitengesellschaft Teil einer gemeinsamen Vergangenheit sind. Diese Vergangenheit wurde allerdings unterschiedlich interpretiert. Jede Seite versuchte, die Legitimität ihrer eigenen Position zu verteidigen.

Diese gegenseitigen Missverständnisse manifestierten sich in den schlechten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn, die auch heute noch oft ein ernstes Problem darstellen. Auf der Ebene der Propaganda, im Wettbewerb zwischen zwei gegensätzlichen Konzepten des Status quo – der Notwendigkeit, ihn zu erhalten, und der Notwendigkeit, ihn zu verändern – verpflichtete sich die Mehrheit der

Slowaken zur Wahrung des Status quo von 1918–1920. Wann immer die Debatte über diese Fragen aufkam, bekundete die slowakische Elite ihre Loyalität gegenüber dem neuen Staat. So herrschte während der Restaurationsversuche von Karl von Habsburg ein breiter Konsens in der slowakischen Politik – mit Ausnahme der Kommunisten und der Minderheitenparteien –, und sofort waren die „Sünden der Vergangenheit“ wieder Gegenstand der öffentlichen Debatte. Andrej Hlinka sagte u. a., dass „das Verhalten von Karl von Habsburg in unseren Seelen, in der Seele des slowakischen Volkes, all das Unrecht und die Ungerechtigkeit, die gegen sie begangen wurden, erneuert hat“. Milan Hodža stellte wiederum die Frage, „ob ein paar tausend ungarische Adelsfamilien und eine schiffbrüchige Herrscherfamilie auf dem Gebiet von fünf neuen Staaten weiterhin aufstacheln und aufhetzen dürfen“ (Zitate nach Hal'ko/Michela 2007, 153–158). Eine symbolische Reaktion auf die Restaurierungsversuche war der Sturz der Statue von Maria Theresia in Bratislava am 26. und 27. Oktober 1921. Eine ähnliche Folge war die Gegenkampagne des Hungarophilen Lord Rothermere im Jahr 1927: Die Bevölkerung wollte nicht zur „ungarischen Herrschaft“ zurückkehren, suggerierte die weit verbreitete Reaktion der slowakischen Aktivisten und Organisationen. Sie waren ein wichtiger Bestandteil der politischen Propaganda der Tschechoslowakei gegen Ungarn.

Als Folge der Veränderungen in der Nachkriegszeit hat sich neben dem Prozess der Entfremdung auch die Bedeutung vieler Symbole verändert – so auch der Kult des Heiligen Stephan, der im öffentlichen Bewusstsein des historischen Ungarns jahrhundertlang als Grundlage der nationalstaatlichen Traditionen des Landes verankert war. Im Trianon-Ungarn wurde dieser Kult allmählich in ein ideologisches Instrument umgewandelt, das die Idee der „ungarischen Vorherrschaft“ im Karpatenbecken unterstützte, die auch die Vorstellung der Toleranz gegenüber den Nicht-Ungarn verkörperte. Vertreter der slowakischen Nationalbewegung wiesen im damaligen Diskurs regelmäßig auf diese ambivalente Stellung der historischen Rolle des Heiligen Stephan hin: Sie betonten das Bild des „toleranten Herrschers“, während sie gleichzeitig die Magyarisierung als ein Phänomen kritisierten, das der historischen Berufung des ersten ungarischen Herrschers widersprach.

Nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik gab es mehrere Versuche, die Feier des heiligen Stephan als „ungarischer Heiliger“ einzuschränken. In der neuen Situation änderten sich auch die mit dem Namen des Monarchen verbundenen Bedeutungen. In den Augen der herrschenden tschechisch-slowakischen Eliten war die Tatsache, dass der heilige Stephan der Schutzpatron „aller Ungarn“ war, einschließlich derer, die sich außerhalb Ungarns befanden, eine Bedrohung für ihre neu erworbenen Positionen. Es war auch eine Art „übernatürliche Zusicherung“ der chiliastischen Erwartung, dass sich der Status quo ändern und die idealisierte „tausendjährige Integrität“ des historischen Ungarn wiederhergestellt werden würde. Gleichzeitig ist zu betonen, dass die hohen Staatsämter in der Tschechoslowakischen Republik hauptsächlich von Personen bekleidet wurden, die aus einem Umfeld stammten, das in der Vergangenheit als „panslawistisch“ stigmatisiert worden und vor 1918 unmittelbar und empfindlich vom Druck des ungarischen Staates betroffen war. Dieses Umfeld stand der ungarischen Politik zur Zeit des Dualismus sehr kritisch gegenüber, und diese Haltung hielt natürlich auch zwischen den beiden Weltkriegen an.

In der Tschechoslowakischen Republik spielte die Betonung des „Erbes“ des Großmährischen Reiches eine wichtige Rolle bei der Etablierung der nationalen Ideologie. In diesem Zusammenhang wurde der Tag der Slawenapostel Kyrill und Method zum Staatsfeiertag der Republik erklärt. Dieses historische Narrativ trug nicht nur dazu bei, die Tradition einer einheitlichen „tschechoslowakischen Nation“ zu formen und zu artikulieren, sondern diente im damaligen öffentlichen Diskurs auch als Argument für die Idee der „historischen Rechte“ und des „kulturellen Primats“ der Slowaken. Dies wurde auch durch die

Betonung der Tatsache unterstützt, dass die Slowaken (manchmal auch Slawen) das Gebiet bereits vor der Ankunft der Ungarn bewohnt und den kulturellen Charakter der Region geprägt hatten. Eines der typischsten Argumente war der Verweis auf den slawischen Wortschatz der ungarischen Sprache. In diesem Zusammenhang wurden die Ungarn als „kriegerische“, asiatische, „unkultivierte Nomaden“ dargestellt, die von den Slowaken/Slawen gelernt hätten und im 10. Jahrhundert deren Länder eroberten. In der Folge wurde die Existenz des historischen Königreichs Ungarn als eine lange Zeit der Trennung der „zwei Zweige“ ein und derselben Nation interpretiert, die mit der „Wiedervereinigung“ der beiden Zweige im Jahr 1918 endete.

Die Betonung der „nationalen Unterdrückung“ war ein wichtiges Element der Legitimation für die Existenz der Tschechoslowakischen Republik. In der ungarischen Geschichtsbetrachtung wird Ungarn oft als der „tausendjährige Staat der Árpáden“ dargestellt, das Gegenargument der „tausendjährigen Unterdrückung“ suggeriert wiederum, dass mit der Gründung des ungarischen Staates die Unterdrückung der zuvor hier lebenden Slawen begonnen habe. Trotz seiner weiten Verbreitung gehörte das Bild jedoch zu den wichtigsten Bildern des „Jahrtausends“ der slowakisch-ungarischen Beziehungen. In der Ersten Republik sorgte die Kontroverse zwischen Jozef Škultéty, dem Herausgeber der traditionsreichen Kulturzeitschrift „Slovenské pohľady“ (Slowakische Rundschau), und Václav Chaloupecký, einem tschechischen Historiker und Professor an der Comenius-Universität in Bratislava, für Aufsehen. Die Debatte drehte sich um die Kontinuität der slowakisch-ungarischen Koexistenz im historischen Ungarn und war auch eine scharfe Reaktion auf den wachsenden und erstarkenden slowakischen Autonomismus (mit Chaloupeckýs Worten: „Separatismus“). Der tschechische Professor stellte die Integration der Slowaken in das historische Ungarn in Frage und wies auf die weit verbreitete These der „tausendjährigen Unterdrückung“ hin, die er gerade durch die Widerlegung der Kontinuitätsthese zu entmystifizieren suchte. Škultéty entgegnete, dass diese Theorie in der Vergangenheit nicht Teil des Ideenhaushalts der slowakischen Intellektuellen gewesen und nur in den schicksalhaften Zeiten (1848, 1918) aufgetaucht sei. Interessant ist, dass selbst in den offiziellen tschechoslowakischen Memoranden von 1918/19 die These von der „tausendjährigen Unterdrückung“ nicht vertieft, sondern eher eine Kritik an der dualistischen Ära geäußert wurde; das Argument der „Unterdrückung“ tauchte nur im Zusammenhang mit dem gewaltsamen Ende des Großmährischen Reiches auf. Die These von der „tausendjährigen Unterdrückung“ der Slowaken wurde erstmals von Pavol Jozef Šafárik in den 1820er-Jahren formuliert und später von Ľudovít Štúr übernommen. Die Zahl Tausend selbst hatte eine starke symbolische Bedeutung, die sich auf die Erwartung einer Verbesserung der aktuellen Situation oder einer Rückkehr zu einem wie auch immer gearteten Ideal bezog.

Inwieweit hat sich dieses Verständnis der gegenseitigen Beziehungen im slowakischen Kontext etabliert, und inwieweit hat es nur die Argumente des tschechisch-slowakischen Nationalismus gegen die Ungarn beeinflusst? Die These von der „tausendjährigen Unterdrückung“ war in erster Linie ein legitimatisches und ideologisches Element des damaligen Diskurses, das auch mit der Betonung des Gedankens der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit verbunden war. Es war eine leicht verständliche und nachvollziehbare rhetorische Wendung, die die These, dass die Nationalitäten unter dem „fremden Staat“ litten, symbolisch untermauern sollte. Im Diskurs dieser Zeit wurde jedoch viel häufiger als von „tausend Jahren Unterdrückung“ von der „langen Unterdrückung“ oder dem erfolgreichen „langen Kampf“ gesprochen, die chronologisch eher mit der Zeit des Dualismus in Verbindung gebracht wurden. Die Vertreter des ungarischen, regierungsfreundlichen Aktivismus in der Tschechoslowakei machten sich die These von der „Sklaverei“ vor 1918 in

erster Linie über den soziopolitischen Konflikt zwischen den „Herren“ und dem „einfachen, arbeitenden Volk“ zu eigen: „Die tausendjährige Fronarbeit war grausam. In den niedrigen Häusern, in denen keine Freude herrschte, sind Sklaven geboren. Dann pflügten sie, dann säten sie, dann ernteten sie auf den Ruf der Peitsche, immer für den Herrn dreschend, immer für den mächtigen Anderen, und selbst tausend Jahre lang immer Gräber schaufelnd (Gyürky 1929, 3).“ Ignác Schulcz, der regierungsfreundliche Aktivist und sozialdemokratische Abgeordnete, erklärte:

Tausend Jahre lang waren wir die dominierende Nationalität in der österreichisch-ungarischen Monarchie, und die 9 Millionen Tschechen und Slowaken sowie mehr als eine halbe Million Ruthenen waren eine Minderheit. Tausend Jahre lang hat niemand daran gedacht, im Namen der Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung dagegen zu protestieren. Es war ein historisches Schicksal, dessen Ende durch den Weltkrieg herbeigeführt wurde. Ich will nicht prophetisch sein, und wenn ich jetzt sage, dass es in den nächsten tausend Jahren eine historische Wahrheit und ein Schicksal sein wird, dass die Ungarn, die eine dreiviertel Million Seelen zählen, eine Minderheit bleiben werden [...] (Simon 2010, 17–29).

Im slowakischen Diskurs wurde das Massaker in Csernova (slowak. Černová) von 1907 zum wichtigsten Symbol der Unterdrückung. Das Argument der paternalistischen „zivilisatorischen Mission“ der Tschechen (Hussitenbewegung, Petr Chelčický, Comenius) war ebenfalls wichtig, um die tschechisch-slowakische Kontinuität zu belegen. Zur Zeit der ersten Tschechoslowakischen Republik wurde diese „zivilisatorische Mission“ in der Slowakei – die manchmal eher als Demokratisierungsmission bezeichnet wurde, und die gegen die „ungarischen Residuen“ (die in diesem Zusammenhang verwendeten Begriffe lauteten: ungarisch-slowakische „Mischkultur“, „Magyaronen“, „magyarisierte Slowaken“, „rückständige Slowakei“) geführt wurde – Teil des Konflikts zwischen den sogenannten zentralistischen und autonomistischen Positionen. In der Kulturpolitik der Republik war die Symbolik des tschechischen historischen Staates fest verankert, zum Nachteil der offiziell geförderten großmährischen Traditionen, die in den Händen der Vertreter von Hlinkas Slowakischer Volkspartei eine autonomistische Färbung annahmen. Die Zentralregierung stufte die Forderungen der slowakischen Autonomisten als Verrat ein, vor allem mit der Begründung, dass sie die Stabilität des Staates untergruben und schwächten und den Kräften der Zwietracht (etwa den Ungarn) zugutekämen. Sie taten dies, obwohl beide Plattformen aktiv zur Schaffung und Verbreitung negativer Bilder der ungarischen Vergangenheit und Politik beitrugen.

Die Propaganda der slowakischen Emigranten der Zwischenkriegszeit unter der Führung von František Jehlička (ung. Jehlicska Ferenc), der die Bedingungen der ersten Tschechoslowakischen Republik seit langer Zeit kritisierte und sie für die Entwicklung der „slowakischen Nation“ als untragbar ansah, verbreitete eine starke Nostalgie für das historische Ungarn. Trotz ihrer Teilerfolge, die sich in der Radikalisierung der slowakischen Gesellschaft niederschlugen, gelang es den Anhängern von Jehlička nicht, das ungarfreundliche Konzept in das politische Denken der Zwischenkriegs-Slowakei zu integrieren. Dieser Druck, der vor allem durch den aktuellen Wettbewerb um Positionen innerhalb des tschechoslowakischen Staates beeinflusst wurde – in dem die „ungarische Frage“ keine vorrangige Rolle mehr spielte –, verstärkte den Drang der slowakischen Elite, sich ständig von „jemandem“ und „etwas“ zu distanzieren.

Nach der Ausrufung des unabhängigen Slowakischen Staates am 14. März 1939 wurde die These von der „nationalen Unterdrückung“ offiziell wieder aufgegriffen. Doch nicht nur die „ungarische Unterdrückung“, sondern auch der „Tschechoslowakismus“ wurde dabei negativ bewertet. Die Zeit der ersten Republik (1918–1939) wurde als Zeit der „tschechischen

Unterdrückung“ kanonisiert und das Datum des Endes der „nationalen Unterdrückung“ auf 1938/39 verschoben. In der neuen Situation, mit der Ausrufung des Slowakischen Staates, wurde das Schicksal der Slowaken als erfüllt angesehen. Dies wurde nicht nur als natürlicher historischer Prozess dargestellt, sondern auch als eine Art Existenzkampf, mit dem – und mit der Hilfe Deutschlands – die „nationale Gesellschaft“ vor dem drohenden Ende der ersten tschechoslowakischen Republik bewahrt werden konnte. Der zeitgenössischen Rhetorik zufolge wurden die Slowaken im neuen Staat symbolisch von der Last der „untergeordneten Position“ des „jüngeren“ und „schwächeren Bruders“ befreit, die ihnen im Verhältnis zu den Ungarn und Tschechen zugewiesen worden war, und traten dem „Neuen Europa“ bei, das das nationalsozialistische völkische Prinzip zu garantieren schien.

Bei der Durchsetzung neuer Sichtweisen auf die Vergangenheit wurde der „slowakische Kontext“ in den Interpretationen der „großmährischen Tradition“ verstärkt, was eine kritische Sicht auf die tschechische „Zivilisierungsmission“ ermöglichte. Die Beziehung zur historischen ungarischen Staatlichkeit betreffend haben sie die kulturelle und politische Rolle der Slowaken sowie deren Fähigkeit, über lange Jahrhunderte zu überleben, stärker hervorgehoben; dadurch wurden die existentielle „Kontinuität“ und „kulturelle Überlegenheit“ der Slowaken betont: „In den neuen Staat, der für fast ein Jahrtausend zur Heimat unserer Nation wurde, brachten die Slowaken alles mit, was sie aus ihrer eigenen Zeit der Staatlichkeit geerbt hatten. Es war vor allem ihre christliche Kultur, die sie allen anderen Nationen, die das Gebiet des entstehenden historischen Ungarns bewohnten, überlegen machte (Hrušovský 1940, 64).“ In den Geschichtsbüchern wurden die positiven Argumente über die Person und das Wirken des Heiligen Stephan verstärkt. Gleichzeitig blieb in der slowakischen Gesellschaft ein grundsätzlich negatives Bild der Ungarn erhalten, das vor allem mit der Angst vor einer „ungarischen Hegemonie“ in der Region zusammenhing. Dies wurde im Herbst 1938 während der tschechoslowakisch-ungarischen Verhandlungen über die Südgrenze deutlich, als in der Slowakei das Gedenken an die Opfer des Massakers von Csernova sehr intensiv wurde. Die Feier zur Gründung der Republik wurde in einem ähnlichen Geist begangen: „Noch einmal verteidigen wir das Land und die Grenzen der Slowaken gegen die gierigen Forderungen der Nation, die uns bis zur Wende von 1918 gequält hat (Slovenská politika, 30. Oktober 1938, Nr. 249, 1).“ Und der Zweite Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 verstärkte die Angst vor der Rückkehr der ungarischen Herrschaft noch zusätzlich. All dies wirkte sich sehr stark auf die ständig angespannten Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn aus und führte etwa zu antiungarischer Propaganda und mitunter gewaltsamen Zwischenfällen. Deren Teilnehmer brachten ihre Proteste mit der aktuellen politischen Situation in der Südslowakei in Verbindung und bezeichneten die von ihnen abgelehnten Phänomene als „Rückkehr der Magyarisierung“.

Trotz des Verbündetenstatus zwischen 1939 und 1945 wurden die slowakisch-ungarischen Beziehungen im Rahmen des Aufbaus des „Neuen Europa“ nicht geregelt. Im Gegenteil: Gegenseitige Missverständnisse in den Zeiten des Ersten Wiener Schiedsspruches und dann in den Jahren des Zweiten Weltkriegs führten zu einer weiteren Entfremdung. Dies gipfelte schließlich in den Vergeltungsmaßnahmen der Minderheitenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in einer erneuerten Tschechoslowakei.

Übersetzt von Márta Fata

Verwendete Literatur

Durkheim, Émile: Elementární formy náboženského života [Elementare Formen des religiösen Lebens]. Prag 2002.

Gyürky, István: Köztársasági magyarok jubileumi könyve [Jubiläumsbuch der Ungarn der Republik]. Bratislava [1929].

Haľko, Jozef/Michela, Miroslav: Carlo d'Asburgo de la Slovacchia. In: Gottsmann, Andreas (Hg.): Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie. Wien 2007, 153–158.

Hloušek, Jaroslav (Hg.): 28. říjen: sborník k národnímu svátku [28. Oktober: Sammelband zum Nationalfeiertag]. Bd. 3. Třebochovice [1937].

Hronský, Marián: Boj o Slovensko a Trianon 1918–1920 [Der Kampf um die Slowakei und Trianon 1918–1920]. Bratislava 1998.

Hrušovský, František: Slovenské dejiny [Slowakische Geschichte]. Martin 1940.

Juriga, Ferdinand: Blahozvesť kriesenia slovenského národa a slovenskej krajiny [Frohe Botschaft der Auferstehung der slowakischen Nation und des slowakischen Landes]. 2. Teil. Trnava 1937.

Klimek, Antonín (Hg.): Vznik Československa 1918. Dokumenty Československej Zahraničnej Politiky [Die Entstehung der Tschechoslowakei 1918. Dokumente der tschechoslowakischen Außenpolitik]. Prag 1994.

Kollai, István (Hg.): Rozštiepená minulosť. Kapitoly z histórie Slovákov a Maďarov [Eine gesplittene Vergangenheit. Kapitel aus der Geschichte der Slowaken und Ungarn]. Budapest 2008.

Krekovič, Eduard/Mannová, Elena/Krekovičová, Eva (Hg.): Mýty naše slovenské [Unsere slowakischen Mythen]. Bratislava 2005.

Schöpflin, George: The Functions of Myth and a Taxonomy of Myths. In: Hosking, Geoffrey/Schöpflin, George (Hg.): Myths & Nationhood. London 1997, 19–35.

Simon, Attila: „... A magyar nép ebben a köztársaságban lett nemzetté“. A két világháború közti kormánytámogató (aktivista) szlovákiai magyar politika viszonya Trianonhoz és az első Csehszlovák Köztársasághoz [„...Das ungarische Volk wurde in dieser Republik zu einer Nation“. Das Verhältnis der regierungsfreundlichen (aktivistischen) ungarischen Politik in der Slowakei zwischen den beiden Weltkriegen zu Trianon und der ersten Tschechoslowakischen Republik]. In: Limes 23 (2010), H. 4, 17–29.

Miroslav Michela, Dr.

Historiker, Assistent am Lehrstuhl für tschechische Geschichte der Karlsuniversität in Prag und Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Bratislava. 2007–2013 war er Begründer und Chefredakteur der Historischen Zeitschrift „Forum Historiae“. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der Tschechoslowakei, Nationalismus und Erinnerungskultur, Populärkultur und Propaganda in Ostmitteleuropa.

Erinnerungskultur der Banater Schwaben am Ende des Ersten Weltkriegs: Die „Zweijahrhundertfeier“ in Temeswar

OLIVIA SPIRIDON

Am 8. und 9. September 1923 fand in Temeswar (rum. Timișoara, ung. Temesvár) eine Gedenkfeier der zweihundertjährigen Ansiedlung der Schwaben im Banat statt. Mit etwa 50.000 Teilnehmern, festlichen Umzügen, Versammlungen, Kundgebungen und Reden, ausgiebiger Resonanz in den Periodika, der Produktion eines Films und Auswirkungen auf die Geschichtsschreibung und Heimatforschung stellte die sogenannte „Zweijahrhundertfeier“ einen Höhepunkt der öffentlichen Selbstdarstellung der Banater Schwaben nach Ende des Ersten Weltkriegs dar. Mit der Organisation der „Zweijahrhundertfeier“ zeigte die politische und kulturelle Elite der deutschen Minderheit aus dem rumänischen Banat das Mobilisierungspotenzial dieser ethnischen Gruppe und präsentierte sie als selbstbewusste, leistungsstarke Gemeinschaft, die auf eine reiche Geschichte und Tradition zurückblickt.

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit diesem Ereignis liefert Josef Wolf, der mit der Untersuchung der Festkultur nach Ende des Ersten Weltkriegs die Hauptakteure, ihre Handlungsmotive und Diskurse untersucht. Er verfolgt durch die Verbindung zwischen handlungsorientierter Perspektive und Diskursanalyse die Zielsetzung der dort vermittelten Inhalte und betrachtet die Auswirkungen der Feierlichkeiten als Impulsgeber für die Banater deutsche Historiografie und Heimatforschung (Wolf 2018, 271–371). Dieser breit angelegten Untersuchung des Kontextes, des Verlaufs und der von der „Zweijahrhundertfeier“ generierten Kommunikation möchte dieser Beitrag mit dem Fokus auf die literarische Reflektion dieser Feierlichkeiten und ihrer späteren Rezeption einen weiteren Aspekt hinzufügen. Denn kaum ein anderes Ereignis der Jahre unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs beleuchtet wie dieses durch seine mediale Präsenz die Kommunikation zwischen den politischen und kulturellen Eliten der Deutschen aus dem Banat, den einzelnen Ortsgemeinschaften und staatlichen Behörden. Die Veranstaltung, die auf die Vermehrung des politischen Kapitals der Minderheit zwecks Beteiligung an politischen Entscheidungen abzielte, steht für die Strategien und Problemlösungen in einer Zeit der allgemeinen Orientierungslosigkeit.

Die Feier ist als Inszenierung von Identität an der Schnittstelle von Gedächtnis, von Erinnerung als Form des aktiven Zugriffs auf Gedächtnisspeicher, und der Erinnerungskultur als die sichtbare Form der kontextabhängigen Praxis der Vergegenwärtigung von Vergangenheit zu sehen. Bei der Herstellung von Identität wird auf Wissen rekurriert, das immer wieder neu produziert und narrativ zu Sinnzusammenhängen verknüpft wird. Die Darstellung von Identität bedeutet hingegen Kommunikation von Wissen über das Selbst. Im Fall der Ansiedlungsfeier interagieren Veranstalter, Vertreter der Ortsgemeinschaften, die Teilnehmer der Massenveranstaltung, die Medien und die Autoritäten des Staates. Die zur Schau gestellten Praktiken des Festumzugs und der Versammlungen stellen Identität nach innen und außen in einem besonderen historischen Moment dar. Die Veranstaltung der „Zweijahrhundertfeier“ fällt nämlich zu einem Zeitpunkt, als die territoriale Zerrissenheit der Deutschen infolge der staatlichen Neuordnung nach Ende des Ersten Weltkriegs, die viel beschworene Einheit des Siedlungsraums der Deutschen aus dem Südosten der Habsburgermonarchie schmerzlich verspürt wurde. In diesem Kontext ist die Nennung des Anfang der 1920er-Jahre in Umlauf gebrachten Begriffs „Donauschwaben“ von Relevanz, der

in den Erläuterungen zu dem heute verschollenen Film *Die Zweijahrhundertfeier der Schwaben im Banat. 1723–1923* aufgegriffen wird und eine frühe Verwendung belegt.

Die Ansiedlungsfeier erschließt sich im Kontext der politischen Neuorganisation der Banater Schwaben in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. Die außerpolitische Unsicherheit und die stark ausgeprägte soziale Strukturierung der Banater Deutschen schlugen sich in der Gründung zweier Parteien nieder. Die „Schwäbische Autonomiepartei“ wurde im Januar 1919 und die „Deutsch-schwäbische Volkspartei“ im März 1919 gegründet. Die politische Spaltung der banatdeutschen politischen Eliten wird anhand ihrer Optionsbekundungen nach Ende des Weltkriegs sichtbar, denn die Vertreter der Autonomiepartei sprachen sich mit Hinweis auf die historisch gewachsenen Bindungen für die territoriale Einheit mit Ungarn aus, während die Vertreter der Volkspartei für die Anerkennung des Friedensschlusses waren, auf dieser Grundlage der Eingliederung des Banats an Rumänien zustimmten und die Gestaltung des Verhältnisses der deutschen Minderheit zum rumänischen Staat priorisierten. Bei den Parlamentswahlen in Rumänien im Juni 1920 ging die Autonomiepartei als Siegerin hervor, die erst in dieser Zeit, nach Abschluss des Friedensvertrags von Trianon, ihren Widerstand gegenüber dem rumänischen Staat aufgab. Die beiden Parteien trugen weiterhin ihre Gegensätze aus, denn sie unterschieden sich u.a. auch in der Positionierung gegenüber der Beteiligung der Kirche an der Organisation des deutschen Schulwesens. So war die „Schwäbische Autonomiepartei“, vertreten durch Franz Blaskovics, Franz Kräuter und Kaspar Muth für die Beteiligung der Kirchen an der Organisation der Schulen, während Michael Kausch von der „Deutsch-schwäbischen Volkspartei“ die Kirche als frühere Agentin der Magyarisierung inkriminierte und sich für Schulen aussprach, die sowohl der Kirche als auch dem Staat gegenüber autonom und nur der deutschen Volksgemeinschaft untergeordnet waren. Auf dem 1. Schwabentag in Temeswar am 13. März 1921 erklärten sich die beiden Parteien schließlich bereit, in die „Deutsch-Schwäbische Volksgemeinschaft“ als Vertreterin aller Deutschen aus dem Banat, dem Arader und dem Sathmarer Komitat aufzugehen. Die beiden Parteien wurden am 4. Dezember 1921 formal aufgelöst.

Mit der Organisation der „Zweijahrhundertfeier“ wurden mehrere Ziele verfolgt: die Überwindung der weiterhin verbleibenden internen Kämpfe innerhalb dieser Dachorganisation, ihre Darstellung als Einheit vor der schwäbischen Wählerschaft, die Mobilisierung der Schwaben in diesem neuen Format der Massenveranstaltungen in feierlichem Rahmen sowie die Neudefinierung des Verhältnisses zum rumänischen Staat. Es war sinnvoll, auf die Autoritäten in Bukarest selbstbewusst, durch Demonstration der Zustimmung und Unterstützung durch die breite Bevölkerung zuzugehen. Die Feierlichkeiten wurden nämlich in einer Zeit der Krise veranstaltet, denn schon ab Mitte des Jahres 1922, als die Diskussionen rund um die neue rumänische Verfassung begannen, kam es zu Spannungen zwischen dem Staat und den Minderheiten. Die zentralistisch ausgerichtete Verfassung vom 29. März 1923, die Individual-, aber keine Gruppenrechte garantierte, eine Kehrtwende vom föderativen System regionaler Regierungen vollbrachte und das Territorium im Sinne der Titularnation als „national“ definierte, erhielt in der Gesamtheit der Veranstaltungen rund um die „Zweijahrhundertfeier“ eine Gegendarstellung. Die Autoritäten wurden dennoch auf verschiedene Weise miteinbezogen: Dem König von Rumänien wurde die Schirmherrschaft über die Feierlichkeiten angeboten. In diesem Zusammenhang erschien in der Festnummer der „Schwäbischen Volkspresse“ vom 8. September 1923 auf Seite sieben ein Artikel mit dem Titel „Unser Herrscherpaar und die Zweijahrhundertfeier“, in dem über einen möglichen Besuch des Königs in zeitlicher Nähe der Ansiedlungsfeier spekuliert wurde. Wie auch aus Darstellungen in der Zeitung hervorgeht, waren der Präfekt des Komitats Temesch-Torontal, Iuliu Coste, und der Bürgermeister von Temeswar, Lucian Georgeviciu, bei der Eröffnung

anwesend, wo sie Reden in rumänischer Sprache hielten. Unterstützung der Veranstaltung von staatlicher Seite geht auch aus Zeitungsberichten hervor, wie beispielsweise aus der Notiz in der „Schwäbischen Volkspresse“ vom 6. September 1923, wo das Eisenbahnministerium ankündigt, für die Dauer der Feierlichkeiten Preisnachlässe für Bahnfahrkarten zu gewähren.

Den ersten Anstoß zur Organisation einer Einwanderungsfeier gab der Bund Deutscher Hochschüler in Rumänien auf seiner zweiten Jahrestagung 1922. Den Aufruf übernahm der Deutsch-Schwäbische Volksrat, der auf der Sitzung von Februar 1923 den Beschluss zu einer großzügigen Feier fasste und den Schwäbischen Landwirtschaftsverein, den Kulturverband, den Sängerbund und den Deutschen Frauenverein, den Verband der Deutschen in Großrumänien und die deutschen Sportvereine miteinbezog.



Abb. 1: Gruppe der Hochschüler beim Schwabenfestzug in Temeswar. Postkarte, herausgegeben vom Kulturamt des Verbands der Deutschen aus Großrumänien

Quelle: Sammlungen des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde

Einen bedeutenden Beitrag zur Bekanntmachung der Einwanderungsfeier machte die Presse. Das „Banater Tagblatt“, das offizielle Sprachrohr der Deutsch-Schwäbischen Volkspartei, und die „Schwäbische Volkspresse“, die der Autonomiepartei nahestand, kündigten in den Nummern vom 2. September 1923 die Feier an, Letztere sogar in den Wochen davor. Das „Banater Tagblatt“ und die „Schwäbische Volkspresse“ druckten Leit- und weitere Artikel sowie Gedichte ab: u. a. *Mahnung* von Bruno Kremling (Banater Tagblatt, 9. September 1923, 2), *Die schwäbische Pyramide* von Peter Sänger und *Zweijahrhundertfeier* von Josef Gabriel [d. Ä.] (Schwäbische Volkspresse, September 1923, 1 und 4), und auch nach den Feierlichkeiten wurden enthusiastische Bilanzierungen veröffentlicht – wie der nicht signierte Artikel „Schwabenjubeltage“ auf der ersten Seite der „Schwäbischen Volkspresse“ vom 11. September 1923. Am 8. September 1923 brachte die „Schwäbische Volkspresse“ eine zwanzig Seiten umfassende Festaussgabe der Zeitung, und auch die nicht völkisch eingestellte

„Temeswarer Zeitung“ begleitete die Feierlichkeiten zwar nicht in Leitartikeln, doch mit wohlwollenden Beiträgen.

Auf die „Zweihundertfeier“ hat auch Jakob Bleyer reagiert, der Literaturwissenschaftler, Publizist und Abgeordneter der deutschen Minderheit im ungarischen Parlament. In seiner in Budapest erscheinenden Wochenzeitung „Sonntagsblatt“ vom 16. September 1923 kommentierte er das selbstbewusste Auftreten der Banater Schwaben aus der Perspektive der für die deutsche Minderheit schwierigen Nachkriegsjahre in Ungarn: „Die Begeisterung und das Selbstvertrauen, von welchen die Temesvárer Feierlichkeiten erfüllt und getragen waren, lassen alle ungarischen Schwabenherzen, so sehr sie auch der Trianoner Fluch auseinandergerissen hat, höher schlagen. Wenn uns Schwaben in Rumpfungarn die Not der Zeiten ein äußerliches Feiern auch nicht gestattet, so haben wir doch die Pflicht an der Ehrung der gemeinsamen Ahnen, aber auch das Recht an dem Stolz der Nachkommen innerlich teilzunehmen. In pietätvollem Gedenken an das deutsche Mutterland und im unerschütterlichen Glauben an die Auferstehung des ungarischen Vaterlandes (Bleyer 1923, 4)!“

Die Beschreibung des Ablaufs der „Zweihundertfeier“ ist in den Erläuterungen zum gleichnamigen Film überliefert: So hielten auf der Festversammlung am 8. September 1923 die Vertreter der deutschen Minderheiten aus Rumänien und der Regierung zahlreiche Reden: Kaspar Muth als Obmann der „Deutsch-Schwäbischen Volksgemeinschaft“, der Abgeordnete Franz Kräuter, der Senator Karl von Möller, der auch Teile eines Gedichts vortrug.



Abb. 2:
Festmesse auf dem
Domplatz anlässlich des
Schwabenfestzuges in
Temeswar. Postkarte,
herausgegeben vom
Kulturamt des Verbands der
Deutschen aus
Großrumänien
Quelle: Privatbesitz

Einen Beitrag leistete auch Augustin Pacha, der Apostolische Administrator der Katholischen Kirche in Temeswar, mit der Predigt auf der Festmesse am 9. September. Darin stellte er die Kirche als Pfeiler im Prozess der Nationalisierung der Deutschen auf, indem er mit seinen Worten in den dominanten Diskurs der kollektive Identität stiftenden Geschichte einmündete. Wie auch in den politischen Reden der Minderheitenvertreter beschwor auch Pacha den Topos der Heimat als eine durch „Schweiss und Arbeit“ der Ahnen selbst erschaffene herauf, als Erbe einer Leistung, auf die die Transformation eines leeren und öden Raums in eine kultivierte fruchtbare Landschaft zurückzuführen ist. Vertreter der Siebenbürger Sachsen, der Deutschen aus Estland und aus Amerika sendeten Grüße. Auch die Festnummer der „Schwäbischen Volkspresse“ vom 8. September veröffentlichte Glückwünsche von Seiten des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart, der Münchner Wochenschrift „Süd und Ost“, Artikel von Franz Kräuter und Michael Kausch sowie des Adam Müller-Guttenbrunn Exegeten

Ferdinand Ernst Gruber. Dieser besprach zwei von der Ansiedlungsfeier veranlasste Veröffentlichungen, Karl von Möllers ersten Band der Studie *Wie die schwäbischen Gemeinden entstanden sind* und J. Schöfflers in der Schwäbischen Buchdruckerei erschienene Monographie *Banat: 200 Jahre 1723–1923*.

Nach der Versammlung folgte ein Festzug, an dem sich über 50.000 Menschen aus über 100 Gemeinden, 40 Musikkapellen und 30 Gesangsvereine beteiligten. Im historischen Teil des Festzugs, dem eine Gruppe von 400 Reitern aus verschiedenen Gemeinden vorausging, wurde eine „Einwanderergruppe“ in historischen Kostümen und Bauernwagen von der Ortsgemeinschaft Marienfeld arrangiert, während die „Biedermeier-Gruppe“ der Temeswarer Bürgerschaft ein städtisches Bild des 19. Jahrhundert bot. Im ethnografischen Teil des Zugs folgten anschließend zahlreiche Gemeinden in ortsüblichen Trachten, thematische Wagen („Winzerwagen“, „Schnittergruppe“), die Gemeinde Guttenbrunn (rum. Zăbrani, ung. Temeshidegkút) präsentierte sich mit dem Bild des Dichters Adam Müller-Guttenbrunn und die Gemeinde Sackelhausen (rum. Săcălaz, ung. Szakálháza) mit einem auf Rädern mitgeführten Modell der Ulmer Schachtel. Die Inszenierung der „Erstansiedler“ sowie die „Schwarzwälder Gruppe“ stellten die Bezugnahme zu den Herkunftsregionen im Deutschen Reich her und damit die Identität der Minderheit in ihrer symbolischen Verbindung zwischen Herkunfts- und Ankunftsraum.



Abb.3:

Die „Biedermeier-Gruppe“ der Temeswarer Bürgerschaft. Postkarte, herausgegeben vom Kulturamt des Verbands der Deutschen aus Großrumänien

Quelle: Sammlungen des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde

Zentraler Akteur bei der Organisation der „Zweijahrhundertfeier“ war der Politiker, Publizist und Schriftsteller Karl von Möller (1876–1943). Nach Ende des Ersten Weltkriegs war der in Wien geborene Offizier der k. u. k.-Armee im Banat geblieben, wo er 1919 als zweiter Bürgermeister von Temeswar fungierte. Ab August 1919 war er Mitglied der „Deutsch-

schwäbischen Volkspartei“, die er im Mai 1920 verließ, um auf den Listen der „Schwäbischen Autonomiepartei“ ein Senatsmandat zu erhalten. Insgesamt war er von 1919 bis 1927 als Senator im Bukarester Parlament tätig.

Nach Zusammenschluss der beiden Parteien der Banater Deutschen unter dem Dach der „Deutsch-Schwäbischen Volksgemeinschaft“ wurde der publizistisch und politisch aktive Möller mit der Planung und Durchführung der „Zweijahrhundertfeier“ beauftragt. Von seiner zentralen Rolle bei der Organisation der Feierlichkeiten berichtet Möller im Vorwort des ersten Bandes seiner Studie *Wie die schwäbischen Gemeinden entstanden sind*, die zum Zeitpunkt der Ansiedlungsfeier im Verlag der Schwäbischen Verlagsaktiengesellschaft in Temeswar erschienen ist: „Im Sommer 1923 bin ich vom deutsch-schwäbischen Volksrate mit der Leitung der heurigen Volksfeier der zweihundertsten Jahreswiederkehr der Besiedlung des Banates mit Deutschen betraut worden (Möller 1923, 3).“

Möller wirkte auch im Rahmen seiner journalistischen Tätigkeit bei der Vorankündigung, Darstellung und beim Rückblick auf die Gedenkfeier. Er kannte sich in der Landschaft der deutschsprachigen Periodika Temeswars bestens aus. Er war zuerst Redakteur der „Deutschen Wacht“ in Temeswar, die Ende des Jahres 1919 in „Banater Tagblatt“ (1919–1941) umbenannt wurde. Mit dem Parteiwechsel wurde Möller Redakteur der „Schwäbischen Volkspresse“ (1919–1925), die in die „Banater Deutsche Zeitung“ (1925–1941) aufging, wo er bis 1927 als Hauptschriftleiter fungierte. Die „Schwäbische Volkspresse“ war besonders aktiv bei der Vorankündigung der „Zweijahrhundertfeier“ und veröffentlichte zum Beispiel am 2. September 1923 auf der ersten Seite das Werbebanner „Die Zweijahrhundertfeier ist nahe! Schwäbische Ortsgemeinschaften an die Arbeit, damit am 9. September das Schwabenvolk mit 30.000 Festteilnehmern vertreten sei!“ In der gleichen Nummer wurde die Realisierung eines Films angekündigt: „Wie wir erfahren haben, wurde die Kino-Spezialfirma I. Basil von der Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft mit der Filmaufnahme der Zweijahrhundertfeier ausschließlich betraut.“ Möller setzte im Vorfeld der Feier auf Kommunikation: Für die Feierlichkeiten warben nicht nur die Periodika, sondern er setzte sich mit den Vertretern der schwäbischen Ortsgemeinschaften aus dem rumänischen Teil des Banats in Verbindung, die er als „wertvolle Mitarbeiter aus den Gemeinden“ bezeichnet (Möller 1924, 3). Diese hätten ihm „Mitteilungen über die Entstehung und Entwicklung unserer Banater Schwabengemeinden“ zugeschickt (ebd.), die Möller für die Vorarbeiten der Feierlichkeiten benötigte und die er zu Aufsätzen verarbeitete, die die „Schwäbische Volkspresse“ vor Herausgabe der beiden Bände nach und nach druckte. Nachträglich flossen diese Texte in die beiden Bände über die Entstehung der schwäbischen Gemeinden ein.

Schon die Jahre davor entfaltete Möller eine rege Tätigkeit im Dienst der Bekanntmachung und Festigung einer deutschbanater Identität. Wie aus dem Bestand des Kulturamts der Deutschen aus Rumänien hervorgeht, korrespondierte Möller zu diesem Zweck mit Vertretern der Siebenbürger Sachsen. So sandte Möller Bücher an Richard Csaki, dem Leiter des Kulturamts mit Sitz in Hermannstadt (rum. Sibiu, ung. Nagyszeben), die dieser im Rahmen einer 1922 in Siebenbürgen gezeigten Ausstellung über die Banater Schwaben benötigte.

Möller war auch literarisch ambitioniert. 1922 veröffentlichte er in der Schwäbischen Buchdruckerei in Temeswar den Einakter *Schwaben. Drama in einem Auszuge der Deutschbanater Frühzeit*, den er „dem Besten, was das schwäbische Volk im Banate hat“, widmete: „der Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft in Temeschburg. Im Juni 1922“. Der Einakter gestaltet das Narrativ der „Zweijahrhundertfeier“ – die Erschaffung einer blühenden Heimat als zivilisatorische Leistung der deutschen Einwanderer – mittels einer einfachen Geschichte: Während die Türkenkriege, Pest und Sumpffieber wüten, beschließt ein Schwabe,

dessen Kinder verstorben sind, in seine alte Heimat, Schwaben, zurückzukehren und das im Banat kultivierte Land zurückzulassen. Doch seine Eltern überreden ihn zu bleiben: Zu hoch sei die erbrachte Leistung und das Opfer, um das Land urbar zu machen. Zur Legitimierung der erschaffenen Heimat setzt der Einakter Mittel des Fiktionalen ein, denn es ist der Traum der Hauptgestalt, der ihn zur Revidierung seines Entschlusses bewegt: „Hunderte Menschenknochen“ sieht er im Traum, wie sie sich „regten im Ring, / wie sie sich schoben, / wie sie krochen / und sich dann fanden / und Wurzeln wurden mit laufend Armen / und dieses Gelände unterwandern (Möller 1922, 28).“ Es sind die Überreste der Ahnen, die ihn im Boden der neuen Heimat verwurzeln und zum Verbleib bewegen. Die aus der Heimatliteratur bekannte Metaphorik der Wurzel und der Verwurzelung, die für die Konstitution von nationalen Landschaften bedeutsam ist und die die Heimat als ein in der Zeit – bzw. der Geschichte – gewachsenes organisches Gebilde konstruiert, verknüpft Möller mit einem neuen Gedanken. Die Schwaben im Banat sind nicht nur Kulturpioniere im leeren und von Türkenkriegen verwüsteten Raum, sondern ein im Dienste Deutschlands stehender Volkssplitter: „Deutschland helfen, das sollen wir hier (Möller 1922, 19)!“

Die erweiterte Deutung der Leistung deutscher Kolonisten als Dienst für das Herkunftsland und die Veranschaulichung eines einheitlichen „deutschen“ Raumes durch die dargestellte innere Verbundenheit über weite Entfernungen vertieft Möller im Gedicht *Vom Leben und Sterben schwäbischer Bauernschaft*. Die Verse in unregelmäßigem Rhythmus und Paarreim, die durch die Erhabenheit der Thematik und des Tons an ein Epos erinnern, hat Möller auf der Festversammlung der „Zweihundertfeier“ am 9. September im städtischen Lichtspieltheater vorgetragen. Veröffentlicht wurde das Gedicht als eine Art Einleitung im zweiten Teil des 1924 in Temeswar gedruckten Bandes *Wie die schwäbischen Gemeinden entstanden sind*. Das Gedicht über die Auswanderung von deutschen Kolonisten ins Banat, den Kampf mit der „ungezähmte[n] Natur“ (Möller 1922, 7), ihre Bändigung unter großen Opfern und schließlich die Durchsetzung der „deutschen Saat“ im Banat (Möller 1922, 9) führt inhaltliche Bausteine vor, die schon aus dichterischen Versuchen bekannt sind, die um 1900 in Banater deutschen Kalendern veröffentlicht wurden. Diese bringt beispielsweise das bereits 1901 veröffentlichte *Deutschbanater Lied* von Adolf Wettl exemplarisch zum Ausdruck: „O Banat! Einst Grab der Deutschen, öder / Sümpfe trostlos Bild! / Du bist Zeuge deutscher Tatkraft. Jetzt / Ein blühendes Gefield (Banater deutscher Volkskalender 1901, 59)!“ Doch über dieses bekannte Narrativ hinaus sorgt Möller in seinem Epos von geringen Ausmaßen für eine Neuheit, indem er seinen Text durch eine Analogie strukturiert und die Auswanderung von Bauern aus verschiedenen Regionen des Deutschen Reichs durch eine Parallele zum „Nibelungenlied“ ausschmückt. So wie sich das deutsche Heer mit Kriemhild im mittelalterlichen Heldenepos nach Ungarn hinab, fahren erneut „die Donau entlang“ (Möller 1922, 6), „Nibelungenscharen / Nur daß es keine Ritter waren“, sondern „Bauern vom Rhein, Bauern aus Schwaben“. „Worms im Wonnegau“ an den „Ufern des Rheins“ ist Schauplatz der Nibelungensaga und Jahrhunderte später der Auswanderung von Bauern, die dem Ruf des „Kaiser[s]“ auf der Suche nach Freiheit und Wohlstand Folge leisten und im Banat, dem „Land [...] an der Donau“ ankommen. Allerdings sind in beiden Texten auch Bezüge zu den Kriegen mit den Franzosen vorhanden, die Anfang der 1920er-Jahre sicherlich durch das Filter der Kriegserfahrung gelesen wurden. Die Verbindung der beiden Flüsse Rhein und Donau aktiviert die Metapher eines Bandes, das den Kontinent durchzieht. Es wird nicht nur der Raum vereinheitlicht, sondern durch die Analogie eine mythische Zeit heraufbeschwört, in der die Ereignisse gleichwertig nebeneinanderstehen. So opfern die Kolonisten in den Banater Sumpfgebieten nicht einfach ihr Leben, sie sterben den „Nibelungentod“, ferner sehen sie sich im Banat für eine nationale Aufgabe in die Pflicht genommen: „Deutschsein / aber ist Gottes

Ding für die Leute aus Schwaben und vom heiligen Rhein (Möller 1922, 8).“ Auffallend ist Möllers Eingriff in das bisherige Raumverständnis, indem er die „Donaumonarchie“ ausblendet und die Geschichte des Banats von der Habsburgerzeit entkoppelt und deutschnational deutet.

Die Symbolik der Flüsse als Verbindungsglieder entfernter Regionen greift Karl von Möller anderthalb Jahrzehnte später wieder auf, als er offen nationalsozialistisches Gedankengut propagiert. Im Roman *Grenzen wandern* blendet er die Plurikulturalität als Kennzeichen der Donau aus und imaginiert sie im Sinne nationalsozialistischer Hegemonie als einen deutschen Strom: „Guck allein diese Donau! Sie kommt aus deutschem Herzen (Möller 1937, 122)!“

Möller, der bereits seit 1922/23 Verbindungen zu nationalsozialistischen Kreisen aus dem Reich und zu deren Presseorgan, dem „Völkischen Beobachter“, unterhalten hat, gilt als „Wegbereiter des Nationalsozialismus im Banat“ (Tonța 2002, 49f.). Er hat auch als Journalist Versuche unternommen, banatdeutsche Periodika an den Sprachgebrauch deutschnationaler Blätter anzupassen.

So versuchte er im Zeitraum 1931/32 als Redakteur der „Hatzfelder Zeitung“ das Blatt in den Dienst der damals noch im Entstehen begriffenen, nationalsozialistisch geprägten Erneuerungsbewegung zu stellen. Die Neuausrichtung der Zeitung wird anhand ihrer Inhalte durch vermehrte Beachtung des Nationalsozialismus siebenbürgisch-sächsischer und deutscher Prägung sichtbar, zudem wird ab dem 26. April der Untertitel aus „Deutschvölkisches Blatt“ in „Deutschvölkisches Kampfblatt für Freiheit und Brot“ geändert, sodass ab dem 11. Oktober sieben Folgen der Zeitung nach dem Vorbild des NSDAP-Organs „Völkischer Beobachter“ den Übertitel „Deutschvölkischer Beobachter“ erhalten. Möllers Handeln blieb nicht folgenlos. Nachdem dieser Kurs von der Verlagsgesellschaft der Hatzfelder Zeitung, die für die Herausgabe des Blattes zuständig war, in einer Sitzung vom 5. Dezember 1931 missbilligt wurde, wurde Möller abgesetzt, sodass ihn im Januar 1932 der sozialdemokratisch eingestellte Dichter und Journalist Peter Jung Möller als Schriftleiter ersetzte. Am Konflikt zwischen Möller und Jung verdichteten sich Richtungskämpfe der Banater Eliten, die für die ganze Region stellvertretend stehen.

Nach 1945 trifft man die „Zweijahrhundertfeier“ in einem anderen Kontext der deutschsprachigen Literaturen aus Rumänien, deren Themenarsenal an das kulturpolitische Klima des Ostblocklandes neu angepasst werden musste. Deutsche Antifaschisten und Sozialdemokraten bevölkern häufig die Texte der rumäniendeutschen Schriftsteller (wie der anderen Schriftsteller im sozialistischen Rumänien auch), als die Literatur Teil des gesamtgesellschaftlichen Erziehungsprogramms im Sinne des sozialistischen Menschenbildes deklariert wurde. Ein Nationalsozialist wie Karl von Möller bot als literarische Gestalt auch nach der Mitte der 1960er-Jahre eingeleiteten Liberalisierungsphase ein schwieriges Terrain. Die einzige Zugangsmöglichkeit zu dieser historischen Epoche nationalistischer Radikalisierung war unter dem Losungswort „Abrechnung mit der Vergangenheit“ möglich – und dies tat der Schriftsteller Richard Wagner in der Erzählung *Kapitel 23*, die im Heft 11 von 1974 der Bukarester Zeitschrift „Neue Literatur“ aus Bukarest veröffentlicht wurde.

Die „Schwäbische Zweijahrhundertfeier“ wird – wie der Titel ankündigt – als zentrales „Kapitel“ der kollektiven Verführung der Banater Schwaben zum Nationalismus nach deutschem Vorbild behandelt. Der Text inszeniert einen Erzähler, der sich als politisch verfolgter Sozialdemokrat zu erkennen gibt und als Außenstehender in unpräziser Umgangssprache über die „Schwäbische Zweijahrhundertfeier“ berichtet. „An der Spitze der Veranstalter [...] steht Senator Karl v. Möller (Wagner 1974, 11).“ Dieser wird mit Bezug zu seinem Erscheinungsbild, seinen Anfang der 1920er-Jahre entstandenen Texten und seinen

Auftritten auf der „Zweihundertjahrfeier“ präsentiert. Möller ist „der Mann mit dem Gangsterhut“, „Capone Möller“ (ebd., 17), „der Rundredner aus dem Prater“, der „Allroundkünstler“ (ebd., 13). Er ist der Propagandist – „das Maul“: „Das Maul wirft einen Nibelungen den Köpfen vor (ebd. 12).“ „Der Senator streckt die Hand über den Platz, zwingt den Platz in seine Faust, hebt die Faust hoch in die Luft. Läßt nicht locker [...] erinnert an die Leute vom Rhein (ebd., 16).“ *Kapitel 23* beschreibt die Feier mit den Rednern und dem Domplatz als zentralem Veranstaltungsort in ihrer Rolle, die damaligen Teilnehmer durch eine kohärente schwäbische Geschichte als Teil der deutschen zu verführen. Die Herkunftsschilderung wird in ihrer Funktion entlarvt, sich als Erzeugerin von Identität und Heimat auszugeben, doch durch Anbindung an deutschnationale Vorstellungen gerade das Spezifische der banatschwäbischen Identität zu tilgen. Im Keim birgt die Verzerrung des regionalen Identitätsnarrativs die Gefahr des Heimatverlusts, so die Argumentation von Wagners *Kapitel 23*. In diesem Zusammenhang sind die ambivalenten Sinneseindrücke des Erzählers als Vorahnungen der bevorstehenden Katastrophe durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen zu verstehen. „Die Glocken tönen schwarz“ (ebd., 18); wie in einem Film sieht man einen jungen Mann, einen Buchdruckerlehrling, der die Mitglieder einer „Schwarzwälder Gruppe“ vor einer Schießbude auf dem Marktplatz betrachtet: „Sie haben Stiefel an und Gewehre in der Hand. Dagegen hilft kein Blinzeln. Winken sie oder zielen sie? Ist das eine Tracht, was sie tragen, oder eine Uniform? Aber der Krieg ist doch aus! Den Gefallenen wurden doch Denkmäler gesetzt! Man gedenkt doch ihrer! Wir haben doch Frieden! Aber die zielen (ebd., 19).“

Die „Zweihundertjahrfeier“ als Moment der Zelebrierung banatschwäbischer Volksgemeinschaft wird aus der Perspektive des Jahres 1974 als ein Prozess des Verlusts von Zusammenhalt präsentiert. Denn „wer sich nicht anschloß den geschlossenen Reihen, wurde aus dem Volke ausgesperrt“ (ebd. 17). Die Feier hatte in der Argumentation des *Kapitels 23* die Vereinnahmung der Schwaben für deutschnationales und nationalsozialistisches Gedankengut zur Folge, das mit dem Zweiten Weltkrieg die Zersetzung der schwäbischen Gemeinschaft bewirkte.

Richard Wagners *Kapitel 23* entsteht in einer Zeit, als die literarische Gruppierung „Aktionsgruppe Banat“ aus Temeswar, zu der auch Richard Wagner gehörte, noch die erste Phase des „naiven Engagements“ durchlief (Sterbling 1975, 41). Man identifizierte sich mit dem Sozialismus und distanzierte sich von der vom Nationalismus belasteten Generation der Eltern und Großeltern. Im Essay *Die Aktionsgruppe Banat. Versuch einer Selbstdarstellung* beschreibt Wagner seine Generation als die „erste“, „die in den Sozialismus hineingeboren war“, die kollektive Bestrafung der deutschen Minderheit nur vom Hörensagen kannte und die Verhaftungswellen in den Zeiten des Stalinismus nicht mehr erlebt hatte. „Wir waren die gleichermaßen zuversichtlichen, wie ungeduldigen Kinder des Poststalinismus (Wagner 1992, 222).“ Ausbruch aus der „Intoleranz der Provinz“ und Distanz von der banatdeutschen, von nationalsozialistischem Denken weiterhin belasteten Dorfwelt waren Desiderate, die diese jungen Schriftsteller vom Rand der deutschsprachigen Literatur aus Rumänien lautstark artikulierten.

Nach der Verhaftung einiger Vertreter der „Aktionsgruppe“ im Jahr 1975 gingen Richard Wagner und einige seiner Generationskollegen auf Distanz zum sozialistischen rumänischen Staat und verabschiedeten sich von linken Positionen. Spätere Texte Wagners illustrieren diese Entwicklung. Die Banater Geschichte wertet Richard Wagner als ein mittlerweile im bundesdeutschen Literaturbetrieb beheimateter Literat als erfolgreiches Projekt der Habsburger. Den Begriff „Heimat“ rehabilitiert er. So heißt es in dem mit Thea

Dorn herausgegebenen Band *Die deutsche Seele*: „Heimat ist eines der schönsten Wörter der deutschen Sprache (Dorn/Wagner 2011, 237).“

Die „Zweijahrhundertfeier“ im September 1923 intensivierte die Kommunikation und etablierte Formen der Erinnerung an eine gemeinsame Vergangenheit der Banater Schwaben. Verschiedene narrative Elemente setzten sich zu einer Darstellung banatdeutscher Identität zusammen, und diese wurden auch durch literarische Texte vermittelt. Karl von Möllers Einwirkung auf das Selbstbild der Banater Schwaben ist auf seine vielseitigen Betätigungsfelder zurückzuführen, die gute Vernetzung und auch die Umdeutungsprozesse, die seine literarischen Texte bereits Anfang der 1920er-Jahre einleiteten. Bemerkenswert sind seine literarischen Texte gerade durch die Prägung von Zugehörigkeiten und von durch Flussmetaphern veranschaulichten symbolischen Zusammenhängen, die einen einheitlichen deutschnationalen Raum durch Ausklammerung der Rolle Habsburgs heraufbeschwören. Damit präfiguriert er in literarischer Form Vorstellungen, die später mit „Mutterland“ und den davon abgetrennten „Volksplittern“ formuliert wurden.

Richard Wagner, der immer wieder die Kompatibilität des habsburgischen Vielvölkerstaates für die ethnische Gemengelage in Ostmittel- und Südosteuropa hervorgehoben hat, greift 1974 die „Zweijahrhundertfeier“ kritisch auf. Sein *Kapitel 23*, aber auch die späteren Romane, wie *Die Muren von Wien* oder *Habseligkeiten* stehen stellvertretend für die sich wandelnden Kontexte und die sich verändernde Deutung der banatdeutschen Identitätsentwürfe in der regionalen Literatur.

Verwendete Literatur

Assmann, Aleida: *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München 1999.

Banater deutscher Volkskalender [Groß-Kikinda] 1901.

Banater Tagblatt [Temeswar].

Bleyer, Jakob: Die Zweijahrhundertfeier in Temesvár. In: *Sonntagsblatt*, 16. September 1923, 4.

Die Zweijahrhundertfeier der Schwaben im Banat. 1723–1923. Timișoara 1923.

Dorn, Thea/Wagner, Richard: *Die deutsche Seele*. München 2011.

Erll, Astrid: *Gedächtnisromane. Literatur über den Ersten Weltkrieg als Medium englischer und deutscher Erinnerungskulturen in den 1920er Jahren*. Trier 2003.

Guldin, Rainer: *Politische Landschaften. Zum Verhältnis von Raum und nationaler Identität*. Bielefeld 2014.

Hatzfelder Zeitung [Hatzfeld].

Hügel, Kaspar: *Das Banater deutsche Schulwesen in Rumänien von 1918 bis 1944*. München 1968.

König, Walter: *Schola seminarium rei publicae. Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien*. Köln/Weimar/Wien 2005.

Möller, Karl von: Grenzen wandern. Zürich/Leipzig/Wien 1937.

Ders.: Schwaben. Drama in einem Auszuge der Deutschbanater Frühzeit. Temeswar 1922.

Möller, schwäbischer Senator im rumänischen Reichstage: Wie die schwäbischen Gemeinden entstanden sind. Teil 1 und 2. Temeswar 1923 und 1924.

Schöffler, J.: Banat: 200 Jahre 1723–1923. Temeswar 1923.

Schwäbische Volkspresse [Temeswar].

Spiridon, Olivia: Hatzfeld – Repräsentationen im Wandel. In: Jöhler, Reinhard (Hg.): Hatzfeld. Ordnungen im Wandel. Timișoara/Hermannstadt/Bonn 2020, 273–331.

Sterbling, Anton: „Aktionsgruppe – oder so“. In: Neue Literatur 15 (1975), H. 7, 39–45.

Temeswarer Zeitung [Temeswar].

Tonța, Walter: Karl von Möller als Schriftleiter der Hatzfelder Zeitung. In: Heimatblatt Hatzfeld 2002, H. 9, 49–59.

Wagner, Richard: Die Aktionsgruppe Banat. Versuch einer Selbstdarstellung“. In: Wichner, Ernest (Hg.): Ein Pronomen ist verhaftet worden. Die frühen Jahre in Rumänien – Texte der Aktionsgruppe Banat. Frankfurt a. M. 1992, 222–227.

Ders.: Die Muren von Wien. Frankfurt a. M. 1990.

Ders.: Habsburg. Bibliothek einer verlorenen Welt. Hamburg 2014.

Ders.: Habseligkeiten. Roman. Berlin 2004.

Ders.: Kapitel 23. In: Neue Literatur 14 (1974), H. 11, 11–21.

Wolf, Josef: Selbstrepräsentation und Festkultur. Zur Identitätsbildung der Banater Deutschen. 1918–1925. In: Gräf, Rudolf/Stanciu, Daniela (Hg.): Loyalitätswechsel und institutioneller Neuanfang. Die regionalen deutschen Minderheiten in Rumänien 1918–1928. Cluj-Napoca 2018, 271–371.

Archivquelle

Arhivele Naționale. Direcția generală a Arhivelor Statului, Filiala Sibiu. Bestand: Liga Culturală Germană din România [Das Kulturamt der Deutschen aus Rumänien]. Dosar 1, 1–269.

Olivia Spiridon, Dr.

Literaturwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte am Deutschen Seminar der Universität Tübingen, Leiterin des Forschungsbereichs Literaturwissenschaft/Sprachwissenschaft am Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde. Ihre Forschungsschwerpunkte sind deutsche Literaturen aus dem südöstlichen Europa, Literatur und Migration, die Donau in Literatur und Film.

Regionale versus nationale Erinnerungen

Der Anschluss der Vojvodina an das Königreich Serbien im Jahre 1918 in der serbischen Erinnerungspolitik

DANIELA SIMON

Im Mittelpunkt der serbischen nationalen Meistererzählung stehen die Zusammengehörigkeit und das Zusammenwachsen von unterschiedlichen Territorien, die seit dem Mittelalter unter dem Einfluss der serbischen Kultur standen. Sie orientiert sich an den Kontinuitäten und Brüchen innerhalb des serbischen Nationsbildungsprozesses, die mitunter durch die osmanischen und österreichisch-ungarischen Eroberungen und Interessen in der Region bedingt waren. In der serbischen Geschichtsschreibung zum 20. Jahrhundert nehmen die Zäsuren und Dynamiken der beiden Weltkriege und der kriegerische Zerfall Jugoslawiens in den 1990er-Jahren den größten Raum ein. Serbiens territorialer Integrationsprozess ist jedoch bis heute nicht abgeschlossen. Welche Territorien zum serbischen Nationalstaat gehören, bleibt, so zeigt das Beispiel Kosovo, ein aktuelles Anliegen des Völkerrechts und ein kontroverser Gegenstand der serbischen und internationalen Politik. Die nationale Erinnerungskultur an die konfliktreichen Ereignisse im 20. Jahrhundert besitzt zudem eine integrierende Funktion für seine Regionen. Die heutige Erinnerung an den Ersten Weltkrieg betont insbesondere die historische Rolle der 1918 an Serbien gefallenen ehemals ungarischen Gebiete für die serbische Nationalstaatsbildung.

Mit dem Zerfall der Habsburger-Monarchie und der Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (serb. Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca; ab 1929 Königreich Jugoslawien, serb. Kraljevina Jugoslavija) im Jahre 1918 setzte in Serbien eine Wissensproduktion ein, die die österreichisch-ungarische Monarchie grundsätzlich in Opposition zu den freiheitlichen Ordnungsvorstellungen seiner zahlreichen Bevölkerungsgruppen verortete. Österreichische und ungarische politische Traditionen, wirtschaftliche Strukturen und Kulturpolitik wurden in der jugoslawischen Öffentlichkeit als kolonialistisch eingestuft; insbesondere die Politik in Südungarn bzw. der seit 1918 zu Serbien gehörenden Provinz Vojvodina wurde als hegemonial und assimilierend gedeutet. Die Annexion Bosnien und Herzegowinas 1908 durch Österreich-Ungarn und die expansionistische Kriegsführung des k. u. k.-Militärs in Serbien im Ersten Weltkrieg erhärteten den Vorwurf des Imperialismus. In diesem Rahmen wurden die kriegerischen Auseinandersetzungen mit den österreichischen und ungarischen Streitkräften im Ersten Weltkrieg als der Höhepunkt des jahrhundertelangen Bestrebens der südslawischen Bevölkerung nach Einheit und Unabhängigkeit vom Osmanischen und Habsburger-Reich gedeutet. Dazu beeinflussten die nach 1918 stetig aufrechterhaltenen territorialen Ansprüche des ungarischen Nationalstaats auf die verlorenen Gebiete die serbische Erinnerungskultur an das Ende des Ersten Weltkriegs. Ab 1945 war dies umso mehr der Fall, weil ungarische Truppen diese Gebiete im Zweiten Weltkrieg besetzten und Kriegsverbrechen an den Zivilisten verübten.

Die ungleichen Erfahrungen in gesellschaftlicher Teilhabe vor 1918, die Kriegserfahrungen sowie die politischen Ansprüche nach dem Ersten Weltkrieg ließen im Trianon-Ungarn und in Jugoslawien bzw. Serbien unterschiedliche Erinnerungskulturen entstehen. Der vorliegende Beitrag betrachtet diese Erinnerungskulturen jedoch nicht als erstarrte und kompakte Formationen, sondern als veränderliche Instrumente nationaler

Erinnerungspolitik. Sie unterliegen den aktuellen politischen Deutungen der historischen Situation. Anhand der Beschreibung des gegenwärtigen Gedenkens in der serbischen autonomen Provinz Vojvodina an den Anschluss der Provinz an das Königreich Serbien, das wiederum Teil des gemeinsamen südslawischen Staates wurde, werden die unterschiedlichen Zugänge zur Erinnerungsgeschichte mit Bezug auf die territorialen Folgen des Ersten Weltkriegs beleuchtet. Die dabei sichtbar gemachten Unterschiede zwischen den regionalen und nationalen Gedächtnissen in Serbien, die miteinander konkurrieren, verweisen auf die Frage nach der regionalen im Verhältnis zur nationalen Erinnerungskultur. Der Beitrag folgt der Annahme, dass Grenzräume Orte der Berührung, Bewegung und Vermischung von Ideen sind und Trägerinnen von konkurrierendem Wissen sein können. Wie zu zeigen sein wird, stellt der Gedächtnisvorrat in der Vojvodina die serbische Erinnerungspolitik vor eine Herausforderung. Dieses Gedächtnis von der Grenze, wie man es nennen könnte, speist sich zwar auch aus den Konflikten zwischen den zahlreichen ethnischen und kulturellen Bevölkerungsgruppen auf dem Territorium der heutigen serbischen Republik. Es zeigt jedoch im Kontrast zur nationalen Erzählung auch potenzielle Ansätze für eine Erinnerungsgeschichte des friedlichen Miteinanders. Interessante Aufschlüsse verspricht die Frage, inwieweit ein Blick auf das Kriegsende vor dem Hintergrund des kulturellen Gedächtnisses der Vojvodina zur Umstrukturierung von nationalen bzw. staatlichen Sinnmustern führen kann und kritische Einsprüche gegenüber der gegenwärtigen nationalen Erinnerungskultur zu begründen vermag.

Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums zum Ende des Ersten Weltkriegs empfahl Anfang 2018 die Regierung der autonomen Provinz Vojvodina, den 25. November zum „Tag der Vojvodina“ (serb. Dan Vojvodine) zu erklären. Dieses Datum bezieht sich auf den Anschluss der Vojvodina an Serbien 1918. Im Juni 2018 erfolgte die Annahme des Vorschlags im vojvodinischen Parlament, das seit 2016 von der rechtskonservativen Serbischen Fortschrittspartei dominiert wird. Am 25. November 2018 eröffneten dann die regionalen und zentralstaatlichen Regierungsmitglieder und Parlamentsabgeordneten, die Stadtrepräsentanten von Novi Sad (dt. Neusatz, slowak. Nový Sad, ung. Újvidék) und anderer vojvodinischer Gemeinden sowie ausländische Diplomaten und Vertreter der Partnerstädte von Novi Sad das „Museum des Beitritts der Vojvodina zum Königreich Serbien“ (serb. Muzej prisajedinjenja Vojvodine Kraljevini Srbiji). Das „Museum des Beitritts“ ist seitdem eine eigenständige Abteilung und Dauerausstellung im Rahmen des Museums Vojvodina (serb. Muzej Vojvodine). Die serbische Parlamentspräsidentin Maja Gojković und der seit 2016 amtierende Präsident der vojvodinischen Provinzregierung und Mitglied der Serbischen Fortschrittspartei, Igor Mirović, betonten in diesem Zusammenhang den jahrhundertelangen Kampf der Serben für ihre Freiheit sowie ihre politischen und kulturellen Rechte. Die Museumseröffnung, begleitet von einem Militärorchester, stehe im Zeichen der Freiheit und Gleichberechtigung aller Bürger, ungeachtet ihrer religiösen oder nationalen Identität, so Gojković in ihrer Festrede. Die gewährte ethnische Diversität der Bevölkerung sei ein gemeinsamer Reichtum, der besonders angesichts der heutigen komplexen geopolitischen Umstände und in einem instabilen politischen Umfeld zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Eintracht gepflegt werden müsse. Welche Umstände das sein sollten, führte Gojković jedoch nicht aus.

Erinnert werden sollte am 25. November an die „Große Volksversammlung der Serben, Bunjewatzen und der übrigen Slawen in der Batschka, im Banat und der Baranja“ (serb. Velika

narodna skupština Srba, Bunjevaca i ostalih Slovena u Bačkoj, Banatu i Baranji). Unter den Exponaten im „Museum des Beitritts“ überwiegen Kriegsphotografien, Porträts berühmter Serben und serbische nationale Symbole. An diesem Tag hätten serbische und andere slawische Bevölkerungsgruppen Südungarns ihre Bestrebungen nach Befreiung und einem Anschluss an das Königreich Serbien kundgetan, sagte 2020 der Bürgermeister von Novi Sad, Miloš Vučević. Dabei legte Vučević, der ebenfalls der Fortschrittspartei angehört, einen Kranz an der Gedenktafel am historischen Tagungsgebäude in Novi Sad nieder. Darauf eingemeißelt sind die Worte: „У овој згради, 25. новембра 1918. године, одржана је Велика народна скупштина Срба, Буњеваца и других Словена, на којој је донета одлука о присаједињењу Баната, Бачке и Барање Краљевини Србији.“ (In diesem Gebäude fand am 25. November 1918 die Große Volksversammlung von Serben, Bunjewatzen und anderen Slawen statt, auf welcher über den Beitritt des Banats, der Batschka und der Baranja an das Königreich Serbien entschieden wurde.)

In der Volksversammlung vertreten waren tatsächlich Serben, Bunjewatzen, Russinen, Schokatzten, Kroaten, Slowaken, Deutsche und Ungarn. Insgesamt 757 Delegierte aus 211 Gemeinden, darunter sieben Frauen, nahmen an der Abstimmung teil. Der Vorschlag zur Loslösung der nun als vojvodinisch bezeichneten Gebiete Banat, Batschka und Baranja von Ungarn und zu ihrer Vereinigung mit dem Königreich Serbien wurde von Jaša Tomić (1856–1922) von der Serbischen Radikalen Partei vorgebracht und einstimmig von der Versammlung angenommen. Die enorme ethnische Heterogenität der Regionen spiegelte sich jedoch nicht im Abstimmungsproporz: Die Mehrheit der Stimmberechtigten waren Slawen, darunter alleine 578 Serben, 84 Bunjewatzen, 62 Slowaken, 21 Russinen, drei Schokatzten, zwei Kroaten, nur sechs Deutsche und ein Ungar. Dabei bildeten 1910 die Ungarn die Bevölkerungsmehrheit in den meisten Städten.

Nach dem sogenannten Beitritt (serb. Prisajedinjenje) der Baranja, Batschka und des Banats an Serbien verminderte sich die Zahl der ungarischsprachigen Bevölkerung. Ausschlaggebend dafür waren das Optionsverfahren und die damit verbundene langwierige Frage der Staatsbürgerschaft der in den neuen Nationalstaaten entstandenen Minderheiten. Ebenso spielten Enteignung durch die jugoslawische Agrarreform und die Migration nach Ungarn oder Übersee eine wichtige Rolle. Die Enteignung des ungarischen Großbesitzes und der Unternehmen sollte sich nachhaltig in den ungarisch-serbischen Beziehungen in der Vojvodina wie in den diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und Jugoslawien niederschlagen und die offizielle Erinnerungspolitik des ungarischen Staates an das Weltkriegsende stark beeinflussen. 1921 stellten die deutschen (22 Prozent) und die ungarischen (24 Prozent) Muttersprachler immer noch fast die Bevölkerungsmehrheit in der Region dar. Im Banat war die slawische Bevölkerung mit 47 Prozent vertreten, während in der Batschka 59 Prozent der Bevölkerung ungarischer oder deutscher Volkszugehörigkeit waren.

Die Umstände des Anschlusses sind von einer schnellen Abfolge von politischen Entscheidungen gekennzeichnet. Am 13. November und damit elf Tage vor der Großen Volksversammlung von 1918 in Novi Sad hatte Ungarn die Konvention von Belgrad unterzeichnet und damit die ungarische Kriegsniederlage akzeptiert. Bei der folgenden Besetzung der südungarischen Gebiete wurden die serbischen Truppen von den kurz zuvor oder während der Umbruchszeit gegründeten serbischen Nationalräten unterstützt. Für die Zukunft der Gebietsteile von Batschka, Baranja, Syrmien und Banat sahen ihre föderalistisch-jugoslawisch oder serbisch-unitaristisch orientierten Nationalräte entweder einen Anschluss an den am 5./6. Oktober 1918 gegründeten Nationalrat der habsburgischen Südslawen in Zagreb oder einen unmittelbaren Anschluss an Serbien vor. Die letztere Ordnungsvorstellung wurde von den serbischen Radikalen durchgesetzt und vom serbischen Militär gefördert. Für

den Beschluss der Großen Volksversammlung ausschlaggebend dürfte außerdem der Umstand gewesen sein, dass sich am vorigen Tag der Zagreber Nationalrat für eine Vereinigung mit Serbien ausgesprochen hatte. Damit wurde dem zuvor am 29. Oktober 1918 vom selben Nationalrat ausgerufenen „Staat der Slowenen, Kroaten und Serben“ der Weg zur Gründung des gleichnamigen Königreichs am 1. Dezember 1918 geebnet. Die Volksversammlung im syrmischen Ruma entschied sich ebenfalls am 24. November für den Beitritt zu Serbien.

In den nächsten vier Monaten erfolgte der Ausbau eines serbischen Verwaltungsnetzes in den annektierten Gebieten. Die regionalen Akteure wurden von Kräften aus Zentralserbien abgelöst. Den Angehörigen deutschsprachiger bzw. donauschwäbischer sowie ungarischsprachiger Bevölkerungsgruppen wurden bis zu den Friedensverhandlungen im Sommer 1920 die bürgerlichen Rechte entzogen. Dazu unterband die jugoslawische Verfassung von 1921 etwaige föderale und autonomistische Bestrebungen in der Vojvodina. Die interethnische Zusammenarbeit der regionalen Eliten in der Batschka, Baranja und dem Banat wurde von Belgrad aus gezielt behindert. Die endgültige Grenzziehung zwischen Ungarn und Serbien erfolgte nach militärisch-strategischen und wirtschaftlichen und nicht nach ethnischen Gesichtspunkten. Den Abschluss des Friedensvertrags in Trianon im Juni 1920 erlebte Ungarn als der größte Verlierer der europäischen Nachkriegsordnung. Das Königreich Ungarn verlor 67 Prozent seines Territoriums.

Abgehalten wurde die „Große Nationalversammlung der Serben, Bunjewatzen und der übrigen Slawen in der Batschka, im Banat und der Baranja“ im neobarocken Gebäude des Grand Hotel Mayer, das Anfang der 1890er-Jahre von den Eheleuten Emmerich/Imre und Regina Mayer am Franz-Josef-Platz in Novi Sad errichtet worden war. 1916 hatte Lazar Dunderski (1833–1917), ein serbischer Großgrundbesitzer und Industrieller aus der Batschka, das Hotel gekauft, das fortan Bälle, Feierlichkeiten und politische Versammlungen ausrichtete. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Grand Hotel, nun am Trg Slobode (Platz der Freiheit), in Hotel Sloboda umbenannt und 1953 in das jugoslawische Armeehome umfunktioniert. So zeugen die vielen Umbenennungen und Umwidmungen von Straßen, Gebäuden und Plätzen von der bewegten Geschichte der Vojvodina und ihrer sprachlichen, ethnischen, religiösen und kulturellen Vielfalt. Heute ist das Gebäude Sitz der ältesten Bank in der Vojvodina (gegr. 1868 in Sombor, ung. Zombor), der Vojvođanska banka.

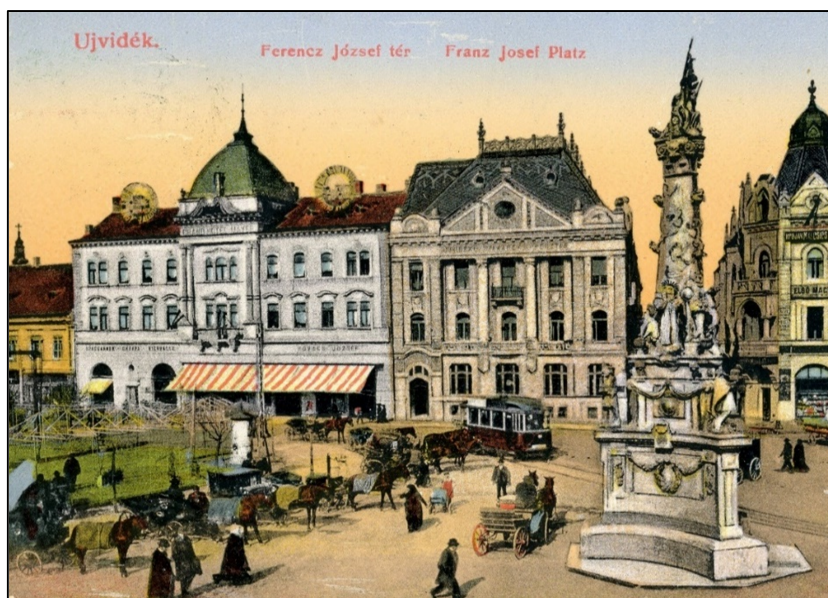


Abb. 1:
Grand Hotel Mayer 1916
(Gebäude links im Bild)
Quelle: Sammlungen des
Instituts für
donauschwäbische
Geschichte und
Landeskunde

Das multikulturelle Antlitz der Vojvodina drückte sich latent ab 1925 und dann verstärkt in den 1930er-Jahren in den Forderungen ihrer Eliten nach regionaler Autonomie aus. Die zentralistischen Strukturen Jugoslawiens drohten die vojvodinische Wirtschaft, die sich mitunter aus den internationalen ethno-ökonomischen Netzwerken ihrer Eliten speiste, zum Erliegen zu bringen. Die Vojvodina und Slowenien waren die mit Abstand wirtschaftlich erfolgreichsten Teile des Königreichs Jugoslawien. Die relative Minderheit der Serben in den neuen serbischen Gebieten bei einem zugleich ausgeprägten autonomistischen Bewusstsein der Bevölkerung stellte eine Bedrohung für die serbische Regierung dar. Im Gegensatz zu einem strengen Vorgehen gegen die ungarischen Organisationen, die als irredentistisch verstanden wurden, erlebten die donauschwäbischen wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen ein erhebliches Wachstum in der Zwischenkriegszeit. Nach der Einführung der Königsdiktatur 1929 und den administrativen Reformen wurde der überwiegende Teil der Vojvodina in der sogenannten Donaubanschaft zusammengefasst, sodass die serbische Bevölkerung darin die Mehrheit bildete. Im Dezember 1932 forderten dennoch die meisten vojvodinischen Parteien die Schaffung einer autonomen Provinz. Der serbische bzw. jugoslawische Zentralismus des serbischen Königshauses war in der Vojvodina an der Missachtung der regionalen Besonderheiten gescheitert. Mitte der 1930er-Jahre ertönten nun auch aus der breiteren Bevölkerung unerfüllte Forderungen nach einer föderativen und autonomistischen Umstrukturierung der Region.

Nach der Zerschlagung Jugoslawiens 1941 durch das nationalsozialistische Deutschland kamen die ehemals südungarischen Gebiete überwiegend wieder zu Ungarn, das seine revisionistischen Ziele nicht aufgegeben hatte. Bis 1944 starben etwa 56.000 Menschen auf dem Territorium der Vojvodina durch die Besatzungsmächte oder im Kampf gegen sie. Die Neugründung Jugoslawiens ging deswegen mit der systematischen Neutralisierung des deutschen und ungarischen Einflusses auf dem Staatsgebiet einher. Während des Kriegs siedelten die deutschen Nationalsozialisten die meisten Donauschwaben aus der Vojvodina um; die Mehrheit der noch verbliebenen wurde von den jugoslawischen Stellen in den Arbeits- und Konzentrationslagern interniert. Die Kommunistische Partei forderte bereits während des Kriegs einen gesonderten Status für die Vojvodina, der ihrer trotz Flucht, Vertreibung und Vernichtung nach wie vor multinationalen Struktur Rechnung tragen sollte. Wegen der aktiven serbisch-vojvodinischen Aktivitäten innerhalb der Partisanenbewegung erhielt die Vojvodina 1945 eine Autonomie innerhalb des föderalen Serbiens, die im Rahmen der Verfassungsreformen 1974 deutlich ausgeweitet wurde. Im sozialistischen Jugoslawien betonten die vojvodinischen Eliten die Heterogenität der stark von Migration geprägten Region. Ähnlich wie im kroatischen Istrien, und damit einer weiteren multikulturellen Grenzregion, artikulierten die Bewohner der Vojvodina ein starkes regionales Bewusstsein. Dieses beruhte auf dem historischen Erbe der kulturellen Vielfalt und des wirtschaftlichen Erfolgs und bezog seine Legitimität auf das supranationale Konzept der jugoslawischen Staatsordnung. Mit der wirtschaftlichen und Systemkrise der späten 1980er-Jahre und dem Erstarken der zentralistischen Politik in Belgrad schränkte die autoritäre Regierung Slobodan Milošević zwischen 1988 und 1990 die vojvodinische Autonomie völlig ein. Ungarisch war zum Beispiel nicht länger als Amtssprache anerkannt.

Nach dem Sturz des Milošević-Regimes 2000, das seine größten inländischen Kritiker gerade in der Vojvodina hatte, begannen die vojvodinischen Eliten, ein neues autonomistisches Statut für die Region auszuarbeiten. Die Grundlage des Statuts bildete weiterhin die starke ethnische Vielfalt, die vom Zensus bestätigt wurde. 2002 bekannten sich 65,1 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung zur serbischen, 14,3 Prozent zur ungarischen, 2,8 Prozent zur jeweils slowakischen und kroatischen, 2,5 Prozent zur jugoslawischen,

1,8 Prozent zur montenegrinischen, 1,5 Prozent zur rumänischen und 1,4 Prozent zur Roma-Volkszugehörigkeit. Insgesamt acht Prozent entfielen auf die Ruthenen, Bulgaren, Albaner, Bosnier und andere Nationalitäten. Der Parlamentspräsident der Vojvodina, Bojan Kostreš von der Liga der Sozialdemokraten, betonte 2006, dass das wichtigste Potenzial der Vojvodina nicht in ihrer Wirtschaft, sondern in ihren Bürgern und der multiethnischen Realität liege. Ein neues Autonomiestatut wurde am 30. November 2009 vom serbischen Parlament angenommen. Darin fixiert wurden die Autonomie der Minderheiten und die Anerkennung der Amtssprachen Serbisch, Ungarisch, Kroatisch, Slowakisch, Russinisch und Rumänisch. Unter dem erneuten Druck der Zentralregierung folgte allerdings die Reform des Autonomiestatuts. Seit dem 22. Mai 2014 bezieht es sich weiterhin auf die europäischen Werte, nationale Gleichberechtigung, Mehrsprachigkeit, Multikulturalität und Religionsfreiheit in der Provinz. Unterzeichnet wurde es vom regionalen Parlamentspräsidenten ungarischer Herkunft, Ištvan Pastor von der Ungarischen Allianz. Dennoch zeigt das Rechtsdokument eine Tendenz zur Neutralisierung des bürgerlichen und multikulturellen Selbstverständnisses der Provinz. So wurde 2014 neben dem offiziellen Wappen, das die Gebiete der Vojvodina repräsentiert, ein traditionelles serbisches Wappen aus dem Jahr 1848 für die Vojvodina angenommen: ein roter Schild mit einem silbernen serbischen Tetragrammkreuz. Und ihre größte Stadt, Novi Sad, wird nicht länger als die Hauptstadt, sondern lediglich als administratives Zentrum der Vojvodina bezeichnet.

Die jüngsten Aushandlungen der kulturellen und politischen Ordnung in der Vojvodina hängen auch mit den äußeren politischen Veränderungen seit den 1990er-Jahren zusammen. Die zahlenmäßig starke ungarische Minderheit wird seit dem ungarischen Systemwandel ab den 1990er-Jahren von Ungarn aus umworben. In den serbischen Kreisen entstand im Bezug darauf ein Erzählmuster vom Wiedererstarken des Grenzrevisionismus in Budapest. Dazu trug auch bei, dass zur gleichen Zeit, als die vojvodinische Versammlung am 18. Oktober 2008 ihr Autonomiestatut ausgearbeitet und die Autonomiebestrebungen artikuliert hatte, Ungarn seine Diasporapolitik gegenüber den ungarischen Minderheiten im Ausland verstärkte. Ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit wurde in der Vojvodina die Frage der ungarischen Staatsbürgerschaft aktuell. Nachfahren der ungarischen Bevölkerung in der Vojvodina können seit 2010 in Ungarn die ungarische Staatsbürgerschaft beantragen. Nach 1918 war die vor dem Stichtagdatum 1. Januar 1910 gegebene Ansässigkeit der ungarischsprachigen Bevölkerung ausschlaggebend für die Erteilung der jugoslawischen Staatsbürgerschaft. 2010 stellten die ungarischen Sprachkenntnisse das wichtigste Kriterium dar, um die ungarische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Die Frage der Staatsangehörigkeit sorgte in beiden Zeiträumen für eine Grenzziehung innerhalb der vojvodinischen Bevölkerung. Das ständige Reklamieren ihres multikulturellen Charakters bei gleichzeitiger Schaffung von nationalen Differenzen sorgte für eine Ghettoisierung der Bevölkerung, betonen die Kritiker. Die Regierung von Viktor Orbán unterstützt außerdem die ungarische Minderheit und potenzielle Wähler seiner FIDESZ-Partei in der Vojvodina. Sie finanziert Fußballvereine, gründet Stiftungen wie etwa die einflussreiche Prosperitatii (Wohlstand) und fördert Unternehmen von Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit. Das ungarische Parlament erklärte am 31. Mai 2010 den Tag der Unterzeichnung des Trianoner Vertrags am 4. Juni 1920 zu einem nationalen Gedenktag, dem „Tag der nationalen Zusammengehörigkeit“. Die Unversöhnlichkeit der serbischen und ungarischen nationalen Erinnerungspolitik an den Ersten Weltkrieg lässt sich am „Tag der Vojvodina“ und dem „Tag der nationalen Zusammengehörigkeit“ sehr gut ablesen.

Die Verwicklung der nationalen Erinnerungskultur in Serbien mit den gegenwärtigen politischen Prozessen im In- und Ausland wird auch auf anderen Feldern sichtbar. Die Unabhängigkeitserklärung der bis 1989 autonomen Provinz Kosovo und Metochien von Serbien im Jahre 2008 dämmte die ohnehin geringen Sympathien Belgrads für die autonomen Bestrebungen in der Vojvodina ein. Als das vojvodinische Autonomiestatut nach einem Urteil des serbischen Verfassungsgerichts 2014 reformiert werden musste, wurden in der serbischen Öffentlichkeit Vergleiche zwischen der Vojvodina und der ukrainischen Halbinsel Krim angestellt. Die dennoch in Belgrad gegebene Akzeptanz des vojvodinischen Autonomiestatuts kann als politisches Kalkül der Zentralregierung gelten, um einem möglichen Sezessionismus vorzubeugen. Die frühere sozialdemokratisch dominierte Provinzregierung hatte mit ihrer antinationalistischen Politik und Forderungen nach Eigenständigkeit der Vojvodina nachhaltig die politische Landschaft aufgerüttelt. Die serbische Regierung setzt deshalb auf nationalpolitisches Zusammenwachsen der Vojvodina mit Serbien mittels Kulturpolitik. Eine offene Priorisierung der kulturellen Toleranz und des Zusammenlebens gehört zu dieser politischen Strategie, die auch eine entsprechende Erinnerungspolitik umfasst. Langfristig sollte sich die Vojvodina trotz ihrer ethnischen Vielfalt nicht nur territorial und politisch, sondern auch kulturell als ein integrativer Teil Serbiens verstehen. Das öffentliche Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs in der Vojvodina ist von diesen nationalistischen Interessen Belgrads beeinflusst. Anders als etwa bei dem in den Siegerländern des Ersten Weltkriegs am 11. November memorierten Waffenstillstand geht es in Serbien, das den 11. November erst im Jahr 2012 als Gedenktag einführte, nicht um das Gedenken an alle Kriegsoffer und die Verurteilung des Kriegs, sondern um die Hervorhebung des serbischen Sieges und der serbischen Opfer. Im Königreich Jugoslawien war es dagegen ein Feiertag des Friedens und des Waffenstillstands gewesen. Als Zeichen der Dankbarkeit für die französischen Soldaten enthüllte die königliche Regierung am 30. November 1930 in der Belgrader Festung ein monumentales Denkmal des kroatischen Bildhauers Ivan Meštrović (1883–1962). Später wurde es im sozialistischen Jugoslawien zum Kulturdenkmal erklärt.

Die Verdrängung der Symbolik des Friedens zugunsten der Symbolik des Sieges zieht sich durch die gesamte Erinnerungspolitik des heutigen Serbiens. Als ein Land, das enorme menschliche Verluste im Ersten Weltkrieg im Kampf gegen Österreich-Ungarn erlitten hat und als Sieger aus dem Krieg hervorgegangen ist, steht es in seinem Erinnern zu Recht an der Seite von Großbritannien, den USA, Belgien, Frankreich und anderen Siegermächten. Eine verengte Erinnerung nur an den Sieg und die serbischen Opfer verewige jedoch die Kriegspsychose, schüre das Gefühl der Bedrohung und Verschwörungstheorien über vermeintliche Geschichtsrevisionen, so der serbische Historiker Danilo Šarenac.

Die Botschaft des Friedens ist auch im Gedenken am 24. November nicht enthalten. Dabei wurde das Gedenken an die Volksversammlung 1918 mit früheren Ereignissen der serbischen Nationalgeschichte verknüpft. Die serbischen Nationalisten spannten einen erzählerischen Bogen zwischen dem Kriegsende 1918, den Revolutionsereignissen von 1848 und der Gegenwart, der die Geschichte zwischen diesen Ereignissen überbrückte. Im Zuge der Etablierung des „Tags der Vojvodina“ schlug das vojvodinische Provinzparlament auch den 15. Mai sowie den 10. Dezember als Gedenktage vor. Mit dem letztgenannten, also dem internationalen Tag der Menschenrechte, unterstrich die vojvodinische Politik die Wahrung der Menschenrechtskonvention von 1948. Der 15. Mai ist allerdings eng mit der Entstehung der Bezeichnung Vojvodina und den Anfängen der serbischen nationalen Erweckung sowie den Integrationsbestrebungen der Serben auf den heutigen Gebieten der Vojvodina im 19.

Jahrhundert verbunden. Während der ungarischen Revolution von 1848 hatte am 15. Mai eine serbische Volksversammlung in Sremski Karlovci (dt. Karlowitz, ung. Karlóca) die serbische Nation ausgerufen. Die Versammelten verlangten eine Territorialautonomie auf dem Gebiet des Königreichs Ungarn. Teile des Banats, der Batschka und der Baranja sollten im Kronland Serbische Wojwodina (serb. Srpska Vojvodina) zusammengefasst werden. Die Wiener Regierung akzeptierte die Etablierung einer serbisch-orthodoxen kirchlichen Verwaltungseinheit unter dem Metropolit Josip Rajačić (1785–1861) sowie dem Woivoden Stevan Šupljikac (1786–1848) als oberste politische Führungspersonen. Wien billigte jedoch weder die Existenz der serbischen Nation noch die Gründung eines neuen Kronlands, das ein Bündnis mit dem Dreieinigem Königreich Kroatien, Slawonien und Dalmatien anstrebte. Nach der oktroyierten Märzverfassung von 1849 begründete zwar ein kaiserliches Patent die „Woiwodschaft Serbien und Temeser Banat“ (serb. Vojvodstvo Srbija i Tamiški Banat). Nach der Wiederannäherung an Ungarn wurde die Woiwodschaft jedoch 1860 aufgelöst und dem Königreich Ungarn einverleibt.

Die Bezeichnung Vojvodina rekurriert seit der Revolution von 1848/49 auf eine kulturgeschichtliche und geografische Einheit mit autonomistischen Tendenzen. Die serbische Seite stützte im 19. und 20. Jahrhundert ihre territorialen Ansprüche auf die südungarischen Gebiete stets auf das Versprechen des Kaisers Leopold I. aus dem 17. Jahrhundert. Laut diesem Versprechen gedachte Wien den vor den türkischen Eroberern flüchtenden orthodoxen Immigranten in Südungarn eigene religiös-kulturelle Rechte zu gewähren. Vorstellungen über eine Abspaltung von Ungarn pflegten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs nur wenige serbisch-nationale Führungspersönlichkeiten aus Südungarn. Im Fürstentum (1817–1882) bzw. Königreich Serbien verbreiteten sich dagegen bereits seit den 1840er-Jahren großserbische Ordnungsvorstellungen, die von Wissenschaftlern, Politikern und vom Militär getragen wurden. Ihre Ziele waren die vollständige Verdrängung osmanischer, österreichischer und ungarischer „Fremdherrschaft“ und der Zusammenschluss aller von Serben bewohnten Gebiete.

Der serbische Maler Pavle Simić (1818–1876) aus Novi Sad verewigte das Ereignis der serbischen Volksversammlung vom 15. Mai 1848 in seinem Gemälde „Die serbische Volksversammlung am 1. Mai 1848“ (serb. Srpska narodna skupština 1. Maja 1848; das Datum bezieht sich auf die alte Zeitrechnung). 2018 erinnerte die Galerie des Kulturvereins Matica srpska in Novi Sad anlässlich des 170-jährigen Jubiläums der Maiversammlung und des 200. Geburtstags des Malers an die historische Bedeutung der Volksversammlung für die serbische Nation. In der Mitte der Komposition, an erhöhter Stelle, vor dem alten Konsistorium mit Arkaden im Hintergrund, wird der neu gewählte Patriarch Rajačić gezeigt, wie er sich an die Versammelten wendet. In seiner linken Hand hält er die ursprünglichen kaiserlichen Privilegien mit Siegel, die er von Kaiser Leopold I. als Einladung und Garantie an die Serben kurz vor der Großen Serbenwanderung (serb. Velika seoba Srba) 1690 erhalten hatte. Darunter stehen die Hauptredner der Volkversammlung sowie die Volksdelegierten, die die nationalen Idealtypen repräsentieren. Links vom Patriarchen ist die serbische Trikolore, rechts sind die kaiserliche und ungarische Flagge, davor der Kirchenhimmel in Szene gesetzt. Das Gemälde trägt die Symbolik der transterritorialen serbischen Einheit und nimmt heute im Zeichen der Kontinuität der serbischen nationalen Idee in der Vojvodina einen bedeutenden Platz in der serbischen Erinnerungskultur ein.



Abb. 2: Maiversammlung in Sremski Karlovci 1848, Pavle Simić, 1848/49
Quelle: Galerija Matice Srpske Novi Sad

Das Jubiläumsjahr 2018 in der Vojvodina ist somit nicht nur für das Gedenken an das Weltkriegsende reserviert, sondern auch für die Erinnerung an die transregionale Zugehörigkeit der Serben seit 1848. Dies unterstreichen sogar Reiseführer, die anlässlich der Auszeichnung der Stadt Novi Sad als europäische Kulturhauptstadt 2022 verlegt wurden. Das Gemälde von Simić ist in der offiziellen Erinnerungspolitik hauptsächlich im Kontext des Jahres 1918 relevant. Der Anschluss der Vojvodina an das Königreich Serbien 1918 erscheint als eine logische Konsequenz aus den serbischen Autonomiebestrebungen in Südungarn 1848. Das neue „Museum des Beitritts der Vojvodina zum Königreich Serbien“ stellte ebenfalls ein Gemälde in den Mittelpunkt des Gedenkens an die Entstehung der serbischen Vojvodina. Es handelt sich um das Werk von Anastas Bocarić (1864–1944), eines aus Montenegro stammenden Malers griechischer Eltern, der ab 1912 in Novi Sad als Lehrer arbeitete. Die Galerie der Matica srpska und das neue „Museum des Beitritts“ bieten mit den Gemälden zwei zentrale Bilddokumente, die sich für neue *mental maps* in der Öffentlichkeit und eine Umschichtung der kollektiven Erinnerung eignen.

Bocarićs Gemälde befand sich seit 1997 im Museum Vojvodina, von wo aus es 2018 in die Räumlichkeiten der neuen Abteilung verlegt wurde. Der Leihgeber und Eigentümer des Gemäldes ist das Stadtmuseum in Subotica (dt. Maria-Theresiopel, ung. Szabadka). Die dortigen Delegierten von 1918 hatten das Gemälde bei Bocarić bestellt und erstmalig 1925 ausgestellt. Auf der 315 x 180 cm großen Darstellung überwiegen deswegen Abgeordnete aus der Stadt Subotica. Die beiden zentralen Figuren sind der römisch-katholische Pfarrer von Subotica, der Bunjewatze Blaško Rajić (1878–1951), und der serbisch-orthodoxe Erzpriester der Baranja, Stevan Mihaldžić (1862–1941). Auf der Bühne sind der Präsident des Serbischen Nationalrates und Gründer der Radikalen Partei, Jaša Tomić (1856–1922), sowie der griechisch-katholische Erzpriester Jovan Hranilović (1855–1924) zu sehen, der als ältester Abgeordneter die Versammlung eröffnete.



Abb. 3: Große Nationalversammlung der Serben, Bunjewatzen und anderer Slawen in Banat, Batschka und Baranja, Anastas Bocarić, 1922/1923
Quelle: Museum des Beitritts Novi Sad

Die Versammlung von 1918 wird wie eine Fortsetzung der Versammlung von 1848 inszeniert. 2018 ist die serbische Bevölkerung Hauptprotagonistin der vojvodinischen Geschichte; andere Bevölkerungsgruppen sind wohlwollend geduldete Nebendarstellerinnen. Nach dieser Interpretation wird der heutige vojvodinische Autonomismus historisch „entschuldigt“. Was laut den serbischen Nationalisten die Vojvodina zur Autonomie berechtigt, sind nicht die spezifischen politischen Ordnungsvorstellungen ihrer zahlreichen kulturellen und ethnischen Bevölkerungsgruppen, ihre Ansprüche auf kulturelle und politische Unabhängigkeit und ihr wirtschaftlicher Erfolg, sondern ihre spezifische autonomistische Geschichte. Die so gedeutete Autonomie steht weniger konträr zum serbischen Zentralismus. Im gleichen Zuge wird die Vojvodina als die Wiege des serbischen Nationalismus und der serbisch-nationalen Unabhängigkeit von den Großmächten interpretiert. Das Letztere ist wiederum angesichts des politischen Lavierens der serbischen Regierung zwischen den russischen und EU-europäischen Interessen ein anschlussfähiger tagesaktueller Topos. Es erinnert außerdem an den Umgang der serbischen nationalen Eliten mit den serbischen historischen Traditionen im Kosovo. Der aktuelle serbische Präsident, Alexander Vučić, bezeichnete den Beitritt der Vojvodina zu Serbien als das größte Erbe der Geschichte des serbischen Volkes in den letzten zwei Jahrhunderten. Dieser Kunstgriff der nationalen Erinnerungspolitik macht die Vojvodina zu einer Besonderheit des Nationalen, einem nationalen Erinnerungsort, das großzügige Selbstbestimmungsrechte verdient, jedoch von Serbien untrennbar bleibt.

Die politische Betonung der Multikulturalität und des Zusammenlebens vieler Ethnien in der Vojvodina seitens der serbischen Regierungskreise erfüllt den Zweck, das serbische nationale Prestige zu mehren. Sie unterstreicht die angebliche großzügige Führungsrolle der serbischen Bevölkerung in der vojvodinischen Geschichte. Oberhalb des Gemäldes von Anastas Bocarić im Museum des Beitritts wurde eine Lichtinstallation angebracht, die in serbisch-kyrillischer und englischer Sprache das Ausstellungsmotto hervorhebt: „Све шта год нам не копа очи, даћемо од срца народима, који с нама живе, а нису Срби. Anything that is not a thorn in our eye, we shall give from our hearts to the non-Serbs living with us.“ Die Worte stammen aus der Rede von Jaša Tomić, die er in der Großen Volksversammlung 1918 gehalten hatte. Interessant ist die Aussage des Zitats und der auf der Gedenktafel am historischen Tagungsgebäude der Versammlung in Novi Sad eingelassenen Worte. Die Rede ist von Serben, die paternalistisch gegenüber den Nicht-Serben, „die mit ihnen zusammenleben“, auftreten und ihnen selbstlos Freiheiten einräumen. Es sind Slawen bzw. Serben, die aus einer Position des Kriegsgewinners ihre „Zusammenführung“ mit Serbien verwirklichen wollen.

Im Unterschied zum Gedenken seit 2016 erinnerten frühere politische Repräsentanten der Vojvodina, wie 2010 der ehemalige Parlamentspräsident Bojan Pajtić, am 24. November an den europäischen Geist der Region und die dort herrschende allgemeine Verachtung für nationalistische Phrasen. Die Kranzniederlegungen an der Gedenktafel wurden auch vor 2018 organisiert und von manchen Minderheitenorganisationen, wie den Bunjewatzen, begleitet. Der Nationalrat der Bunjewatzen und damit eine weitere slawische ethno-linguistische Bevölkerungsgruppe verpflichtete sich im Königreich Jugoslawien eher der kroatischen als der serbischen nationalen Identität. Einige Delegierte der Bunjewatzen sprachen sich 1918 für einen Zusammenschluss mit dem Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben in Zagreb unter anschließender Gründung eines südslawischen Staates mit dem Königreich Serbien aus. Die Bunjewatzen – wie auch die Schokatzen – unterlagen dem Kreis um Tomić, blieben aber auch in der Nachkriegszeit eher jugoslawisch-föderalistisch als unitaristisch eingestellt.

Symptomatisch für das heutige serbisch-nationale Selbstverständnis über die Integration der Gebiete, in denen Serben leben, ist die Verwendung des Begriffes „Prisajedinjenje“. Wörtlich bedeutet dieser Ausdruck „Beitritt“ im Sinne eines Zusammenschlusses, was die Bedeutung als „Anschluss“ oder „Annexion“ ausschließt und auf eine freie und unabhängige Entscheidung zum Zusammenschluss rekurriert. Tomić hatte noch von Anschluss (serb. Priklučenje) gesprochen. Verwendet wird „Prisajedinjenje“ in Serbien außerdem im montenegrinischen Kontext. 1918 schloss sich Montenegro auf Grundlage der Podgorica-Versammlung (serb. Podgorička Skupština) dem Königreich Serbien an. 2018 erklärte das Parlament des 2006 aus der Staatenunion Serbien und Montenegro ausgetretenen Montenegros die betreffende Entscheidung der Podgorica-Skupština für nichtig. Diese schaffte in illegitimer Weise die montenegrinische Staatlichkeit und Königsdynastie ab und suggerierte eine Einheit mit der serbischen Identität, hieß es. Die serbische Meistererzählung wird 100 Jahre nach dem großen Moment der serbischen Staatlichkeit von den politischen Repräsentanten in den 1918 annektierten Gebieten boykottiert. In der Vojvodina verfolgt die Zentralregierung auch deshalb abweichende Deutungen des „Prisajedinjenje“ besonders kritisch. Zudem wurde von „Prisajedinjenje“ im Kontext der serbischen territorialen Ansprüche auf Gebiete in Kroatien und Bosnien in den 1990er-Jahren gesprochen. Der Präsident der bosnischen Serben, Milorad Dodik, bedauerte bei den Feierlichkeiten am 25. November 2018 in Novi Sad, dass es zu keinem „Prisajedinjenje“ der Serben in Bosnien an das Königreich Serbien gekommen war. Die Symbolkraft des Begriffs

liegt in der Hervorhebung des serbischen Anrechts auf die vermeintlich serbischen Siedlungsgebiete. Der multiethnische Charakter dieser Regionen ist nachrangig.

Die gegenwärtige serbische Regierung führte außerdem zum 100. Jubiläum des Weltkriegsendes am 15. September 2018 einen weiteren Feiertag ein, den „Tag der serbischen Einheit, Freiheit und der nationalen Flagge“ (serb. Dan srpskog jedinstva, slobode i nacionalne zastave) ein. Erinnerung werden soll an den Durchbruch an der berühmten Thessaloniki-Front, was sich als entscheidend für den Zusammenbruch der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg herausstellte. Es ist kein staatlicher, so heißt es, sondern ein Feiertag für alle Serben auf dem ehemaligen Gebiet der Republik Jugoslawien und in der Emigration. Mit einem reichhaltigen Programm gefeiert werden sollte der 15. September in Serbien und in der sogenannten serbischen Republik (serb. Republika Srpska), also der 1995 geschaffenen serbischen Entität in Bosnien und Herzegowina. Der serbische Außenminister rief 2021 alle Serben im In- und Ausland auf, die serbische Trikolore auf Gebäuden und Häusern zu hissen. Der Feiertag stellte zweifelsfrei eine militärische und politische Machtdemonstration dar. Serbische Funktionäre riefen sogar zur Schaffung einer „serbischen Welt“ durch die politische Vereinigung von 1,3 Millionen Serben in Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kroatien und Kosovo auf. Das Konzept einer „serbischen Welt“ ist eine unmissverständliche Annäherung an die vom russischen Präsidenten Wladimir Putin seit 2001 vertretene geopolitische Strategie der „russischen Welt“, mit der er letztlich die Krim-Annexion rechtfertigt. Kritische Stimmen zur „serbischen Welt“ blieben in Kroatien, in der Föderation von Bosnien und Herzegowina und in Montenegro nicht aus. Die Absicht der serbischen Regierung, die regionalen Gedächtnisse der Serben zu einem allgemeinen serbisch-nationalen kulturellen Gedächtnis zusammenzuführen, strebt die Stabilisierung der serbischen Gesellschaft und die Stärkung der serbischen nationalen Identität an. Der serbische Sieg im Ersten Weltkrieg und die Instrumentalisierung der Kriegsoffer dienen als ein Katalysator der Tagespolitik, die dadurch als legitim erscheint. Die vojvodinische Geschichte ist der zentrale Teil dieses für die ehemaligen jugoslawischen Gebiete potenziell äußerst konfliktträchtigen nationalen Vorhabens. Der wissenschaftliche Rat im Museum Vojvodina, der Politikwissenschaftler Drago Njegovan, sagte dazu, dass die serbische Idee in der Vojvodina am stärksten war. Ähnlich wie im Falle Kosovos wurde die Vojvodina zum nationalen „Erinnerungsort“ hochstilisiert. Von Seiten regierungsnaher serbischer Historiker, wie Dejan Ristić, folgte die Rechtfertigung für das grenzüberschreitende und erweiterte Nationsverständnis: Identität, Kultur und Wissenschaft kannten keine Grenzen, die ohnehin veränderlich seien, so Ristić. Dem freilich nur serbischen Revisionismus der nach 1995 entstandenen Grenzen verschafft Ristić damit eine Legitimität.

Die Feierlichkeiten zum Jubiläum der hundertsten Wiederkehr des Kriegsendes begleitete 2018 vor allem in Novi Sad und in Ruma ein Programm aus Theatervorstellungen, Konzerten, Ausstellungen und anderen Formaten. Der serbische bzw. jugoslawische König Petar Karađorđević I. (Regierungszeit 1903–1921) erhielt ein Denkmal auf dem Platz der Republik in Novi Sad. Gedreht wurde auch eine Dokumentation über die historischen Größen der „serbischen Vojvodina“, die vom Provinzsekretariat für Kultur, öffentliche Information und Beziehungen mit religiösen Gemeinschaften finanziert wurde. Zahlreiche Monografien und Sammelbände über die historischen Umstände des Anschlusses der Vojvodina an Serbien sind seitdem erschienen. Die meisten Aktivitäten mit dem Ziel der Kultivierung des Geschichtsbildes über eine serbische Vojvodina durch Institutionen, Medien und Organisationen fallen zusammen mit dem Regierungswechsel in der Vojvodina 2016, also der

Regierungsübernahme durch die Serbische Fortschrittspartei unter dem Parteivorsitz von Alexander Vučić. Laut den Worten des Vize-Präsidenten des vojvodinischen Parlaments, Nemanja Zavišić, aus dem Jahr 2016 sollte endlich richtig an den Beitritt erinnert werden. Man nehme nun die Erneuerung der nationalen Ideen und Gedanken in der Nordprovinz ernst.

Das exponierte serbisch-nationale Geschichtsbild von der Vojvodina teilen nicht alle vojvodinischen Akteure. Im Vorfeld der Feierlichkeiten in den vojvodinischen Städten erschienen Plakate mit der Botschaft, dass 100 Jahre genug gewesen sind. Es gäbe immer welche, die gegen die Zugehörigkeit der Vojvodina zu Serbien seien, sie entschieden jedoch nicht mehr, so Vučić in seiner Reaktion auf die Plakataktion der parteiunabhängigen Organisation „Junges Vojvodina“ (serb. Mlada Vojvodina). Die sozialdemokratische Opposition im vojvodinischen Parlament beschuldigte die Regierung der Serbischen Fortschrittspartei, sie wolle die Geschichte umschreiben. Die Vojvodina hätte es vor 1945 nicht gegeben, weil sie 1860 aufhörte zu existieren. Die Sozialdemokraten haben in der Vojvodina jahrzehntelang an der Konstruktion einer bürgerlichen vojvodinischen Identität gearbeitet, die nun von den Nationalisten buchstäblich abgeschafft wurde. Von einem konstruierten Geschichtsbild sprechen auch viele Vertreter der vojvodinischen Wissenschaft, wie etwa der Politikwissenschaftler und Politiker Duško Radosavljević. Es wird eine neue Tradition in der Vojvodina erschaffen, so Radosavljević. Nicht-Regierungsorganisationen wie der „Klub der Vojvodina“ (serb. Vojvođanski klub) lehnten den „Tag der Vojvodina“ am 25. November ab. Der wahre Gedenktag sei der 31. Juli, weil an diesem Tag 1945 die Vojvodina als eine autonome Region konstituiert und daraufhin an das föderalistische Serbien angeschlossen wurde. Die Autonomie der Vojvodina beruhte auf Antifaschismus, ethnischer Gleichberechtigung sowie Gleichheit und Recht, hieß es in der Verkündung. Am 31. Juli 1945 wurden durch einen Beschluss der Versammlung der vojvodinischen Volksräte Serben, Ungarn, Kroaten, Slowaken, Rumänen, Russinen und Juden offiziell als konstitutive Völker und Erbauer der Vojvodina anerkannt, so die Präsidentin des Klubs, Branislava Kostić. Ein solches Vojvodina werde jedoch nicht von der Zentralregierung akzeptiert.

Mit dem 31. Juli gibt es ein weiteres Datum im vojvodinischen kulturellen Gedächtnis, das an einen Anschluss der Vojvodina erinnert. Dieses Datum wurde in der offiziellen Erinnerungspolitik stillschweigend umgangen. Anders als die beiden anderen, taugt es nicht zur nationalistischen Vergegenständlichung in Gestalt symbolischer Medien wie Denkmale oder Museen. Der 31. Juli dient kaum der neuen Welle der nationalen Erinnerung, weil es an lebendige Gedächtnisse gekoppelt ist. Gerade die Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die Grundlage der vojvodinischen Autonomie nicht in 1848, sondern in den Ereignissen von 1945 erblickt. Auffällig bei der Rekonstruktion und Kultivierung des neuen serbischen kulturellen Gedächtnisses ist die Negierung der unterschiedlichen vojvodinischen Bevölkerungsgruppen als konstitutive Völker der vojvodinischen Autonomie und ihre Bezeichnung als Minderheiten. 1948 war die serbische Bevölkerung in der Vojvodina mit 50,6 Prozent nur knapp in der Mehrheit. Noch augenfälliger ist außerdem, dass das Gedenken an die Gründung Jugoslawiens 1918 völlig überspielt wurde vom Erinnern an den serbischen Sieg im Ersten Weltkrieg unter Hervorhebung der Verbundenheit zwischen den Serben in Serbien und in der Diaspora. Die um 1918 weit verbreitete Idee der Vereinigung der Völker wird dabei nur auf die serbische und nicht auf die jugoslawische Vereinigung bezogen. Dadurch werden gleichzeitig die Legitimitätslücken für die Vereinigung unterschiedlicher Regionen mit dem serbischen Staat deutlich, die 1918 tatsächlich die Gründung eines gemeinsamen jugoslawischen Staates und keinen serbischen Unitarismus priorisierten.

Seitens der Repräsentanten der Minderheiten gab es gemischte Reaktionen. Der Präsident der Ungarischen Allianz in der Vojvodina, Ištvan Pastor, votierte zwar für die

Einführung des „Tags der Vojvodina“, betonte jedoch im Namen seiner Partei, dass die ungarische Gemeinschaft das Ereignis der Großen Volksversammlung nicht als ein freudiges Ereignis feiere, sondern lediglich respektiere. Die seitdem ertönten, verhaltenen Reaktionen aus den ungarischen Organisationen sind vielleicht auch der Tatsache geschuldet, dass sich Pastor öffentlich als Unterstützer sowohl von Orbán als auch von Vučić bekennt. Die angeblich schon längst „europäische“ Vojvodina baut zwar viele Brücken zur Europäischen Union. Im Spiegel ihrer politischen Ereignisse scheint sie jedoch auch eine Plattform für die Pflege anti-westlicher Ressentiments von Seiten bestimmter EU-Staaten und dem Regime Vučić zu sein.

2019 unterschrieben Vertreter vieler oppositioneller Parteien, die sich um die Koalition der „Vojvodina-Front“ (serb. Vojvođanski front) gruppieren, ein sogenanntes „Memorandum für die Zukunft der Vojvodina“ (serb. Memorandum o budućnosti Vojvodine). Das von Sozialdemokraten, Liberalen, Autonomisten, aber auch von der Allianz der Vojvodina-Rumänen, der Montenegrinischen Partei, der Allianz der Slowaken der Vojvodina und anderen Parteien unterstützte Memorandum ist ein Bekenntnis zur europäischen Integration Serbiens und der Vojvodina, zur internationalen Versöhnung, ebenso zu antifaschistischen Wurzeln der Vojvodina wie auch zu ihrer gemischten vojvodinischen Identität. Es richtet sich gegen Nationalismus und Zentralismus. Der Vorsitzende der autonomistischen Vojvodina-Partei, Aleksandar Odžić, lehnte im Zusammenhang mit der Vojvodina-Front jedwede mononationale Vereinnahmung der Region und ihrer Erinnerungsgeschichte durch die Errichtung von serbisch-nationalen Denkmälern ab. Damit ist die Erwartung verbunden, dass eine regional verträgliche Erinnerungskultur an die Zäsuren des 20. Jahrhunderts gelingen kann, wenn die unterschiedlichen Gedächtnisse einbezogen werden.

Neben Organisationen und Parteien sind es auch Intellektuelle, die eine alternative Erinnerungskultur in der Vojvodina vertreten. Der mitunter ungarischsprachige Autor aus Novi Sad, László Végel, brachte die Kritik an dem neuen nationalen Gedenken an den Beitritt auf den Punkt. Das Ereignis fungiere, so Végel, als ein tagesaktueller Anker für das Bewusstsein im 21. Jahrhundert. Dabei stellte er die Frage, ob nicht ein anderes Datum geeigneter für einen „Tag der Vojvodina“ wäre, weil ihn alle gemeinsam feiern könnten. Die Historiker Branka Prpa und Miloš Savin gaben eine negative Einschätzung über den „serbischen Piemontismus“ und die Idealisierung eines historischen Ereignisses ab.

Die lokale Erfahrung des Ersten Weltkriegs brachte in der Vojvodina keine ausreichenden Gedächtnisspeicher für die Erinnerung an eine Zugehörigkeit zum unitaristischen serbischen Nationalstaat hervor. Die je nach ethnischer Zugehörigkeit unterschiedlichen Erfahrungen der veränderten Eigentumsverhältnisse, der Migration, der Kriegsverluste, der Folgen der politischen Neuordnung usw. eignen sich nicht zur Konstruktion eines Geschichtsbildes, das nur eine Nation honoriert. Nicht einmal die hervorgehobene serbische Siegerrolle im Krieg kann auf Dauer die ethnonationale Erinnerungskultur legitimieren. Die Enthüllung des Denkmals von König Petar Karađorđević I. 2018 in Novi Sad gibt vielmehr Aufschluss darüber, welche Denkmäler und Erinnerungen fehlen: nämlich diejenigen, die das Gemeinsame und Alltägliche der Bevölkerungsgruppen betonen, das kommunikative und das lokale Gedächtnis in den Fokus rücken sowie eine Zukunftsvision bereitstellen. Dies könnte die Brüchigkeit und Situativität der nationalen Identitäten aufzeigen und die Sensibilität für das zukünftige Miteinander erhöhen. Für die Vojvodina wird dieser Weg momentan von den autokratischen Regimen in Serbien und Ungarn unterbunden. Dadurch zeigt sich die Abhängigkeit der Erinnerungskultur von der Tagespolitik. Das staatliche Eingreifen in die geteilten Erinnerungen der vojvodinischen Bevölkerung führt jedoch kaum zur Stärkung der nationalen Identität der Serben oder Ungarn in der Vojvodina. Vielmehr zeigt das Beispiel der Vojvodina, dass das öffentliche Erinnern an das Ende des Ersten Weltkriegs

unter Verfolgung einer starren mononationalen Erinnerungspolitik in multikulturellen Gebieten die Gefahr der Radikalisierung derselben birgt.

Verwendete Literatur

Assmann, Jan/Czaplicka, John: Collective Memory and Cultural Identity. In: *New German Critique* 65 (1995), 125–133.

Bethke, Carl: *Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und der Vojvodina 1918–1941*. Wiesbaden 2009.

Boarov, Dimitrije: *Politička istorija Vojvodine [Politische Geschichte der Vojvodina]*. Novi Sad 2001.

Daheim an der Donau. Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina. Hg. v. Museum Vojvodina und dem Donauschwäbischen Zentralmuseum. Ulm 2009.

Haselsteiner, Horst/Wastl-Walter, Doris (Hg.): *Mosaik Europas. Die Vojvodina*. Frankfurt a. M. u. a. 2011.

Hornýák, Árpád/Janjetović, Zoran/Bíró, László (Hg.): *Mađari i Srbi sa dve strane promenjive granice 1941–1948 / Hungarians and Serbs on both sides of the changing boundaries 1941–1948*. Budapest 2016.

Ivanišević, Alojz: Der Mythos der nationalen Befreiung im südslawischen Raum während des Ersten Weltkriegs. In: *Der Donauraum* 53 (2013), H. 2, 181–197.

Klabjan, Borut: *Borderlands of Memory. Adriatic and Central European Perspectives*. Oxford 2019.

Kuljić, Todor: *Umkämpfte Vergangenheit. Die Kultur der Erinnerung im postjugoslawischen Raum*. Berlin 2010.

Marković, Saša: *Velika narodna skupština i prisajedinjenje Vojvodine (Banata, Bačke i Baranje) Kraljevini Srbiji 25.11.1918 [Die Große Volksversammlung und der Beitritt der Vojvodina (Banat, Batschka und Baranja) zum Königreich Serbien am 25. November 1918]*. In: BBNS. Digitale Plattform der Stadt Novi Sad. <http://bbns.rs/?locale=scr> (15.9.2021).

Ders.: *Od prisajedinjenja do prekranja, Vojvodina u Kraljevini SHS/Jugoslaviji 1918–1941 [Vom Beitritt bis zur Neuordnung der Vojvodina im Königreich SHS/Jugoslawien 1918–1941]*. Novi Sad 2020.

Ders.: *Politički život Bunjevaca Vojvodine u Kraljevini SHS-Jugoslaviji 1918–1941 [Politisches Leben der Bunjewatzen in der Vojvodina im Königreich SHS-Jugoslawien 1918–1941]*. Subotica 2010.

Mikavica, Dejan: *Srpska Vojvodina. Od Autonomije do Prisajedinjenja 1683–1918 [Die serbische Vojvodina. Von der Autonomie bis zum Beitritt 1683–1918]*. Novi Sad 2018.

Njegovan, Drago: *Prisajedinjenje Vojvodine Srbiji. Prilog političkoj istoriji Srba u Vojvodini do 1921. godine [Der Beitritt der Vojvodina zu Serbien. Ein Beitrag zur politischen Geschichte der Serben in der Vojvodina bis 1921]*. Novi Sad 2004.

Novi Sad. Kulturhauptstadt Europas 2022. Europäische Jugendhauptstadt 2019. Reiseführer. Hg. v. Touristische Organisation der Stadt Novi Sad. Novi Sad 2020. <https://novisad.travel/wp-content/uploads/2021/03/Novi-Sad-Vodic-NEM.pdf> (15.09.2021)

Portmann, Michael: Vojvodina. In: Schmitt, Oliver Jens/Metzeltin, Michael (Hg.): Das Südosteuropa der Regionen. Wien 2015, 313–348.

Robionek, Bernd: Ethnische Ökonomie im politischen Spannungsfeld. Das deutsche Genossenschaftswesen in der Vojvodina (1922–1941). Hamburg 2019.

Sajti, Enikő A.: Hungarians in the Voivodina 1918–1947. New York 2003.

Šarenac, Danilo: Remembering Victory: The case of Serbia/Yugoslavia. In: Südosteuropa-Jahrbuch 42 (2018), 225–245.

Sundhaussen, Holm: Geschichte Serbiens: 19.–21. Jahrhundert. Wien u. a. 2007.

Tomić, Đorđe: Phantomgrenzen und regionale Autonomie im postsozialistischen Südosteuropa. Die Vojvodina und das Banat im Vergleich. Göttingen 2016.

Internetquellen

Die Galerie der Matica Srpska: <https://www.galerijamaticesrpske.rs>; insbesondere: <https://www.galerijamaticesrpske.rs/2018/slika-u-fokusu-maj.html#>

Museum Vojvodina: <https://www.muzejvojvodine.org.rs>; insbesondere: <https://www.muzejvojvodine.org.rs/muzej-prisajedinjenja-1918-godine>

Parlament der Autonomen Provinz Vojvodina: www.skupstinavoivodine.gov.rs; insbesondere: <https://www.skupstinavoivodine.gov.rs/Strana.aspx?s=aktaapv>; <https://www.skupstinavoivodine.gov.rs/Vesti.aspx?id=6911&s=vesti&j=HU>

Stadt Subotica: <https://gradsubotica.co.rs>; insbesondere: <https://gradsubotica.co.rs/prisajedinjenje-vojvodine-srbiji>

Die bunjewatzische Matica/Kulturverein: <https://www.bunjevacka-matica.rs>; insbesondere: <https://www.bunjevacka-matica.rs/vist/nacionalni-praznik-bunjevaca-25novembar-dan-velike-narodne-skupstine-srba-bunjevaca-i-ostali-slovena>

Der öffentliche Rundfunk der Vojvodina: <https://www.rtv.rs>; insbesondere: https://www.rtv.rs/sr_lat/kultura/vojvodina-dobila-muzej-prisajedinjenja-mesto-nezaborava-i-ponosa_969523.html; https://www.rtv.rs/sr_lat/politika/ne-mozemo-da-objedinimo-sve-teritorije-na-kojima-zivi-nas-narod-ali-moramo-da-sacuvamo-jedinstvo-srba_969492.html

Die Liga der Sozialdemokraten Vojvodinas: <https://lsv.rs>; insbesondere: <https://lsv.rs/otopina/dokumenti/memorandum-o-buducnosti-vojvodine-16677>

Medienportal der vojvodinischen Provinzregierung: <http://www.mediaportal.vojvodina.gov.rs/main.php>; insbesondere: <http://www.mediaportal.vojvodina.gov.rs/v/Video>

Nachrichtenportal des unabhängigen Journalistenverbands der Vojvodina: <https://www.autonomija.info>; insbesondere: <https://www.autonomija.info/ap-dan-srpskog-jedinstva-izaziva-zabrinutost-na-balkanu.html>; <https://www.autonomija.info/vojvodjanski-klub-istinski-dan-vojvodine-je-31-juli.html>; <https://www.autonomija.info/dan-vojvodine-ili-kako-ugusiti-slavljenika.html>; <https://www.autonomija.info/laslo-vegel-buducnost-je-vec-davno-prosla.html>

Vojvodinisches Forschungs- und Analyseportal Voice: <https://voice.org.rs>; insbesondere: <https://voice.org.rs/u-susret-godini-nacionalisticke-i-unitaristicke-propagande>

Dokumentarserien

Velikani Srpske Vojvodine [Die Helden der serbischen Vojvodina]. Drehbuch: Milovan Vitezović. Belgrad 2018. Beomedija.

Tageszeitungen und Nachrichtenportale

Aljazeera, 03.04.2014 (<https://balkans.aljazeera.net/opinions/2014/4/3/novi-statut-vojvodine-reakcija-na-krim>).

BBC News Serbisch, 14.09.2021 (<https://www.bbc.com/serbian/lat/balkan-58557473>).

Danas, 30.07.2019 (<https://www.danas.rs/politika/vojvodjanski-klub-istinski-dan-vojvodine-je-31-jul>); 22.3.2021 (<https://www.danas.rs/politika/pastor-vucic-i-orban-su-glas-razuma>).

Deutschlandfunk, 20.12.2018 (https://www.deutschlandfunk.de/vojvodina-4-5-orbans-einfluss-in-serbien.795.de.html?dram:article_id=435939); 19.12.2008 (https://www.deutschlandfunk.de/vojvodina-in-serbien-3-5-belgrads-langer-arm-reicht-bis.795.de.html?dram:article_id=435937).

Dnevnik, 27.11.2018 (<https://www.dnevnik.rs/politika/obelezavane-prisajedinena-ludi-i-dela-trajno-otrgnuti-od-zaborava-27-11-2018>).

Radio Slobodna Europa, 25.11.2018 (<https://www.slobodnaevropa.org/a/obelezeno-prisajednjenje-vojvodine-kraljevini-srbiji/29619786.html>).

Radio Slobodna Europa, 23.11.2018 (<https://www.slobodnaevropa.org/a/godisnjica-prisajedinjenje-vojvodina/29616652.html>).

Peščanik, 06.12.2019 (<https://pescanik.net/mir-pobeda-pomirenje-ili-cemu-srbiji-sluzi-prvi-rat>).

Politika, 07.06.2018 (<https://www.politika.rs/sr/clanak/405128/Politika/Vojvodanski-klub-poziva-na-reviziju-prikljucenja-Srbiji>).

N1Srbija, 21.03.2018 (<https://rs.n1info.com/vesti/a373411-pokrajinska-vlada-predlozila-25-novembar-za-dan-vojvodine/>); (<https://rs.n1info.com/vesti/a438413-plakati-u-vojvodini-posle-veka-i-hongkong-rekao-dovidjenja>).

Lupiga, 15.05.2021 (<https://lupiga.com/reportaze/antologijska-reportaza-boris-dezulovic-u-kninu-na-dan-referenduma-za-prisajedinjenje-sao-krajine-sa-srbijom>).

02!, 28.07.2021 (<https://www.021.rs/story/Novi-Sad/Vesti/280550/Odzic-Ne-postoji-srpska-Vojvodina.html>).

b92, 25.11.2012 (https://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2012&mm=11&dd=25&nav_category=12&nav_id=663162).

Daniela Simon, Dr.

Historikerin, Lehrbeauftragte am Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen, Mitarbeiterin am Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Geschichte und Kultur des mittleren Donauraums, Regionalgeschichte Kroatiens, Bosniens und Serbiens, Diversität und kulturelle Hybridität in der Habsburgermonarchie, Gewalt und Religion im Zweiten Weltkrieg in Kroatien und Bosnien und Herzegowina, Transformationsprozesse und sozialer Wandel in Jugoslawien und Eigentumsordnungen in Serbien.

Das Ende des Ersten Weltkriegs und seine Folgen im östlichen Europa

Konkurrierende Erinnerungen in Polen

STEPHAN LEHNSTAEDT

Polen feierte 2018 hundert Jahre Unabhängigkeit. Unser Nachbar ist eines jener Länder, das 1918 aus der Konkursmasse von Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland entstand und in der kurzen Zwischenkriegszeit bis 1939 nicht fremdbeherrscht war. Die Unabhängigkeit, die Staatswerdung in den unmittelbaren Jahren nach 1918 sowie die aktuellen Unabhängigkeitsfeiern waren aber mitnichten 2018 abgeschlossen, sondern zogen sich bis 2021 hin – weil der Polnisch-Sowjetische Krieg mit dem Frieden von Riga 1921 in ein gewissermaßen ganzheitliches Narrativ vom Kampf ums Vaterland einbezogen wurde und wird.

Um diese Sichtweise zu verstehen, muss noch über 1918 hinweg zurückgegangen werden, denn der frühneuzeitliche polnisch-litauische Staat war seit 1795 zwischen den drei Kaiserreichen Deutschland, Österreich und Russland aufgeteilt. Dementsprechend kämpften polnische Soldaten im Ersten Weltkrieg in großer Zahl für diese drei Mächte, jeweils etwas über eine Million für Österreich-Ungarn und Russland, rund 800.000 für Preußen. Aber nicht sie dominieren heute das Andenken an den Ersten Weltkrieg, sondern die Polnischen Legionen, eine Freiwilligenformation mit nie mehr als 50.000 Angehörigen. Sie kämpften auf Seiten der Mittelmächte, genauer für Österreich-Ungarn, unter dem Kommando von Józef Piłsudski; ihre Soldaten kamen aber als Freiwillige aus dem russischen Teil Polens.

Die Legionen sind zugleich ein Beispiel dafür, dass die Zusammenarbeit mit den Mittelmächten nicht immer problemlos war. Piłsudski wollte sich nämlich keineswegs den Österreichern unterordnen. Seine Vorstellung als „Berufsrevolutionär“ war vielmehr, den Krieg zu nutzen, um Vorteile für Polen zu erreichen, am besten sogar einen eigenen Staat. Und so sahen sich die Legionen als eine Art Keimzelle eines künftigen polnischen Heeres, nicht aber als die – unbedeutende – Hilfstruppe der Mittelmächte, die sie *de facto* waren. Militärisch haben sie nichts Wichtiges geleistet, sondern sorgten in den Augen Österreichs und Deutschlands immer wieder für Ärger.

In Polen gelten sie freilich als Helden, die die Selbstbefreiung herbeiführten. Sie feiern heutzutage also eine bewaffnete Tat, nicht den Frieden – und verdecken so gleichzeitig, dass polnische Politiker damals überhaupt nichts für die Unabhängigkeit tun konnten und recht eigentlich auch die Legionen nicht dafür gekämpft haben, weil alle Beteiligten schlicht von den Großmächten bzw. dem Kriegsausgang abhängig waren. Das heißt natürlich nicht, dass die Politiker nichts getan hätten, ganz im Gegenteil entfalteten sie beträchtliche Lobbyaktivitäten in St. Petersburg, Berlin, Wien, aber auch in Paris, London und Washington.

Aus diesem Grund interessiert man sich in Polen auch nicht dafür, dass der erste polnische Staat nach 1795 nicht 1918 entstand, sondern bereits am 5. November 1916. An diesem Tag proklamierten nämlich Deutschland und Österreich-Ungarn das Königreich Polen, das aus dem russischen Teilungsgebiet gebildet werden sollte und zu diesem Zeitpunkt von den Mittelmächten besetzt war. Sie taten das natürlich nicht aus reiner Nettigkeit, sondern wegen des Völkerrechts – das verbietet, in feindlichem Gebiet Soldaten zu rekrutieren. Die kreative Lösung war deshalb ein eigener polnischer Staat, der nicht mehr russisch und damit feindlich war. Es ist dies eines von vielen Beispielen dafür, dass sich Deutschland gerade an

der Ostfront sehr wohl um das Kriegsrecht gekümmert hat. Aber offensichtlich war das neue Königreich nicht unabhängig, sondern eine Art Vasallenstaat.

Der Kern der im Königreich Polen zu rekrutierenden Soldaten sollten die Legionen werden, aber diese verweigerten den Eid auf die beiden Kaiser in Deutschland und Österreich-Ungarn. Deswegen wurden 1917 viele ihrer Männer verhaftet, u. a. auch Piłsudski selbst, der in Magdeburg in Festungshaft kam. Währenddessen ging in Polen der Aufbau einer Staatsverwaltung gut voran. Dass im November 1918 der Übergang zur Unabhängigkeit so gut gelang, lag nicht zuletzt an den vielen administrativen Strukturen, die gerade Deutschland im Königreich Polen geschaffen hatte. Jenseits dieser verwaltungsmäßigen Keimzelle waren ein großes Problem des späteren Staatswesens die unterschiedlichen bürokratischen und militärischen Traditionen aus Preußen, Österreich und Russland, die die Integration sehr erschwerten.

Polen feiert seine Unabhängigkeit am 11. November 1918. Formal ist das der Tag, an dem der polnische Regentschaftsrat des „deutschen“ Königreichs Piłsudski den Oberbefehl über das Heer übergab. Die Mittelmächte hatten ihn aus Magdeburg freigelassen und in Begleitung von Graf Harry Kessler nach Warschau geschickt. Wirklich passiert ist am 11. November aber nichts, man hätte auch ein anderes Datum auswählen können – und entsprechend gibt es den Feiertag erst seit 1937. Eine erste provisorische Regierung in Lublin, also der k.u.k.-Teil von Russisch-Polen, gab es seit 7. November, eine im deutschen Teil seit 23. Oktober. Die Unabhängigkeit hatte der Regentschaftsrat sogar schon am 7. Oktober 1918 proklamiert – noch ohne Anerkennung durch die Mittelmächte. Andererseits hat Piłsudski erst am 16. November den Alliierten die Gründung eines polnischen Staats bekanntgegeben. Für die wiederum waren die Exil-Vertreter in Paris die legitimen Repräsentanten polnischer Staatlichkeit.

Diese Wirrungen sind heutzutage nicht von Bedeutung für das Feiernarrativ. Zentral dafür sind andere Gesichtspunkte, die darauf beruhen, dass sich Polen nicht als Teilnehmer des Ersten Weltkriegs sieht, gewissermaßen nicht als Betroffener. Gefeierte wird also, trotz Hunderttausender Toter und gigantischer Zerstörungen, nicht das Ende des Ersten Weltkriegs, sondern die wiedererlangte Unabhängigkeit. In diesem Verständnis wurde 1918 also nur die historische Gerechtigkeit wiederhergestellt.

Im Zentrum des Personentableaus der Unabhängigkeit steht Józef Piłsudski (1867–1935), der Vater der Nation. Der Revolutionär aus dem russischen Teil Polens war zunächst ein Linker und Sozialist, der weitläufig mit Lenins Bruder zusammengearbeitet hat. Er entwickelte sich zu einem Machtpragmatiker, der mit den Mittelmächten kooperierte, um seine eigenen Ziele zu verfolgen. Nach 1918 wurde er zum Marschall ernannt, war oberster Kriegsherr und Sieger im Polnisch-Sowjetischen Krieg. 1926 putschte er gegen eine gewählte Regierung und herrschte bis zu seinem Tod 1935 ohne offizielles Staatsamt als eine Art Diktator im Hintergrund. Er ließ sich als „naczelnik państwa“ (Staatsoberhaupt) bezeichnen – wie heute Jarosław Kaczyński, dem nur zu bewusst ist, worauf sich das bezieht.

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die Grenzen Polens ungeklärt, weil sich das Land aus den „Nachlässen“ der drei östlichen Kaiserreiche bildete. Es gab zwei konkurrierende Auffassungen: Ostexpansion gegen Westexpansion. Piłsudski stand für Ersteres, auch weil er bisher mit den Mittelmächten zusammengearbeitet hatte. Russland erschien ihm schwach, dort war etwas zu holen. Sein wichtigster Rivale, Roman Dmowski (1864–1939) wollte sich insbesondere nach Westen wenden, er hatte den Krieg vor allem in Paris verbracht und war

dort der erste Ansprechpartner der Entente gewesen. Dmowski sah die Deutschen als größte Bedrohung und wollte deswegen gegen sie aktiv werden. Er war ein Deutschenfeind und ein veritabler Antisemit, was die Aufnahme in den heutigen Gedenkanon allerdings nicht verhinderte; ganz im Gegenteil ist er mit seinen Vorstellungen einer ethnisch homogenen Nation der ideologische Bezugspunkt der heutigen rechtsnationalen Regierung in Polen. Obwohl er nie ein Staatsamt innehatte, ist er neben Piłsudski der zweite große Held der Unabhängigkeit.

Ignacy Jan Paderewski (1860–1941) wiederum ist jemand, den man in Polen verehrt als Weltstar, als Pianisten und Künstler, der sich zeit seines Lebens aus dem Exil für die polnische Unabhängigkeit eingesetzt hat. Er war seit Januar 1919 der erste Ministerpräsident des wiedergegründeten Polens, schied aber schon im Dezember des gleichen Jahres wieder aus. Paderewski war damals wichtig, weil er auch für die Entente ein gefeierter Star war, weltgewandt und offen – und viel vertrauenswürdiger als Piłsudski, der dem Westen wegen seines Paktierens mit den Mittelmächten und seiner sozialistischen Vergangenheit suspekt war. Obwohl er politisch in Polen scheiterte, war er für dessen außenpolitische Akzeptanz von entscheidender Bedeutung. Er steht heute symbolisch für die Polonia, das Auslandspolentum, und wird so in den Kanon der Unabhängigkeitsväter aufgenommen. Es ist ein Integrationsangebot, genauso wie die Verehrung des Bauernführers Wincenty Witos (1874–1945) und des Sozialisten Ignacy Daszyński (1866–1936). Sie alle haben eine historische Rolle und formten die entstehende zweite Republik, wenn auch nicht in so entscheidendem Maße wie Piłsudski. Indem sie ganz explizit in die Feierlichkeiten einbezogen werden, soll daraus eine gesamtgesellschaftliche Veranstaltung werden, ohne dass sich bestimmte Parteien und Richtungen ausgeschlossen fühlen.

Piłsudski ist auch deshalb der Wichtigste aus diesem Kreis der Väter der Unabhängigkeit, weil er 1919/20 einen Krieg gegen das bolschewistische Russland geführt hat. Ob er ihn auch gewonnen hat, war nicht nur zeitgenössisch umstritten. Zunächst marschierte die Polnische Armee zwar weit nach Osten und besetzte nicht nur Wilna (lit. Vilnius, poln. Wilno) und Lemberg (poln. Lwów, ukr. Lwiw) als polnische Städte, sondern zeitweise auch Minsk und Kiew – aber letztere musste er wieder aufgeben. Die zeitgenössische Vorstellung war damals die alte Rzeczpospolita des 17. Jahrhunderts, Polen „między morze“, zwischen den Meeren. Die Expansion an sich war nicht umstritten, sondern eher die Frage, ob man ein heterogenes Imperium mit vielen Nationalitäten haben wollte – was, ganz grob gesagt, Piłsudski favorisierte – oder lieber mit Dmowski ein homogenes, kleineres Reich, in dem andere Ethnien polonisiert werden.

Der Krieg gegen die Bolschewiki brachte Polen an den Rand der Vernichtung. Anfang August 1920 stand die Rote Armee vor Warschau, und erst ein verzweifelter Gegenschlag Piłsudskis sicherte die Hauptstadt – das „Wunder an der Weichsel“ – und führte letztlich, nach dem Vertrag von Riga 1921, zu den polnischen Ostgrenzen der Zwischenkriegszeit. Im Grunde lässt sich erst dann von einem wiedererstandenen Polen reden, weil nur damit die Grenzen feststanden, die Verhältnisse zu den Nachbarn geklärt waren und vor allem Frieden herrschte. Dieses „Wunder an der Weichsel“ war freilich kein so großes Wunder. Das Schlagwort prägten Piłsudskis Gegner, die ihm damit sein Verdienst absprechen wollten; bald allerdings machten es sich Piłsudskis Anhänger zu eigen, sodass der Begriff heute ganz ironiefrei verwendet wird. Rein militärisch war Piłsudskis Vorgehen ziemlich naheliegend und vollkommen alternativlos. Er hat seinen Plan sehr energisch durchgeführt, aber „geniale Strategie“ war es nicht. Aus heutiger polnischer Perspektive ist dieser Krieg gegen Russland viel wichtiger als der Erste Weltkrieg. Er ist auch deswegen heute so populär, weil Piłsudski gegen den östlichen „Erbfeind“ siegte – der in kommunistischer Form die Nemesis des 20. Jahrhunderts darstellte.

Zwar wollte der Marschall weder die Bolschewiki noch gar Russland zerstören, sondern einfach die russische Schwäche im Bürgerkrieg nutzen, um Polen groß zu machen. In Polen aber gilt dieser Sieg vor Warschau als die Rettung des ganzen Europas vor dem Bolschewismus.

Historisch ist diese Hypothese eher fragwürdig, denn die Rote Armee wäre wohl weitermarschiert. Aber mit guten Gründen lässt sich bezweifeln, dass dann etwas passiert wäre, denn auch die Reste der deutschen Weltkriegsarmee wären dieser Roten Armee weit überlegen gewesen. 1920 freilich waren die Deutschen tendenziell eher auf Seiten der Bolschewiki. Einmal die Arbeiter, die aus internationaler Solidarität tatsächlich Waffenlieferungen der Alliierten bestreikten und deren Weitertransport be- und verhinderten. Und dann natürlich ganz allgemein, weil Polen nach 1918 auch das früher deutsche Posen umfasste, was man in Deutschland als Annexion und Raub begriff, den die Alliierten gefördert hatten. Außerdem gab es in Schlesien einen Guerillakrieg zwischen Deutschen und Polen, an dessen Ende Kattowitz (poln. Katowice) 1922 polnisch wurde.

Unmittelbar aus dem Ersten Weltkrieg und den unklaren polnischen Grenzen ergaben sich außerdem weitere Konflikte mit den anderen Nachbarn. Und auch das ist ein zentraler Gesichtspunkt der Unabhängigkeit und des eben nicht beendeten Kriegs, selbst wenn es im heutigen Gedenken absichtlich marginalisiert wird: Polen kämpfte mit allen seinen Nachbarn um die Grenzen. Mit der Tschechoslowakei stritt man sich um das Teschener Gebiet, musste aber einer Teilung zustimmen. Im Münchener Abkommen 1938 war Polen deshalb beteiligt und sicherte sich den Rest des Teschener Gebiets – woran es heute ungerne erinnert wird.

Viel gravierender waren die Konflikte mit Litauen und der Ukraine. Gegen Litauen ging es um Wilna, eine Stadt mit jeweils knapp 50 Prozent polnischer und jüdischer Bevölkerung, aber fast ohne litauische. Für die Litauer, die im Umland die Mehrheit der Bevölkerung stellten, war das trotzdem ihre Hauptstadt. Andererseits war es auch eine urpolnische Stadt, aus der u. a. Piłsudski stammte. Keine der beiden Seiten wollte daher auf ihren Anspruch auf die Stadt verzichten. Polen war stärker und eroberte sein Wilno, darauf verbündeten sich die Litauer mit den Bolschewiki und konnten ihr Vilnius kurzfristig für sich gewinnen. Auch für die Litauer gingen die Kämpfe nach dem Weltkrieg also weiter, und hierin liegt der Grund, warum das polnisch-litauische Verhältnis trotz der gemeinsamen Vergangenheit in der Rzeczpospolita oft von Misstrauen geprägt ist: Die kleinere Seite befürchtet die polnische Dominanz, wohingegen Warschau (poln. Warszawa) die Minderheitenrechte in Gefahr sieht.

Weit tragischer war das Schicksal der Ukraine, das ebenfalls mit dem Polens verwoben ist. Im Land gab es mehrere Nationsbildungsprozesse vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer Identitäten, die im Grunde bis heute so zu erkennen sind. Einmal im Osten die sehr russisch geprägte Ukraine in der Gegend um Charkiv, die schnell bolschewistisch wurde; dann das Zentrum um Kiew, in dem die Rada einen großen Kernstaat formen konnte; und außerdem im Westen, in Ostgalizien, eine eigenständige Staatswerdung, gewissermaßen von Ruthenen. Letztere begann im ehemals österreichisch-ungarischen Gebiet, wo es bereits von jeher einen Gegensatz von Polen und Ukrainern gegeben hatte und wo die Polen stets deutlich dominiert hatten. Doch die Westukrainer hatten am 31. Oktober 1918 von Österreich-Ungarn die Kontrolle über Ostgalizien erhalten. Sie versuchten, die Stadt Lemberg zu erobern, die mehrheitlich polnisch und die seit 1. November 1918 offiziell Hauptstadt der Westukraine war. Aber die Polen verteidigten ihr Lwów bis zum 22. November, als sie es entsetzen konnten. Aus polnischer Perspektive war das ein Angriff der Ukrainer, weshalb man bis heute der sogenannten Lemberger Adler (Orłęta Lwowskie) gedenkt, jugendlichen Freiwilligen, die

damals unter großen Opfern den polnischen Soldaten halfen. Der weitere Krieg um die Westukraine dauerte bis zum 17. Juli 1919 und endete mit einem vollständigen polnischen Sieg.

Die Westukrainer waren zeitweise mit den Bolschewiki verbündet, zu denen sie keine gemeinsame Grenze hatten; die Bolschewiki führten gleichzeitig einen Krieg gegen die Zentralukraine um Symon Petljura, der wiederum mit Polen verbündet war – all das machte auch die Verhandlungen zwischen den beiden ukrainischen Staaten schwierig. Heutige polnisch-ukrainische Verstimmungen reichen im Grunde bis in diese Tage zurück, selbst wenn die gegenseitigen Massaker an polnischen und ukrainischen Zivilisten (die polnischen Opfer überwiegen die ukrainischen um den Faktor drei) in Wolhynien gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wohl noch schwerer wiegen.

1919 war Piłsudskis Bündnis mit der Zentralukraine genauso machtpolitisch motiviert wie jenes der Bolschewiki mit der Westukraine. Piłsudski hätte gerne einen Vasallenstaat als Puffer zur Sowjetunion etabliert, aber das gelang ihm nicht: Polen eroberte zwar im Mai 1920 kurzfristig Kiew für Petljura zurück, aber die kriegsmüden Ukrainer wollten dessen Machtansprüchen nicht folgen, sodass Unterstützung gegen die Bolschewiki oder gar eine allgemeine Volkserhebung weitestgehend ausblieben. Als Warschau und Moskau 1921 ihren Frieden aushandelten, teilten sie die Ukraine untereinander auf. Auf Parallelen zur heutigen Situation der Ukraine zwischen Europa und Russland verweisen nicht nur HistorikerInnen dieser Länder, sondern immer wieder auch die politischen Eliten. Bedeutung erlangt das in Polen eher für die Regierungspartei PiS als für die Opposition, weil sie sich mit historischen Referenzen als Garant polnischer Sicherheit gegenüber Russland inszeniert und auch in der EU immer wieder in der Rolle des Mahners gegenüber einem allzu großen Verständnis für Moskau auftritt.

Das Gefühl, im Westen nicht verstanden und von ihm alleine gelassen zu werden, datiert ebenfalls aus den Kämpfen um die Unabhängigkeit nach 1918. Polen fühlte sich damals von England und Frankreich im Stich gelassen, obwohl beispielsweise 1.500 französische Militärberater im Krieg gegen die Sowjetunion halfen – darunter ein junger Major namens Charles de Gaulle. Dies vor allem deshalb, weil insbesondere England die polnischen Forderungen nicht rückhaltlos unterstützte. Zwar haben die Alliierten etwa die Weißen im russischen Bürgerkrieg unterstützt und Polen auch Waffen für den Kampf gegen die Bolschewiki geliefert, aber eben nicht im gewünschten Maße. Und weil sie immer wieder zu vermitteln versuchten, sprechen heutige Historiker vom „ersten Appeasement“ und einem Verrat des Westens – der zweite Verrat folgte demnach 1939 beim Kampf gegen Hitler, der dritte 1945, als die Alliierten Polen den Sowjets überließen. Stalin begründete übrigens die polnische Ostgrenze nach 1945 mit der Curzon-Linie von 1920 und hat gegenüber dem englischen Premierminister Winston Churchill argumentiert, dass England das doch schon 1919 für eine gute Grenze gehalten habe. In diesem Sinne habe Russland 1921 nur deshalb einem anderen Grenzverlauf zugestimmt, weil Polen die Schwäche des durch den Bürgerkrieg entkräfteten Landes ausgenutzt habe.

Zu den Zumutungen westlicher Außenpolitik gehörte in den damaligen polnischen Augen auch der sogenannte Kleine Versailler Vertrag, der den in Polen lebenden Minderheiten Rechte garantierte. Er zielte insbesondere auf die jüdische Minderheit, auch angesichts der zahlreichen antisemitischen Vorfälle, die man im Ausland sehr genau beobachtete, galt aber genauso für Ukrainer, Litauer, Deutsche usw. Innenpolitisch war das nicht akzeptiert, alle Parteien betrachteten dies als Bevormundung und Einmischung in innere Angelegenheiten. „Versailles“ wurde so nicht nur in Deutschland zu einem Schimpfwort, sondern auch in Polen, selbst wenn der Vertrag dem wiedergeborenen Staat die völkerrechtliche Anerkennung

brachte. Es ist durchaus eine ironische Volte, dass ausgerechnet der Erzantisemit und Nationalist Dmowski (und mit ihm Präsident Ignacy Paderewski) am 28. Juni 1919 den Vertrag unterzeichneten. Polen kündigte ihn am 13. September 1934 einseitig, nicht zuletzt, weil das Land wegen Diskriminierung und Gewalttaten gegen Angehörige der deutschen Minderheit während der Kommunalwahlen auf Initiative Deutschlands im Januar 1931 vom Völkerbundsrat verurteilt worden war.

Polen hat nach 1918 mit fast allen seinen Nachbarn militärische Auseinandersetzungen geführt – und zwar durchaus mit Erfolg. Als größtes der neu- bzw. wiedergeborenen Länder Ostmitteleuropas eigentlich zu einer Führungsposition in der Region bestimmt, verlor es damit viel außenpolitischen Kredit und handelte sich ein Misstrauen potenzieller Verbündeter ein, die dann 1939 gegen Deutschland nicht mehr zur Verfügung standen. Gerade in englischer und amerikanischer Wahrnehmung aber war Polen in der Zwischenkriegszeit in etwa das, was man heute als Schurkenstaat bezeichnet – wegen seiner zahlreichen Kriege und des grassierenden Antisemitismus. Derlei Deutungen sind heutzutage kaum zu hören: Wenn in die allgemeinen Jubelfeiern Kritik hineinspielt, dann an den Alliierten oder vielleicht noch an der nicht erfolgten Durchsetzung von Roman Dmowskis Ideen eines ethnisch homogenen Nationalstaats.

Doch die Heldentaten der wiedererlangten Unabhängigkeit und der Gebiete im Osten (die Kresy mit Wilna und Lemberg) sowie des Sieges über die Bolschewiki sind im Grunde vollkommen unumstritten, gesellschaftlich wie politisch. Innenpolitisch geht es eher um die Frage, inwieweit man sich darauf als Vorbild bezieht und ob man geschichtliche Ereignisse für gegenwärtige Politik instrumentalisiert. Da ist die Regierungspartei PiS wesentlich „aktiver“ als die Vorgängerregierung oder die aktuelle Opposition. Für sie ist nationalpolnische Geschichte ein expliziter Leitfaden: Die Polen sollen sich an den historischen Ereignissen und Gestalten orientieren, stolz darauf sein und daraus Selbstbewusstsein ziehen. Nicht zuletzt wird mit der Vergangenheit aktuelle Politik legitimiert. Platz für differenzierte Betrachtungsweisen existiert kaum – oder anders gesprochen: Historisch-gesellschaftliche Kontroversen fixieren sich eher auf die jüngere Vergangenheit, etwa den eigenen Antisemitismus und den Umgang mit dem Holocaust, die Solidarność und die Aufarbeitung des Kommunismus oder auch auf den konservativen bis rechtsnationalen Kampf gegen die kommunistische Herrschaft unmittelbar nach 1945.

Verwendete Literatur

Bachmann, Klaus: Viel Feind, viel Ehr. Geschichtspolitik und Außenpolitik in Polen. In: Osteuropa 68 (2018), H. 3–5, 413–434.

Borodziej, Włodzimierz/Górny, Maciej: Der vergessene Weltkrieg. Bd. 2: Nationen, 1917–1923, Darmstadt 2018.

Borzęcki, Jerzy: The Soviet-Polish peace of 1921 and the Creation of Interwar Europe. New Haven 2008.

Hein, Heidi: Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939. Marburg 2002.

Lehnstaedt, Stephan: Der vergessene Sieg. Der Polnisch-Sowjetische Krieg 1919–1921 und die Entstehung des modernen Osteuropa. München 2019.

Morawiec, Małgorzata: Antiliberaler Europäisierung? Autoritäre Europakonzeptionen im Polen der Zwischenkriegszeit. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 9 (2012), 409–427.

Nowak, Andrzej: Pierwsza zdrada Zachodu. 1920 – zapomniany appeasement [Der erste Verrat des Westens. 1920 – die vergessene Beschwichtigung]. Krakau 2015.

Stoll, Katrin/Stach, Sabine/Saryusz-Wolska, Magdalena: Verordnete Geschichte? Zur Dominanz nationalistischer Narrative in Polen. Eine Einführung. In: Zeitgeschichte-online, Juli 2016, URL: <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/verordnete-geschichte-zur-dominanz-nationalistischer-narrative-polen> (12.03.2020).

Wandycz, Piotr: Soviet-Polish Relations, 1917–1921. Cambridge (Mass.) 1969.

Zychowicz, Piotr: Pakt Piłsudski-Lenin. Czyli jak Polacy uratowali bolszewizm i zmarnowali szansę na budowę imperium [Piłsudski-Lenin-Pakt. Wie die Polen den Bolschewismus retteten und die Chance zum Aufbau eines Imperiums verpassten]. Posen 2015.

Stephan Lehnstaedt, Prof. Dr.

Historiker, Professor for Holocaust Studies and Jewish Studies am Touro College Berlin und assoziiertes Mitglied des Selma Stern Zentrums für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der beiden Weltkriege, der Holocaust und seine Wiedergutmachung im 21. Jahrhundert. Für seine Arbeiten wurde er 2015 mit dem Orden „Missio Reconciliationis“ (Kommandeurskreuz) und der Medaille „Powstanie w Getcie Warszawskim“ (Aufstand im Warschauer Ghetto) ausgezeichnet. 2017 erhielt er den Orden „Za Wybitne Zasługi“ (Für herausragende Verdienste) von der Polnischen Gesellschaft der Kriegsveteranen und ehemaligen politischen Gefangenen.

Lemberg – die Stadt als Palimpsest

OLIVIA SPIRIDON

Lemberg – Lwów – Lwiw/Львів war u. a. polnisch, österreichisch, russisch, deutsch, sowjetisch, ukrainisch. Die Stadt trat mit prunkvoller Architektur auf: Opernhaus, Landesgerichtsdirektion, Post- und Telegraphenamts, Banken, Versicherungen, Hotels, Cafés, das Politechnikum, Bibliotheken, Spitäler, auf Prachtstraßen aneinandergereiht. Die Baumeister wurden von überall hergeholt und die Gebäude kann man auch anderswo in ähnlicher Form bewundern, in Triest, Prag oder Wien. Die Kultur war vielsprachig, Schriftsteller wie Karl Emil Franzos oder Iwan Franko, der sich mehrerer Literatursprachen bediente, der Sozialdemokrat Karl Radek, der Schauspieler Alexander Granach, der Religionsphilosoph Martin Buber stammten aus oder lebten zeitweilig in Lemberg. Großen Aufschwung erlebte die Stadt im langen 19. Jahrhundert, dessen letzte Zeitkörner in den Frontgräben des Ersten Weltkriegs versickerten.

Im 13. Jahrhundert wurde Lemberg zum ersten Mal urkundlich erwähnt und nach Lew, dem Sohn eines Fürsten von Wolhynien, benannt. Seit Mitte des 14. Jahrhunderts und bis 1772 war es eine polnische Stadt, die sich zwischendurch gegen Tataren und Türken wehren musste. Danach kam sie unter österreichische Herrschaft. Im Ersten Weltkrieg wurde Lemberg von den Truppen des russischen Zaren besetzt und 1915 von der k. u. k.-Armee zurückerobert. Georg Trakl, der im Herbst 1914 in einem Feldlazarett arbeitete, erlebte die Schlacht um Lemberg aus nächster Nähe. Er nahm sich einige Monate später das Leben, zurückblieb das Gedicht *Grodek*, die Denkfigur des Krieges: „[...] Doch stille sammelt im Weidengrund / Rotes Gewölk, darin ein zürnender Gott wohnt, / Das vergoßne Blut sich, mondne Kühle; Alle Straßen münden in schwarze Verwesung (Trakl 1982, 155).“



Abb. 1:
Lemberg, als Feldpostkarte
gelaufen im Jahre 1917
Quelle: Privatbesitz

Neben der verheerenden Zerstörung säten die Kriegsjahre Misstrauen und Feindseligkeit zwischen den größeren ethnischen Gruppen, den Polen und Ukrainern. Im November 1918, als sich das Habsburgerreich im Zersetzungsstadium befand, lieferten sich diese blutigen Kämpfe um die Stadt, und anschließend erlebten die Juden, die wegen ihrer neutralen Haltung

von beiden Seiten angefeindet wurden, das erste Pogrom. Diese Gewaltorgie war ein Schock, denn im kollektiven Gedächtnis der jüdischen Gemeinschaft Lembergs gab es seit dem Mittelalter, als sie noch in Süddeutschland und Böhmen lebte, keine Pogrome mehr.

Lemberg zählte um die Jahrhundertwende etwa 160.000 Einwohner, über die Hälfte waren Polen, daneben Ukrainer, Juden, Deutsche, aber auch u. a. Griechen, Armenier, Italiener. Für die ethnische und konfessionelle Vielfalt der Stadt wirkte sich der immer lautere Nationalismus verheerend aus. Diesen thematisiert auch Joseph Roth in seinen in den 1930er-Jahren veröffentlichten Romanen *Radetzkymarsch* und *Die Kapuzinergruft*. „Die neue Religion ist der Nationalismus“, stellt eine der markanten Figuren aus *Radetzkymarsch* fest, der aus Galizien stammende Graf Wojciech Chojnicki. Die neue Ära setzte der bekannten Welt ein Ende, in der man an „Gold und Alchemie“ glaubte, und ersetzte diese durch „Elektrizität und Nitroglyzerin“ (Roth 1957: *Radetzkymarsch*, 120f.).

Die Zeit zwischen den Kriegen kam einem Waffenstillstand gleich. Von Sommer 1919 bis September 1939 gehörte Lemberg zu Polen, und auch wenn die verschiedenen Nationalismen und der voranschreitende Antisemitismus die Stimmung der Stadt vergifteten, setzte sich in Universität und Cafés die kulturelle Blütezeit fort. Von September 1939 bis Juni 1941 wurde Lemberg der Sowjetunion einverleibt und erlebte Jahre des Terrors. Anschließend wurde Lemberg die Hauptstadt des „Distriktes Galizien“ unter nationalsozialistischer Herrschaft, bis im Juni 1944 die Stadt von der Roten Armee zurückerobert und erneut der Sowjetunion angegliedert wurde. In weniger als drei Jahrzehnten wurde Lemberg fünfmal zum Kampffeld, die Bewohner der Stadt dezimiert und die jüdische Gemeinschaft in beispiellosem Massenmord vernichtet. „Der dreißigjährige Krieg, der 1914 begann und 1945 zu Ende ging, hat Galizien zum Schlachtfeld und Lemberg zu einer entvölkerten Stadt gemacht (Schlögel 2001, 68).“ Bis 1991 erlebte Lemberg sieben Herrschaftswechsel und in den letzten Jahren einen Bürgerkrieg und gleichzeitig einen Krieg mit dem Nachbarn Russland.

Lembergs wirtschaftliche und kulturelle Blüte erfolgte parallel zu anderen urbanen Zentren der Habsburgermonarchie. Die Stadt war ein wichtiger Knotenpunkt in einem europäischen (Schienen-)Netz, das die wirtschaftliche und kulturelle Kommunikation in einem riesigen europäischen Raum aufrechterhielt, und für den symbolisch der moderne Lemberger Bahnhof mit seinen zwei hohen, glasbedeckten Hallen stand. Wie so viele mitteleuropäische Städte bemühte sich auch Lemberg um die Überwindung des Provinziellen, die sich auch in der Vorliebe für Parallelen zur westlichen Hemisphäre niederschlug: „Die Erdölregion um Drohobycz wurde das galizische Pensylvanien genannt, die malerische Umgebung des Städtchens Trembowla die podolische Schweiz, das elende Nest Busk das galizische Venedig, da war es nur recht und billig, Lemberg das kleine Wien zu nennen (Pollack 1994, 191).“

Die kulturelle Dynamik des habsburgischen Vielvölkerstaates brachte Joseph Roth in seiner Reflexion über den regen Austausch zwischen den innovativen Rändern und der Mitte auf den Punkt: „Das Wesen Österreichs ist nicht das Zentrum, sondern die Peripherie (Roth 1972: *Kapuzinergruft*, 17).“ Neben dem Rand als Zone der Begegnung von Differenzen waren urbane Zentren Orte rasanter kultureller Entwicklungen. Moritz Csáky bezeichnet die zentraleuropäischen Städte wie etwa Wien, Budapest, Bratislava, Triest, Prag oder Wrocław als „Laboratorien der Moderne“ (Csáky 2010, 364) und führt ihre kulturelle Vorreiterrolle auf Diversität, Mischungen und Hybriditätserscheinungen zurück, die durch Zusammenfluss verschiedener Traditionen und Praktiken der multiethnischen Bevölkerung ein kreatives kulturelles Umfeld hervorgebracht haben. Als ein Kennzeichen der Moderne bezeichnet er die horizontale Differenzierung der Gesellschaft durch Koexistenz und Verflechtung von Räumen des Nebeneinanders, die die traditionelle vertikale Ausdifferenzierung und die klassische soziale Hierarchisierung ersetzt haben.

Die folgenden Texte von Joseph Roth, Karl Schlögel, Adam Zagajewski und Lutz Klevevan bieten Einblicke in die vielen und vor allem verborgenen Gesichter Lembergs. Nach dem Ersten Weltkrieg zeigt sich Lemberg als Stadt der Sedimente aus verschiedenen Epochen, die häufig selbst bei seinen Einwohnern unbeachtet blieben. Die Stadt hat „viele Gesichter, viele Launen, tausend Richtungen“, ist „Einheit“ und „Vielheit“ zugleich (Roth 2015: Lemberg, 15). In unterschiedlicher Art und Weise setzen sich diese Texte das Ziel, Lücken und verschwiegene Spuren, die in die Vergangenheit Lemberg führen, aufzudecken.

Joseph Roths Beschreibung von Galizien, der Region seiner Herkunft, ist vor allem aus seinen berühmten Romanen *Radetzkymarsch* und *Kapuzinergruft* aus den 1930er-Jahren bekannt. Die „Reise aus Galizien“, aus der das folgende Fragment stammt, wurde bereits 1924 in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht. Im Text mischen sich sorgfältig ausgewählte Impressionen mit dumpfen Vorahnungen, die der in journalistischem Auftrag reisende Joseph Roth aufzeichnet. Er sieht Lemberg als Ort der Überlagerungen von Altem und Neuem, die gleichzeitig harmonisch wie auch bedrohlich klingen. Der leicht dissonante Ton, den man aus der Beschreibung Lembergs in den Nachkriegsjahren heraushört, gibt der Ungewissheit über zukünftige Entwicklungen in der neuen Ära der Nationalstaaten nach der Auflösung der Habsburgermonarchie Ausdruck. Die Stadt lässt in den Nachkriegsjahren der Entfaltung ihrer vielen Facetten großzügig Raum: Sichtbar sind diese in der Mischung von Ländlichem mit Großstädtischem und in der Architektur, hörbar in Gleichzeitigkeit verschiedener Melodien, spürbar in der Veränderung von Gewohnheiten der städtischen Atmosphäre. Die von ihrem Platz verrückte Stadt befindet sich dennoch weiterhin im alten europäischen Netzwerk, in einem Raum der „verwischten Grenzen“:

Die polyglotte Farbigekeit der Stadt Lemberg ist wie am frühen Morgen noch im Halbschlummer, schon in halber Wachheit. Es ist, wie die erste Jugend einer Buntheit. Junge Bäuerinnen mit Körben fahren im Bauernwagen durch die Hauptstraße, Heu duftet. Ein Drehorgelmann spielt ein Volkslied. Stroh und Häcksel sind über den Fahrdamm gestreut. Die Damen, die in die Konditorei gehen, tragen die letzten Toiletten aus Paris [...].

Adam Mickiewicz, der große polnische Dichter, steht in der Straßenmitte. Kaftanjuden patrouillieren zu seinen Füßen, die Wachtposten des Handels. Ein Mann mit einem Sack über der rechten Schulter schreit ‚Handele!‘ mit melodischer Weinerlichkeit. Das hindert keinen einzigen der schlanken, sehr kriegerischen Kavallerieoffiziere, mit seinem großen, gebogenen Säbel zu scheppern, mit den musikalischen Sporen zu klirren. Er klirrt, scheppert, schreitet mit anmutiger Männlichkeit in einer kleinen Wolke aus Kriegsmusik dahin und ist dennoch ein friedlicher Mensch. [...]

Straßen, Plätze, Häuser, die vornehm zu sein die Bestimmung und die Pflicht haben, Schlösser hinter Gittern, öffentliche Gebäude, zu denen man auf Stiegen emporschreitet – alle sind populär. Die strenge Form lockert sich volkstümlich. Die Milderung der strengen Form artet auch in Unordnung aus, in zerstörende Langsamkeit, selbstmörderische Verwirrung. Die Gesetze sind zahlreich. Ihre Übertretung oberstes Gesetz, wenn auch ungeschriebenes. Der alte ‚österreichische Schlendrian‘ findet eine adäquate Fortsetzung in der Lässigkeit, die slawisch ist und eine Begleiterin der Melancholie. [...]

Es ist die Stadt der verwischten Grenzen. Der östlichste Ausläufer der alten kaiserlich und königlichen Welt. Hinter Lemberg beginnt Russland, eine andere Welt. Das weit westlichere Krakau ist weniger österreichisch. Es blieb immer ein nationales Museum (Roth 2015: Lemberg, 15, 18–20).

Die Beschreibung des sowjetischen Lwow in Karl Schlögels Band *Promenade in Jalta und andere Städtebilder* ist 1988 entstanden, als sich auf dem europäischen Kontinent, getrennt durch den Eisernen Vorhang, die Entfernungen zwischen den Ländern und Städten vergrößert hatten und alte räumliche Zusammenhänge aufgebrochen worden waren. „Lwow liegt am Ende der Welt“, es „liegt im Schnittpunkt der Linien, die die großen Städte verbinden, vor allem aber im Schatten der Grenzen. Die Reise dorthin ist eine Reise ins Abseits, obwohl sie in die Mitte Europas führt (Schlögel 2001, 61).“ Die Stadt erschöpft seine Besucher durch die großen Entfernungen, sie verblüfft durch ihre zeitlich sedimentierte Vielschichtigkeit, in der sich Widersprüche übereinander lagern. „Lwow ist Lemberg“. Es wird von vielen nur wegen der „großen Vergangenheit“ aufgesucht und ist „Peripherie und Zentrum“ zugleich. Man fährt nach Lwow mit dem Zug durch ein weites und spärlich besiedeltes Land und gelangt in einen anderen, „dichten“ Raum, der von Nebeneinanderstehendem, aber auch zeitlichen Schichten gebildet ist und in dem Lücken – leere Plätze – klaffen:

Wir sind in dem anscheinend menschenarmen Landstrich nicht darauf gefasst, auf eine so dichte Ansammlung menschlicher Behausungen zu stoßen. Lwow ist wie ein Überfall, eine Stadtsilhouette aus unzähligen Türmen, Kuppeln, Spitzen, großen Gebäudekomplexen, die alle ineinander übergehen. Nach so viel freiem Raum nun plötzlich Raummangel, Dichte, Verdichtung. [...]

Lwow ist das Zentrum seiner Umgebung. Die Bahnhofshalle ist so groß wie der Innenraum einer Kathedrale, Licht fällt auf das Gedränge und den Stuck, der ebenso wie die weit ausladende, cremefarbene Fassade des Bahnhofs zeigt, dass das Gebäude am Anfang des Jahrhunderts errichtet worden ist. Das war die Schleuse, die die Reisenden aus Wien passierten, wenn sie ihren Fuß auf galizische Erde setzten, und durch die so viele hinausgingen in die Neue Welt; ein Bau, der großzügig, komfortabel sein und der schnellen Abfertigung dienen sollte, eine Bastion gegen eine Welt, in der die Langsamkeit von Pferdefuhrwagen regierte. Auch ein pompöser Bahnhof kann ein Stück Herrschaftsarchitektur sein. [...] Es ist die Stadt eines Reiches, das noch am Ende die Kraft besaß, ein Abbild seiner selbst zustande zu bringen: großzügig, imposant, nicht frei von kolonialem Aufklärungsgestus.

Aber dieses Lemberg aus Hauptbahnhof, Zitadelle, Banken, Hotels und Versicherungsgebäude wäre nichts ohne das alte Lwow, das fertig war, bevor die Habsburger kamen. Von hier aus ragen die Türme auf, die den Himmel von Lwow bilden. Diese Stadt ist wie aus Stein geschnitten, mit harten Konturen, dicht wie ein Kristall. [...] Das habsburgische Lemberg ist ockerfarben, gelb, das vorhabsburgische ist schwarz wie die Steinquader der Renaissance- und Patrizierhäuser oder taubengrau wie der Glanz des Katzenkopfpflasters. Wer sich im Stadtkern von Lwow verloren hat, ist auf dem richtigen Weg: Er ist unterwegs in der Urzelle aller europäischen Städte. [...] Er wechselt zwischen den Jahrhunderten hin und her. [...]

Die Anmut der Stadt kommt von vielen Kulturen und Völkern, die die Stadt bewohnt haben. Ein leerer Platz in dieser dichten Stadt besagt, dass etwas Ungeheures geschehen sein muss. So ist es auf dem Alten Markt, in dessen Mitte eine Insel von oktagonalem Umriss liegt. Alle Leute füttern dort, auf Parkbänken sitzend, Tauben. So ist es auf der Rückseite des Arsenal, wo an der Brandmauer eines angrenzenden Gebäudes deutlich zu sehen ist, dass sich hier ein anderes Gebäude angelehnt hatte. So ist es auf der weiten, nichtssagenden Fläche, die heute von einem lokalen Kolchosmarkt eingenommen wird. Es sind die Brachflächen des jüdischen Lembergs, seiner gesprengten Synagogen – darunter der Goldenen Rose – und eines seiner Friedhöfe. Lediglich die blau glasierten Kuppeln eines Gebäudes im maurischen Stil, in dem ein Krankenhaus untergebracht ist, erinnern daran, dass Lemberg eines der größten jüdischen Zentren Mitteleuropas war (Schlögel 2001, 61–73).

Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch das nationalsozialistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg hinterließ in der Stadt wenige und stumme Spuren. Eine andere Sprachlosigkeit ist jene der polnischen Vertriebenen, die nach dem Krieg die Stadt verlassen mussten, sie aber wie ein schweres Gepäckstück mit sich trugen. Der polnische Schriftsteller Adam Zagajewski, dessen Familie aus Lemberg vertrieben wurde, erlebte bei seinen Reisen

immer wieder eine schöne Stadt, über der ein „Schauer des Geheimnisvollen“ lag. „Hier lebten meine Verwandten [...] hier dachten sie, die Welt sei Lemberg, nur Lemberg“, notiert er in sein *Tagebuch ohne Datum*. Den Zustand des Vertrieben-Seins wird nicht aus Erzählungen verständlich, sondern aus dem Schweigen, etwa dem seiner neunzigjährigen Tante Ania, die noch ihre Jugend in Lemberg vor der Vertreibung verbracht hatte und der der Erzähler von einem Ausflug nach Lemberg erzählt:

Als wir ihr [...] von Lemberg erzählten und schwärmten, ‚was für eine schöne Stadt‘, erwiderte sie knapp: ‚Na und?‘ In dieser kurzen Frage steckte die ganze Bitterkeit der Vertriebenen. Sie sagte es wie jemand, der sein Leben vergeudet hat, wie jemand, der sich in einer falschen, hässlichen Stadt mit unnützen Dingen beschäftigt. Sie sagte es beinahe wütend. ‚Na und?‘ Beinahe so, als wolle sie uns aus dem Haus weisen. Als wolle sie sagen: Warum seid ihr gekommen, seid ihr gekommen, um mir zu sagen, was ich selbst genau weiß? Allzu genau. Vor dem Fenster ihrer bescheidenen Wohnung steht eine Esche, die so nah an der Hauswand wächst, dass sie fast mit meiner Tante zusammenwohnt. Aber sie sieht Lemberg nicht. Obwohl das Fenster, dem die Äste der Esche immer näher kommen, nach Osten zeigt, genau in die Richtung der verlorenen Stadt. Doch die verlorene Stadt wird auch von Fabrikschornsteinen verdeckt, von flachen Hügeln, von den Türmen Krakaus. Wir wollten ihr eine Freude machen, indem wir Lemberg lobten, aber unabsichtlich haben wir sie verletzt. [...] Das ‚Na und?‘ war knapp und unfreundlich. Warum sollte sie sich das Lob einer Stadt anhören, nach der sie sich seit über sechzig Jahren sehnte, und in die sie – natürlich – nie zurückgekehrt war, selbst als es leichter wurde, als die Grenzen plötzlich schrumpften wie ein billiges Kleid nach der Wäsche. [...]

Auch Vater ist nie nach Lemberg gefahren. Einen ‚Ausflug‘ dorthin machen, wo eine nie vernarbte Wunde klaffte. Als könne man einen Ausflug ins Fegefeuer machen, als könne man Vulkane (das Innere eines Vulkans) besichtigen, sein Zelt auf dem Rand eines feuerspeienden Kraters aufschlagen. Das frivole, leichtsinnige Wort ‚Ausflug‘, schnell wie an einem Regentag die Bewegung der Scheibenwischer auf der Windschutzscheibe, impliziert eine schnelle Rückkehr nach Hause. Hin und zurück, ein Picknick, ein Spaziergang und dann zügig zurück, um rechtzeitig zur Tagesschau wieder zu Hause zu sein. Aber wie soll man eine Fahrt nennen, bei der das Zuhause das Ziel ist? Ist es ein Ausflug, wenn man in die eigene Erinnerung pilgert, zu Dingen, die es nicht mehr gibt?

Ich denke an die Vertriebenen, an ihr Leiden. Wäre ich ein Historiker, gäbe es einen Überblick über die wichtigsten, tragischsten Vertreibungsaktionen unserer Zeit. Ich würde etwa über die Griechen schreiben, die 1923 aus Kleinasien vertrieben wurden, aus Smyrna und anderen Städten, in denen sie Jahrtausende gelebt hatten. Über die Polen, die von den Nazis gleich zu Beginn der Besatzung aus Posen und Lodz vertrieben wurden. Über die Deutschen, die aus Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau und Gleiwitz vertrieben wurden. Aber ich bin kein Historiker, ich verbringe meine Zeit nicht in Archiven, sondern schreibe nur über Dinge, die ich selbst gesehen habe. Ich denke an Tante Ania, die schlanke Greisin, so schmal und leicht, dass der leiseste Windhauch sie hätte mitreißen können, an die einsame Ania, die sich nie mit der neuen Umgebung abfand und die sich noch heute, mit über neunzig, als Emigrantin fühlt und der neuen Stadt (neu, nach mehr als sechzig Jahren!) skeptisch gegenübersteht (Zagajewski 2014, 39–40 und 64).

Die Geschichte von Lemberg wird in Lutz Klevemans Buch mit dem Untertitel „Die vergessene Mitte Europas“ als Palimpsest dargestellt. Sie ist nicht nur als eine zeitlich entfaltete Chronik erzählbar, sondern auch räumlich als ein Ort der Schichtungen, zu denen man nur schwer und zufällig Zugang erhält. Karl Schlögel, der 1988 seine kulturhistorische Reisebeschreibung *Lemberg – Hauptstadt der europäischen Provinz* verfasste, artikulierte den Optimismus jener Zeit und sprach der Stadt die Fähigkeit zu, ihre eigene Identität zu formulieren. Sie wird „eine Sprache dafür finden, was mit ihr geschehen ist“ (Schlögel 2001, 73). Fast drei Jahrzehnte später findet Lutz Kleve man ein immer noch traumatisiertes und von seiner Vergangenheit abgewandtes Lemberg. Wohl deshalb arbeitet der Autor mit dem Eifer eines Archäologen, der Spuren ausfindig macht und Vergessenes aufgreift. Der Prolog des Buchs berichtet über ein archäologisches Ereignis, bei dem der Autor nur die Zuschauerrolle einnimmt. Er beobachtet, wie die Bürger von Lemberg im Herbst des Jahres 1990 das Lenin-Denkmal stürzen, das Symbol

sowjetischer Herrschaft aus dem Zentrum ihrer Stadt. Mit Transparenten „Weg von Lenin aus Lemberg“ versammelten sich Tausende vor der Oper, legten Stahlseile um den Nacken des steinernen Lenins, Traktoren spannten die Seile, Arbeiter mit Vorschlaghämmer eilten herbei:

Da krachte es im Granit des Sockels, Lenin neigte sich, verlor das Gleichgewicht und fiel kopfüber auf das Pflaster.

Es war dasselbe Pflaster vor der Oper, das jüdische Bewohner Lembergs im Juni 1941 zu putzen gezwungen worden waren, mit Bürsten und auf Knien, aber von jenem Ereignis hatte kaum einer der Denkmalstürmer je gehört. Sie wussten vielleicht nicht einmal, dass nur fünfzig Jahre zuvor viele Juden in ihrer Stadt gelebt hatten. Mehr als 100.000 waren es gewesen.

So stürzte Lenin krachend zu Boden, wobei der Sockel in mehrere große Stücke zerbrach. Die Menge jubelte und schwenkte ihre Fahnen. Männer traten vor, die Vorschlaghämmer fest umgriffen und bereit, die Reste des Denkmals zu zerstören. Doch da geschah etwas Sonderbares. Die Männer hielten inne, wichen zurück, ihre Blicke auf den zerbrochenen Sockel gerichtet, und erstarrten. Nun sahen es alle: unter einer dünnen Schicht roten Granits waren Steinplatten hervorgebrochen, die die Sowjetischen Bauherren 1952 in den Sockel einzementiert hatten. Sie trugen, für alle erkennbar, hebräische Inschriften. Vögel, Herzen und Kronleuchter waren in sie eingraviert. Es waren mazewot, jüdische Grabsteine.

Sie stammten, wie sich einige der Ältesten erinnerten, von dem jüdischen Friedhof, der einmal hinter dem Lazarus-Spital lag, wo nun die Brauerei und ein Budenmarkt standen. Dort hatten die Nazis im Krieg ein Ghetto errichtet, den Friedhof verwüstet und jüdischen Zwangsarbeitern befohlen, die Grabsteine zu zerschlagen. Die Brocken wurden im Straßenbau eingesetzt. Beim Rückzug der Deutschen 1944 blieben offenbar einige Steinhaufen übrig, die dann wiederum die Sowjets als Baumaterial nutzten – auch für das Lenin-Denkmal. Nun kamen die Grabsteine plötzlich wieder zum Vorschein, und für einen kurzen Moment offenbarte sich die lange verschwiegene Geschichte der Stadt in geradezu unheimlicher Verdichtung. Der Jubel der Menschen erstarb. Sie starrten auf die Grabsteinreste. [...]

Mehr als 25 Jahre sind seit jenem Tag vergangen, aber noch heute liegt Lembergs Geschichte unter dickem Zement (Kleveman 2017, 10f.).

Die ethnische und kulturelle Vielfalt der Stadt erlebte Einbußen im Zuge der konkurrierenden Nationalismen, die bis auf den heutigen Tag immer wieder auflodern. Lemberg erlebt heute die Folgen des Kriegs zwischen der Ukraine und Russland. Sie ist die vergessene Mitte einer Großregion und gleichzeitig ein europäischer Rand, der nicht mehr zur Ruhe kommt.

Verwendete Literatur

Csáky, Moritz: Das Gedächtnis der Städte. Kulturelle Verflechtungen – Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa. Wien/Köln/Weimar 2010.

Kleveman, Lutz: Lemberg. Die vergessene Mitte Europas. Berlin 2017.

Pollack, Martin: Nach Galizien. Von Chassiden, Huzulen, Polen und Ruthenen. Eine imaginäre Reise durch die verschwundene Welt Ostgaliziens und der Bukowina. Wien 1994.

Roth, Joseph: Die Kapuzinergruft. Roman. Köln 1972 (erste Veröffentlichung 1938).

Roth, Joseph: Lemberg, die Stadt. Zweite Folge der dreiteiligen Serie „Reise durch Galizien“, Frankfurter Zeitung, 22. November 1924. In: Ders.: Reisen in die Ukraine und nach Russland. Hg. von Jan Bürger. München 2015.

Roth, Joseph: Radetzky marsch. Roman. Hamburg 1957 (erste Veröffentlichung 1932).

Roth, Joseph: Reisen in die Ukraine und nach Russland. Hg. von Jan Bürger. München 2015.

Schlögel, Karl: Lemberg – Hauptstadt der europäischen Provinz. In: Ders: Promenade in Jalta und andere Städtebilder. München/Wien 2001.

Trakl, Georg: Grodek. In: Anz, Thomas/Vogl, Joseph (Hg.): Die Dichter und der Krieg. Deutsche Lyrik 1914–1918. München/Wien 1982.

Zagajewski, Adam: Die kleine Ewigkeit der Kunst. Tagebuch ohne Datum. Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann und Renate Schmidgall. München 2014.

Wahrnehmung und Deutung des Ersten Weltkriegs in der Literatur (Ostmittel-)Europas

MAGDOLNA OROSZ

Der Erste Weltkrieg bedeutet eine historische, politische, kulturell-zivilisatorische Zäsur, die auch in der Literatur vielfach reflektiert wird. Er ist ein Wendepunkt, der „den Beginn des ‚kurzen 20. Jahrhunderts‘ (Eric Hobsbawm) markiert und so die Wahrnehmung des vergangenen Jahrhunderts maßgeblich bestimmt“ (Jahraus/Kirchmeier 2014, 495). Er wird als ‚Katastrophe‘ bezeichnet, die nicht nur während und unmittelbar danach, sondern auch hundert Jahre später eine intensive belletristische und zunächst auch kultur- und literaturwissenschaftliche Beschäftigung hervorbringt.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs ruft viele unmittelbare Reaktionen in allen Ländern von Europa, so auch in der österreichisch-ungarischen Monarchie hervor: nicht nur politische, sondern auch verschiedene literarische in unterschiedlichen Gattungen, trivialliterarische wie ästhetisch anspruchsvollere Formen (wie Kriegslyrik, Kriegssessayistik, Reportagen, Kriegsnotizen, Kriegstagebücher).

Die ersten Reaktionen von Intellektuellen reichen von Kriegsbejahung, Akzeptanz, ambivalentem Schwanken bis zur Skepsis und Ablehnung. So begrüßt u. a. Robert Musil im August 1914 den Krieg, indem er „Treue, Mut, Unterordnung, Pflichterfüllung, Schlichtheit“ als „Tugenden“ preist, die „einen Begriff von Heldenhaftigkeit umschreiben“; er schwärmt davon, „wie schön und brüderlich der Krieg ist“, und wendet sich dadurch vom „Ideal des europäischen Menschen“ (Musil 1914, 1303) ab, um die Propaganda und Manipulation in den folgenden Jahren ab 1916 als Schriftleiter der „Soldaten-Zeitung“ und als Redakteur der „Heimat“ zu bedienen. Hermann Bahr, der um die Jahrhundertwende als Vermittler moderner europäischer literarischer Tendenzen wirkt, sich aber schon 1912 von seinen früheren Ansichten abwendet, verfasst im August 1914 gleich bei Kriegsbeginn einen *Gruß an Hofmannsthal*, einen offenen Brief, in dem er den jüngeren Freund als Gesinnungsgenossen anspricht, und eine neue, durch den Krieg hervorgerufene Gemeinschaft heraufbeschwört: „Mir fällt ein, dass wir uns eigentlich niemals näher waren, als da Sie Ihr Jahr bei den Dragonern machten“, und lobt anschließend „das ungeheure Glück dieses Augenblicks“ (Bahr 1914, 6), d. h. den Kriegsausbruch ohne Vorbehalte.

Bei weitem nicht mit Bahrs Einstellung vergleichbar ist die ‚augenblickliche Kriegsverbblendung‘ von Rilke, der von seinen dichterischen Anfängen an eine stark auf sich bezogene Poetik pflegt, direkten ideologischen und politischen Bestrebungen aber eher fernsteht. In den ersten Augusttagen folgt Rilke der allgemeinen Stimmung, er will sogar selbst etwas tun und schreibt am 6. August 1914 an die Fürstin Marie von Thurn und Taxis: „Sehen Sie einen Platz für mich, auf dem ich als Schreiber oder Sanitätsgehülfe oder sonst mich nach meinen Kräften im Allgemeinen anzuwenden vermöchte?“ (Rilke 1986, 389) Am 27. September 1914 schreibt er an Anton Kippenberg, der damals schon Kriegsdienst leistet, daß er ihn sogar „um die wirkliche Theilnehmung am Wesen des fortwährenden Ereignisses [beneide]“ (Rilke 1995, 9f.). In den ersten Augusttagen entstehen auch sechs Gedichte, von denen die ersten fünf als *Fünf Gesänge. August 1914* im *Kriegs-Almanach 1915* im Insel-Verlag im November 1914 abgedruckt wurden. Rilke schreibt hier dem Krieg „einen quasi-mythologischen Sinn“ (Engel 2004, 15) zu, indem er den „hörengesagte[n] fernste[n] ungläubliche[n] Kriegs-Gott“ beschwört, und er lässt auch sein Werk *Die Weise von Liebe und*

Tod des Cornets Christoph Rilke ohne Bedenken vom Insel-Verlag kriegspropagandistisch vermarkten. Als er aber Ende 1915 einberufen wird, will er nichts mehr vom Krieg wissen und leistet seinen Dienst im Kriegspressequartier mit Widerwillen ab.

Andere Literaten und Intellektuelle tragen – durch freiwilligen Kriegsdienst oder Propagandatätigkeit – zur Kriegsakzeptanz aktiv bei, zeigen dabei jedoch eine ambivalente Haltung wie etwa Hugo von Hofmannsthal, der vom 12. August 1914 bis zum 17. Mai 1917 im Pressebüro des Kriegsfürsorgeamtes beschäftigt ist. Er verfasst Essays, Feuilletons, Zeitungstexte, hält Vorträge und unternimmt dienstliche oder halbamtliche Reisen. Er beschäftigt sich auch mit aktuellen Kriegserscheinungen und der Einstellung zum Krieg. Er spricht dabei in einem überhöhten, metaphorisch-gehobenen Stil als Sprachrohr einer durch den Krieg erschaffenen Gemeinschaft ‚Österreich‘ (in solchen Aufsätzen und Essays wie *Appell an die oberen Stände, Krieg und Kultur, Worte zum Gedächtnis des Prinzen Eugen, Grillparzers politisches Vermächtnis, Wir Österreicher und Deutschland, Preusse und Österreicher*). Eine ebenfalls ambivalente Haltung ist auch bei Stefan Zweig zu beobachten, der sich in seinen Erinnerungen im autobiographischen Werk *Die Welt von Gestern* beteuert, dass er „diesem plötzlichen Rausch des Patriotismus nicht erlag“, denn durch seine europäische Gesinnung war er „gewissermaßen geimpft mit Misstrauen gegen die Infektion patriotischer Begeisterung“ (Zweig 1989, 263). Die Behauptungen der Autobiographie können immerhin nur begrenzt als historisch verlässliche Aufzeichnung jener Zeit gelesen werden, denn Zweigs Briefe, Tagebücher und manche Essays zeugen demgegenüber davon, dass er gleich in den ersten Tagen einen „Kriegsdienst“ sucht und ihn pflichtbewusst leistet. Die Labilität und Ambivalenz der wechselnden Ansichten und Urteile Zweigs zeigt sich darin, dass sie oft kriegsbejahend, sogar nationalistisch voreingenommen ausfallen, wie am 24. August 1914, wo er „deutsche Siege“ erwähnt, die „von allen Seiten [klingen]“ (Zweig 1984, 92). In den Feuilletons und Essays finden sich ähnliche Einstellungen, wie im Feuilleton *Lüttich*, dass die Stadt „der Hort des Franzosentums“ ist, und deshalb findet er den „starke[n] Stoß der deutschen Armee auf Lüttich [...] tatsächlich ein[en] Eingriff in Feindesland“ (Zweig 1987, 175) und hält die Zerstörung von Löwen durch die deutsche Armee im August 1914 für gerecht. Später wird Zweigs Schaffen ab seinem Aufenthalt in der Schweiz (November 1917 bis März 1919) von einer erneuten intensiven Auseinandersetzung mit seiner europäischen Position geprägt, wodurch „[s]eine rhetorische Mimikry von gegenläufigen Werten und Stimmungen“ (Heyl 2000, 281) in den Hintergrund gerät. Nach dem Krieg tritt er dann als überzeugter Verfechter europäischer kultureller Traditionen und Werte auf.

Zu den wenigen Intellektuellen, die von Anfang an gegen den Krieg Stellung nehmen, gehört Arthur Schnitzler, der sich „niemals wertneutral, gleichgültig oder nachlässig“ (Müller-Seidel 2000, 18) zum Krieg äußerte. Nach dem Ausbruch und in den Jahren des Krieges setzt Schnitzler zwar seine literarische Tätigkeit fort, er setzt sich mit den Kriegsereignissen, mit ihren Folgen und kulturellen Auswirkungen, vor allem in seinen Briefen, Tagebüchern und anderen Aufzeichnungen intensiv auseinander. Die Tagebucheinträge während des Weltkriegs zeigen gut auf, wie Schnitzler „sich von der allgemeinen Kriegsbegeisterung distanziert und sich weigert [...], irgendeine Form von öffentlicher Kriegspropaganda zu betreiben“ (Scheffel 2015, 52). Schnitzler äußert sich gleich bei Kriegsbeginn scharfsinnig in einer Tagebucheintragung, indem er von „Weltkrieg“ und „Weltruin“ spricht und die damit eintretenden Veränderungen erahnt: „Wir erleben einen ungeheuern Moment der Weltgeschichte. In wenig Tagen hat sich das Bild der Welt völlig verändert“ (Schnitzler 1983, 129). Diese Haltung bewahrt er während der Kriegsjahre und kommt zu einer skeptisch-resignierten Sicht; er gehört zu den Intellektuellen, die „auch in dieser ungeheueren Epoche der Verwirrung niemals gänzlich den Verstand verloren“ haben (Schnitzler 1984, 62).

Im breiteren kulturellen Kontext der ungarischen Hälfte der k. u. k.-Monarchie gibt es auch vielfältige Formen der Kriegsreflexion sowie mehrere Einstellungen zum Krieg und aufeinanderfolgende Phasen der Auseinandersetzung mit dem Krieg. Die ersten Reaktionen nach dem Kriegsausbruch sind fast ausnahmslos kriegsbejahend, der Krieg wird als kreative, wenn auch gefährliche Treibkraft begrüßt, wie dies aus verschiedenen Beiträgen von Zsigmond Móricz, Aladár Schöpflin, Mihály Babits, Artúr Elek oder Béla Balázs in der Zeitschrift „Nyugat“ hervorgeht. So schreibt z. B. Zsigmond Móricz am 1. August 1914 in der Zeitschrift „Nyugat“: „[D]er Kriegslärm beflügelt die Phantasie [...] Und man spürt das Leben wie noch nie [...]“ (Móricz 1914). Aladár Schöpflin beneidet – in der gleichen Nummer von „Nyugat“ – den in den Krieg als Soldat ziehenden Bruder, weil die Soldaten „in die Fülle des Lebens geraten, ihr Leben wird jetzt erfüllt“ (Schöpflin 1914). Der Krieg erscheint auch als „Krieg der Kulturen“, so in dem 1914 erschienenen Essay *Párizs-e vagy Weimar?* [Paris oder Weimar?] von Béla Balázs, in dem er feststellt, in dem Krieg werden „hundertjährige bewunderte Kulturideale zu Ruinen“, und er sich als Anhänger von „Weimar“, d. h. der „germanischen“ gegenüber „Paris“, der „lateinischen“ Kultur versteht. In seinem Tagebuch notiert Balázs am 2. August 1914 ebenfalls seine „Begeisterung“: „Es ist Krieg. Und zwar – so scheint es mir heute – Weltkrieg; konvulsivische Begeisterung für den Krieg“ (Balázs 1982, 85). Nach einiger Zeit (und nach seinen Fronterlebnissen) tritt bei Béla Balázs ein Sichtwechsel ein, der in seinem literarischen Tagebuch „Lélek a háborúban. Balázs Béla honvédtizedes naplója“ [Seele im Krieg. Tagebuch des Korporals Béla Balázs] 1916 erscheint. In dieser Mischung aus Dialogen über den Krieg, Prosanotizen und einer Erzählung geraten die Kriegsereignisse in den Hintergrund, da es darin hauptsächlich um innere seelische Vorgänge geht. Das Werk demonstriert die tiefe Bestürzung des Autors und wirkt durch die Ästhetisierung der Kriegsereignisse nicht nur als eine Abkehr von der Kriegsbejahung, sondern auch als eine Verdrängung der politischen und sozialen Kriegswirklichkeit sowie der Verantwortung der Intellektuellen, zu denen Balázs gehörte.

Nach dem Frühjahr 1915 lassen sich eine eher skeptische oder sogar zurückweisende Haltung und eine wachsende Desillusionierung erkennen. In der politisch-ideologisch widersprüchlichen Situation ungarischer Intellektueller als Bürger der kriegsführenden k. u. k.-Monarchie ist oft auch eine ambivalente kritische Reflexion präsent. Kurz nach dem Ausbruch des Krieges entstehen vor allem lyrische Texte oder auch kürzere Formen wie Kriegsnotizen: Sie bieten gute Möglichkeiten für eine Auseinandersetzung und eine Reflexion der Kriegsnachrichten und des Kriegsalltags im zivilen Hinterland. Die *Háborús jegyzetek* [Kriegsnotizen] des für seine Künstlerromane bekannten Schriftstellers Zoltán Ambrus bilden eine Serie kürzerer Texte, die vom zweiten Heft des Jahres 1915 bis zum siebten Heft des Jahres 1917 in der Zeitschrift „Nyugat“ erscheinen; sie greifen kleine Momente aus den Kriegsnachrichten und dem Kriegsalltag auf, diskutieren sie ironisch, kritisch, eventuell nostalgisch – die ablehnende Haltung des Autors stellt sich dabei klar heraus.

Zu den populären Gattungen der Kriegsliteratur in Ungarn zählen auch Kriegsreportagen, die unmittelbare, etwas literarisierte Formen der Auseinandersetzung mit dem Krieg vertreten. Manche Autoren sind in den Propagandamechanismus des Kriegspressequartiers eingebunden. Der zum Ausbruch des Krieges schon weltberühmte Schriftsteller Ferenc Molnár zeigt sich in den ersten Tagen zwar kriegsbegeistert, jedoch verschwindet diese Einstellung bei ihm bald. So will er als Kriegsberichterstatter vom Krieg und von den Leiden der Menschen Zeugnis ablegen. Er veröffentlicht seine Texte als Buch unter dem Titel *Egy haditudósító emlékei. 1914 november – 1915 november* [Erinnerungen eines Kriegsberichterstatters. November 1914 – November 1915], das seine Auffassungsänderung dokumentieren sollte. Die Schriftstellerin Margit Vészi, die einzige

ungarische Kriegsberichterstatteerin, veröffentlicht ihre publizistischen Texte vor allem in der Tageszeitung „Az Est“ mit der Genehmigung des Kriegspressequartiers und veröffentlicht sie 1915 sowie 1918 in den Sammelbänden *Az égő Európa* [Das brennende Europa] und *Útközben* [Unterwegs], die durch „die konsequente Vermeidung von militanten und nationalistischen Pathosformeln“ (Teller 2015, 98) hervorstechen und der Autorin eine wichtige Stelle in der ungarischen Kriegsliteratur zuweisen. Eine besondere Variante der Kriegsberichterstattung prägt die Serie *Harry Russel-Dorsan harctéri levelei* [Briefe vom Schlachtfeld von Harry Russel-Dorsan] in der Zeitschrift „Nyugat“, die 1914 und 1915 erscheint und mit einer letzten Fortsetzung 1917 abgeschlossen ist. Diese Briefe sind aber keine authentischen Texte, ihre wahre Autorschaft wird durch ein fiktionales Verstellungsspiel verhüllt und erst in der letzten Folge aufgeschlüsselt. Der eigentliche Autor war der ungarische Schriftsteller Dezső Szomory, der in der Maske des erfundenen Harry Russel-Dorsan, den Ton der Gattung des Feldpostbriefes und der Kriegsnotizen nachahmend, eine vorwiegend antimilitaristische Haltung erkennen lässt.

Zu den kriegsablehnenden Werken gehört auch das Buch des österreichisch-ungarischen Schriftstellers Andreas Latzko, der mit seinem Werk *Menschen im Krieg* (1916/1917) eine wichtige literarische Verarbeitung der Kriegserlebnisse geschaffen hat. Sein Buch gehört in die Reihe derjenigen literarischen Werke zum Ersten Weltkrieg, die eine unmittelbare Reaktion auf den Krieg und die Kriegereignisse vermitteln: Der nach dem Kriegsausbruch einberufene, an der Front schwer verwundete und aus der Armee 1916 entlassene Autor nimmt einen kriegsgegnerischen und pazifistischen Standpunkt ein und zeigt in der aus sechs Novellen bestehenden Sammlung *Menschen im Krieg* die unterschiedlichen physischen und seelischen Leiden der Soldaten an der Front, aber auch der Menschen im Hinterland auf. Latzkos Buch kann zur Zeit seiner Erscheinung wegen der unmittelbaren Verarbeitung der Kriegsproblematik von großer Wirkung sein, da der Krieg schon seit zwei-drei Jahren dauert und die Erfahrungen der Menschen mit den in den erzählten Welten geschilderten Ereignissen und Erlebnissen übereinfließen. Latzkos Novellen mit den einfachen, reduzierten Handlungen und überschaubaren Figurenkonstellationen, die unmittelbar und unverschlüsselt suggerierten ethisch-moralischen Probleme und sozialen Gegensätze machen das Buch einem ähnlichen Erfahrungen und Enttäuschungen erlebenden breiteren Publikum zugänglich. Es erfährt aber schon bei Zeitgenossen wie Karl Kraus und Stefan Zweig zwiespältige Beurteilungen, und nach dem Ende des Krieges kann es keine wirklich anhaltende Wirkung erreichen. Latzkos weitere Bücher mit Kriegsthematik können dann das Publikum kaum noch erreichen: Der Autor bleibt eher eine Randfigur der Literaturgeschichte, die mit ihrem Antikriegswerk nur vorübergehend ins Zentrum der Aufmerksamkeit geraten kann.

Die literarische Reflexion der Kriegstraumata fängt bald nach dem Ersten Weltkrieg vielfach an und sie bringt eine Reihe bis heute bedeutender Werke der deutsch- und anderssprachigen Literaturen hervor. Als halbwegs unmittelbare Reaktion auf den Krieg könnten hier zahlreiche Werke angeführt werden: von Joseph Roth *Radetzkymarsch* (1932), *Die Flucht ohne Ende* (1927), von Erich Maria Remarque *Im Westen nichts Neues* (1929), von Ernst Jünger *In Stahlgewittern* (1920), von Leo Perutz *Wohin rollst du, Äpfelchen* (1928), *Dienstag, 12. Oktober 1916* (1919), *Herr, erbarme dich meiner* (1929), von Karl Kraus *Weltgericht* (1919), *Die letzten Tage der Menschheit* (1915–1922), von Henri Barbusse *Le Feu* (1916), von Louis-Ferdinand Céline *Voyage au bout de la nuit* (1932), von John Dos Passos *Three Soldiers* (1921), von Ernest

Hemingway *A Farewell to Arms* (1929) oder von dem ungarischen Autor Aladár Kuncz *A fekete kolostor* [Das schwarze Kloster] (1931).

Die auf den Ersten Weltkrieg folgenden schweren, einschneidenden politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen, der Zusammenbruch von Staaten und die Entstehung neuer Staatsgebilde in Europa, die Revolutionen und die Umkehr stabil geglaubter Werte bringen solche Einschnitte mit sich, deren Verarbeitung vielfache Rückblicke, eine oft nostalgische Rückkehr zur Vorkriegszeit hervorrufen, wie dies an der Geburt des sogenannten Habsburg-Mythos bei vielen Autoren der Zwischenkriegszeit beobachtet werden kann. Joseph Roths Roman *Radetzky* wird oft dieser Rubrik zugeordnet, indem er darin durch die fiktive Familiengeschichte der vier Generationen der Trottas auch die ‚große‘ Geschichte, die der k. u. k.-Monarchie und ihren Untergang heraufbeschwört. Die durch das musikalische Radetzky-Motiv symbolisch aufgerufenen Ereignisse der Monarchie und der Familiengeschichte deuten – trotz der musikalisch postulierten Einheit und Identität – auf Verluste und Scheitern hin, bis beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs, d. h. bei der Ankunft der Nachricht vom Attentat in Sarajevo die projizierte Einheit – durch die starke Naturmetaphorik, durch Parallelen zum aufziehenden Sturm im Wald verstärkt – auseinanderbricht:

Auch den Menschen schien sich die Aufregung der Natur und der Tiere mitzuteilen. [...] Einen Augenblick hierauf trat er [der Oberst Festetics] heraus, nahm einen Brief von der Ordonnanz entgegen und kehrte ins Haus zurück. [...] Der Oberst riß den Umschlag auf. [...] fiel der Text des Schreibens in das Blickfeld seiner [=des Dieners] wohlgezogenen Augen, ein einziger Satz aus übergroßen, mit blauer Kopierschrift sehr deutlich geschriebenen Worten. [...] ebensowenig wäre es ihm auch möglich gewesen, seinen Blick von der furchtbaren, blauen Schrift abzuwenden: „Thronfolger gerüchtweise in Sarajevo ermordet“, sagten die Buchstaben (Roth 2007, 404f.).

Die Spiegelung des weltgeschichtlichen Umbruchs in Naturereignissen und Landschaftsbildern ist ein Topos, den auch ungarische Autoren aufgreifen. Sándor Márai Buch *Bekenntnisse eines Bürgers*, dessen erster Band 1934 (der zweite 1935) erschienen ist, wird vom Autor eine Romanbiographie genannt, die seine eigene Geschichte wenig verschlüsselt nachzeichnet. Im ersten Teil wird das Aufwachsen eines jungen Menschen in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, seine Herkunft, seine Familie, seine bürgerliche Bildung beschrieben, und der zweite Teil ist seiner Identitätssuche nach dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit gewidmet, als in Europa alte Gewohnheiten und Werte verlorengegangen sind. Es entsteht eine Odyssee eines Bürgers aus Ostmitteleuropa, der seine verlorene Kultur durch die Sprache, durch die Literatur in seinen Werken zu bewahren versucht. Am Ende des ersten Teils wird bei Márai auch ein Grenzerlebnis beschrieben, bei dem wiederum (wie bei Roth) die Sturm-Metaphorik eine besondere Rolle spielt, indem einerseits der verwüstende Sturm in der Natur, andererseits der „Sturm“ in der Gesellschaft, d. h. die Nachricht vom Attentat von Sarajevo und die dadurch ausgelöste Ahnung einer drohenden Katastrophe geschildert wird:

Noch ein Sommer dämmert in der Erinnerung; es war ein wahrer Sommer, strahlend und wolkenlos, wie ich ihn vielleicht nie mehr erlebe. [...]

Es war ein besonders warmer, ein schwüler Sommer. Gegen Abend gingen wir in den Wald, um Pilze zu suchen.

Der Wald lebte seine letzten Tage; einige Wochen später vernichtete ihn am gesamten Hang, bis hinab zur Sägemühle im Tal, mit Stamm und Wurzeln ein Sturm. [...]

[...] Zur Jause wurde in unserem Laubengang gedeckt, ein wenig feierlicher als sonst. Maifeierfröhlichkeit lag in der Luft. [...] Dieser Verlobungsnachmittag sollte zu einem opulenten, feierlichen, vom reifen Frieden des Sommers untermalten, vollkommenen bürgerlichen Fest werden [...].

Wir saßen schon am Tische, als der Vizegespan in den Garten gerufen wurde. Ein Husar vom Komitat überreichte ihm in strammer Haltung einen Brief.

Er riss den Brief auf, kam zum Laubengang zurück, blieb auf der Schwelle stehen, schwieg. Er war kreidebleich; er trug einen schwarzen Kossuthbart, aus diesem Trauerrahmen leuchtete uns jetzt totenblass sein erschrockenes Gesicht entgegen.

»Was ist, Endre?« fragte Vater und ging auf ihn zu.

»Man hat den Thronfolger getötet«, sagte er mit einer gereizten Handbewegung.

In der tiefen Stille klang die Zigeunermusik so nahe, als spielte sie in unserem Garten. Die Zwiebelmustertassen in der Hand, saßen wir regungslos um den Tisch, irgendwie erstarrt an einem toten Punkt, wie in einer Pantomime. Ich folgte Vaters Blick, er richtete ihn ratlos zum Himmel.

Der Himmel war hellblau, von einem dünnen Sommerblau. Nicht die kleinste Wolke zeigte sich (Márai 2009, 197f.).

Der lange Zeit in Vergessenheit geratene Schriftsteller Miklós Bánffy, ein Mehrfachtalent aus dem ungarischen Hochadel, dessen Siebenbürgen-Trilogie 1935, 1937 und 1940 in ungarischer Sprache (und nach seiner Neuentdeckung in mehreren Neuauflagen), dann in deutscher Übersetzung erst in den letzten zehn Jahren erschien, beschreibt die letzten Jahrzehnte der Monarchie und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs durch das Schicksal seiner Figur Bálint Abády. Bei der Schilderung des Kriegsausbruchs und der Reaktionen der Figur kommt es zu ähnlicher Grenzerfahrung, wie das bei Roth und Márai zu beobachten ist: ein Übergang in den Krieg, wobei wiederum metaphorische Naturbilder auftauchen, die das Endzeitgefühl verstärken:

An einem Nachmittag saß er wieder vor dem offenen Fenster und starrte vor sich hin. Zeitungsjungen liefen unten auf der Straße. Er wurde auf ihre Rufe aufmerksam.

»Extraausgabe!«, riefen sie. »Ultimatum zurückgewiesen!« Und noch ein Wort: »Mobilisierung!« [...]

Er durfte keinen Augenblick mehr hierbleiben. Hastig packte er zusammen und warf sich in den ersten Zug. Nach Hause! Unverzüglich nach Hause! [...]

Doch nun begann er wieder über die Kriegsaussichten nachzudenken. Im Gegensatz zu allen anderen war er sicher, dass der Krieg sehr lange dauern und für die eigene Seite auf jeden Fall mit einer Niederlage enden werde. [...]

Am anderen Tag stand er früh auf. Es war sein letzter Vormittag im uralten Familiensitz. Vielleicht der allerletzte. [...] Überall sah er sich um, überall nahm er Abschied. [...]

Er stieg die Haupttreppe hinunter [...] als ginge er lebendig ins eigene Grabgewölbe. [...]

Nun würde das Land zugrunde gehen und mit ihm diese Generation [...].

Die Stadt und das Tal lagen schon im Schatten. Der Abend brach herein. Der Himmel flammte einzig im Westen. Lange Wolkenfetzen schwebten dahin. Aschfarbene Streifen mit glänzenden Fransen zierten den Horizont. Unter ihnen war alles Feuer, lauter Feuer. Die ganze Welt dort hinten war in Brand geraten. Der untere Rand des Himmels leuchtete blutrot. Flammende Tränen glühten zahllos, blendend, als weine das All über dem Meer von Blut. Träge, violette, dunkle Berge erhoben sich vor dem karmesinroten Himmel. Hart zeichneten sie sich ab, eng nebeneinander, ihre langen Körper lagerten in der Runde: die Schneeberge von Gyalu, die Magura und zuhinterst, wie gestreckt, die Vlegyásza.

Lange Bergkämme mit Steilhängen. Riesige Särge, die Särge von Völkern. In ihrer unbeweglichen Majestät standen sie dort in der Reihe unter dem Weltenbrand [...] (Bánffy 2015, 362).

Diese Werke von Roth, Márai und Bánffy fokussieren zwar auf andere geographische Regionen sowie auf unterschiedliche soziale und kulturelle Begebenheiten der Monarchie, zeigen aber ihre Risse, ihren unausweichlichen Untergang symbolhaft anschaulich, mit einer tiefen Trauer und mit etwas Nostalgie auf. Aus dem Rückblick der Zwischenkriegszeit war eben zu ermesen, was damit verlorenging.

Nach einer Zeit nimmt zwar die Intensität der unmittelbaren literarischen Erinnerung an den Ersten Weltkrieg ab, und sie wird durch andere Traumata (Zweiter Weltkrieg, Holocaust) in

hohem Maß überschattet, sie lebt aber zum 100jährigen Jubiläum in verschiedenen Sprachen und Kulturen erneut auf. So steht der Erste Weltkrieg, der Große Krieg bzw. seine Reflexion nicht nur in historiographischen, kulturwissenschaftlichen Diskussionen zum Jubiläumsgedenken im Mittelpunkt, sondern erscheint auch in literarischen Werken: so in der französischen Literatur in dem 2012 erschienen Werk von Jean Echenoz *14*, im Roman von Pierre Lemaitre *Au revoir là-haut* aus dem Jahr 2013, der 2013 den Goncourt-Preis gewann, aber auch in *La Bataille d'Occident* von Éric Vuillard, wo das Thema in einem belletristisch-essayistischen Buch aufgearbeitet wird.

Ebenfalls lebt diese Erinnerung in der ostmitteleuropäischen Region auf, für die Kriegserinnerungen besonders langwierige historische Konflikte und Spannungen sowie unterschiedliche, konträre Perspektiven enthalten. Diese werden in einigen neuen literarischen Werken aufgezeigt, so z. B. in der ungarischen Literatur bei Iván Sándor: *Az éjszaka mélyén - 1914* (in deutscher Übersetzung *Husar in der Hölle – 1914*, erschienen 2014); Zsuzsa Rakovszky: *Szilánkok* [Splitter 2014], Andrea Tompa: *Fejtől s lábtól* [Vom Kopf und Fuß 2013], bei österreichischen Autoren u. a. in Janko Ferks 2014 erschienenem Werk *Der Kaiser schickt Soldaten aus* oder in der Neuauflage von Ludwig Winders zuerst 1937 veröffentlichtem Roman *Der Thronfolger. Ein Franz-Ferdinand-Roman*. In diese Reihe kann auch das im Frühjahr 2014 erschienene Werk von Elena Messner *Das lange Echo* eingereiht werden.

Aus all den Werken entsteht zwar keine systematische Verarbeitung der vielfältigen Ursachen und widersprüchlichen Folgen des Ersten Weltkriegs (und damit des 20. Jahrhunderts), aus ihnen ergibt sich jedoch ein Mosaik und eine Reflexion von alten und neuen Konfliktpotenzialen von (Ostmittel-)Europa im und seit dem Ersten Weltkrieg, was auch dazu beitragen mag, unsere heutigen Spannungen, Konflikte und Probleme besser verstehen zu können.

Verwendete Literatur

Bahr, Hermann: Gruß an Hofmannsthal. In: Neues Wiener Journal vom 26. August 1914, 6.

Balázs, Béla: *Napló 1914–1922* [Tagebuch 1914–1922]. Budapest 1982.

Ders.: Párizs-e vagy Weimar? [Paris oder Weimar?]. In: *Nyugat* 7 (1914), H. 16/17, 200–203.

Balázs, Eszter: Káprázattól az illúzióvesztésig. A háború jelentései a Nyugatban (1914. augusztus – 1915. augusztus) [Von der Verblendung zum Illusionsverlust. Bedeutungen des Krieges in der Zeitschrift *Nyugat*]. In: *Médiakutató* 11 (2010), H. 1, 85–91.

Bánffy, Miklós: *Die Schrift in Flammen*. (Aus dem Ungarischen von Andreas Oplatka). Wien 2012.

Ders.: *Verschwundene Schätze*. (Aus dem Ungarischen von Andreas Oplatka), Wien 2013.

Ders.: *In Stücke gerissen*. (Aus dem Ungarischen von Andreas Oplatka). Wien 2015.

Engel, Manfred (Hg.): *Rilke-Handbuch*. Stuttgart/Weimar 2004.

Heyl, Bettina: Stefan Zweig im Ersten Weltkrieg. In: Schneider, Uwe/Schumann, Andreas (Hg.): *Krieg der Geister. Erster Weltkrieg und literarische Moderne*. Würzburg 2000, 263–292.

Ifkovits, Kurt: „Nur noch Deutsche!“ oder „slawisches West-Reich“ – Hermann Bahrs Kriegspublizistik in den Jahren 1914/15. In: Feichtinger, Johannes/Stachel, Peter (Hg.): Das Gewebe der Kultur. Kulturwissenschaftliche Analysen zur Geschichte und Identität Österreichs in der Moderne. Innsbruck 2001, 209–231.

Jahraus, Oliver/Kirchmeier, Christian: Der Erste Weltkrieg als „Katastrophe“. Herkunft, Bedeutungen und Funktionen einer problematischen Metapher. In: Koch, Lars/Kaufmann, Stefan/Werber, Niels (Hg.): Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch. Stuttgart/Weimar 2014, 495–509.

Magris, Claudio: Der habsburgische Mythos in der modernen österreichischen Literatur. Wien 2000.

Márai, Sándor: Bekenntnisse eines Bürgers. (Aus dem Ungarischen von Hans Skirecki). München/Zürich 2009.

Molnár, Ferenc: Egy haditudósító emlékei. 1914 november – 1915 november [Erinnerungen eines Kriegsberichterstatters. November 1914 – November 1915]. Budapest 1916.

Móricz, Zsigmond: Inter arma... In: Nyugat 7 (1914), H. 15, 190f.

Müller-Seidel, Walter: Literarische Moderne und Erster Weltkrieg. Arthur Schnitzler in dieser Zeit. In: Schneider, Uwe/Schumann, Andreas (Hg.): Krieg der Geister. Erster Weltkrieg und literarische Moderne. Würzburg 2000, 13–37.

Musil, Robert: Europäertum, Krieg, Deutschtum. In: Die neue Rundschau 25 (1914), H. 2, 1303–1305.

Orosz, Magdolna: „Ich bin zwar kein Stratege...“ – Thematisierung und Reflexion des Ersten Weltkriegs in der ungarischen Publizistik 1914–1918. In: Lajarrige, Jacques (Hg.): Andreas Latzko (1876–1943) – Ein vergessener Klassiker der Kriegsliteratur? Berlin 2021, 259–277.

Dies.: Kriegsgeschichte aus der Retrospektive: Erinnerung in diskursiver Verarbeitung. In: Beßlich, Barbara/Felder, Ekkehard (Hg.): Geschichte(n) fiktional und faktual. Literarische und diskursive Erinnerungen im 20. und 21. Jahrhundert. In: Jahrbuch für Internationale Germanistik Reihe A – Band 125. Bern 2016, 133–152.

Dies.: Literatur gegen den Krieg: Andreas Latzko und Béla Balázs im Vergleich. In: Haberland, Detlef/Mihály, Csilla/Orosz, Magdolna (Hg.): Literarische Bilder vom Ersten Weltkrieg. Wien 2019, 72–91.

Plener, Peter: „Extraausgabe –!“ Vom Medienverbund k. u. k. Kriegspressequartier und seinem technoromantischen Abenteuer 1914–1918. In: Colpan, Sema u. a. (Hg.): Kulturmanöver. Das k. u. k. Kriegspressequartier und die Mobilisierung von Wort und Bild. Frankfurt a. M. 2015, 355–369.

Rainer Maria Rilke und Marie von Thurn und Taxis. Briefwechsel. Hg. von Ernst Zinn. Frankfurt a. M. 1986.

Rilke, Rainer Maria: Briefwechsel mit Anton Kippenberg 1906–1916. Hg. v. Schnack, Ingeborg/Scharffenberg, Renate. Bd. 2. Frankfurt a. M. 1995.

Roth, Joseph: Radetzkmarsch. München 2007.

Scheffel, Michael: Arthur Schnitzler. Erzählungen und Romane. Berlin 2015.

Schnitzler, Arthur: Briefe 1913–1931. Hg. von Peter Michael Braunwarth u. a. Frankfurt a. M. 1984.

Ders.: Tagebuch 1913–1916. Hg. von Peter Michael Braunwarth u. a. Wien 1983.

Schöpflin, Aladár: Katona öcsémnek [Meinem Bruder, dem Soldaten]. In: Nyugat 7 (1914), H. 16/17, 197–199.

Stephens, Anthony: Das „gleiche tägliche Entsetzen“ und die Stimme des Dichters. Rainer Maria Rilke 1914–1918. In: Schneider, Uwe/Schumann, Andreas (Hg.): Krieg der Geister. Erster Weltkrieg und literarische Moderne. Würzburg 2000, 153–169.

Szegedy-Maszák, Mihály: Az első világháború a prózairodalomban [Der Erste Weltkrieg in der Erzählliteratur]. In: Studia Litteraria 54 (2015), H. 3/4, 5–46.

Teller, Katalin: Die Kriegsberichterstatte Margit Vészi zwischen ethischem Journalismus und Propaganda. In: Colpan, Sema u. a. (Hg.): Kulturmanöver. Das k. u. k. Kriegspressequartier und die Mobilisierung von Wort und Bild. Frankfurt a. M. 2015, 95–110.

Vörös, Boldizsár: Erinnerungen eines Kriegsberichterstatters. Die Arbeiten von Ferenc Molnár über seine Kriegserlebnisse. In: Colpan, Sema u. a. (Hg.): Kulturmanöver. Das k. u. k. Kriegspressequartier und die Mobilisierung von Wort und Bild. Frankfurt a. M. 2015, 74–94.

Ders.: Frontélmények a hátszögből – Szomory Dezső „Harcéri levelei“ [Fronterlebnisse aus dem Hinterland – Briefe vom Schlachtfeld von Dezső Szomory]. In: Török, Róbert/Závodi, Szilvia (Hg.): Háborús hétköznapiak. Budapest 2016, 49–60.

Vuillard, Éric: La Bataille de l'Occident. Paris 2012.

Zweig, Stefan: Auf Reisen. Feuilletons und Berichte. Frankfurt a. M. 1987.

Ders.: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Frankfurt a. M. 1989.

Ders.: Tagebücher. Hg. von Knut Beck. Frankfurt a. M. 1984.

Magdolna Orosz, Prof. emer. Dr. DSc

Literaturwissenschaftlerin, emeritierte Professorin für Moderne deutschsprachige Literatur an der Eötvös Loránd Universität Budapest. Ihre Forschungsgebiete sind Literaturtheorie, Narratologie, Intertextualität und Intermedialität, deutsche Literaturgeschichte (deutsche Romantik, deutschsprachige Literatur um die Jahrhundertwende, deutsch-ungarische Literaturbeziehungen) und Kulturwissenschaften.

„Der Wald der Gehenkten“ von Liviu Rebreanu
Einblicke in Kriegserfahrung und rumänische Erinnerungskultur

GEORG AESCHT

Liviu Rebreanu, geboren 1885 im damals noch ungarischen, nach dem Ersten Weltkrieg rumänischen Siebenbürgen, gestorben 1944 im Königreich Rumänien, ist einer der bedeutendsten rumänischen Erzähler der klassischen Moderne. Die Wirren und Verwerfungen des 20. Jahrhunderts haben ihn frühzeitig zum Zeitzeugen geprägt; mit diesem 1922 veröffentlichten Roman *Der Wald der Gehenkten* folgt er nächst seiner künstlerischen Berufung einer schmerzlichen Pflicht. Mit epischer Wucht zeichnet er die Verheerungen und Versehrungen nach, die der erste Weltenbrand im Schicksal des Einzelnen anrichtet: „Dem Gedenken an meinen Bruder Emil, der im Jahre 1917 an der rumänischen Front von den Österreichisch-Ungarischen hingerichtet worden ist.“

Zwei Werke von Liviu Rebreanu setzen sich mit dem Ersten Weltkrieg auseinander. Trotz unterschiedlicher Handlung und der dargestellten Räume sind sie durch die Sensibilität des Autors für die Minderheitenproblematik miteinander verbunden. Das Minderheitendasein hatte Rebreanu nämlich in zwei biografischen Konstellationen erfahren, zum einen als siebenbürgischer Rumäne in Ungarn und zum anderen nach 1909, als er nach Rumänien umgesiedelt war, als Fremder im rumänischen Altreich, wo er jahrelang auf den Erhalt der Staatsbürgerschaft wartete. Wohl letztere Erfahrung war es, die sein Interesse für die Situation der jüdischen Minderheit in Rumänien erweckte. Dieses fand in der Erzählung *Itzig Struhl, Deserteur* (1921) seinen Niederschlag, in der Rebreanu auf die Lage der Juden in der rumänischen Armee anspielt. In dem zwischen 1919 und 1922 entstandenen Roman *Der Wald der Gehenkten* geht es um die Desertion eines siebenbürgischen Rumänen und gleichermaßen um eine besondere Minderheit – das Individuum. Denn angeklagt wird der Krieg als Ermächtigungsmöglichkeit des Staates über das Leben der Menschen: Der zentrale Protagonist, der Leutnant Apostol Bologna, wird aus nächster Nähe verfolgt, wie er nach und nach Mut fasst, Grenzen zu überwinden. Als Siebenbürger Rumäne wird er beim Versuch festgenommen, die Frontlinie zu den Stellungen der Rumänen zu überschreiten. Doch bevor er desertiert, gesteht er der Ungarin Ilona seine Liebe. Sie und ihr Vater sind schließlich jene, die ihm bis zu seiner Hinrichtung beistehen. Der scheinbare Widerspruch löst sich auf: Nicht zwischen den Ethnien und Völkern ziehen sich Grenzen und Fronten, sondern zwischen den Menschen und der Kriegsordnung.

Der Wald der Gehenkten ist in rumänischen Lehrbüchern für den Literaturunterricht an Schulen vertreten und stellt damit einen Text dar, der intensiv an Formung des kollektiven Gedächtnisses beteiligt ist. 1965 von Liviu Ciulei verfilmt und mit dem Regiepreis in Cannes gekürt, hielt die Thematik auch über dieses Medium Einzug in die Öffentlichkeit. 2019 wurde der Roman vom Rumänischen Nationaltheater in Szene gesetzt. Der durch seine provokativen Inszenierungen bekannte Regisseur Radu Afrim nutzte das Potenzial seiner multimedialen Darstellung, um auf die bekannten Fragen des Romans Antworten vor der Kulisse der Gegenwart zu finden, so z. B. mit dem Ausruf aus dem Romantext, ob man gegen die eigenen Leute kämpfen könne: Dabei stand die zentrale Gestalt Bologna vor einer Leinwand auf der Bühne, auf der jüngst stattgefundenen Demonstrationen gegen die Korruption der politischen Klasse zu sehen waren. Diese trug wohl die Verantwortung dafür, dass gegen die eigenen

Bürger im August 2018 Tränengas eingesetzt wurde. Durch seinen Bekanntheitsgrad eignet sich der Roman als Folie für gesellschaftliche Neusondierungen und bleibt wohl auch in der Zukunft erinnerungspolitisch relevant.

Das folgende Fragment aus dem Roman von Liviu Rebreanu spielt im dritten Jahre des Krieges, als an der russischen Front ein tschechischer Soldat der österreichisch-ungarischen Armee wegen Desertion hingerichtet wird. Der siebenbürgisch-rumänische Leutnant Apostol Bologna gehört dem Kriegsgericht an, welches das Urteil fällt. Einstweilen steht er zu diesem Urteil, die moralischen Bedenken jedoch rütteln an seiner soldatischen Loyalität, und sein auf Familientradition gründendes nationales Selbstbewusstsein hält den privaten und politischen Herausforderungen nicht stand. Ein Jahr später wird der skrupulöse Bologna selbst unter dem Galgen stehen, weil er sich geweigert hat, auf die rumänischen Brüder von jenseits der Karpaten schießen zu lassen, und beim Versuch der Desertion gefasst worden ist. Er selbst begreift seinen Tod als Opfer, allerdings nicht für eine politisch definierte Sache, sondern in menschlich-metaphysischer Dimension.

Das hier aufdämmernde Verhängnis nimmt seinen Lauf, der Soldat Apostol Bologna zerbricht an der abgründigen Grausamkeit des Krieges, an den Erwartungen des kleinbürgerlichen Umfeldes, an der Fragwürdigkeit religiöser Vorstellungen im Angesicht des Mordens. Es ist der Roman nicht nur einer versuchten Desertion aus einer Armee, sondern auch der Einsicht in das Unvermögen des Einzelnen, sein Glück, überhaupt einen Sinn in der Geschichte zu finden.

Das Kapitel 4, aus dem dieser Auszug stammt, reflektiert die Verurteilung aus der Sicht von k. u. k. Offizieren verschiedener Nationalitäten mit einem vielstimmigen Streitgespräch nach der im Eingangskapitel geschilderten Hinrichtung. Dabei werden nicht allein die Widersprüche, ja Gegensätze und Risse deutlich, die das Habsburgerreich und seine Armee durchziehen. Vielmehr wird die Frage nach moralischer Integrität in Zeiten des Krieges grundsätzlich gestellt – und das mit einer Heftigkeit, die Apostol Bologas moralische Selbstgewissheit erschüttert.

Die Offiziersmesse befand sich in einer ehemaligen Schenke neben dem Haus, in dem General Karg wohnte. Im großen Schankraum zur Straße, hinter geschlossenen Fensterläden, durch die kein Licht herausdrang, speisten die Offiziere des Divisionsquartiers sowie jene vom Kommando der Artilleriebrigade, die im Dorf lag. Hinten in einem Kämmerchen war die Messe für Durchreisende, für jene also, die an die Front gingen oder von dort zurückkehrten und eine Zeitlang bei den verschiedenen Diensten der Division zu tun hatten.

Weil er sich verspätet hatte, wollte Bologna nicht durch die große Stube gehen, sondern machte einen Bogen über den Hof und trat in den Wirtschaftsraum, wo einige Soldaten Geschirr spülten, Besteck trockneten, Flaschen entkorkten, während andere auf dem Gang von der abgelegenen Küche mit Essen beladene Teller oder Weinflaschen herantrugen ... Von hier ging eine Tür zur großen Messe und eine andere gleich links zu der Unterkunft der Durchreisenden. Ein Soldat sprang herbei und hielt Bologna die Tür auf.

In der Kammer standen nur zwei lange Tische und ein klappriges Sofa mit einem wirren Haufen von Mänteln, Helmen, Revolvern, Degen, Bajonetten.

Der Tisch rechts stand verlassen; ein Soldat mit spitz zulaufendem Kopf und fingerhoher Stirn trug gemächlich das Besteck und die Brotreste ab. Der Tabakrauch, der Dunst des Essens und der Getränke erfüllte den Raum bis zur Balkendecke und dämpfte das Licht der Lampe mit zerbeultem Blechschirm. Die Läden vor den beiden Fenstern waren verrammelt und die Ritzen mit Servietten verstopft. Vorhänge gab es keine, und an den Wänden waren nur ein paar Kadaver vollgefressener Wanzen zu sehen.

An der Spitze des Tisches zur Linken saß Hauptmann Klapka. Ohne Helm, kahlgeschorenen Hauptes, einen Ausdruck der Güte und Sanftheit im Gesicht, wogegen in seinen Augen ein Entsetzen flackerte, das er mit einem verstellten kalten Lächeln zu tarnen suchte.

Als Bologna den Raum betrat, verstummte mit einem Mal das Stimmengewirr, das bis in die Diele zu vernehmen war, so dass sein Abendgruß in einem betretenen Schweigen einsam in der Schwebeliege blieb. Während er sich des Helms und der Ulanka entledigte, verflüchtigte sich die Verlegenheit, und der Leutnant Gross rief halb im Scherz, halb im Ernst:

„Mir scheint, Bologa, du hast dich geschämt und bist deshalb nicht eher bei uns erschienen? Sei ehrlich!“

„Geschämt? Ich? ... Wieso?“, sagte Bologa in steifer Haltung.

„Als wüssten wir nicht, dass du für den Tod gestimmt hast!“, lächelte Gross, wobei er seinen Worten einen weicheren Klang verlieh, da er Bologas Verärgerung bemerkte.

„Na und?“, beharrte Bologa beherzt. „Jedenfalls habe ich niemandem Rechenschaft abzulegen außer meinem Gewissen, das ihn für schuldig befunden hat!“

„Gewissen!“, seufzte da wehmütig der Hauptmann Cervenco, der zur Linken Klapkas saß. „Wer hat denn heute noch ein Gewissen?“

Diese Stimme fuhr wie eine Nadel ins Ohr des Leutnants Bologa. Er wollte antworten, aber ihm fiel nichts ein. Er sah den Andern an, und es wurde ihm warm ums Herz. Cervenco war ein stattlicher, breitschultriger Mann mit einem braunen Bart, der fast seine ganze Brust bedeckte, und Augen, in denen sich ohne Unterlass ein geheimes Leid ausweinte. Bologa hatte ihn in einem Spital in Triest kennengelernt und sein engelhaftes Herz entdeckt. Er war Ruthene, Gymnasiallehrer in Stanislau. Unter den Offizieren galt er als eine Art Mennonit, denn in den zwei Kriegsjahren hatte er noch nie eine Waffe angerührt, in die Schlacht zog er mit nichts als einem Schilfrohr und dem Gesang von Kirchenliedern auf den Lippen. Cervenco selbst erklärte hoch und heilig, er würde sich eher die Hände abhacken, als auf arme Menschen zu schießen, wie er selbst einer war. Da er seinen Dienst ansonsten äußerst gewissenhaft versah, ließen ihn seine Vorgesetzten gewähren und begnügten sich mit der Feststellung, er sei halt ein bisschen verrückt.

„Jeder tut seine Pflicht, wie er es für richtig hält“, murmelte Bologa als Antwort an Cervenco und setzte sich Klapka gegenüber, dann befahl er dem Soldaten: „Bring mir auch was zu essen!“

Der Soldat verschwand. Im nächsten Augenblick sagte Gross mit finsterner Miene:

„Keine Pflicht der Welt kann mich zwingen, einen Kameraden umzubringen ...“

„Kamerad?!“, brüllte plötzlich empört der Leutnant Varga und sprang auf. „Verräter und Deserteure, sind das Ihre Kameraden? ... Meine Herren, hier hat der Spaß ein Ende! Ich jedenfalls kann es mir nicht mehr gleichgültig anhören, dieses ... dieses ... Gerede, beschämend für einen Soldaten, der noch ein bisschen Vaterlandsliebe in der Seele trägt ...“

Der Ausbruch des Husarenleutnants, des einzigen aktiven Offiziers unter den Anwesenden, wirkte wie ein kalter Guss, da sie plötzlich daran erinnert wurden, dass sie an der Front waren. Alle Blicke richteten sich auf Varga, und in allen blitzte eine Frage ... Diese Blicke schmeichelten dem Stolz des jungen und schönen brünetten Husaren mit gepflegtem Oberlippenbart und eigensinnigem Auftreten. Er war der Neffe des Philosophieprofessors aus Budapest und hatte den Ehrgeiz, als großer Pferdekennner zu gelten. Apostol hatte ihn oft im Haus des Professors angetroffen und sich, obwohl jener ihm hohl und eitel dünkte, mit ihm angefreundet, war er doch andererseits von offener und rechtschaffener Wesensart.

„Stell dir vor, mein Lieber“, fuhr Varga fort und richtete sich, um den Eindruck des empörten Aufbrausens zu verwischen, mit gedämpfter Stimme an Bologa wie an einen Glaubensbruder, „seit zwei Stunden reden wir nur über Svobodas Hinrichtung, und was meinst du, wen die Herren für schuldig halten – jene, die ihn verurteilt haben!“

Varga schloss mit spöttischem Lächeln hinüber zu Gross, wodurch er die Spuren seines Protestes gänzlich tilgte.

„Niemand verurteilt leichten Herzens“, sagte Apostol nachdenklich. „Wenn aber die Schuld offen zu Tage liegt, ist man dazu gezwungen. Denn über dem Menschen, über seinen besonderen Interessen steht der Staat!“

„Nichts geht über den Menschen!“, fuhr Gross hastig dazwischen, damit ja niemand vor ihm das Wort ergriff. „Im Gegenteil, der Mensch geht über alles, gar über das ganze Weltall! Was wäre die Erde ohne den Menschen, der sie betrachtet, der sie liebt, der sie misst, der sie befährt? ... Denn auch die Erde, das All, erst durch den Menschen sind sie zu einer interessanten Wirklichkeit geworden. Ansonsten wären sie ein unfruchtbares Wogen blinder Energien, ansonsten, also ohne die Seele des Menschen ... Alle Sonnen des Weltalls können gar keine andere Berufung haben als die, den Leib des Menschen zu wärmen, der den göttlichen Kern der Intelligenz birgt. Der Mensch ist der Mittelpunkt des Weltalls, denn erst im Menschen ist die Materie zum Bewusstsein ihres eigenen Ichs, zur Selbsterkenntnis gelangt! ... Der Mensch ist Gott!“

Der Leutnant Gross, hager und schmal, mit gestutztem Bärtchen und kleinen, durchdringend funkelnden schwarzen Augen, befehligte eine Kompanie Pioniere. Beim Reden taute er schnell auf, und seine unangenehm raue Stimme wurde einnehmend geschmeidig. Er war Jude und Ingenieur in einer Maschinenfabrik in Budapest. Jetzt hielt er einen Augenblick inne und blickte in der Runde, als erwartete er einen Zwischenruf. Als er dem Blick von Bologa begegnete, der ihn nicht mochte und ihn als Blender bezeichnete, fuhr Gross verächtlich fort:

„Der Staat! ... Der mordende Staat! ... Hinter uns unser Staat, vor uns der feindliche Staat, und in der Mitte wir, zum Sterben verurteilt, damit das Wohlergehen einer Handvoll Gauner gesichert ist, die das Abschlachten von Millionen stumpfsinniger Knechte veranstaltet hat! Ich wundere mich, dass ...“

„Wir verteidigen das Vaterland, mein Freund, das Erbe unserer Ahnen!“, unterbrach ihn Varga lässig, mit stolzer Überlegenheit in der Stimme.

„Hier im Herzen Russlands ist Ihr Vaterland?“, fragte Gross mit großer Verachtung.

„Wo die Pflicht, da das Vaterland!“, bemerkte Apostol, allerdings so verhalten, dass niemand seinen Worten Beachtung schenkte.

„Unser Vaterland ist der Tod ... Überall und immer der Tod“, murmelte Cervenco aus tiefster Überzeugung.

„Weil wir feige sind!“, platzte Gross heraus. „Ein einziger Augenblick allgemeinen Mutes würde aller Niedertracht ein Ende setzen.“

„Wenn alle Welt wäre wie du!“, sagte Varga und lachte dermaßen herzhaft, dass es alle erheiterte.

„Zum Glück haben wir andern noch nicht vergessen, dass wir zuvörderst die Söhne und Verteidiger des Vaterlandes sind, mein lieber Anarchist! ... Herr Hauptmann“, wandte er sich dann an Klapka, „beurteilen Sie uns bitte nicht nach unseren Worten, sondern nach unseren Taten! Wir alle sind Freunde, und wenn wir zusammenkommen, erlauben wir uns mehr, als erlaubt ist. So verschaffen wir uns ein wenig Linderung nach allem, was wir durchmachen ... Aber vor dem Feind erfüllen wir alle von ganzem Herzen unsere Pflicht, selbst Gross, wengleich er sich als Aufrührer gibt. Im dritten Kriegsjahr möge man uns, nachdem wir so viele Mutproben bestanden haben, diese Schwächen nachsehen!“

Klapka nickte mit verständnisvollem Lächeln, das allerdings überhaupt nicht zu dem merkwürdigen Flackern in seinen hervorstehenden Augen passte. Gross wollte Einspruch erheben, da aber ging die Tür auf, und herein trat der Soldat mit den vollen Tellern, die er Bologa vorsetzte.

Wenige Minuten später, nach einigem Zögern, flammte das Streitgespräch wieder auf, vor allem zwischen Gross und Varga. Apostol Bologa würgte das Essen widerwillig hinunter. Zwar hatte er seit Mittag keinen Bissen zu sich genommen, Hunger aber verspürte er keinen. Er fühlte sich nach wie vor erschöpft, als hätte er den ganzen Tag Steine geschleppt. Gern hätte er an der Diskussion teilgenommen, traute sich aber nicht aus Angst, die anderen würden merken, wie falsch und unaufrichtig seine Worte waren. Diese Angst quälte ihn fortwährend, ohne dass er etwas gegen sie auszurichten vermochte. Ihm war, als stände er an einem Abgrund und wagte es nicht, in die Tiefe zu blicken, die ihn dennoch immer unwiderstehlicher anzog.

„Der Sieg ist unser!“, tönte Gross pathetisch fuchtelnd und mit vor Erregung brennenden Augen. „Ein monströses Verbrechen muss auch einen mächtigen Drang zur allgemeinen Auflehnung auslösen ... Es muss! Und dann werden über die blutgetränkten Schützengräben, über die von Gräbern gefurchten Grenzen hinweg alle Unterdrückten, alle Aufbegehrenden sich die Hände reichen und sich in vernichtendem Sturm gegen jene wenden, die sie seit Jahrtausenden ausbeuten, und in deren vom Müßiggang dickflüssigen Blut die Fahnen des Friedens und der neuen Welt tränken.“

Da konnte Bologa nicht mehr an sich halten, sanft fragte er nach:

„Der Welt des Hasses, Kamerad?“

„Der Hass, nur der Hass wird das Unrecht ausmerzen!“, gab Gross mit leidenschaftlich verzerrtem Gesicht zurück.

„Hass gebiert Hass, in alle Ewigkeit“, sagte Apostol schauernd. „Auf Hass kann man ebenso wenig bauen wie auf sumpfigem Boden ...“

Noch bevor Gross etwas entgegen konnte, erhob sich Varga und sprach mit einem Lächeln:

„Halt! ... Mit Verlaub! ... Unser Anarchist will eine Internationale ... Nicht wahr, Kamerad? ... Nun, hier ist die Internationale!“, fuhr er mit stolz erhobener Stimme und in die Runde weisender Hand fort. „Da! ... Du bist Jude, der Herr Hauptmann ist Tscheche, der Doktor da ist Deutscher, Cervenco ist Ruthene, Bologa ist Rumäne, ich bin Ungar ... Nicht wahr? ... Was bist denn du, mein Junge?“, sprach er unvermittelt den Soldaten an, der mit dem Abräumen des anderen Tisches nicht zu Rande kam.

„Soldat!“, antwortete der Mann und nahm Haltung an.

„Natürlich, alle sind wir Soldaten“, bemerkte Varga zufrieden. „Aber ich frage dich: Welchen Volksstamms bist du?“

„Kroate, zu Befehl!“, brummte der Soldat, ohne mit der Wimper zu zucken.

„Na bitte, Kroate also“, fuhr der Leutnant, an die Offiziere gewandt, fort. „Und ich bin sicher, dass wir drüben, in der großen Stube oder in der Diele auch Polen und Serben und Italiener finden, alle Völker eben, nicht wahr? ... Und alle kämpfen wir Seite an Seite für ein gemeinsames Ideal, gegen den gemeinsamen Feind! Da haben wir die wahre Internationale, Genosse!“, schloss Varga und setzte sich triumphierend hin.

„Die Internationale des Verbrechens!“, sagte Gross mit feierlichem Ernst, fügte aber sogleich ironisch hinzu: „Es ist umsonst, du kannst das nicht verstehen, Varga! Wir vergeuden unsere Zeit. Du bist ein netter Kerl, bist ein Held, aber weiter ...“

„Weiter, also näher an deine Ideen will ich gar nicht kommen, denn dort trifft man aufs Kriegsgericht“, entgegnete Varga rasch und lachte selbstgefällig.

Darauf herrschte Schweigen, da klagte mit einem Mal Cervencos Stimme, wie von späten Gewissensbissen beschwert:

„Leid brauchen wir, viel unermessliches Leid ... Nur im Leid lebt und fruchtet die große, die wahre und siegreiche Liebe ... Die Liebe, ihr lieben Menschen, die Liebe!“

Apostol Bologna schaute dem Ruthenen in die Augen, die, wenngleich tränenverschleiert, mit verführerischem Glanz leuchteten. Als er sich jedoch weiter in diesen Anblick vertiefte, fuhr Bologna entsetzt zusammen, als hätte er in die Tiefe des Abgrundes geschaut, vor dem er sich den ganzen Abend gehütet hatte. Er wollte etwas sagen und hörte sich selbst besinnungslos murmeln:

„Die Liebe ... Die Liebe ...“

„Eure Liebe aber nährt sich von Kugeln oder Galgen“, sagte Gross mit boshafter Schärfe. „Heute Svoboda, morgen ich oder vielleicht ihr mit eurer Liebe ... Dabei hat Svoboda wenigstens versucht, sich aus dem Morast zu ziehen, während wir uns weiter suhlen ...“

„Ich hoffe, du willst nicht dem Verrat das Wort reden!“, unterbrach ihn wieder der Husarenleutnant.

„Wenn nun, während du hier leidest oder Heldentaten vollbringst, zu Hause ein paar Schurken deinen Vater unter irgendeiner Anschuldigung aufhängen, sag an, du Held, würdest du es dann Svoboda nicht gleichtun?“

„Geht es um den Vater des Gehenkten?“, fragte Bologna mit faustdick aus dem Kopf quellenden Augen und reckte den Hals zu Gross. „Aber wieso hat er dann nicht geredet, wieso?“

„Und wenn er geredet hätte?“, sagte Gross mit dumpfer Verächtlichkeit. „Das wäre höchstens erschwerend hinzugekommen ...“

„Oh, oh, das ist aber ... Das ist ja ...“, stammelte Bologna, stockte plötzlich verwirrt und verspürte einen merkwürdig schalen Geschmack im Mund, als wäre er aus einem Schlaf mit furchtbaren Träumen erwacht.

„Nichts vermag den Verrat zu entschuldigen, und im Übrigen ist ein Offizier, der desertiert, ein noch ärgerer Verbrecher als ... Ein noch ärgerer Verbrecher!“, sagte Varga und erhob sich. „Da aber morgen früh die Pflicht ruft, würde ich vorschlagen, wir brechen auf ... Und sei's nur, weil ich fürchte, wenn wir noch lange verweilen, werdet ihr mich überzeugen, dass die Desertion zum Feind eine Heldentat ist!“

Er versuchte zu lachen, da es ihm aber nicht gelang, ging er zum Sofa und zog seinen Mantel und seine Waffen aus dem Haufen hervor. Gross sah auf die Uhr und sagte zu Cervenco:

„Was nun? Es ist spät ... Wir kriegen allerhöchstens drei Stunden Schlaf ...“

Die drei gingen gemeinsam und hinterließen ein schwer lastendes Schweigen. Nach einer Weile begann der Hauptmann Klapka leicht mit den Fingern auf der Tischplatte zu trommeln, wobei er unter den gesenkten Augenbrauen zu Bologna hinüberlugte, der auf seinem Stuhl herumrutschte, das Gesicht verzerrt in unbeherrschter Verstörung. Am Tisch saßen nur noch ein Unterleutnant der Infanterie, sehr jung und bekümmert, der kein Wort gesagt und mit der Gier eines frühvollendeten Säufers etliche Flaschen Wein geleert hatte, und Doktor Meyer, ein wortkarger Griesgram, der an Schlaflosigkeit litt und seinen „Kunden“, wie er die Insassen der Schützengräben nannte, eine besondere Liebe entgegenbrachte, stets in der Stube der Durchreisenden speiste, ohne sich jedoch in deren Gespräch einzumischen. Da das Schweigen bedrückend wurde, sagte Klapka bemüht spaßig zu Doktor Meyer:

„Ich kann bis zum Tagesanbruch hier ausharren, ich habe sowieso kein Quartier, und am Bahnhof bewacht der Soldat mein Gepäck ...“

Als er die Stimme des Leutnants vernahm, raffte sich Bologna zusammen und sagte schnell, als wollte er eine Schuld begleichen:

„Wenn Sie müde sind, können Sie sich bei mir ausruhen, Herr Hauptmann ... Gerne überlasse ich Ihnen mein Bett, denn ich ... Ich habe vor, alsbald aufzubrechen, die ... Die Pflicht ruft ...“

„Wieso sollten wir eigentlich nicht gemeinsam aufbrechen, mein Freund?“, erwiderte Klapka. „Ich kenne mich in der Gegend nicht aus und brauche einen Führer ... Man hat mir gesagt, ich solle die zweite Division befehligen ...“

„Dann sind Sie mein Kommandant!“, rief Apostol lebhaft. „Das bestärkt mich darin, meine Einladung zu wiederholen.“

„Und ich werde sie annehmen, Freund, denn die Müdigkeit und die Aufregung machen mir, ehrlich gesagt, zu schaffen!“, sagte der Hauptmann mit zunehmender Aufrichtigkeit in der Stimme.

Der von Schlaflosigkeit geplagte Doktor ging hinüber in die große Stube, und der Unterleutnant bestellte noch eine Flasche Wein bei dem Soldaten, der mit der Arbeit am Nebentisch überhaupt nicht fertig

wurde ... Auf der Gasse blieben Klapka und Bologna stehen und lauschten dem lautstarken Gelächter in der Offiziersmesse, über dem sich eine heisere Stimme erhob, die zutiefst beseelt und falsch eine sentimentale Romanze intonierte. Über allem wogte eine stürmische Finsternis, und oben im Himmel fauchten die Winde durch eine Wolkendecke, die sich zum Weinen anschickte.

Verwendete Literatur

Constantinescu, Romanița: Der Erste Weltkrieg in der rumänischen Literatur. Eine Analyse am Beispiel von Liviu Rebreanus Erzählung *Itzig Struhl, Deserteur*. In: Spiridon, Olivia (Hg.): *Textfronten. Perspektiven auf den Ersten Weltkrieg im südöstlichen Europa*. Stuttgart 2015, 125–140.

Lovinescu, Eugen: *Istoria literaturii române contemporane* [Geschichte der rumänischen Gegenwartsliteratur]. Bd. 3. București 1929.

Rebreanu, Liviu: *Der Wald der Gehenkten*. Roman. Aus dem Rumänischen von Georg Aesch. Wien 2018.

Ders.: *Norocul. Schițe și nuvele* [Das Glück. Skizzen und Novellen]. București 1921.

Georg Aesch

Literaturkritiker, Publizist und Übersetzer. Neben philosophischen und kulturgeschichtlichen Sachbüchern hat er zahlreiche Romane und Gedichtsammlungen rumänischer Autoren übersetzt. 2019 war seine Übersetzung des Romans *Der Wald der Gehenkten* von Liviu Rebreanu für den Preis der Leipziger Buchmesse nominiert.